



Albrecht Altdorfer, Die kleine Fichte, ca. 1520 bis 1522, Radierung

Ausstellung »Die frühe Radierung. Von Dürer bis Bruegel« in der Albertina Wien (ab der Seite 78)

Die Seite 2

Liebe Landsleute, liebe Leserinnen und Leser,

wir hoffen sehr, daß Sie und die Ihren von der Coronakrise nicht oder zumindest nicht allzusehr betroffen sind. Wir selbst sind kaum beeinträchtigt, wäre da nicht der Mangel an Berichten aus unserer Haupttribrik „Österreich, Europa und die Welt“. Das ist auch der Grund für die lange Pause zur vorhergehenden Ausgabe 191. Bilateral bzw. international gab es – von Corona abgesehen – für uns nicht viel zu berichten. Und wir widmen uns diesem Thema bis auf eine Ausnahme („Erleichterungen ab 15. Juni“) nicht, denn Sie sind, wo immer Sie leben, ohnehin mit diesbezüglichen Nachrichten übersorgt.

Unser schönes Land ist glücklicherweise bisher – ungerufen – aus gesundheitlicher Sicht vergleichsweise gut davongekommen, wenn auch noch zu großer und weiterer Vorsicht aufgerufen wird. Was die wirtschaftlichen Folgen angeht, gibt es aktuell zwar Hoffnung auf möglichst rasche Erholung. Erst die nächsten Wochen oder gar Monate werden aber zeigen, ob Normalität einkehren wird oder ob wir mit langfristigen Einschränkungen werden leben müssen.

Wir wünschen Ihnen und den Ihren alles Gute!

Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 192

Der Staatsvertrag	3	75 Euro für BurgenländerInnen	46
Rede des Bundespräsidenten	4	Wissensdatenbank GemWIKI	47
75 Jahre Unabhängigkeit	6	95 Jahre Landeshauptstadt	48
Rede des Bundeskanzlers	9	»Nachbarschaftshilfe Plus« in Eisenstadt gestartet	49
Burgenlands Gedenken	10	»KlimaEntLaster« in Mattersburg	50
Gedenken zu 75 Jahre Kriegsende...	11	»Vertical Farming« in Eisenstadt	51
Sonderpräsidialsitzung des Nationalrats und des Bundesrats	13	Eisenstadt: Feierliche Orgelweihe	52
Menschlichkeit ohne Grenzen	15	Kunst und Kultur – Rund um die Uhr	53
Schallenberg: Multilateralismus liegt in außenpolitischer	19	100. Geburtstag Fürstin Esterházy	54
Meilenstein für die Gedenkkultur	20	BIP-Rückgang im I. Quartal 2020 um 2,9% gegenüber 2019	55
Auch in Krisenzeiten starker und verlässlicher Partner	21	Leichte konjunkturelle Verbesserung zu erwarten	57
Österreich ist »starker Innovator«	23	Spitzenforschung in Österreich	59
Spende amerikanischer »Friendship«-Masken	24	Österreich plant Sommerurlaub	61
Leistungsbilanz 2019	25	Durchstich am Großglockner	62
Außenhandel Jänner und Feber	26	Neueste Innovation aus dem Genussland OÖ	64
EU-Erweiterung am Westbalkan	27	Wachau ist DAC-Gebiet	65
Wien grünste Stadt der Welt	29	Steiermark eröffnete Weinsaison	66
Datierung der griechischen Antike in Frage gestellt	30	Erstes Online Wein-Experiment	67
AIT: Digitales Grenzmanagement- system in Lille	32	Kirche in Österreich trauert um Bischof Johann Weber	68
JKU Informatikerin wird ab 1. Juli ACM vorstehen	34	Interreligiöses Treffen	70
Bundesbudget 2020	35	AIT: Quantentechnologien Made in Austria	71
Weitere Erleichterungen ab 15. Juni	38	IST Austria Wissenschaftler zeigen Quantenradar-Prototyp	73
A. Mayer ist Kulturstaatssekretärin	39	Hinweise auf steinzeitliches Bierbrauen in Mitteleuropa	75
»Burgenland Journal«		Musik: Eine Behandlungsmethode, die Freude bereitet	77
Neue Landesverfassung	40	Die frühe Radierung in der Albertina	78
Turbo für regionale Wirtschaft	41	Hundertwasser – Schiele im Leopold Museum	84
Größtes Bauprojekt des Landes	42	Verkürzte Salzburger Festspiele	90
120 Arbeitsplätze gerettet	44		



Kriegsende und Staatsvertrag 3



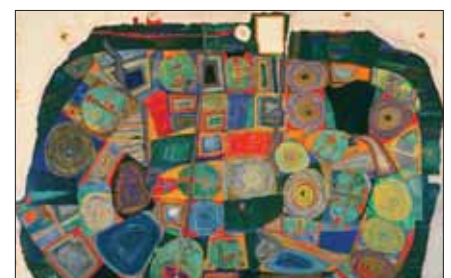
Menschlichkeit ohne Grenzen 15



Kirche trauert um Bischof Johann Weber 68



Quantentechnologien Made in Austria 71



Hundertwasser – Schiele 84

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer. Fotos auf der Seite 2: Wikimedia Commons / Thomas Ledl/ CC BY-SA 4.0); Cpl Donald R. Ornitz, US Army / U.S. military or Department of Defense / wiki commons; Gerd Neuhold / Sonntagsblatt; Getty Images/iStockphoto / NicoElNino; Privatsammlung © 2020 Namida AG, Glarus, Schweiz

Der Staatsvertrag: Harte Arbeit und viel Glück

Am 15. Mai 2020 jährte sich die Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags zum 65. Mal. Die Historiker Gerald Stourzh und Wolfgang Mueller haben in jahrelanger Archivarbeit die Hintergründe der Vertragsunterzeichnung erforscht und sind sich einig, daß „Österreich enormes Glück hatte“.

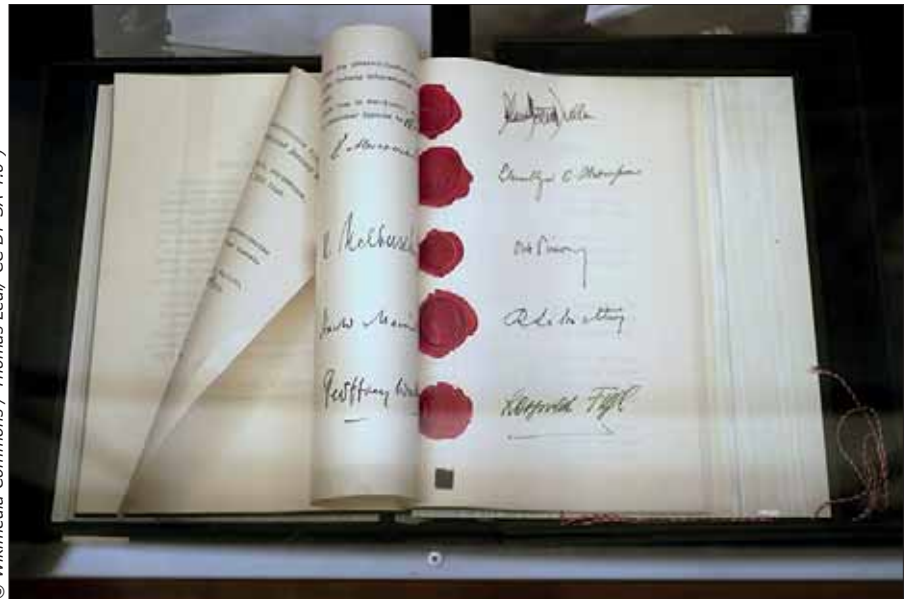
Der Abschluß des Staatsvertrags am 15. Mai 1955 war nur unter spezifischen Voraussetzungen möglich. Dazu zählen harte Verhandlungen, die Unterstützung Österreichs durch die Westmächte, der bevorstehende NATO-Beitritt Westdeutschlands und ein neuer Kurs der Sowjetunion. Ohne diese Faktoren, aber auch nach der sowjetischen Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes 1956, wäre die Zustimmung Moskaus zumindest kurzfristig fraglich gewesen. Das sind einige der Befunde, die nach Auswertung u.a. österreichischer, deutscher, englischer, französischer, sowjetischer und US-amerikanischer Archivakten, Publikationen und Interviews vorliegen.

»Um Einheit und Freiheit«

Gerald Stourzh, emeritierter Professor für Geschichte der Neuzeit an der Universität Wien, und Wolfgang Mueller, Professor für Russische Geschichte, haben mit Unterstützung des Zukunftsfonds in jahrelanger Arbeit die Archive erforscht. Erste Arbeiten Stourzh' zum Staatsvertrag stammen aus den 1960er-Jahren. Von der 1. Auflage bis zur wesentlich umfangreicheren 5. Auflage 2005 war er Alleinautor des klassischen Standardwerks zum Staatsvertrag „Um Einheit und Freiheit“. Seit 2000 erforscht Mueller die sowjetische Österreich-Planung und -Politik nach 1945 und publiziert Standardwerke dazu auf Basis sowjetischer Archivaldokumente, Politbürobeschlüsse und der Korrespondenz Stalins mit der KPÖ.

Gegensätze zwischen Ost und West

Grundsätze der Politik der Alliierten des Zweiten Weltkriegs waren die Anerkennung Österreichs als erstes Opfer Hitler-Deutschlands und die von Winston Churchill seit 1940 geforderte Wiederherstellung von Österreichs Unabhängigkeit. Die Alliierten erinnerten aber auch daran, daß „es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann“. Nachdem sich Österreich im April 1945 wieder konstituiert



© Wikimedia Commons / Thomas Ledl / CC BY-SA 4.0

Der Österreichische Staatsvertrag wurde am 15. Mai 1955 in Wien unterzeichnet.

hatte, brachen bald die Gegensätze zwischen Ost und West auf. Insbesondere seit der Wahl Niederlage der KPÖ am 25. November verschärfte sich die sowjetische Gangart gegenüber Österreich. „Als die USA 1946 über einen Abzug der vier Mächte aus Österreich verhandeln wollten, setzte Stalin auf Verzögerung“, so Mueller.

Die Sowjetunion wollte nicht abziehen, um ihre Position in Osteuropa bei der Errichtung kommunistischer Diktaturen nicht zu schwächen. Dies blieb bis 1952 so. 1948 zögerten temporär auch die Westmächte, da sie fürchteten, nach einem Abzug aus Österreich könnte die KPÖ mit sowjetischer Unterstützung die Macht ergreifen. Eine Teilung Ös-

terreichs, wie sie die KPÖ-Führung andachte, wurde aber vom Kremel nicht unterstützt.

Neutralität Österreichs nach Schweizer Vorbild

1952 schlug die Sowjetunion die Neutralisierung Deutschlands vor, um die militärische Westintegration Westdeutschlands zu torpedieren. Im folgenden Jahr begann sich in Moskau der Gedanke durchzusetzen, eine Neutralisierung Österreichs könnte dessen weitere Annäherung an den Westen verhindern und als Modell für Deutschland dienen. Ab 1954 wußte der Krenel, daß die USA eine Neutralität Österreichs nach Schweizer Vorbild akzeptieren würden, wie Stourzh her-

Buchtipps zum Thema



„A Cold War over Austria: The Struggle for the State Treaty, Neutrality, and the End of East-West Occupation“ von Gerald Stourzh und Wolfgang Mueller

<https://rowman.com/ISBN/9781498587877/A-Cold-War-over-Austria-The-Struggle-for-the-State-Treaty-Neutrality-and-the-End-of-East%E2%80%93West-Occupation-1945%E2%80%931955>



„Der Kampf um den Staatsvertrag 1945-1955: Ost-West-Besetzung, Staatsvertrag und Neutralität Österreichs“ von Gerald Stourzh und Wolfgang Mueller (erscheint im Oktober 2020)

<https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com/themen-entdecken/geschichte/geschichte-der-neuzeit/55591/der-kampf-um-den-staatsvertrag-1945-1955>

Österreich, Europa und die Welt

ausgefunden hat. Als Anfang 1955 der NATO-Beitritt Westdeutschlands nahte, setzte Nikita Chruschtschow im internen sowjetischen Machtkampf die Zustimmung zum Staatsvertrag durch. Der Preis dafür war die österreichische Neutralität. Das Gesamtpaket ermöglichte die sowjetische Zustimmung zum Ende der Ost-West-Besetzung.

Zähe Detailarbeit

Da der Staatsvertrag 1947 bis 1949 in zäher Detailarbeit fast fertig verhandelt wor-

den war, wobei vor allem amerikanische und britische Diplomaten wie Samuel Reber, Sir Ivo Mallet und später Llewellyn Thompson die österreichischen Interessen vertraten, konnte er 1955 rasch abgeschlossen werden. Die sowjetisch beschlagnahmten Wirtschafts- und Erdöl-Betriebe kamen in österreichischen Besitz, allerdings boten die Österreicher einen stark überhöhten Preis.

In den folgenden Jahren empfahl die Sowjetunion die Neutralität auch anderen westlichen Staaten, um sie aus der NATO zu

lösen, und nahm die österreichische Neutralität zum Anlaß, sich regelmäßig mit Lob, aber auch Kritik zur Außenpolitik Österreichs zu Wort zu melden. Dennoch: „Österreich hatte enormes Glück“, sagen die beiden Forscher. Was kann man heute aus den Verhandlungen lernen? „Daß die äußeren Umstände entscheidend sein können“, meint Mueller. „Und daß das zähe Kämpfen um Details und Formulierungen in Verträgen enorm wichtig ist“, ergänzt Stourzh.

Quelle: <https://www.univie.ac.at/>

»Jetzt wollen wir nach vorne blicken. Und ein Bild davon entwerfen, wie unser Leben aussehen soll«

Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle Menschen, die hier leben.

Ich stehe hier vor dem Schloß Belvedere in Wien. Heute vor 65 Jahren hat sich hier ein ganz besonderes Ereignis zugetragen. Hier wurde der Staatsvertrag unterzeichnet, der „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich“.

Hier im Park jubelten tausende Menschen den Außenministern zu, die dort oben am Balkon des Belvedere standen. Ohne den Staatsvertrag wäre das Österreich von heute, das Österreich, das wir so lieben, schlicht und einfach nicht denkbar.

Meine Damen und Herren!

Nur, wenn wir wissen, verstehen und akzeptieren, woher wir kommen, haben wir ein gemeinsames Fundament, auf das wir in Zukunft bauen können. Denn das alles ist Teil unserer Geschichte und damit Teil von uns. Viele von uns haben die Worte von Außenminister Leopold Figl noch im Ohr: „Österreich ist frei!“

Das sagte er, nachdem er gemeinsam mit den Vertretern der vier Besatzungsmächte – der Sowjetunion, dem Vereinigten Königreich, den USA und Frankreich – den Staatsvertrag unterschrieben hatte. Und das war der Kern der Sache: Die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat und seiner Bürgerinnen und Bürger. Endlich!

Wir alle kennen die Vorgeschichte. Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen am 12. März 1938 verschwand der Staat Österreich und wurde in das nationalsozialistische Deutsche Reich eingegliedert. Während Tausende auf dem Heldenplatz Hitler zujubeln,



Foto: <https://www.onb.ac.at/> / Digitale Sammlung Zeitgeschichte

15. Mai 1955: Leopold Figl (6.v.l.) zeigt am Balkon des Schlosses Belvedere den Österreichischen Staatsvertrag. Ebenfalls am Balkon, rechts neben Leopold Figl stehend: Adolf Schärf, Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow, Julius Raab (v.l.n.r.). Außerdem sind Maurice Harold Macmillan (2.v.l.), John Foster Dulles (4.v.l.) u.a. zu sehen.

ten, begannen schon die Einschüchterungen, die Verfolgungen, die Ermordungen. Es folgten Jahre der Schreckensherrschaft, der Zweite Weltkrieg, der Holocaust.

Aber am 27. April 1945 wurde mit der „Unabhängigkeitserklärung“ durch Vertreter der SPÖ, ÖVP und KPÖ die Wiedergeburt Österreichs als demokratische Republik eingeläutet. Danach, nach dem erlösenden Kriegsende in Europa, war Österreich – und Wien – von 1945 bis 1955 in vier Besatzungszonen unterteilt. Das ist heute, vor allem für die jüngeren unter uns, nur mehr schwer vorstellbar. Aber die berühmten „Vier im Jeep“ gehörten zum Stadtbild von Wien.

Das zähe Ringen um den Abzug der Alliierten dauerte viele Jahre. Auf fast jeden Fortschritt in den Verhandlungen folgte ein Rückschlag. Mit Beharrlichkeit und Ausdauer gelang es schließlich, den Staatsvertrag auszuverhandeln.

Meine Damen und Herren!

Heute vor 65 Jahren war der ganze Park hier vor dem Belvedere voll mit begeisterten Menschen, dicht an dicht gedrängt. Österreich war frei! Und diese Freiheit war die Grundlage einer einzigartigen Erfolgsgeschichte namens Österreich: Unser Land hat sich nach 1955 zu einem der sichersten und

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Albert W. Hilscher / © <https://www.onb.ac.at/> / Digitale Sammlung Zeitgeschichte



Große Menschenmenge im Garten vor dem Oberen Belvedere bei der Unterzeichnung des Staatsvertrags

Foto: Albert W. Hilscher / © <https://www.onb.ac.at/> / Digitale Sammlung Zeitgeschichte



Bundeskanzler Julius Raab, Vizekanzler Adolf Schärf und Außenminister Leopold Figl bei der Begrüßung der Außenminister der Signatarstaaten

wohlhabendsten Länder der Welt entwickelt. Mit einer beeindruckenden Lebensqualität, hoher sozialer Sicherheit, einem attraktiven Wirtschaftsstandort, einer weltweit geschätzten Kulturszene. Ein wunderschönes, freies Land im Herzen Europas.

Mit diesem Leben in Freiheit, in einer liberalen Demokratie, müssen wir verantwortungsvoll umgehen.

Wir wissen, Demokratie bedeutet, einander zu respektieren, miteinander im Gespräch zu bleiben. Wir wissen, wir brauchen Kompromissbereitschaft; das ist eine Tugend, keine Schwäche. Wir wissen, politisches Handeln braucht die kritische Beglei-

tung durch unabhängige Medien. Wir wissen, die Rechte von Minderheiten sind zu respektieren und nicht per Mehrheitsentscheid zu beschneiden.

Wir wissen, wir sind verantwortlich für das, was wir sagen und tun. Oder nicht tun.

Wir wollen einander helfen und unterstützen. Unsere Heimat Österreich ist es wert, gemeinsam Lösungen zu finden. Und schließlich: Der Friede ist eines der höchsten Güter, das wir bewahren wollen.

Meine Damen und Herren!

Diese letzte Einsicht hat Österreich dazu geführt, Teil des größten Friedensprojektes

zu werden, das es in der Geschichte unseres Kontinents je gegeben hat: Der Europäischen Union. Die Teilhabe am Gemeinsamen Europa ist für Österreich eine Erfolgsgeschichte. Kulturell, wirtschaftlich, gesellschaftlich.

Und ich bin überzeugt, daß der Neustart nach der Corona-Pandemie am besten zu lösen ist, indem wir unsere europäischen Stärken und Ressourcen gemeinsam, miteinander und füreinander nutzen.

„Österreich ist frei.“

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß wir gerade in diesen Tagen den Wert der Freiheit wieder eindringlich vor Augen geführt bekommen. Wir mußten soeben am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, in den Grundrechten massiv eingeschränkt zu sein. Von einem Tag auf den anderen. Es ist ganz schön viel verlangt worden von uns und unserer Demokratie.

Aber wir haben uns freiwillig und zeitlich beschränkt dazu bereit erklärt, weil wir die Verletzlichsten in unserer Gesellschaft damit schützen wollten. Und das ist auch weitgehend gelungen. Jetzt wollen wir nach vorne blicken. Und ein Bild davon entwerfen, wie unser Leben aussehen soll.

Meine Damen und Herren!

Was hier im Schloß Belvedere vor 65 Jahren mit dem Staatsvertrag besiegelt wurde, war das Ergebnis eines kollektiven Kraftakts. Wir werden auch jetzt wieder einen kollektiven Kraftakt brauchen. Um wieder in Austausch miteinander zu treten. Um aus der coronabedingten hohen Arbeitslosigkeit herauszukommen, um die Wirtschaft wieder flott zu bekommen, um unser soziales, sportliches und kulturelles Leben wieder in Gang zu setzen. Über die Bezirks-, Landes- und Staatsgrenzen hinweg.

Wir müssen unsere Zukunft neu gestalten! Machen wir das gemeinsam, bauen wir gemeinsam – fair und nachhaltig – an unserer Heimat Österreich und Europa.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle Menschen, die hier leben!

Freiheit ist eines unserer höchsten Güter. Zugleich ist Freiheit filigran und verletzlich. Denken wir daran. Und denken wir in Dankbarkeit an die Menschen, die das Fundament errichtet haben, auf dem unsere Republik und wir heute stehen.

Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Quelle: <https://www.bundespraesident.at/>

Österreich, Europa und die Welt

75 Jahre Unabhängigkeit

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka im TV-Gespräch über Rückblicke und Ausblicke zur Zweiten Republik



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Im Dachfoyer in der Wiener Hofburg (v.l.): Gerald Heidegger (ORF), Eva Linsinger („Profil“), Thomas Götz („Kleine Zeitung“), Ingrid Thurnher (ORF III), Andreas Koller („Salzburger Nachrichten“), Martina Salomon („Kurier“) und Gastgeber Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Am 27. April feierte die Zweite Republik den 75. Jahrestag ihrer Gründung. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka lud aus diesem Anlaß sechs JournalistInnen zu einer Diskussionsrunde unter dem Titel „75 Jahre Unabhängigkeit Österreichs im journalistischen Blickwinkel“ ins Dachfoyer in der Wiener Hofburg. Als GesprächspartnerInnen zu Gast waren Ingrid Thurnher (ORF III), Martina Salomon („Kurier“), Eva Linsinger („Profil“), Andreas Koller („Salzburger Nachrichten“), Thomas Götz („Kleine Zeitung“) sowie Gerald Heidegger (ORF online). Gemeinsam warf man Schlaglichter auf bedeutende Ereignisse der vergangenen 75 Jahre und wagte einen Blick in die Zukunft.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka eröffnete als Moderator das Gespräch, in dem zahlreiche Facetten des österreichischen Selbstverständnisses und der jüngeren Zeitgeschichte gestreift wurden: „75 Jahre ist es her, daß Österreich seine Unabhängigkeit ausgerufen hat. Das war kein parlamentarischer Akt, aber es haben Parlamentsparteien unterzeichnet, Staatskanzler Karl Renner war dabei federführend. Dieser Tag soll Anlaß sein zu reflektieren, was aus der Vergangenheit noch wesentlich ist für das Heute und die Zukunft.“ Sowohl Anton Wildgans als auch Erwin Ringel zitierend, konfrontierte Sobotka die JournalistInnen mit zwei gegensätzlichen Beschreibungen der „österreichischen Seele“: Zum einen „sensibel und kenntnisreich“, wie Anton Wildgans sagte,

zum anderen „eine Brutstätte der Neurose und des Verdrängens“, wie Erwin Ringel es beschrieb.

Zwischen Lethargie und Hysterie – äußerst diszipliniert

Martina Salomon griff die Definition des „Österreichischen“ anhand der aktuellen Corona-Krise auf und zeigte sich überrascht, daß die Österreicher, zwischen Lethargie und Hysterie pendelnd, angesichts der Maß-

nahmen äußerst diszipliniert seien. Thomas Götz erklärte eine „Mischung aus Regelbefolgung und Bruch derselben“ als eine „österreichische Art des Umgangs“, die nicht unsympathisch aber effizient sei.

Andreas Koller konstatierte angesichts der aktuellen Ereignisse durchaus eine „Untertanenmentalität“, die er noch als „Rucksack“ nach 600 Jahren Habsburg vermutete – eine Feststellung, der Ingrid Thurnher beipflichtete. Koller zufolge habe sich Öster-



Foto: Parlamentsdirektion

Vor 75 Jahren, am 27. April 1945: Staatskanzler Karl Renner vor dem Parlament nach der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung durch die Parlamentsparteien

Österreich, Europa und die Welt

reich unter großen Mühen zweimal in der Völkergemeinschaft neu positionieren müssen, zuerst nach dem Ende der Monarchie, danach 1945 nach der Nazi-Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg. Der Neutralitätsvertrag und der UNO-Beitritt seien prägend gewesen.

Ingrid Thurnher verwies auf Österreichs langjährige internationale Position: „Neutral, aber nicht so neutral wie die Schweiz, ein bißchen bei den Deutschen, nicht beim Ostblock, aber doch mit Kontakt dorthin: In dieser Sonderrolle zwischen den Blöcken, Nationen und Mentalitäten haben wir eine ‚Extrawurscht‘ gelebt und mußten stets beweisen, wie gut wir sind“, sagte die ORF-III-Chefredakteurin.

Durch jene Vermittlerrolle, so Martina Salomon, habe erstmals Bruno Kreisky dem Land das Selbstbewußtsein zurückgegeben. Bundeskanzler Sebastian Kurz versuche daran wieder anzuknüpfen. Österreich sei jedenfalls ein ganz guter diplomatischer Ort. „Das Brückenbauen als Marke für Österreich paßt gut zu unserem Charakter“, stellte Thomas Götz dazu fest.

Abschied vom Opfermythos erst nach dem EU-Beitritt

Österreich habe sich nach 1945 nur schwierig gefunden, so Gerald Heidegger. Viele hätten sich noch in den 1950ern als bessere Deutsche gefühlt. Ergänzend Eva Linsinger: Gemäß Oliver Rathkolb zeichne die ÖsterreicherInnen eine Mischung aus Minderwertigkeitskomplex und Größenwahn aus. Gerne möchte man beim Sport, bei der Kultur oder im Verhältnis zur EU der Beste sein. Der Hypothese Sobotkas, ob dieses Minderwertigkeitsgefühl denn an Österreichs jahrelanger Randlage entlang des Eisernen Vorhangs gelegen habe, konnte Linsinger beipflichten. Zudem habe man sich als Anhängsel des als übermächtig empfundenen Deutschlands gefühlt. Erst der EU-Beitritt habe dazu beigetragen, daß Österreich sich vom Opfermythos verabschieden konnte.

Nationalratspräsident Sobotka warf des Weiteren die Frage des mangelnden Verfassungspatriotismus im Vergleich zu anderen Nationen auf, was Salomon als einen „Schatten der Nachkriegszeit“ erklärte. Zumindest habe Alexander van der Bellen den Heimatbegriff in seinem Wahlkampf wieder entstaubt, sagte Thurnher, die sich ein „neues mentales Outfit“ für Österreich wünschte. Eine „neue Identität“ werde sich besonders nach der Corona-Krise zeigen, pflichtete



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Eva Linsinger bei. Das Unbehagen an der Globalisierung und die internationale Vorreiterschaft zahlreicher österreichischer Unternehmen werde zu einem neuen Selbstbewußtsein führen.

Das Problem mit dem Nationalbewußtsein ortete Koller auch in der Zeit nach 1945, als dieses blitzartig neu aufgebaut werden mußte. So habe man sich auf die bestehende „schöne Landschaft“, den Wiederaufbau sowie zuletzt auf das Neutralitätsgesetz bezogen. „Letzteres war als unbelasteter Begriff ein Ding, auf das man stolz sein konnte“, erläuterte Koller.

„Das Verhältnis zum eigenen Land ist entspannter geworden“, bemerkte Thomas Götz rückblickend. Linsinger ergänzte: Dies habe mit Österreichs zeitverzögerter Aufarbeitung der Geschichte zu tun, die mittlerweile Common Sense sei. „Damit ist auch ein entspannterer Heimatbegriff möglich. Viele Dinge sind jetzt leichter zu diskutieren.“

Sobotka: Ist Österreich in der »Normalität seiner Geschichtsbetrachtung angekommen«?

In einer zweiten thematischen Klammer umriß Wolfgang Sobotka den historischen Weg der Vergangenheitsbewältigung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg beginnend mit der Moskauer Deklaration: „Die ersten Urteile in den 1950ern, die Amnestien in den 1960ern, die Freisprüche in den 1970ern, der Fall Waldheim in den 1980ern, Vranitzky in den 1990ern – schließlich Wolfgang Schüssel mit dem Washingtoner Abkommen. Ist Österreich in der Normalität seiner Geschichtsbetrachtung angekommen?“

Martina Salomon äußerte Zweifel am Geschichtsbewußtsein des Landes und illustrierte dies anhand des durchwegs unbekanntes Standorts des Staatsgründungdenkmals im Wiener Schweizergarten. Nach Waldheim habe jedoch eine Entkrampfung eingesetzt und Österreich sei inzwischen auch extrem multikulturell geworden. Hier konnte Koller anknüpfen und nannte Passagen aus der Präambel zur Unabhängigkeitserklärung, die „eine Weißwaschung“ darstellen würden.

Umgang mit jüdischen Opfern und ehemaligen Nazis

Andreas Koller kritisierte die österreichische Gesellschaft nach 1945 wegen ihres Umgangs mit den jüdischen Opfern auf der einen Seite und den Ex-Nazis auf der anderen. Die Rückgabe des geraubten Eigentums an die jüdischen Eigentümer wurde teils verschleppt, „zum Teil aus Brotneid, weil man selber dieses Eigentum übernommen hatte“, sagte Koller. Eva Linsinger erinnerte daran, daß in einem Ministerratsprotokoll davon die Rede gewesen sei, Restitutionen in die Länge zu ziehen. Auf der anderen Seite habe man die Ex-Mitglieder der NSDAP in die Nachkriegsparteien aufgenommen, „weil sie als Wähler wichtig waren und teilweise gute Verwalter“, erklärte Koller. „Da ist es umso beschämender“, sagte Linsinger, „wenn man bei Nobelpreis-Verleihungen sieht, welcher Geistesreichtum Österreich mit vertriebenen jüdischen Mitbürgerinnen und -bürgern verloren gegangen ist.“ Nicht wenige NobelpreisträgerInnen haben österreichische Wurzeln und sind teils selber, teils mit ihren El-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Fundamente – Meilensteine der Republik: Künstlerische Installation am Heldenplatz zum Thema „75 Jahre Zweite Republik“

tern nach 1938 aus Österreich vertrieben worden.

Ingrid Thurnher betonte die wichtige Rolle der ZeitzeugInnen, die nach und nach versterben. „Sie haben die Geschichte berührend weitergeben können“, sagte die ORF-III-Chefredakteurin. Auch Martina Salomon bedauerte den Wegfall der ZeitzeugInnen. Für sie zeige sich auch jetzt, während der Corona-Krise, wie wichtig Geschichte sei. „Immer wieder gibt es Parallelen zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart“, sagte sie.

Für Thomas Götz wird zu wenig Augenmerk auf die 1930er-Jahre gelegt, wenn man über die österreichische Geschichte spreche. „Diese Zeit ist noch deutlich weniger aufgearbeitet als die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich“, sagte Götz. Sowohl Andreas Koller als auch Ingrid Thurnher sagten, sie seien gespannt, wie neue, unbefangene Generationen mit diesem Problem umgehen würden.

Eva Linsinger bedauerte, daß gerade das Jubiläumsjahr von der Corona-Krise zugedeckt werde. Eine ganze Reihe von Veranstaltungen sind dem Virus „zum Opfer gefallen“. „Dabei hätten wir gerade aus Anlaß der Jubiläen gemeinsame Lehren aus der Vergangenheit ziehen können“, sagte die Profil-Ressortleiterin.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka wies darauf hin, daß der Kampf gegen den Antisemitismus oft verengt auf den rechten, nationalsozialistisch begründeten Antisemitismus gesehen werde. „Wir haben aber nicht

gesehen, daß er sich als Kulturphänomen über 2000 Jahre bei uns verankert hat und nicht eine Form des Rassismus ist, sondern einer kulturellen Ausprägung.“

Andreas Koller betonte, daß es immer wieder neue Formen des Antisemitismus gebe. Österreich sei – wie auch Eva Linsinger gesagt hatte – ein Land mit einer multikulturellen Gesellschaft geworden. „Junge Leute, die aus einer anderen Kultur zu uns als Zuwanderer kommen, fangen mit Mauthausen wenig an“, sagte er. Bei ihnen müsse man mit einer anderen Diskussion ansetzen. Martina Salomon unterstrich die Rolle der Hetze in sozialen Medien: „Selbst in der Corona-Krise entwickelt sich Hetze.“ Sie mahnte zu einem „Zurück zur Sachlichkeit“. Das, so sagte Koller, sei aber gerade im Zusammenhang mit sozialen Medien schwierig, weil dort emotionale Aspekte im Vordergrund stünden.

Die Frage von Nationalratspräsident Sobotka, wie die JournalistInnen-Runde die Zukunft nach der Corona-Krise einschätze, sei laut Martina Salomon nicht leicht zu beantworten. „Es kommt vor allem darauf an, wie lange die Krise dauert“, sagte sie. „Ist sie bald vorbei, kehren wir sicher bald wieder zurück zu dem, wie es früher war. Dauert sie länger, sind ihre Auswirkungen umso schlimmer und länger andauernder.“ Ingrid Thurnher meinte, man dürfe nicht in Staatsgrenzen denken. „Es kommt darauf an, wie resilient die Globalisierung ist.“ Thomas Götz äußerte seine Sorge um die Europäische Union. „Klar, Quarantäne-Maßnahmen lassen sich nicht

von einer Union verordnen“, sagte er. „Aber ich fürchte, was wir mit der Europäischen Union mühsam erreicht haben, kann in kurzer Zeit zurückgedreht werden.“ Eva Linsinger äußerte einen pessimistischen und einen optimistischen Blickwinkel: „Die Grundrechte sind ja geschaffen worden, um Bürger vor Machthabern zu schützen“, erinnerte sie. „Für Machthaber ist es aber bequem, mit einem geringeren Maß an Grundrechten regieren zu können. Da ist meine pessimistische Sorge, daß autoritäre Strukturen zurückbleiben könnten.“ Auf der anderen Seite habe die Krise gezeigt, wie rasch Politiker handeln können, wenn es notwendig und wichtig ist. Das könne ein Signal sein, „daß man nicht bis 2030 warten muß, bis man effektiv gegen etwas wie den Klimawandel vorgehen könnte“. Für Gerald Heidegger habe die Krise die Vorteile eines kleinen Landes wie Österreich gezeigt. „Das zeigt sich vor allem, wenn man zum Beispiel nach Deutschland schaut, wie lange dort diskutiert wird, bis Maßnahmen ergriffen werden.“

Parlament feiert mit Ausstellung und Video

Aus Anlaß der beiden wesentlichen Jahrestage zeichnet das Parlament den Weg unseres Landes in einem Kurzvideo und einer Ausstellung am Wiener Heldenplatz nach. „Gerade, wenn man sich in diesen schwierigen Zeiten bewußt macht, was wir bisher schon erreicht haben, wird uns klar, wieviel wir im Stande sind zu leisten und zu schaffen“, erklärte der Nationalratspräsident dazu.

Das Video und die Ausstellung zeigen die eindrucksvolle Entwicklung, die Österreich im vergangenen Dreivierteljahrhundert genommen hat. Sie beleuchten dabei Hintergründe und Höhepunkte unserer Geschichte von der Republikgründung im April 1945 über die Reformen und gesellschaftlichen Veränderungen der 60er- und 70er-Jahre bis hin zum Fall des Eisernen Vorhangs 1989 und die Flüchtlingskrise 2015.

Interessierte finden das Video auf den Facebook-, Instagram- und YouTube-Accounts des Parlaments sowie in der Mediathek auf der Parlamentswebsite. Die Ausstellung ist am Wiener Heldenplatz gleich neben der Reiterstatue Erzherzog Karls unter Einhaltung der gebotenen Corona-Sicherheitsvorkehrungen frei zugänglich. ■

<https://www.facebook.com/OeParl>

<https://www.instagram.com/OeParl>

<https://www.youtube.com/OeParl>

<https://www.parlament.gv.at/MEDIA>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Österreich, Europa und die Welt

Coronakrise durch Zusammenhalt, Fleiß und gemeinsame Kraftanstrengung bewältigen

Rede von Bundeskanzler Sebastian Kurz anlässlich 75 Jahre Zweite Republik



Foto: BKA / Arno Melicharek

Am 27. April 2020 fand anlässlich der 75. Wiederkehr des Tages der Wiedererrichtung der Republik Österreich eine feierliche Kranzniederlegung im Weiheraum und in der Krypta des äußeren Burgtors statt. Im Bild Bundeskanzler Sebastian Kurz (m.) mit Vizekanzler Werner Kogler (l.) und hohen Militärs.



Foto: BKA / Arno Melicharek

Bundeskanzler Sebastian Kurz bei seiner Rede im Bundeskanzleramt

Heute vor 75 Jahren wurde unsere Republik Österreich wiedererrichtet. Zu diesem Jubiläum dürfen wir auf eine erfolgreiche Zeit zurückblicken: Aus einem schwachen und zerrütteten Österreich ist ein starkes und wohlhabendes Land geworden. Eine Demokratie, die auf Rechtsstaatlichkeit und Freiheit baut, im Herzen der Europäischen Union“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 27. April in seiner Ansprache.

Der Bundeskanzler bedankte sich bei der Nachkriegsgeneration, die das Land nach dem Krieg wieder aufgebaut habe und er-

innerte an Gründungsväter wie Leopold Figl, an große Gestalter wie Bruno Kreisky und an Vordenker wie Alois Mock. Auf ihren Schultern würden alle stehen, um die Erfolgsgeschichte gemeinsam weiter zu schreiben.

„Wir feiern dieses Jubiläum in einer Zeit der Krise und uns allen ist nicht wirklich zum Feiern zumute. Aber die Geschichte der Zweiten Republik zeigt uns, daß es immer wieder ein Auf und Ab gegeben hat: Phasen des Aufschwungs und des Friedens waren immer wieder unterbrochen durch Wirtschafts-

und Finanzkrisen, Naturkatastrophen und gewaltsame Konflikte in der Nachbarschaft. Aber wir sind als Österreich und als Europäische Staatengemeinschaft aus all diesen Krisen gestärkt hervorgegangen und so wird es auch diesmal sein“, so Kurz.

Österreich erlebe eine schwere Zeit: Die Ausbreitung des Coronavirus müsse weiterhin eingedämmt und gleichzeitig die Wirtschaft wieder hochgefahren werden. Dabei könne aber nicht ausgeschlossen werden, daß es zu einer zweiten Ansteckungswelle komme. Kurz zeigte sich zuversichtlich, daß Österreich als starkes Land den bisher erfolgreichen Weg fortsetzen könne. „Heute an diesem Tag, an dem wir 75 Jahre Zweite Republik feiern, können wir stolz auf unser Land blicken und dankbar sein für all das, was in unserer Republik bisher erreicht wurde. Aber wir können auch mit Mut und Zuversicht vorausblicken auf all das, was wir noch gemeinsam erreichen können: Auf das Comeback für Österreich, an dem wir alle beteiligt sein werden“, so der Bundeskanzler abschließend.

Die Feier zur Gründung der Zweiten Republik findet anlässlich der „Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs“ wenige Tage vor Kriegsende des Jahres 1945 statt. Damals erklärten Vertreter von SPÖ, ÖVP und KPÖ den „Anschluß“ an Deutschland

für null und nichtig. Noch am gleichen Tag konstituierte sich eine provisorische Staatsregierung unter Karl Renner.

Das heurige Jubiläum ist geprägt durch die Coronakrise. Die geplanten Feierlichkeiten wurden abgesagt und beschränkten sich auf Kranzniederlegungen am Burgtor durch die Regierungsspitze sowie Bundespräsident Alexander Van der Bellen, einen musikalischen Auftritt eines Philharmoniker-Quartetts im Kanzleramt und eine 15minütige TV-Ansprache von Sebastian Kurz.

Zu 65 Jahre Staatsvertrag

Zur 65. Wiederkehr des Jahrestags der Unterzeichnung des Staatsvertrags sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 15. Mai: „Erinnerung soll Mahnung sein, daß Freiheit und Demokratie nicht selbstverständlich und daher zu schützen sind.“

Am 15. Mai 1955 unterzeichneten die USA, die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und die österreichische Bundesregierung den „Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, gegeben zu Wien am 15. Mai 1955“.

„Der 15. Mai 1955 markierte einen entscheidenden Punkt in der Geschichte Österreichs. Nach Jahren des NS-Regimes, des Krieges, des Hungers und der Not hat Österreich heute vor 65 Jahren den Weg zurück in die Souveränität und zu einem starken, freien und demokratischen Staat beschritten. Der Staatsvertrag hat den Grundstein für die österreichische Erfolgsgeschichte gelegt. Der lange Weg zum Staatsvertrag und die Erinnerung an die Zeit davor soll unserem Land stets eine Mahnung sein, daß Freiheit, Souveränität und Demokratie nicht selbstverständlich und daher zu schützen und zu verteidigen sind“, so der Bundeskanzler.

„Die Unterzeichnung des Staatsvertrages und die damit neugewonnene Freiheit unserer Republik war der Startschuß für ein starkes Österreich in einem friedlichen Europa. Der Wiederaufbau Österreichs nach dem Krieg und die wirtschaftliche Entwicklung unserer Republik sind eine Erfolgsgeschichte und ein Ergebnis zahlreicher politischer Richtungsentscheidungen. Daß unser Land heute so gut dasteht, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern der Verdienst der österreichischen Bevölkerung. Der heutige Tag soll uns das immer in Erinnerung halten“, ergänzte Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler.

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

Quelle: Bundeskanzleramt

75 Jahre Zweite Republik

Burgenlands Gedenken und Kranzniederlegung beim Mahnmal gegen Gewalt und Faschismus



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landtagspräsidentin Verena Dunst (r.) und Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf

Die Proklamation der Zweiten Republik vor 75 Jahren und die Wiedererrichtung der Republik Österreich nach den Schrecken des Krieges und dem Terror der NS-Zeit seien als Grundstein für „eine rot-weiß-rote Erfolgsgeschichte“ zu sehen, so Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. Österreich sei nach den schwierigen Jahren des Wiederaufbaus in vielen Bereichen ein beeindruckender Aufstieg gelungen. Das gelte besonders auch für das Burgenland, das erst 1945 wieder ein eigenständiges Bundesland wurde. „Die Geschichte der Zweiten Republik lehrt uns, daß durch Zusammenhalt auch schwierige Zeiten und große Herausforderungen bewältigt werden können. Dieser Zusammenhalt gewährleistet auch, daß Österreich und das Burgenland gut durch die Corona-Krise kommen werden“, ist Doskozil überzeugt.

Der Landeshauptmann zeigt sich zuversichtlich: „Österreich und das Burgenland werden nach dem Bestehen dieser schwierigen Phase wieder an die Erfolge vergangener Jahre und Jahrzehnte anknüpfen können.“ Das wichtigste Fundament dafür seien der Einsatz, der Zusammenhalt und der Fleiß der Menschen, „also Tugenden, die den Weg Österreichs und des Burgenlandes schon immer ausgezeichnet haben“.

Landtagspräsidentin Verena Dunst gedachte gemeinsam mit VertreterInnen der Burgenländischen Landesregierung und des Burgenländischen Landtages diesem denk-

würdigen Ereignis mit einer Kranzniederlegung vor dem Mahnmal gegen Krieg und Faschismus beim Landhaus in Eisenstadt.

„Das Burgenland war über viele Jahre hindurch Zeuge des Grauens des Nationalsozialismus. Die Geschehnisse dieser Zeit forderten Opfer in allen Gemeinden des Landes. Die jüdische Bevölkerung wurde vertrieben, es gab harsche Zwangsmaßnahmen gegen Roma und Sinti. Die Bevölkerung litt unter politischer Verfolgung, Enteignung, Zwangsverpflichtung und dem Verlust geliebter Menschen. Mit dieser Kranzniederlegung gedenken wir all jenen Burgenländerinnen und Burgenländern, die von 1938 bis 1945 aus politischen, religiösen und rassistischen Gründen dem Naziregime zum Opfer fielen, die unter dem Krieg gelitten haben und während des Krieges ums Leben gekommen sind. Ich möchte mich an dieser Stelle und zum heutigen Gedenken auch vor den Burgenländerinnen und Burgenländern verneigen, die unser Land aus den Trümmern wieder aufgebaut und in einer für uns heute unvorstellbaren Lage an eine Zukunft für unser kleines Heimatland geglaubt haben. Sie haben den Grundstein für unser heutiges Burgenland gelegt. Ein Land, in dem wir gut und sicher leben können, ein Land, in dem wir stolz sind auf unsere Volksgruppen, ein Land, das zuversichtlich in die Zukunft blicken kann“, so Landtagspräsidentin Verena Dunst. ■

<https://www.burgenland.at/>

Österreich, Europa und die Welt

Gedenksitzung anlässlich 75 Kriegsende, 65 Jahre Staatsvertrag und 25 Jahre EU-Beitritt

Oö. Landesregierung und Landtag veranstalteten eine gemeinsame Gedenksitzung anlässlich dreier Ereignisse, die Oberösterreich ganz entscheidend geprägt haben.



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

v.l.: FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr, Grünen-Klubobmann Gottfried Hirz, Landtagspräsident Wolfgang Stanek, ÖVP-Klubobfrau Helena Kirchmayr, Landeshauptmann Thomas Stelzer und SPÖ-Klubvorsitzender Christian Makor

Nur wenn wir unsere Vergangenheit kennen, können wir erfolgreich unsere Zukunft gestalten. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bilden das Fundament für Wohlstand und Frieden. Heute sind diese Werte – dank 75 Jahre II. Republik, 65 Jahre Staatsvertrag und 25 Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union – zwar stark und robust, sie sind dennoch nicht unzerstörbar. Sie brauchen nämlich auch immer eine Gesellschaft, die zu jeder Zeit klar dafür eintritt. Das ist die Kernbotschaft unseres Gedenkens und Erinnerns. Die Geschichte zeigt zudem, daß Krisen und Katastrophen zwar in der Lage sein mögen, den oberösterreichischen Erfolgsweg kurzzeitig zu unterbrechen. Sie werden aber ganz sicher nicht in der Lage sein, ihn zu beenden. Daran werden wir gemeinsam arbeiten und dafür werden wir gemeinsam sorgen“, sagte Landeshauptmann Thomas Stelzer am 19. Mai in seiner Rede.

Landtagspräsident Wolfgang Stanek

Landtagspräsident Wolfgang Stanek betonte in seiner Rede, daß Gedenken für ihn



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer

nachzudenken und innezuhalten, aber auch vorzudenken bedeutet: „Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, was es bedeutet in Frieden und Freiheit zu leben, ja leben

zu dürfen. Der Erhalt dieser beiden Tatsachen darf nie etwas Selbstverständliches sein, sondern muß im wahrsten Sinne des Wortes gepflegt werden. Und jeder muß seinen Beitrag dazu leisten.“ Auch den Sinn des Erinnerns, die Vergangenheit in eine Beziehung zur Gegenwart und Zukunft zu setzen, um Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, sprach Stanek an: „Eine große Erkenntnis der Nachkriegszeit muß für uns sein – wir können Probleme nur gemeinsam lösen. Kleinkariertes Denken, Besserwisserei, Panik-Mache, unfaire und vorschnelle Kritik dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.“

EU-Kommissar Johannes Hahn

EU-Kommissar Johannes Hahn lobte in seinem Beitrag Oberösterreich als eine Region, die zu Vielfalt und damit Reichtum Europas beiträgt, betonte aber dabei, das nicht allein der wirtschaftliche Aspekt das europäische Erfolgsmodell ausmacht: „Wenn man bedenkt, daß Linz nach dem Krieg eine geteilte Stadt war und jahrzehntelang eine ‚der eisernen Grenzen‘ der Welt in der Region verlief, dann zeigt sich, welche einigen-

Österreich, Europa und die Welt

de Kraft die europäische Idee entfalten kann. Doch das Friedensprojekt geht weit darüber hinaus, da es auch sozialen Frieden stiftet. Wenn wir das europäische Versprechen von Frieden und Wohlstand auch künftig einlösen wollen, stellt uns das heute vor neue Herausforderungen. So wie damals vor 65 Jahren der Staatsvertrag für Österreich Souveränität bedeutete, ist es heute Europa, daß uns wahrlich souverän macht. Dabei muß Solidarität das Leitmotiv des Wiederaufbaus sein. Dessen Herzstück ist das langfristige europäische Budget, das wir gerade überarbeiten. Denn nur gemeinsam – mit einem eigenen Wiederaufbau-Instrument und zusätzlichen Geldern – können wir der Herausforderung gerecht werden.“

Die Klubobleute der im Landtag vertretenen Parteien stellten unter anderem die Erinnerung als das Fundament der Zukunft in den Vordergrund.

ÖVP-Klubobfrau Helena Kirchmayr

„Das Ende des Krieges, der Tyrannei und der schrecklichen Verbrechen, die Wiedererlangung der Freiheit und der Schritt in eine Zukunft voller Chancen durch den Beitritt zur Europäischen Union markieren Wendepunkte in der Geschichte unseres Landes. Sie stehen auch dafür, daß wir es immer wieder geschafft haben, aus schwierigen Situationen gestärkt hervorzugehen. Das Gedenken ist daher gerade in Zeiten wie diesen ein wichtiges Zeichen für die Menschen in unserem Land“, so ÖVP-Klubobfrau Helena Kirchmayr.

FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr

„Der Österreichische Staatsvertrag hat uns Unabhängigkeit und Freiheit gebracht. Durch ihn wurden unverzichtbare demokratische Strukturen geschaffen. Nur sie ermöglichen es uns Österreichern, über uns selbst zu bestimmen. Auch die Bundesländer – und eben Oberösterreich – erhielten erst durch den Staatsvertrag ihre Souveränität, wie wir sie heute kennen. Mit der heutigen Gedenkveranstaltung rufen wir das in Erinnerung und geben den heurigen Jubiläen die notwendige Bedeutung“, sagte FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr.

SPÖ-Klubvorsitzender Christian Makor

„Das Jahr 1945 ist in der aktuellen Corona-Krise so nahe gerückt wie schon lange nicht mehr. Denn wir haben heute die höchste Arbeitslosigkeit in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg. Jede/r zweite Oberösterreicher/in ist arbeitslos oder in Kurzarbeit.



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

Landtagspräsident Wolfgang Stanek

Deshalb müssen wir jetzt Arbeit schaffen, um uns wieder in Richtung Zukunft orientieren zu können. Der gemeinsame europäische Weg war für Österreich dabei in den vergangenen Jahrzehnten ein zentraler Erfolgsfaktor. Diesen sollten wir im eigenen Interesse stärken, denn die großen Herausforderungen unserer Zeit können nicht mehr auf der Ebene der Nationalstaaten bewältigt werden. Die EU ist auch der beste Schutz, um einer Wiederholung von Kriegsgräueln und Faschismus in Europa vorzubeugen“, so SPÖ-Klubvorsitzender Christian Makor.

Gottfried Hirz, Klubobmann der Grünen

„Wir gedenken dreier Marksteine in der jüngeren Geschichte Österreichs und damit auch Oberösterreichs. Es sind Ereignisse, die das Werden, die Entwicklung und die Zukunft unseres Landes entscheidend geprägt, ja, erst ermöglicht haben. Kriegsende und Befreiung vom NS-Terror mit dem Wiederaufbau aus Schutt und Asche, die Rückkehr in die staatliche Eigenständigkeit auf dem Fundament der neu errichteten demokratischen Strukturen und der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft als Bekenntnis zu einem geeinten Europa sind elementare Teile im Gesamtbild Österreichs, wie wir es heute kennen. Es ist unser aller Aufgabe, Botschaften und Errungenschaften dieser Ereignisse zu bewahren, wertzuschätzen und auch den nächsten Generationen zu vermitteln“, betonte Gottfried Hirz, Klubobmann der Grünen.

„Wir haben die längste Brücke der Welt, sie beginnt in Washington und endet in Sibirien.“ Mit diesem Zitat vom damaligen Landeshauptmann Heinrich Gleißner begann Landtagspräsident Wolfgang Stanek sein Resümee: „War vor 75 Jahren die heutige Nibelungenbrücke das trennende Element, so war diese Brücke zehn Jahre später das verbindende Element Oberösterreichs. Diese symbolische Brücke endet aber nicht in der Gegenwart. Wir müssen den Blick stets in die Zukunft richten, uns und unsere demokratischen Werte weiterentwickeln. Nur so können wir eine erfolgreiche Zukunft für uns und die nächsten Generationen gestalten.“ ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Foto: ÖNB, Bildarchiv der US-Informationssdienste in Österreich, Inventarnummer: US 9980/7



Der sowjetische Posten auf der rechten Seite des Brückenkopfes der Nibelungenbrücke in Linz/Urfahr. Das Foto entstand im Auftrag der United States Information Agency Pictorial Section der Information Services Branch (ISB)

Sonderpräsidialsitzung des Nationalrats und des Bundesrats

Im Gedenken an 75 Jahre Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen

Erst wenn wir alle zu Kämpferinnen und Kämpfern gegen Antisemitismus geworden sind, kann diese Geißel der Menschheit überwunden werden“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka am 5. Mai bei einer gemeinsamen Sondersitzung der Präsidialkonferenzen des Nationalrats und des Bundesrats im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Sobotka und Bundesratspräsident Robert Seeber hatten anlässlich des Gedenktags gegen Gewalt und Rassismus zu der Sonderpräsidialsitzung in das Dachfoyer der Hofburg eingeladen. Den aktuellen Empfehlungen der Bundesregierung folgend und zur Minimierung des Ansteckungsrisikos mit COVID-19, wurde die gemeinsame Sondersitzung der Präsidialkonferenzen des Nationalrats und des Bundesrats im kleinen Kreis abgehalten und ein moderiertes Gespräch vorab aufgezeichnet.



Worte zum Gedenken von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Sobotka: Gedenken in Demut und Scham allen Opfern des nationalsozialistischen Irrsinns

„75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers gedenkt das Land in Demut und Scham allen Opfern, Toten und gepeinigten Überlebenden des nationalsozialistischen

stischen Irrsinns“, sagte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Aus seiner Sicht forme dieses Gedenken die Gewißheit, um Rassensinn in Österreich keinen Platz zu lassen.

Der Nationalratspräsident zeigte sich in Anbetracht der außergewöhnlichen Zeiten der österreichischen Gesellschaft gegenüber

dankbar, die in ihren Grundfesten an Rechtsstaatlichkeit und Solidarität festhalte. Das Konzentrationslager Mauthausen stehe im düsteren Gegenteil zu unserer heutigen Gesellschaft. Sobotka betonte das Privileg und die Verantwortung jener Generationen, die aus persönlicher Begegnung mit Überleben-



Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Bei der Gedenkveranstaltung (vorne v.l.): 3. NR-Präsident Norbert Hofer, 2. NR-Präsidentin Doris Bures und NR-Präsident Wolfgang Sobotka

Österreich, Europa und die Welt

den die Geschichte am Leben erhalten und an nachfolgende Generationen weitergeben müßten.

Seeber: KZ-Gräueltaten des NS-Terrors nicht verblässen lassen

Bundesratspräsident Robert Seeber verwies auf die durch das Coronavirus eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Bevölkerung. Bezugnehmend auf kürzlich stattgefunden Demonstrationen gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen der Regierung, warnte er vor Vergleichen Demonstrierender, die sich als Opfer „wie Juden im Faschismus“ bezeichneten. Dieser Verharmlosung des NS-Terrors müsse ebenso entgegengetreten werden, wie den Aufrufen zu Gewalt oder dem Säen von Haß und Zwietracht.

Seeber erinnerte an das millionenfach ausgelöste Leid durch die NS-Schreckensherrschaft und rief dazu auf, die Erinnerung an diese Gräueltaten nicht verblässen zu lassen.

Diskussion über Judenhaß, erstarkte Nationalstaaten und veränderten Antisemitismus

Per Video wurde ein in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen aufgezeichnetes Gespräch eingespielt, an dem die Leiterin des Mauthausen Memorials Barbara Glück, die Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich, Hannah Lessing der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Oskar Deutsch und der Primarius für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Schriftsteller Paulus Hochgatterer teilnahmen. Moderiert wurde das Gespräch von ORF-Redakteurin Rebekka Salzer.

Das Gespräch drehte sich unter anderem um die Fragen, inwieweit Krisenzeiten verstärkten Judenhaß oder das Erstarken der Nationalstaaten hervorrufen und wie sich Antisemitismus über die Jahre veränderte.

Laut Barbara Glück von der KZ-Gedenkstätte Mauthausen widme man sich wegen der Coronakrise vermehrt dem digitalen Gedenken und wolle damit Menschen erreichen, die nicht nach Mauthausen kommen können. Die Auseinandersetzung im Internet könne aus ihrer Sicht den Besuch des historischen Orts jedoch nicht ersetzen. In der Gedenkstätte gehe man Glück zufolge der Frage auf den Grund, wie es passieren konnte, daß in einer vermeintlich zivilisierten Gesellschaft Millionen Menschen ermordet wurden.

Für die Generalsekretärin des Nationalfonds Hannah Lessing ist Demokratie extrem



Begrüßung durch Bundesratspräsident Robert Seeber



Fotos: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Besuch der Gedenkstätte Mauthausen am 30. April (v.l.): Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Präsident der IKG Oskar Deutsch, Generalsekretärin des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds Hannah Lessing, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen Barbara Glück und der Psychiater und Schriftsteller Paulus Hochgatterer

verletzlich. Aus diesem Grund müsse daran erinnert werden, wie schnell Demokratien unsolidarisch werden und sich Haß und Feindlichkeit entwickeln können. Aus ihrer Sicht habe sich Antisemitismus in den vergangenen Jahrzehnten verändert und verstecke sich heute oftmals hinter Kritik am Staat Israel. Durch das Ableben der ZeitzeugInnen käme es zu einer Verlagerung in Richtung der Orte der Erinnerung, die in Zukunft stärker bespielt werden sollten.

Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Oskar Deutsch zog Parallelen zur Weltwirtschaftskrise von 1929/1930. Dabei zeigte er sich davon überzeugt, daß die Europäische Union, die Vereinten Nationen und nicht zuletzt die demokratischen Staaten Europas die besten Garanten seien, daß sich die Geschichte nicht wiederholen würde. Er erinnerte auch daran, daß Judenhaß nicht mit

dem Holocaust, sondern viel früher mit Haßreden begonnen habe. Deutsch kritisierte die Möglichkeit, sich im Internet rassistisch oder antisemitisch äußern zu können, ohne Folgen befürchten zu müssen.

Der Psychiater und Schriftsteller Paulus Hochgatterer zeigte sich besorgt über das Erstarken der Nationalstaaten und den Rückzug hinter die eigenen Landesgrenzen. Aus seiner Sicht werden sich die zwischenstaatlichen Beziehungen nach der Coronakrise verändert haben. Aus seiner Sicht sind jene, die keine persönliche Schuld tragen, aufgerufen, die Geschichte weiterzuerzählen. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

Die Gedenkveranstaltung ist als Video-on-Demand in der Mediathek des Parlaments verfügbar:

https://www.parlament.gv.at/MEDIA/play.shtml?GP=XVII&NR=6&ITYP=VER&INR_TEIL=1/

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Menschlichkeit ohne Grenzen

Virtuelles Fest der Freude mit geschätzten 30.000 Zuschauern aus der ganzen Welt – Am 8. Mai 2020 jährte sich zum 75. Mal die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht – Europaweit größte Befreiungsfeier diesmal virtuell



Foto: Cpl. Donald R. Orntz, US Army / U.S. military or Department of Defense / wiki commons

Befreite Gefangene im Konzentrationslager Mauthausen bei Linz begrüßen am 8. Mai 1945 die Kavalleristen der 11. Panzerdivision mitreißend. Das Banner an der Wand wurde von spanischen loyalistischen Gefangenen angefertigt. Es heißt „Die spanischen Antifaschisten begrüßen die Befreiungskräfte“. Der Text wurde auch in englischer und russischer Sprache verfaßt.

Geschätzte 30.000 Menschen feierten am 8. Mai das Fest der Freude, das heuer aufgrund der Covid-19-Pandemie zum ersten Mal virtuell stattfand. Das Mauthausen Komitee Österreich ist erfreut, daß so viele Menschen weltweit die Möglichkeit nutzten und so ein Zeichen für ein „Niemals wieder“ setzten. Vor allem die Rede der Zeitzeugin Erika Kosnar bekam einen Sturm an Likes in der Online-Übertragung. Die internationalen ZuseherInnen folgten der Feier über Livestream – österreichweit war das Fest der Freude in ORF III zu sehen.

Am 8. Mai 2020 jährte sich zum 75. Mal die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht. An diesem Tag veranstaltete das Mauthausen Komitee Österreich

(MKÖ) im Gedenken an die Opfer und die Freude über die Befreiung von der NS-Terrorherrschaft bereits zum achten Mal das Fest der Freude.

Willi Mernyi, Vorsitzender Mauthausen Komitee Österreich: „Wir schätzen, daß über 30.000 Zuseherinnen und Zuseher auf allen Kanälen dem Aufruf gefolgt sind, das Fest der Freude, das aufgrund der Covid-19-Pandemie zum ersten Mal nicht am Heldenplatz stattgefunden hat, heuer virtuell zu feiern.“

Die virtuellen ZuseherInnen kamen aus 24 Ländern: Österreich, Spanien, Deutschland, Israel, Großbritannien, Dänemark, Schweiz, Rumänien, Argentinien, Kolumbien, Kanada, Malta, Polen, Vereinigte Staaten von Amerika, Italien, Slowakei, Türkei,

Bulgarien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Schweden, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate.

Ein starkes Zeichen für die Botschaft »Menschlichkeit ohne Grenzen«

Dieses Jahr widmete sich das Fest der Freude, wie auch die kommende virtuelle Internationale Befreiungsfeier am 10. Mai, dem thematischen Schwerpunkt „Menschlichkeit ohne Grenzen“. Mernyi eröffnete das Fest der Freude mit einer „Rede auf das Leben“ des Zeitzeugen und Opfers der NS-Militärjustiz Richard Wadani, der vor kurzem verstorben ist. Mit seinen Taten lebte er das diesjährige Thema „Menschlichkeit ohne Grenzen“, indem er sich unermüdlich

Österreich, Europa und die Welt

für Rehabilitation von Deserteuren in der österreichischen Gesellschaft einsetzte.

MKÖ-Vorsitzender Mernyi: „Ich glaube, das ist genau das, worum es beim Fest der Freude geht. Einerseits der Befreiung zu gedenken, aber andererseits sich auch darauf zu besinnen, daß Menschlichkeit im Sprachschatz der Nationalsozialisten nicht vorkam. Daß Menschlichkeit keinen Wert hatte. Nazis kannten nur ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘. Feiern wir den 8. Mai als Tag der Menschlichkeit.“

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Auch die Rede von Bundespräsident Alexander Van der Bellen erinnert an Richard Wadani und die Gräueltaten der nationalsozialistischen Terrorherrschaft sowie die Bedeutung des 8. Mai als Tag der Freude:

Liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle Menschen, die hier leben!

Vor 75 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zu Ende. Vor 75 Jahren wurde Österreich, wurde Europa endlich befreit von der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus. Millionen Tote waren zu beklagen. Durch den Krieg, den Holocaust, durch Verfolgung und Ermordung. Das ganze Ausmaß der Vernichtung durch das Nazi-Regime wurde offenbar. Hunger war an der Tagesordnung. Österreichs Städte lagen in Schutt und Asche.

Gleichzeitig war der 8. Mai 1945 ein Tag der Freude; der Freude über das Wiedererlangen von Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, und Demokratie. Darum feiern wir das „Fest der Freude“.

Meine Damen und Herren!

Wir begehen dieses „Fest der Freude“ in diesem Jahr unter besonderen Umständen. Wir können leider nicht wie in den Jahren zuvor zusammen auf dem Heldenplatz gedenken, zuhören und feiern. Vieles ist heuer anders. Gerade in Zeiten so großer Herausforderungen ist es wichtig, an unser Österreich zu glauben. An seine Stärken, seine Errungenschaften und seine Fähigkeit, auch schwierige Situationen zu meistern. Das bedeutet auch und ganz wesentlich, daß wir niemals vergessen, daß das Fundament unseres Österreich ein klares Bekenntnis bildet:

Ein Bekenntnis zu Grund- und Freiheitsrechten, zu Rechtsstaatlichkeit, zu Demokratie und zu Solidarität. Ein Bekenntnis gegen Rassismus, gegen Antisemitismus, gegen Fremdenfeindlichkeit. Ohne Erinnern an die schreckliche Vergangenheit gibt es keine hu-



Foto: Mauthausen Komitee Österreich

mane Gegenwart. Die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen von damals, die die Gräueltaten erfahren mußten, sind uns Vorbilder für das Heute. Dafür möchte ich ihnen danken.

Erinnern will ich bei diesem heurigen Gedenken besonders an Richard Wadani, der uns vor wenigen Tagen für immer verlassen hat. Ihm ist es wesentlich zu verdanken, daß die Verfolgten der NS-Militärjustiz rehabilitiert wurden. Sein Vermächtnis ist das „Deserteurs-Denkmal“ auf dem Ballhausplatz. Dort, vor der Präsidentschaftskanzlei und dem Bundeskanzleramt erinnert es daran, daß humanistische Werte das politische Handeln bestimmen müssen. Und es erinnert daran, daß es auf jeden von uns ankommt, wenn es gilt, diese Werte zu schützen.

Meine Damen und Herren!

Nützen wir das „Fest der Freude 2020“ dazu, uns selbst zu fragen, worauf es in unserem Leben wirklich ankommt, wofür es sich lohnt einzutreten. Vielen Dank.

So die Rede des Bundespräsidenten im Wortlaut.

Bundeskanzler Sebastian Kurz

„Heute vor 75 Jahren hat der Zweite Weltkrieg in Europa sein Ende gefunden. Mit der vollständigen Kapitulation des Deutschen Reichs, konnte eines der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte geschlossen werden. Die Folgen dieser fürchterlichen Zeit beschäftigen uns jedoch bis heute. So unbeschreiblich die Grausamkeit des Natio-



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Sebastian Kurz

Österreich, Europa und die Welt

nalsozialismus war, so notwendig und wichtig sind die Lektionen, die wir aus dieser Zeit lernen müssen“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz in seiner Ansprache.

Kultur des Erinnerns – Österreich trägt besondere Verantwortung

„Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, dann braucht es vor allem eines: Eine Kultur der Erinnerung“, betonte der Bundeskanzler und wies auf die besondere Verantwortung Österreichs hin. „So schwer es uns auch fällt, wir müssen uns die Gräueltaten des Nationalsozialismus vor Augen halten. Wir müssen uns daran erinnern, daß es auch Österreicher waren, die in den Reihen der Nationalsozialisten gekämpft, gefoltert und gemordet haben. Und daß es viele gab, die ihre Augen vor dem Unrecht verschlossen haben.“ Ebenso wichtig sei es, die Erinnerung an die unschuldigen Opfer wach zu halten, „allen voran an unsere jüdischen Mitbürger, die entrechtet, vertrieben und getötet wurden“. Genauso müsse auch aller anderen Opfer gedacht werden, der Minderheiten, Andersdenkenden und Widerstandskämpfer.

Es brauche dieses Erinnern, um stets wachsam zu bleiben: „Wir müssen alles tun, daß sich die Geschichte nicht wiederholt. Wir müssen stets die Grundlagen unserer freien Gesellschaft schützen und stärken: die Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Gewaltentrennung und Medienfreiheit. Und wir müssen gemeinsam konsequent gegen alle Formen des politischen Extremismus vorgehen. Das ist unsere historische Verantwortung“, so Sebastian Kurz. Es müsse zudem alles unternommen werden, um Versöhnung mit den Opfern des Holocaust zu finden. So sei es wichtig, Überlebenden des Holocausts weiterhin die Möglichkeit zu bieten, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Mit diesen Menschen sprechen zu können, sei ein besonderes Privileg und „es ist unsere Verantwortung, ihr Zeugnis für die Nachwelt zu bewahren“.

Österreich habe heute eine klare Haltung: „Der Kampf gegen Antisemitismus und Antizionismus ist Teil unserer Staatsraison. Wir müssen alle gemeinsam stets darauf achten, daß dieser Hass nie wieder Fuß fassen kann. Mit geeinten Kräften müssen wir weiter dafür kämpfen, daß sich kein jüdischer Mitbürger auf unseren Straßen unsicher fühlt.“ Diese Verantwortung gelte es auch über Österreichs Landesgrenzen hinaus wahrzunehmen: „Die Menschen in Israel sollen wissen, daß wir in Österreich an ihrer Seite stehen. Wir werden nie zögern, unsere historische Ver-



Foto: Mauthausen Komitee Österreich

antwortung wahrzunehmen und unseren Verbündeten Israel zu unterstützen“, versicherte der Bundeskanzler.

Demokratie, Freiheit und Menschenwürde schützen

Die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs würden uns schließlich auch dazu verpflichten, „das Friedensprojekt Europa mit aller Kraft zu stärken und zu unterstützen“. Österreich sei seit dem Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg ein sicheres, wohlhabendes Land geworden, „eine freie Demokratie im Herzen der Europäischen Union“. Eine so lange Epoche des Friedens, wie wir sie Europa in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, sei historisch einzigartig. „Daher müssen wir, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, alles daransetzen, daß dies auch in Zukunft so bleibt. Die Europäische Union ist die größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Aber auch an ihr müssen und werden wir stets arbeiten, um sie gut durch das 21. Jahrhundert zu führen“, so Sebastian Kurz.

Die positive Entwicklung der letzten Jahrzehnte, in Österreich und in ganz Europa, zeige, daß der Friede dauerhaft sein könne, „wenn wir Demokratie, Freiheit und die Würde eines jeden Menschen schützen und hochhalten. Diese Werte werden uns auch für die Zukunft der richtige Kompaß sein“, so der Bundeskanzler abschließend.

Der Festakt zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai fand dieses Jahr aufgrund der Beschränkungen infolge der Corona-Pandemie nicht an einem Ort statt, sondern setzte sich aus verschiedenen Teilveranstaltungen zusammen, die an unterschiedlichen Orten

aufgezeichnet und vom ORF gesendet wurden. Die Reden von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler wurden im Kongreßsaal des Bundeskanzleramts gehalten. Zugespielt wurden Grußbotschaften der Signatarmächte Frankreich, Rußland, dem Vereinigten Königreich und der Vereinigten Staaten von Amerika. Musikalisch umrahmt wurde die Festveranstaltung von den Wiener Philharmonikern und den Wiener Sängerknaben. Ein einleitendes Gespräch von Bundeskanzler Kurz mit Festredner Hugo Portisch wurde im Wiener Volksgarten aufgezeichnet.

Virtuelles Fest der Freude verbindet international

Auch dieses Jahr bildeten die Videos und Botschaften zum thematischen Schwerpunkt einen wichtigen Teil des Fests der Freude. Darunter waren: Margaritis Schinas, Vizepräsident der Europäischen Kommission, Dimitrij Ljubinskij, Botschafter der Russischen Föderation, Robert Leigh Turner, Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, François Saint-Paul, Botschafter von Frankreich, Trevor Dow Traina, Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, Rudolf Edlinger, Präsident des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Christa Bauer, Geschäftsführerin des Mauthausen Komitee Österreich, und Matthias Spadinger, Obmann des Vereins Gedenkdienst.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Rede der Zeitzeugin Erika Kosnar. Die Wienerin stammt aus einer Arbeiterfamilie jüdischen Glaubens. Ab 1938 mußte sie Beschimpfungen, Schikanen und Gräu-erlei-

Österreich, Europa und die Welt



Foto: Mauthausen Komitee Österreich

Erika Kosnar
Zeitzeugin

den. Dank der Zivilcourage ihrer Mutter überlebte sie den Nazi-Terror in Wien und widmet ihr Leben einem „Niemals wieder“.

Erika Kosnar zum Fest der Freude: „Brauchen die Menschen erst Krieg oder Krisen, wie wir jetzt wieder eine haben, um zu begreifen, daß nur das Miteinander und Füreinander stark und glücklich macht? Das Fest der Freude soll uns nicht nur an das Kriegsende erinnern, sondern auch an unsere Verantwortung für den Frieden und das Glück der folgenden Generationen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Es ist weder die Hautfarbe noch die Religion noch die Rasse ausschlaggebend, wichtig ist nur eines: Mensch zu sein.“

Wiener Symphoniker auch virtuell musikalisch vertreten

Auch eine globale Pandemie konnte die Wiener Symphoniker nicht davon abhalten, das Mauthausen Komitee Österreich beim Fest der Freude zu unterstützen. Eigens für das virtuelle Fest der Freude haben die Wiener Symphoniker den zweiten Satz „Allegretto“ aus Ludwig van Beethovens Siebter Symphonie A-Dur op. 92 im Covid-19 bekannten Split-Screen-Format präsentiert. Neben den musikalischen Beiträgen der Wiener Symphoniker war auch der Dirigent Alexander Liebreich, der das heurige Festkonzert dirigieren sollte, mit einer Grußbotschaft vertreten. Außerdem wurden Aufzeichnungen aus den Konzerten der vergangenen Jahre gezeigt.

Durch das virtuelle Fest der Freude, das mit der „Ode an die Freude“ von Ludwig van Beethoven einen feierlichen Abschluss fand, begleitete auch dieses Jahr Schauspielerinnen Katharina Stemberger.

Statements zum Fest der Freude 2020

Werner Kogler, Vizekanzler

Die Erinnerung an den Krieg und die Verbrechen der Nationalsozialisten ist eine moralische und eine politische Verpflichtung, die den antifaschistischen Grundkonsens der Zweiten Republik begründet. „Niemals Vergessen“ ist daher ein klarer Auftrag für heute und für die Zukunft. Denn die Gefahr, daß alter Nationalismus und neuer Rechtsextremismus zu Krieg führen, ist immer gegeben. Mit Geschichtsbewußtsein, Zusammenhalt und Zuversicht ist es unsere Aufgabe, gemeinsam wachsam zu bleiben – für den Frieden, die Freiheit und die Demokratie.

Rudolf Anschober, Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Am 8. Mai jährte sich zum 75. Mal der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Ein Tag geprägt vom Gedenken an die unzähligen Opfer, die wir niemals vergessen dürfen und einem ganz lauten „Nie wieder!“. Ein Tag, der aber auch für die Freude steht, Freude über das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa. Auf Grund der Covid-19 Pandemie läuft vieles anders als geplant, auch das Erinnern an den 8. Mai vor 75 Jahren. Große Feierlichkeiten sind heuer nicht möglich. Umso entschlossener und geeinter müssen wir die Menschlichkeit ins Zentrum unseres Handelns stellen, Gewalt und Rassismus entschieden entgegnetreten. Und im Erinnern Kraft schöpfen für die Zukunft.

Karoline Edtstadler, Bundesministerin für EU und Verfassung

„Wir gedenken heute auch all jener, die sich gegen das NS-Unrechtsregime gestellt

haben und mutig für unser freies Österreich gekämpft haben. Viele haben dabei ihr Leben verloren. Die derzeitige Krise zeigt uns einmal mehr, wie wichtig unsere Grundwerte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Freiheit sind, und daß wir dafür tagtäglich entschieden eintreten müssen.“

Leonore Gewessler, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

„Der 8. Mai ist wie kein anderer Tag ein Tag der Freude und der Freiheit. Die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht und das Ende des Naziterrors in Europa markieren einen Wendepunkt in unserer Geschichte – zurück zu Demokratie und Menschenwürde. Die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen durch die US-Armee, die sich am 5. Mai zum 75 Mal jährte, ist aber auch eine nachdrückliche Mahnung. Sie erinnert uns an die historische Verantwortung, die gerade wir Österreicherinnen und Österreicher tragen. Es ist gerade unsere Aufgabe der ermordeten Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti, Homosexuellen, Widerstandskämpfer, Menschen mit Behinderung und aller anderen Opfer der nationalsozialistischen Mordmaschinerie zu gedenken und dafür Sorge zu tragen, daß nichts Ähnliches je wieder geschieht.“

Elisabeth Köstinger, Bundesministerin für Landwirtschaft, Region und Tourismus

„Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht hat eines der dunkelsten Kapitel der europäischen Geschichte beendet. Niemals werden wir vergessen, welche Gräueltaten dieses verbrecherische Regime begangen hat und wie viele Menschen ihr Leben lassen mußten. Das „Fest der Freude“ ist eine wichtige Veranstaltung, um den Opfern würdig zu gedenken und uns über die Befreiung von der NS-Terrorherrschaft zu freuen.“

Karl Nehammer, Bundesminister für Inneres

„Der 8. Mai – der Tag unserer Befreiung vom Nationalsozialismus – ist heuer für mich ein besonderer Tag der Freude. Heute hat die Bundesregierung beschlossen, in Ankaufverhandlungen über verbliebene historische Liegenschaften des ehemaligen KZ Gusen zu treten und so ein würdiges Gedenken für die Opfer zu ermöglichen. So läßt die Republik Österreich ihrer historischen Verantwortung auch konkrete Taten folgen.“

Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort

„Am 8. Mai wurde das nationalsozialisti-

Foto: Deutsches Bundesarchiv Sammlung KZ Mauthausen / wiki commons



Die We

Schallenberg: »Multilateralismus liegt in unserer außenpolitischen DNA«



Außenminister Alexander Schallenberg

Anlässlich des 75. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs in Europa nahm Außenminister Alexander Schallenberg am 8. Mai an einer von Estland organisierten Debatte im UNO-Sicherheitsrat teil. Dabei zogen mehr als 50 AußenministerInnen sowie VertreterInnen der EU und der UNO Lehren aus der Nachkriegsweltordnung.

„Vor 75 Jahren stand die Menschheit vor einer gemeinsamen Herausforderung, dem Wiederaufbau der Welt nach der immensen Tragödie und Zerstörung des Zweiten Weltkrieges. Daraus entstand, mit der UNO

im Zentrum, die multilaterale regelbasierte Weltordnung, die wir heute kennen und die zu einzigartigen Fortschritten in der Bereichen Frieden und Sicherheit, Menschenrechte sowie Entwicklung geführt hat“, betonte Außenminister Alexander Schallenberg zu Beginn seiner Wortmeldung.

Die virtuelle Debatte bot jedoch auch Gelegenheit, um sich kritisch mit der Rolle des UNO-Sicherheitsrates auseinanderzusetzen. So warnte der österreichische Außenminister, daß vor unseren Augen an den Grundfesten des multilateralen Systems gerüttelt werde. Das Vertrauen in multilaterale Institutionen schwindet, internationale Abkommen über Abrüstung oder den Klimawandel werden in Fragen gestellt und nationale Tendenzen nehmen wieder zu.

Dies zeige sich besonders deutlich im UNO-Sicherheitsrat: „Anstatt für Rechenschaftspflicht für die abscheulichsten Verbrechen zu sorgen, bleibt der Sicherheitsrat allzu oft tatenlos“, so der Außenminister.

Angesichts der globalen Covid-19 Pandemie zeige sich jedoch gerade, daß die UNO mehr denn je gebraucht werde. Das stehe insbesondere für kleine und mittelgroße Staaten wie Österreich außer Frage. „Multilateralismus ist in unserer DNA“, so Schallenberg abschließend. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>

also via Internet und ORF III – zu feiern. Was gleichzeitig aber auch die große Chance mit sich brachte, daß noch mehr Menschen als sonst dieser hochkarätig besetzten Befreiungsfeier unter dem schönen und hochaktuellen Motto ‚Menschlichkeit ohne Grenzen‘ beiwohnen konnten.

Thomas Stelzer, Landeshauptmann von Oberösterreich

„Auch wenn die Feier heuer in ungewohnter Form stattfindet, so bleibt die Botschaft dieselbe. Dieses Fest erinnert an die Befreiung von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft – einer Herrschaft, die Achtung der Menschenwürde, Menschlichkeit und Solidarität aus ihrem Denken und Handeln verbannte. Das Fest der Freude trägt wesentlich dazu bei, daß die Schrecken dieser Zeit nie in Vergessenheit geraten und unverzichtbare Werte für ein friedliches und menschenwürdiges Miteinander hochgehalten werden. Ich bedanke mich beim Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) für die Organisation und Durchführung dieser so wichtigen Veranstaltung.“

Botschaft der Republik Belarus in der Republik Österreich

Für die WeißrussInnen ist die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus heilig. Das Wissen über die Schrecken der Konzentrationslager der Nazis Mauthausen, Auschwitz und Maly Trostenets sollte für zukünftige Generationen ein „Impfstoff“ gegen das Virus des Hasses, des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit werden. Deshalb war die Teilnahme an der Internationalen Befreiungsfeier für die Delegation der belarussischen Botschaft in Österreich sehr wichtig.

sche Terrorregime beendet. Wir dürfen die Verbrechen dieser Zeit, die unvorstellbares Leid ausgelöst haben, niemals vergessen. Niemals wieder darf sich dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte wiederholen. Wir alle tragen dafür Verantwortung.“

Michael Ludwig, Bürgermeister von Wien

„Der Holocaust-Überlebende Rudi Gelbard sagte einmal: Das Wichtigste, damit wir die Gräueltaten des NS-Regimes nicht vergessen und uns vor kommenden Gefahren wappnen, sei Information. Dafür steht das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ), daß verlässlich sowohl an den Terror der Nationalsozialisten erinnert als auch an die Befreiung von der Gewaltherrschaft der Nazis. Deshalb veranstaltete das MKÖ auch heuer wieder das traditionelle ‚Fest der Freude‘ zur Erinnerung an die endgültige Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vor 75 Jahren. Wobei die große

Herausforderung diesmal darin bestand, aufgrund der COVID-19-Pandemie virtuell –



Die Delegation der belarussischen Botschaft in Österreich

Foto: BMEIA / Dragan Tatic

Foto: Botschaft der Republik Belarus in der Republik Österreich

Österreich, Europa und die Welt

Virtuelle Befreiungsfeier des KZ Mauthausen und virtuelle Gedenkwochen

Die europaweit größte Internationale Befreiungsfeier fand am 10. Mai zum ersten Mal virtuell statt. Von 11:00 bis 12:00 Uhr konnte international unter www.mkoe.at und österreichweit in ORF III daran teilgenommen werden. Nach der internationalen Begrüßung und der Verlesung des Mauthausen Schwurs in 17 verschiedenen Sprachen durch Jugendliche folgte die Begrüßung durch MKÖ-Vorsitzenden Willi Mernyi: „Eine virtuelle Befreiungsfeier ist für mich keinesfalls ein würdiger Ersatz für eine Befreiungsfeier in der Gedenkstätte Mauthausen. Die persönlichen Begegnungen mit den Überlebenden, ich denke da an Gespräche mit Ed Mosberg, Daniel Chanoch, Shaul Spielmann, Aba Lewit und mit dem kürzlich verstorbenen Richard Wadani – haben mich persönlich und politisch immer sehr berührt. Dazu gibt es keine virtuelle Alternative.“

Guy Dockendorf, Präsident des Comité International de Mauthausen mit Sitz in

Luxemburg, nahm anschließend in seinem Video-Statement zum thematischen Schwerpunkt „Menschlichkeit ohne Grenzen“ Stellung und legte dar, wie der Zusammenhang mit Corona auch in das Gedenken und zu dem diesjährigen Thema paßt: „Das Schlüsselwort lautet internationale Solidarität. Freilich ist es notwendig, daß der Begriff Solidarität in einer Zeit, in der die Grenzen physisch und mental geschlossen sind, in einer Zeit, in der der Neoliberalismus der gesamten Welt seine Regeln aufzuzwängen scheint, eine neue Bedeutung erlangt!“

Den Höhepunkt der virtuellen internationalen Befreiungsfeier bildeten die zahlreichen Überlebenden und Zeitzeugen, die aus der ganzen Welt teilnahmen. Unter ihnen waren Aba Lewit, Liliana Segre, Dusan Stefancic, Daniel Chanoch, Shaul Spielmann, Ed Mosberg, Max Garcia und Igor Malitskyi und Stanisław Zalewski.

Zeitzeugin Liliana Segre, die mit den Worten: „Nur das Bewußtsein über das, was geschehen ist, kann als Impfstoff gegen das die-

nen, was es hervorgebracht hat“ sehr berührt hat, ist besonders in Erinnerung geblieben.

Auch KZ-Überlebender Daniel Chanoch steht mit seiner Botschaft bei der virtuellen Befreiungsfeier ganz deutlich für ein „Nie-mals wieder“: „Die Botschaft an die Welt lautet: Stoppt jegliche Form von Rassismus, Faschismus und Antisemitismus. Wiederholen Sie nicht, was in der Vergangenheit geschah.“

David Sassoli, Präsident des Europäischen Parlaments, wandte sich in seiner Rede an die Jugend in Europa: „Die Worte des Mauthausen-Schwurs müssen eine Warnung für uns alle, vor allem aber für Euch, junge Europäerinnen und Europäer, sein: eine Möglichkeit, derer zu gedenken, aber auch das Opfer derer zu ehren, die in diesem Lager ihr Leben verloren haben, die für eine bessere Welt gekämpft haben, die für die Werte von Freiheit und Gerechtigkeit eingetreten sind. Ich wünsche Euch gutes Gelingen!“

<http://www.mkoe.at/>

<https://www.youtube.com/channel/UC8n1Z-V92qyVSMJZGwIQ-w>

Ein Meilenstein für die Gedenkkultur in Österreich

Für die KZ-Gedenkstätte Mauthausen ist der Beschluß der österreichischen Bundesregierung, in Verhandlungen über Ankauf von Grundstücken in Gusen einzutreten, ein entscheidender Schritt. „Diese Entscheidung ist ein Meilenstein für die Gedenkkultur in Österreich und die Aufarbeitung der Geschichte zwischen 1938 und 1945“, sagt Barbara Glück, Direktorin der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Auf diesen Grundstücken befinden sich heute noch wesentliche historische Überreste und Gebäude des ehemaligen Konzentrationslagers Gusen. Die Integration dieser bedeutsamen Bereiche in die bestehende KZ-Gedenkstätte Gusen wäre eine wichtige Stärkung der Erinnerungskultur in Gedenken an die Opfer dieses in Österreich lange Zeit wenig bekannten Zweiglagers des KZ Mauthausen.

Barbara Glück sieht darin auch einen Erfolg der Arbeit der Gedenkstätte. Diese ist seit 1997 für den Erhalt des bestehenden Gusen Memorial zuständig und setzt sich seither in enger Zusammenarbeit mit regionalen Gedenkinitiativen für eine Stärkung des Gedenkens an diesem ehemaligen Verbrechens- und Leidensort ein. „Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen wird sich dafür einsetzen, daß die weitere Gestaltung der neuen Grundstücke unter Einbeziehung regionaler,

nationaler und internationaler Interessenvertreter erfolgt. Auch die Anliegen der regionalen Bevölkerung müssen bei einer Erweiterung der Gedenkstätte, die mitten im Ortsgebiet von Langenstein liegt, gehört werden“, sagt Glück.

Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen ist angesichts ihres inhaltlichen und organisatorischen Know-hows bereit, gemeinsam mit regionalen, nationalen und internationalen Partnern, diesen so wichtigen Gedenkort weiterzuentwickeln und hofft, daß die Verhandlungen möglichst bald zu einem positiven Ergebnis führen. „75 Jahre nach der Be-

freiung ist dies die einzigartige Chance, eine angemessene und der historischen Dimension dieses Lagers entsprechende zeitgemäße Gedenkstätte zu errichten. Ein wichtiges Zeichen für alle Überlebende und eine würdige Erinnerungsstätte für die zahlreichen Opfer“, so Glück.

Die bestehende KZ-Gedenkstätte Gusen geht auf eine Initiative der ehemaligen Häftlinge zurück. Der nun gesetzte Schritt der Bundesregierung unterstreicht eindeutig die nationale und internationale Bedeutung des Gedenkortes Gusen.

<https://www.mauthausen-memorial.org/>



Foto: KZ-Gedenkstätte Mauthausen

Auch in Krisenzeiten starker und verlässlicher Partner

Reise von Außenminister Alexander Schallenberg und Europaministerin Karoline Edtstadler nach Albanien, Serbien und Kosovo als Ausdruck der Solidarität



Foto: BKA / Andy Wenzel

Europaministerin Karoline Edtstadler und Außenminister Alexander Schallenberg (r.) trafen im Rahmen der Westbalkanreise den albanischen Außenminister Gent Cakaj

Die erste Auslandsreise nach Ausbruch der Covid-19 Pandemie in Europa führte Außenminister Alexander Schallenberg gemeinsam mit Europaministerin Karoline Edtstadler am 28. Mai in die Westbalkanstaaten Albanien, Serbien und Kosovo. Auf dem Programm standen neben der Übergabe von dringend benötigten medizinischen Hilfsgütern im Kampf gegen die Pandemie, auch bilaterale Treffen mit den Amtskollegen.

„Die österreichische Solidarität mit den Staaten des Westbalkans ist auch in Krisenzeiten ungebrochen. Größtmögliche Stabilität und Sicherheit in den Nachbarländern in Südosteuropa liegt im ureigensten Interesse Österreichs“, der betonte Außenminister. So leiste auch die Hilfe vor Ort einen wichtigen Beitrag für die Gesundheitssysteme am Westbalkan.

Tirana

Der erste Tagesordnungspunkt führte die beiden österreichischen Minister in die albanische Hauptstadt Tirana zu einem Treffen mit dem amtsführenden Außenminister Cakaj Gent. Im Fokus des Gesprächs standen die

erst kürzlich erfolgte Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen und die damit verbundenen Reformen im Land. Außenminister Schallenberg bekräftigte dabei Österreichs Unterstützung bei der Heranführung Albaniens an die EU.

Die enge Verbundenheit Österreichs mit den Staaten des Westbalkans zeigte sich auch bei den weiteren Treffen.

Belgrad

So ging es von Tirana weiter nach Belgrad, wo Außenminister und Europaministerin, wie bereits zuvor in Albanien, ihren Amtskollegen Ivica Dačić und Jadranka Joksimović als Zeichen der österreichischen Solidarität eine Lieferung medizinischer Hilfsgüter übergaben. Im anschließenden bilateralen Gespräch wurde abermals betont, daß Österreich auch Serbien bei der Annäherung an die EU und den dafür notwendigen Reformen zur Seite steht.

Priština

Zuletzt stand ein Austausch mit dem kosovarischen Außenminister Glauk Konjufca und Europaminister Blerim Reka in Priština

auf dem Programm. Auch hier bekräftigte der österreichische Außenminister die Unterstützung Österreichs und der internationalen Gemeinschaft bei der Wiederbelebung des Belgrad Pristina Dialogs.

Außenminister Schallenberg hat an Nachmittag in Pristina ein Abkommen zur finanziellen Unterstützung des Kosovo im Kampf gegen Covid-19 unterzeichnet. Die Soforthilfe in Höhe von 250.000 Euro ist Teil des Nothilfeprogramms der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, das zur lokalen Eindämmung der Covid-19 Pandemie beitragen soll.

„Angesichts der globalen Gesundheitskrise ist Solidarität und europäischer Zusammenhalt wichtiger denn je. Mit dieser Soforthilfe zeigen wir den Staaten des Westbalkan, daß sie auf die Unterstützung Österreichs durch konkrete Hilfe vor Ort zählen können. Österreich ist und bleibt auch in der Krise ein verlässlicher Partner Südosteuropas. Das ist auch eine logische Ergänzung unseres nachdrücklichen Einsatzes für die Heranführung dieser Länder an die EU“, unterstreicht der Außenminister die engen Beziehungen Österreichs zur Region.

Österreich, Europa und die Welt

Mit der Unterzeichnung des Abkommens stellt Österreich dem UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) die finanziellen Mittel für den Kauf von 9.000 dringend benötigter Covid-19 Tests zur Verfügung. Die bereitgestellten Testkits ermöglichen die Diagnose von täglich rund 500 PatientInnen über einen Zeitraum von mehr als einem Monat und unterstützen dadurch eine effiziente Lokalisierung der Covid-19 Krisenherde.

„Die Ausbreitung des Corona-Virus hat gezeigt, wie dringend das kosovarische Gesundheitssystem rasche, unbürokratische und breitenwirksame Unterstützung braucht. Wir müssen weitere Neuansteckungen verhindern, um die Ausbreitung des Virus in den Griff zu bekommen – und um die negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung so gering wie möglich zu halten. Die Unterstützung aus Österreich ermöglicht genau das“, so ADA-Geschäftsführer Martin Ledolter.

Die Umsetzung und Koordination des Hilfsprojekts vor Ort übernimmt das Büro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Pristina, dessen Arbeit bereits bis zum Jahr 1999 zurückreicht und das lange entwicklungspolitische Engagement Österreichs in Kosovo unterstreicht.

Edtstadler: Erweiterung ist eine Frage der Sicherheit und Stabilität der EU

Im Rahmen der Westbalkan-Reise mit Außenminister Alexander Schallenberg betonte Europaministerin Karoline Edtstadler in Tirana die Unterstützung Österreichs bei der Annäherung Albaniens an die Europäische Union: „Wir wollen eine glaubwürdige Perspektive eröffnen. Die Bevölkerung hat es verdient, ernst genommen zu werden. Die EU hat einen wichtigen Schritt gesetzt, indem sie entschieden hat, Beitrittsgespräche mit Albanien führen zu wollen.“ Nach einem Gespräch mit Außenminister Gent Cakaj bekräftigte Edtstadler, daß man das Land immer unterstützen werde: „Es geht nun darum, Fortschritte bei den von der Europäischen Union geforderten Reformen in den Bereichen Justiz, Verfassungswesen und Mediengesetzen zu erzielen. Dann scheint eine erste Konferenz im Frühjahr 2021 möglich.“

Sicherheit und Stabilität durch Erweiterung

Noch am gleichen Tag traf die österreichische Delegation Serbiens Außenminister Ivica Dačić und EU-Ministerin Jadranka Joksimović. Dabei unterstrich Edtstadler, daß die EU ein treuer Partner Serbiens sei: „Die EU-Erweiterung ist eine Frage der Sicher-



Foto: BKA / Andy Wenzel

v.l.: Europaministerin Karoline Edtstadler und Außenminister Alexander Schallenberg mit dem serbischen Außenminister Ivica Dačić und der serbischen Ministerin für europäische Angelegenheiten Jadranka Joksimović



Foto: BKA / Andy Wenzel

Europaministerin Karoline Edtstadler und Außenminister Alexander Schallenberg (r.) mit Kosovos Minister für europäische Angelegenheiten Blerim Reka (l.) und Außenminister Glauk Konjufca

heit und Stabilität der Europäischen Union. Es liegt nun an Serbien, weitere Schritte zu machen und Reformvorhaben wie Rechtsstaatlichkeit zügig in Angriff zu nehmen.“ Die Entscheidung der EU zu Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien sollte auch für Serbien beschleunigend wirken.

Finanzielle Unterstützung für den Kosovo im Kampf gegen COVID-19

Als letzte Station trafen die beiden österreichischen Regierungsmitglieder am Flughafen von Priština noch mit Vertretern der Regierung des Kosovo, mit Glauk Konjufca und Blerim Reka zusammen. Dabei wurde ein Abkommen zur finanziellen Unterstüt-

zung des Kosovo im Kampf gegen COVID-19 unterzeichnet.

Edtstadler bekräftigte nach Abschluß der Gespräche, daß sie mit dem Besuch auch eine „Message senden“ habe wollen, daß die Bemühungen von Ländern wie Albanien, Serbien oder dem Kosovo, sich der EU anzunähern, wahrgenommen würden. Der Bedarf an weiteren Reformen sei jedoch noch groß, etwa bei „der Unabhängigkeit der Justiz oder der Medienfreiheit“. Dies habe sie im Gespräch mit ihrer serbischen Amtskollegin Jadranka Joksimović angesprochen. ■

<https://www.bmeia.gv.at/>

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

<https://www.entwicklung.at/>

Energieforschung: Österreich ist »starker Innovator«

Internationale Energieagentur (IEA) lobt insbesondere positive Wertschöpfungseffekte durch die hohe Beteiligung von Unternehmen an der Energieforschung

Rund 150 Millionen Euro hat Österreich in den vergangenen Jahren durchschnittlich jährlich in die öffentliche Energieforschung investiert, um sich damit fit für die Zukunft zu machen – sowohl ökologisch als auch ökonomisch. Damit liegt das Land im oberen Mittelfeld der insgesamt 30 Mitgliedsstaaten der IEA. Der „Integrierte Nationale Energie- und Klimaplan“ (NEKP) sieht eine weitere sukzessive Steigerung der Energieforschungsmittel bis 2030 vor. Laut aktuellem IEA-Länderbericht sind insbesondere die regionalen Wertschöpfungseffekte der Energieforschung sehr hoch: Für jeden öffentlichen Fördereuro wurden durchschnittlich 2,5 Euro zusätzlich von der Privatwirtschaft investiert.

Auch für den Klima- und Energiefonds gibt es eine klare Empfehlung: eine den ambitionierten Klima- und Energiezielen der Bundesregierung entsprechende Dotierung und Mehrjahresbudgets, um Planungssicherheit zu gewährleisten.

Neben Lob für die positive Wertschöpfung enthält der Bericht auch konkrete Empfehlungen zur strategischen Weiterentwicklung der öffentlich finanzierten Energieforschung in Österreich.

- Die Höhe der Fördergelder des Klima- und Energiefonds sollte den ambitionierten Klimazielen der Regierung entsprechen.
- Mehrjährige Finanzierung, um Planungssicherheit aufseiten der Fördernehmer zu schaffen.
- Verstärktes Zusammenspiel von Forschungs- und Markteinführungsprogrammen, um innovative Energietechnologien schneller in den Markt zu bringen. Experimentierräume und Innovationslabore sollen es möglich machen, Technologien oder Geschäftsmodelle zu erproben, auch wenn es im allgemein gültigen Rechtsrahmen noch nicht vorgesehen ist.
- Sicherstellung, daß in jeder Phase der Technologieentwicklung – von der Grundlagenforschung bis zur Markteinführung – ausreichend Fördergelder vorhanden sind.



Bundesministerin Leonore Gewessler



Klimafonds-GF Theresia Vogel

- Weiterentwicklung des Förderportfolios, um die Anwendung von Energieinnovationen in der Wirtschaft zu forcieren
 - Ausbau der internationalen Zusammenarbeit mit multilateralen Netzwerken wie den IEA Technologiekooperationsprogrammen.
- Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Die Energiewende braucht Innovation! Gemeinsam mit dem Klima- und Energiefonds arbeiten wir deshalb an vielfältigen Lösungen, um unser Ziel Klimaneutralität

2040 gut zu erreichen. Gerade jetzt sehen wir: Investitionen in den Ausbau der Erneuerbaren sorgen nicht nur für wirkungsvollen Klimaschutz, sie schaffen auch Jobs und sichern unsere Versorgung.“

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführerin Theresia Vogel: „Als One-Stop-Shop entlang des gesamten Innovationsprozesses ist der Klima- und Energiefonds ein Eckpfeiler der heimischen Energieforschung. Wir sehen uns durch die erneute positive Evaluierung der IEA bestätigt, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Auf der Basis der Empfehlungen werden wir gemeinsam mit dem BMK unser Angebot weiterentwickeln und ausbauen, um die Energiewende mit Innovationen aus Österreich rasch voranzutreiben.“

Hintergrundinformation

Die Internationale Energieagentur (IEA) ist eine unabhängige Organisation, die sich für sichere und saubere Energie in ihren 30 Mitgliedsstaaten und darüber hinaus einsetzt. Angesichts der globalen Interdependenzen auf dem Energiemarkt setzen sich die Mitglieder für internationale Kooperation und Dialog ein.

Der Klima- und Energiefonds wurde als One-Stop-Shop 2007 durch die österreichische Bundesregierung ins Leben gerufen. Er begleitet als einzige Organisation in Österreich den gesamten Innovationsprozeß von der Grundlagenforschung bis zur Markteinführung in den Themenfeldern Klima, Energie und Mobilität. Eigentümer ist die Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Ein technologieoffener und missionsorientierter Programmansatz deckt ein breites Spektrum an Optionen für die Transformation bis hin zur Anwendung ab. Seine Strategie ist gezielt auf Technologien mit hohem Wachstumspotenzial im In- und Ausland ausgerichtet. Das Ergebnis sind breitenwirksame Lösungen, die dem Standort nützen und das Klima schützen. ■

<https://www.bmk.gv.at/>

<https://www.klimafonds.gv.at/>

Spende amerikanischer »Friendship«-Masken

US-Botschafter Trevor Traina übergab 500.000 Schutzmasken.



Foto: US-Botschaft

Botschafter Trevor Traina mit den von den USA gespendeten umweltfreundlichen Mund-Nasenschutz-Stoffmasken aus Kalifornien

Am 18. Mai hat US-Botschafter Trevor Traina den Bildungsdirektor des Wiener Stadtschulrates Heinrich Himmer getroffen, um die Verteilung der Spende der amerikanischen Botschaft von einer halben Million „Friendship“ Mund-Nasenschutz-Stoffmasken an alle Schulen zu besprechen.

Diese umweltfreundlichen Qualitätsmasken werden in Kalifornien hergestellt und in Österreich gratis verteilt.

„Während es verständlich ist, daß in Zeiten wie diesen Nationen vor allem auf sich selbst schauen, ist es auch wichtig, daß wir unsere Freunde unterstützen. Viele wissen vielleicht nicht, daß während der letzten Pandemie 1918 die USA 300.000 Kinder in Österreich mit täglichen Mahlzeiten versorgt haben. Heute ist Österreich stark und leistet großartige Arbeit in der Bewältigung der Corona-Krise. Dennoch wollen wir unsere Unterstützung anbieten und die Österreicher daran erinnern, daß wir Amerikaner immer schon Freunde waren und es auch heute sind. Unsere ‚Friendship‘ Masken sind ein Zeichen dafür“, so der Botschafter.

25.000 Mund-Nasenschutzmasken für OÖ

Im Zuge eines Arbeitsgesprächs hat US-Botschafter Trevor Traina dem oberösterreichischen Landeshauptmann Thomas Stel-



Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer

Treffen in Linz: Landeshauptmann Thomas Stelzer (l.) mit US-Botschafter Trevor Traina

zer am 20. Mai 25.000 wiederverwendbare Mund-Nasenschutzmasken übergeben. „Ein großes Zeichen der Freundschaft zwischen Oberösterreich und den Vereinigten Staaten“, wie Stelzer betonte. Die Mund-Nasenschutzmasken wurden auf die öö. Gemeinden verteilt und in Kindergärten oder Schulen eingesetzt. Die Verteilung an die Gemeinden übernahm die Freiwillige Feuerwehr.

Stelzer hat im Arbeitsgespräch auch auf die erfolgreiche wirtschaftliche Beziehung

hingewiesen, denn die USA sind nach Deutschland der wichtigste Handelspartner. Diese gute Handelspartnerschaft sei für Oberösterreich als Exportbundesland Nr. 1 natürlich auch in Zukunft besonders wichtig, gerade wenn es um das Wiedererstarkens des Standorts Oberösterreich gehe, so der Landeshauptmann abschließend. ■

<https://austria.usembassy.gov/>

<https://www.bildung-wien.gv.at/>

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Leistungsbilanz 2019 historisch gesehen mit drittbestem Ergebnis

Österreichs Außenwirtschaft verzeichnet bis zum Ausbruch der Coronakrise beachtliche Exporterfolge

Österreichs Leistungsbilanz erreichte nach vorläufigen Daten im Jahr 2019 mit 10,5 Mrd. Euro den dritthöchsten jemals verzeichneten Überschuß. Vor Ausbruch der Coronakrise Anfang 2020 – zu deren Auswirkung derzeit noch keine gesicherten Daten vorliegen – durchlief die österreichische Außenwirtschaft eine ausgesprochene Erfolgsphase. Neben dem auf historisch hohem Niveau liegenden Güterhandel wurde diese vor allem durch die strukturell wichtigste Einnahmequelle, den Reiseverkehr getragen. Nach Schätzungen der Welttourismusorganisation (UNWTO) ist im Jahr 2020 jedoch mit einem Einbruch des internationalen Tourismus im Ausmaß von 60 % bis 80 % zu rechnen. Auch im Güterhandel signalisiert der auf LKW-Fahrleistungen basierende Exportindikator der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) seit Mitte März 2020 einen Rückgang der Ausfuhren, der sich im April deutlich (auf -27 % gegenüber dem Vorjahresmonat) beschleunigte. Im Mai

zeichnet sich ein etwas geringerer Rückgang ab.

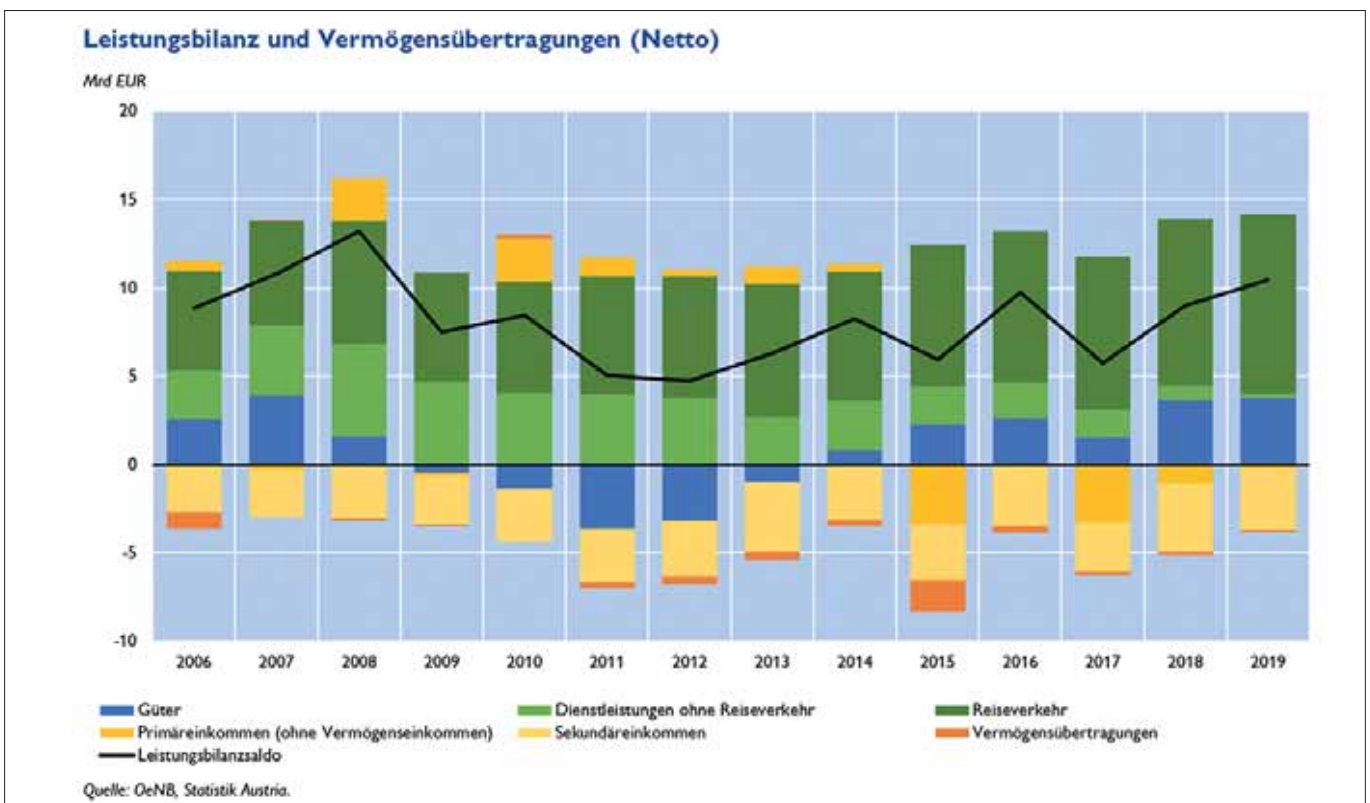
Österreichs Leistungsbilanz schloß im Jahr 2019 mit einem Plus von 10,5 Mrd. Euro und übertraf damit das ohnehin schon ausgezeichnete Ergebnis des Jahres 2018 (+9,0 Mrd. Euro). Nur in den Boomjahren 2007/2008 (+10,8/+13,2 Mrd. Euro) konnten noch höhere Überschüsse erzielt werden. „Damit stellt Österreich erneut seine prinzipiell hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis“, erläutert OeNB-Vize-Gouverneur Gottfried Haber.

Wie in den vergangenen Jahren war der Reiseverkehr (+10,2 Mrd. Euro) die tragende Säule dieses Erfolgs. Österreich verzeichnete die höchsten Nettoerlöse aus den drei Hauptzielländern des heimischen Tourismus, Deutschland (+6,9 Mrd. Euro), den Niederlanden (+1,3 Mrd. Euro) und der Schweiz (+1,2 Mrd. Euro). Die höchsten Nettoaufwendungen stammen aus den Hauptreisest destinationen der ÖsterreicherInnen, nämlich

Kroatien (- 0,9 Mrd. Euro), Italien (-0,6 Mrd. Euro) und Griechenland (-0,4 Mrd. Euro). Schätzungen der Welttourismusorganisation (UNWTO) lassen für das Jahr 2020 – je nach Dauer und Umfang der durch COVID-19 bedingten Reiseeinschränkungen, beispielsweise zeitlich beschränkte Grenzkontrollen und Einreisestopps – einen weltweiten Rückgang der Ankünfte ausländischer Touristen im Ausmaß von 60 % bis 80 % erwarten. Daten der Statistik Austria weisen auf einen massiven Einbruch internationaler Ankünfte in Österreich im März 2020 (-70 %) hin.

Unternehmensbezogene Dienstleistungen haben seit 2008 (+5,3 Mrd. Euro) stetig an Bedeutung verloren und bilanzierten 2019 nahezu ausgeglichen (+0,2 Mrd. Euro).

Im Güterhandel hat die Dynamik 2019 deutlich nachgelassen. Sowohl die Güterexporte (153,2 Mrd. Euro) als auch die Importe (149,5 Mrd. Euro) zeigten mit jeweils +1 % ein verlangsamtes Wachstum. Im Jahr 2018 lagen die Zuwächse noch bei 7,8 % bzw.



6,3 %. Per saldo lagen die Einnahmen aus dem Güterverkehr mit +3,8 Mrd. Euro aber immer noch auf einem historisch hohen Niveau.

Österreichs wichtigster Absatzmarkt für Güter blieb weiterhin die Europäische Union (EU), in die 68 % aller Güterexporte gingen. Der Euroraum steht für 51 % der Ausfuhren, wobei der wichtigste Handelspartner Deutschland Waren im Wert von 42,7 Mrd. Euro (28 % aller Güterexporte) absorbierte. Ein ähnliches Bild zeigten die Güterimporte, die zu 74 % aus der EU bzw. zu 58 % aus dem Euroraum kamen. In der regionalen Saldo-Betrachtung ist weiterhin der Beitrag der USA, der im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert geblieben ist, mit +7,7 Mrd. Euro der höchste.

Die Auswirkungen der 2020 einsetzenden COVID-19-Pandemie auf Österreichs Außenwirtschaft zeichnen sich in den Ergebnissen des aktuellen Exportindikators der OeNB ab, der die Entwicklung der Güterexporte auf Basis von LKW-Fahrleistungen schätzt. Im März 2020 ergab sich ein Rückgang der nominellen Güterexporte um 10,4 %, der sich im April auf 27,3 % beschleunigte. Daten zur wöchentlichen LKW-Fahrleistung zeigen jedoch, daß sich der Rückgang zuletzt abgeschwächt hat und die Güterexporte im Mai weniger stark zurückgehen werden als noch im April.

Der Kapitalverkehr mit dem Ausland war im Jahr 2019 durch eine deutliche Verbesserung der Nettovermögensposition Österreichs geprägt, die auf einen historischen Höchststand von 38,4 Mrd. Euro kletterte (2018: 14,2 Mrd. Euro).

Die Bestände österreichischer Direktinvestoren im Ausland erreichten mit 209 Mrd. Euro ebenso eine neue Rekordmarke wie jene der ausländischen Investoren in Österreich (183 Mrd. Euro). Etwa drei Viertel aller Direktinvestitionen in Österreich haben ihren Ursprung in Europa, dieser Anteil ist seit vielen Jahren sehr stabil. Asien wurde aber mit 11,7 % aller passiven Direktinvestitionen im Jahr 2019 erstmals zur wichtigsten außereuropäischen Quellregion.

Das grenzüberschreitende Wertpapiergeschäft Österreichs war 2019 aktiv- wie passivseitig durch Nettozukaufe gekennzeichnet, nachdem 2018 per saldo Papiere abgestoßen worden waren. Österreichische Anleger zeigten vor allem Interesse an Investmentzertifikaten (+5,0 Mrd. Euro), ausländische Investoren kauften insbesondere Bankanleihen zu (+10 Mrd. Euro). ■

<https://www.oenb.at/>

Außenhandel Jänner und Februar 2020

Statistik Austria verzeichnet einen Rückgang von 6,3% bei Importen und von 4,9 % bei Exporten

Wie Statistik Austria bekanntgab, lag der Gesamtwert der Einfuhren von Waren im Zeitraum Jänner bis Februar 2020 laut vorläufiger Ergebnisse nominell mit 24,89 Mrd. Euro um 6,3 % unter dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums, die Ausfuhren von Waren sanken um 4,9 % auf 24,41 Mrd. Euro. Das Defizit der Handelsbilanz belief sich auf 0,48 Mrd. Euro, nach 0,90 Mrd. Euro in der Vorjahresperiode. Arbeitstäglich bereinigt gingen sowohl die Einfuhren (-4,8 %) als auch die Ausfuhren (-3,5 %) zurück.

Massives Handelsbilanzdefizit mit Mitgliedsstaaten und Drittstaaten

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Europäische Union ab 2020 ohne Vereinigtes Königreich) importierte Österreich im Berichtszeitraum Waren im Wert von 17,00 Mrd. Euro (-4,7 %). Der Wert der in diese Länder exportierten Waren verzeichnete ebenfalls einen Rückgang gegenüber der Vorjahresperiode (-4,9 %) und betrug 16,67 Mrd. Euro. Das Handelsbilanzdefizit mit der Europäischen Union belief sich auf 0,34 Mrd. Euro, nach 0,32 Mrd. Euro im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Der Außenhandel mit Drittstaaten zeigte im Vergleich zur Vorjahresperiode eine Abnahme sowohl bei den Importen (-9,4 % auf 7,89 Mrd. Euro) als auch bei den Exporten (-4,8 % auf 7,74 Mrd. Euro). Daraus ergab sich ein Handelsbilanzpassivum mit Drittstaaten von 0,15 Mrd. Euro.

Monatsergebnis Februar 2020: Einfuhren -7,4 %, Ausfuhren -5,9 %

Im Februar 2020 lag der Wert der Einfuhren von Waren bei 12,33 Mrd. Euro, das entspricht einem Rückgang von 7,4 % gegenüber Februar 2019. Die Ausfuhren von Waren beliefen sich auf 12,19 Mrd. Euro (-5,9 %). Die Handelsbilanz wies ein Passivum in Höhe von 0,14 Mrd. Euro auf. Arbeitstäglich bereinigt sanken die Importe um 8,6 %, die Exporte gingen um 6,6 % zurück.

Der Gesamtwert der Einfuhren lag im Jänner 2020 mit 12,56 Mrd. Euro um 5,1 %

unter dem Vergleichsmonat Jänner 2019. Die Ausfuhren entwickelten sich ebenfalls rückläufig (-3,8 % auf 12,22 Mrd. Euro). Das Handelsbilanzpassivum lag bei 0,35 Mrd. Euro. Eine allgemeine Abflachung der Exporte sowie der Importe zeigte sich somit bereits im Jänner bzw. Februar 2020 vor dem Corona-Shutdown in Österreich ab Mitte März 2020.

Aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union importierte Österreich im Februar 2020 Waren im Wert von 8,63 Mrd. Euro, Waren im Wert von 8,27 Mrd. Euro wurden in diese Länder exportiert. Gegenüber Februar 2019 gingen sowohl die Intra-EU-Importe (-3,2 %) als auch die Intra-EU-Exporte zurück (-6,9 %). Dies führte zu einem Handelsbilanzpassivum mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Höhe von 0,36 Mrd. Euro.

Im Jänner 2020 waren aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (Europäische Union ab 2020 ohne Vereinigtes Königreich) sowohl die Intra-EU-Importe (-6,3 %) als auch die Intra-EU-Exporte (-2,9 %) rückläufig. Die Intra-EU-Importe beliefen sich auf 8,37 Mrd. Euro und die Intra-EU-Exporte auf 8,39 Mrd. Euro. Daraus resultierte eine positive Handelsbilanz in Höhe von 0,02 Mrd. Euro.

Die Importe aus Drittstaaten beliefen sich im Februar 2020 auf 3,70 Mrd. Euro und verringerten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 16,0 %; die Extra-EU-Exporte sanken um 3,8 % auf 3,92 Mrd. Euro. Die daraus resultierende positive Handelsbilanz mit Drittstaaten lag bei 0,22 Mrd. Euro.

Verglichen mit Jänner 2019 gingen die Extra-EU-Importe im Jänner 2020 um 2,8 % auf 4,19 Mrd. Euro zurück. Die Extra-EU-Exporte verzeichneten ebenfalls einen Rückgang (-5,9 % auf 3,82 Mrd. Euro).

Die Handelsbilanz wies im Jänner 2020 ein Passivum in Höhe von 0,37 Mrd. Euro auf. ■

<http://www.statistik.at/>

Ausführliche Außenhandelsergebnisse finden Sie auf

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/aussehandel/hauptdaten/index.html

EU-Erweiterung am Westbalkan

ÖsterreicherInnen geben höchste Zustimmung der für einen Beitritt Bosnien-Herzegowinas (36 Prozent), die niedrigste für den des Kosovo (25 Prozent)

Am 6. Mai kamen die 27 EU-Mitgliedsländer und sechs Westbalkanstaaten per Videokonferenz zusammen, um über die europäischen Zukunftsperspektiven der Region zu beraten. Die ÖsterreicherInnen stehen einer EU-Erweiterung um die Länder des Westbalkan weiterhin mit gemischten Gefühlen gegenüber. Kein Land in dieser Region kann, wenn es um den Beitritt zur Union geht, derzeit auf eine mehrheitliche Unterstützung der ÖsterreicherInnen zählen. Eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ist aktuell völlig vom öffentlichen Radar verschwunden“, kommentiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), das Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage.

Das Meinungsbild zu den meisten Beitrittsaspiranten gestaltet sich generell recht einheitlich. Die höchste explizite Zustimmung erfahren Bosnien-Herzegowina, Albanien und Serbien. Der stärkste Grad an Ablehnung gilt – neben der Türkei – einem EU-Beitritt des Kosovo.

Ein Überblick über die einzelnen Länder zeigt folgendes Bild:

36 % der Befragten würden den EU-Beitritt von Bosnien-Herzegowina begrüßen,

41 % lehnen ihn jedoch ab. 17 % ist diese Frage „egal“, weitere 7 % geben keine Stellungnahme ab. Ein Blick auf eine seit 10 Jahren bestehende ÖGfE-Zeitreihe macht deutlich, daß sich die Zustimmung zu einem EU-Beitritt von Bosnien-Herzegowina aktuell auf einem Höhepunkt befindet. Am geringsten war diese im September 2012 mit 22 %. Das Ausmaß der Ablehnung ist zwar seit der letzten Vergleichsumfrage vor zwei Jahren ebenfalls leicht – um 5 Prozentpunkte – gestiegen, ist jedoch deutlich niedriger, als dies in den Jahren 2012 bis 2014 der Fall war und sich über die Hälfte der Befragten explizit skeptisch zeigten.

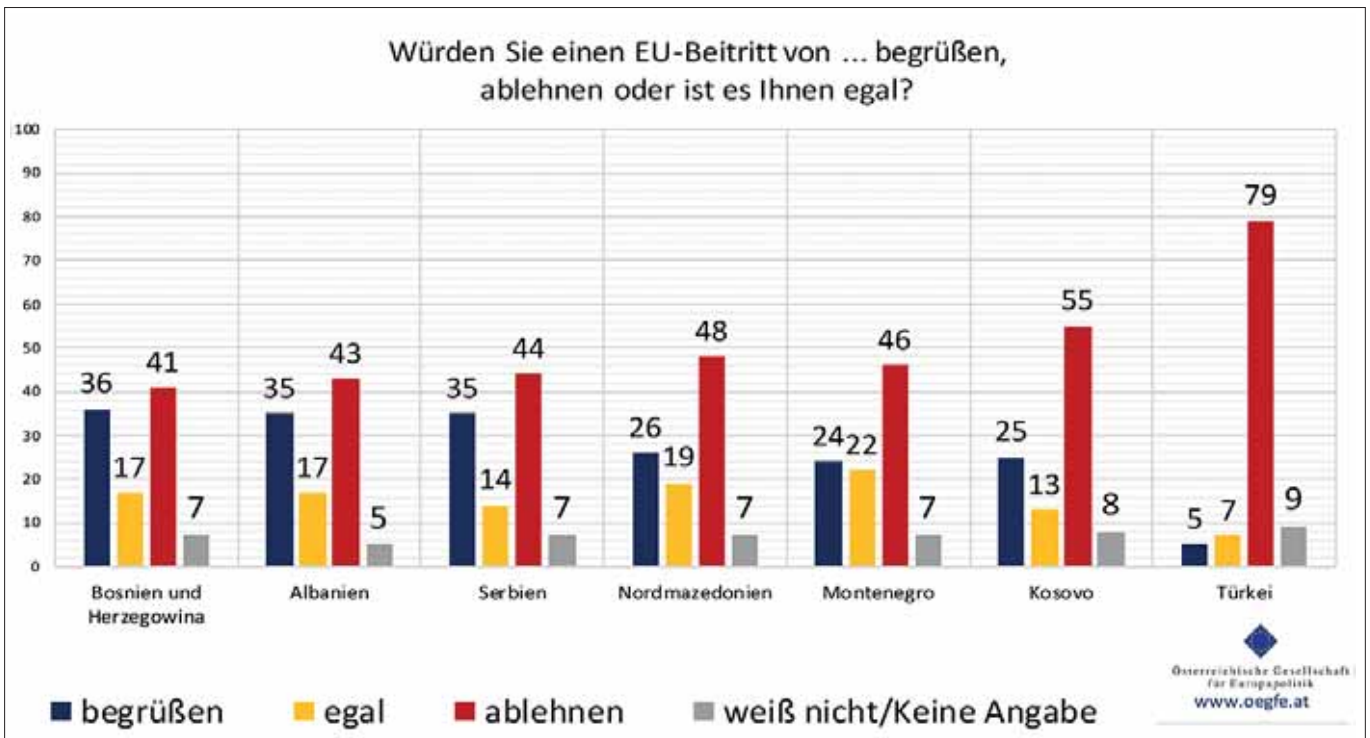
Ein EU-Beitritt Albanien wird zurzeit von 35 % der ÖsterreicherInnen begrüßt, 43 % sprechen sich dagegen aus. 17 % äußern sich indifferent, 5 % antworten „weiß nicht“ oder machen keine Angabe. Ein Blick auf die Zeitreihe läßt erkennen, daß die explizite Ablehnung eines albanischen EU-Beitritts stark abnimmt: Seit Herbst 2012 ist sie um 25 Prozentpunkte gesunken. Die Zustimmung ist allein im Zeitraum März 2018 bis April 2020 um 12 Prozentpunkte gestiegen. Damit verzeichnet Albanien die größten Veränderungen im heimischen Meinungsbild.

35 % würden dafür eintreten, daß Serbien Mitglied der Europäischen Union wird. 44 % sind jedoch dagegen. 14 % sagen, daß es ihnen egal ist, ob Serbien Teil der EU wird, 7 % äußern sich nicht.

Auch im Fall Serbiens ist eine kontinuierliche Zunahme der Zustimmung zu einem EU-Beitritt zu sehen, während auch die Ablehnung eines Beitritts stark sinkt: So ist die Zahl der MitgliedschaftsbefürworterInnen seit Herbst 2012 um 16 Prozentpunkte gestiegen, jene der GegnerInnen in praktisch gleichem Ausmaß zurückgegangen (- 17 Prozentpunkte).

Eine künftige EU-Mitgliedschaft Nordmazedoniens trifft bei 26 % der ÖsterreicherInnen auf Zustimmung, 48 % lehnen eine solche jedoch ab. Ein gutes Fünftel (19 %) zeigt sich indifferent, 7 % geben keine Antwort. Im Unterschied zu anderen Beitrittskandidaten ist die Ablehnung einer Mitgliedschaft unter den ÖsterreicherInnen seit der letzten Umfrage im März 2018 wieder angestiegen – um 7 Prozentpunkte, während das Ausmaß der Zustimmung gleich geblieben ist.

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich im Fall von Montenegro: Die Zustimmung zu einem



Österreich, Europa und die Welt

Beitritt beträgt aktuell 24 % (- 3 Prozentpunkte gegenüber März 2018), die Ablehnung ist auf 46 % gestiegen (März 2018: 39 %). Die Zahl der Indifferenten liegt bei 22 %, jene der AntwortverweigerInnen bei 7 %. Generell unterliegt das Ausmaß der Zustimmung zu einem montenegrinischen EU-Beitritt seit Beginn der Zeitreihe keinen großen Schwankungen: Die größte Zustimmung datiert aus dem Frühjahr 2010 (28 %), der Tiefpunkt aus dem Herbst 2012 mit 21 %. Der höchste Grad der Ablehnung (57 %) ist im Herbst 2014 zu erkennen.

Was einen EU-Beitritt des Kosovo betrifft, so befürworten ihn 25 %, während sich die Ablehnung auf 55 % beläuft. 13 % ist es, nach eigenen Angaben, „egal“, ob der Kosovo der EU beitrifft, 8 % deklarieren sich nicht. Die Zustimmung zu einer kosovarischen Mitgliedschaft zeigt eine leichte Steigerung seit Frühjahr 2018. Wenn auch auf niedrigem Niveau, hat sie zurzeit einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Aber auch die dezidierte Ablehnung hat in den letzten beiden Jahren wieder stark – um 9 Prozentpunkte – zugenommen.

„Die Entwicklung der Zustimmungsraten zu den einzelnen Bewerberländern ist durchaus unterschiedlich: Während die Unterstützung für einen EU-Beitritt Albanien, Bosnien-Herzegowinas und Serbiens wächst, zeigt sich im Fall von Nordmazedonien, Montenegro und dem Kosovo eine gegenteilige Tendenz.“

Lediglich 5 % der ÖsterreicherInnen würden sich aktuell für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei aussprechen. 79 % sind dezidiert dagegen, 7 % sind indifferent, 9 % geben keine Bewertung ab. Seit Beginn der Zeitreihe war der Grad der Zustimmung zum türkischen EU-Beitritt noch nie so gering, die größte Unterstützung erfuhr er im Herbst 2010 und 2012 mit je 17 %. Das Ausmaß der Ablehnung ist über die vergangenen Jahre hinweg konstant hoch geblieben.

Österreich als Unterstützer der Westbalkan-Erweiterung?

Etwa ein Viertel der ÖsterreicherInnen (26 %) spricht sich dafür aus, daß Österreich die Aufnahme der Länder des Westbalkan aktiv unterstützt. Etwas mehr als die Hälfte (55 %) sieht dies nicht als Priorität an. Ein Fünftel der Befragten (20 %) hat dazu keine Meinung. Das Stimmungsbild in der Bevölkerung hat sich in den vergangenen vier Jahren in dieser Frage kaum geändert – im Herbst 2016 hatten sich 24 % für eine proaktive Haltung unseres Landes in der Frage

der Westbalkan-Erweiterung ausgesprochen, im Frühjahr 2018 waren es 23 %.

„Auch wenn die Corona-Krise zurzeit das Weltgeschehen dominiert: Der Erweiterungsprozeß darf darunter nicht leiden. Gerade in Krisenzeiten wird die Zusammenarbeit und der fortlaufende Dialog noch wichtiger. Die neue Erweiterungsstrategie mit dem Fokus auf nachhaltige Reformen, Rechtsstaatlichkeit und Investitionen sowie die Ankündigung, Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien aufzunehmen, geht daher in die richtige Richtung“, betont Schmidt. „Daß sich das offizielle Österreich für die europäische Perspektive unserer Nachbarn in Südosteuropa einsetzt, ist klar zu begrüßen.“

EU-Parlament anerkannt, doch wenig bekannt

Am 26. Mai 2019 fanden die letzten Europawahlen statt. Die ÖsterreicherInnen halten die Arbeit des Europäischen Parlaments für wichtig, das Informationsniveau über die europäische Bürgervertretung ist jedoch ausbaufähig. Betreffend die parlamentarische Performance in Corona-Krisenzeiten ist das heimische Meinungsbild geteilt. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE).

Etwas mehr als sechs von zehn Befragten (62 %) halten die Arbeit und Aufgaben des EU-Parlaments für „sehr wichtig“ (20 %) bzw. „wichtig“ (42 %). Etwa ein Drittel (32 %) ist nicht dieser Ansicht (26 % „eher nicht wichtig“ / 6 % „gar nicht wichtig“.) Im Zeitverlauf ist ersichtlich, daß stets eine klare Mehrheit die Tätigkeit des EU-Parlaments als wichtig betrachtet hat. Gegenüber der letzten Befragung von Mai 2015 ist ihre Zahl jedoch zurückgegangen.

Knapp drei von zehn Befragten (29 %) geben an, „sehr oft“ (5 %) bzw. „oft“ (24 %) in den Medien Nachrichten oder Informationen über das EU-Parlament zu registrieren. Auf mehr als zwei Drittel (68 %) trifft dies nicht zu (35 % „selten“ / 33 % „sehr selten“.) Gegenüber früheren Messwerten ist die mediale Aufmerksamkeit dem EU-Parlament gegenüber schwächer geworden.

29 % fühlen sich „sehr gut“ (3 %) bzw. „eher gut“ (26 %) über die Arbeit und Aufgaben des Europäischen Parlaments informiert. 68 % empfinden dies nicht so (46 % „eher schlecht“ / 22 % „sehr schlecht“ informiert.) Über die Jahre hinweg ist das sub-

*) Rest auf 100 % = „weiß nicht/Keine Angabe“

**) Differenz auf 100 % aufgrund gerundeter Werte.

Angesichts des seit Jahren konstant ambivalenten Stimmungsbildes in der Bevölkerung, wäre es jedoch notwendig, dem Thema in der öffentlichen Debatte mehr Aufmerksamkeit zu widmen.“

Die aktuelle Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft vom 30. März bis 14. April 2020 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt (Tel SWS 290).

Befragt wurden österreichweit 512 Personen per Telefon (repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahre/Gewichtung nach Geschlecht, Alter und Bildung). Maximale Schwankungsbreite ca. +/- 4,3 %. Differenz auf 100 % aufgrund gerundeter Werte.

jektive Informationsempfinden weitgehend konstant – wenn auch niedrig – geblieben.

Was den Einfluß des Europäischen Parlaments auf Entscheidungen in der EU betrifft, so sind die Befragten geteilter Meinung: 43 % gestehen dem EU-Parlament „sehr großen“ (8 %) bzw. „eher großen“ Einfluß (35 %) zu, 38 % sind gegenteiliger Meinung (31 % „eher gering“ / 7 % „sehr gering“). 18 % können diese Frage nicht beantworten.**) Gegenüber der letzten Befragung, die ein Jahr vor der EU-Wahl 2019 durchgeführt wurde, haben sich kaum Veränderungen im Meinungsbild ergeben.

Seit den letzten Europawahlen ist das Interesse der ÖsterreicherInnen an „der Arbeit und den Aufgaben des EU-Parlaments“ kaum gestiegen. Nur ein Zehntel (10 %) gibt das explizit an, während ein Viertel (25 %) sagt, daß sich ihr Interesse seither verringert habe. Für einen Großteil (57 %) hat sich in punkto Interesse nichts geändert.**) Auch nach den Europawahlen 2014 zeigte sich eine ähnliche Tendenz im Meinungsbild.

Ein Drittel der Befragten (32 %) hat „sehr großes“ (9 %) bzw. „eher großes“ (23 %) Vertrauen in das Europäische Parlament, wenn es darum geht, die aktuelle Corona-Krise zu bewältigen. Auf mehr als die Hälfte trifft dies jedoch nicht zu (35 % „eher geringes“ / 22 % „sehr geringes“ Vertrauen). 12 % geben kein Urteil ab.

Diese Umfrage wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft vom 20. bis 30. April 2020 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt. Befragt wurden österreichweit 508 Personen per Telefon (*siehe oben*). Maximale Schwankungsbreite ca. +/- 4,3 Prozent.

<https://oegfe.at/>

Öffis machen Wien zur grünsten Stadt der Welt

U-Bahn, Bus oder Bim sorgen für mehr Platz, saubere Luft und weniger Lärm in der Stadt



Foto: Wiener Linien / Johannes Zimmer

Ranking: Öffis machen Wien zur grünsten Stadt der Welt – hier ein Blick von der Donauinsel auf die Linie U1

Wien belegt im jüngsten „The World’s 10 Greenest Cities 2020“-Ranking Platz 1. Damit läßt unsere Bundeshauptstadt mehr als 100 Metropolen weltweit hinter sich. Ein wesentliches Kriterium für die Bestplatzierung ist das gut ausgebaute öffentliche Verkehrsnetz: „Wien ist der europäische Maßstab für den öffentlichen Nahverkehr“, stellen die AutorInnen des Rankings fest. „Fast die Hälfte der Stadtbevölkerung besitzt eine Jahreskarte für die Öffis – und nutzt diese auch intensiv.“

Öffi-Stadträtin Ulli Sima zeigt sich begeistert: „Das Ranking zeigt, wie wichtig die Wiener Linien für unsere Klimamusterstadt sind. Denn egal ob Zeit, Geld oder CO₂ – mit den Öffis schützt jeder und jede Einzelne auf allen Linien die Umwelt und schon zugleich das Geldbörsel.“

Greener Linien: Jede Menge Projekte für den Klimaschutz

„Wir sind stolz darauf, daß die Öffis in Wien so beliebt sind. Damit das auch so bleibt, investieren wir laufend in den Ausbau der Öffis, verdichten Intervalle und sorgen mit dem Bau des neuen Linienkreuzes U2xU5 für das größte Klimaschutzprojekt der Stadt“, freut sich Alexandra Reinagl, Geschäftsführerin der Wiener Linien, über das Ranking-Ergebnis.



Foto: Wiener Linien / Manfred Helmer

Auf dem Weg zur Klima-Musterstadt: E-Busse und Wasserstoffantrieb als Technik der Zukunft – der E-Bus Citaro von Mercedes im Probebetrieb auf der Linie 57A

Aber noch viele weitere Projekte helfen den Klimaschutzgedanken der Wiener Linien in die Realität umzusetzen: Wo möglich, werden Stationen, Gleise und Wartehäuschen begrünt, tagsüber leerstehende Garagen werden in dem Forschungsprojekt RemiHub als Logistik-Hub für Paketdienste mit Lastenfahrrädern verwendet und WienMobil Stationen helfen dabei, die letzten Meter zur Wohnung klimafreundlich mit unterschiedlichen Sharing-Angeboten zurückzulegen.

Wer öffentlich fährt, schenkt Platz

Alle Fahrgäste der Wiener Linien leisten

einen großen Beitrag zum Klimaschutz – und das ohne viel Aufwand. Denn wer auf Öffis umsteigt, spart jährlich bis zu 1500 kg CO₂-Emissionen ein. Die Öffis sind nämlich bereits zu 80 Prozent elektrisch unterwegs. Würden alle Wege nur noch öffentlich zurückgelegt werden, könnten zusätzlich rund 500 Hektar Fläche, also ca. 700 Fußballfelder, anders genutzt werden – für Parks, Spielplätze sowie andere Grün- und Freiflächen. Deswegen: Öffi nutzen, Klima schützen! ■

<https://www.bestcities.org/>

<https://www.wien.gv.at/>

<https://www.wienerlinien.at/>

Datierung der griechischen Antike in Frage gestellt

Die Entstehung der griechischen Stadtstaaten, die Erfindung des griechischen Alphabets, die griechische Kolonisation und das Zeitalter Homers – sie alle könnten 50 bis 150 Jahre früher zu datieren sein. Das legt ein Befund von Archäologen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften nahe.



Foto: ÖAW / Stefanos Gimatzidis

Attische Keramikbox mit Miniaturimitationen von Getreidespeichern des Frühgeometrisch II aus Athen. Ihre Datierung wird aufgrund der neuen C-14-Daten beeinflusst.

Er galt schon in der Antike als Vorbild: Homer. Seine Geschichten, „Ilias“ und „Odyssee“, sind auch nach 2700 Jahren noch immer zeitgemäß – oder sind es 2800 Jahre? Die genaue Datierung seiner Epen ist bislang genauso umstritten, wie die Frage, ob es den Dichter tatsächlich gegeben hat. Ersteres könnte sich jetzt ändern. Denn: Eine bislang unerreichte Datierungspräzision durch neue C14-Daten stellt das bisherige griechische Periodisierungssystem in Frage.

Zu diesem Ergebnis kommt ein internationales Forschungsprojekt unter der Leitung von Stefanos Gimatzidis vom Österreichischen Archäologischen Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Die Befunde erfordern eine radikale Revision der griechischen Zeitordnung:

Wichtige historische Ereignisse sowie die Entstehung zahlreicher Innovationen in der Philosophie, Literatur und politischen Organisation müssen demnach 50 bis 150 Jahre früher datiert werden. Die Studie ist jetzt in der US-amerikanischen Fachzeitschrift „PLOS ONE“ publiziert.

Belege aus Fundstätte Sindos

In Zusammenarbeit mit Bernhard Weninger vom Institut für Ur- und Frühgeschichte der Universität zu Köln wurden dabei zum ersten Mal die griechischen geschichtswissenschaftlichen Zeitraster mit modernen naturwissenschaftlichen Methoden, und zwar mit präzisen Radiokarbonaten, überprüft. Dazu wurden Probenmaterialien verwendet, die aus gut datierbaren Kontexten aus der

nordägäischen Fundstätte Sindos kamen. Ein Ort, der aus mehreren Gründen archäologisch interessant ist, u.a. aufgrund der zahlreichen importierten Keramikgefäße aus verschiedenen Regionen Griechenlands, die einen Vergleich bzw. eine Korrelation der regionalen Chronologiesysteme ermöglichen. Dank der langen durchlaufenden Stratigraphie, der archäologischen Methode der Altersbestimmung von Ablagerungen, ist nun auch eine zuverlässige statistische Modellierung der Radiokarbonaten möglich.

„Häufig leidet die Anwendung der Methode der C14-Datierung unter der Schwierigkeit, daß die vom C14-Labor tatsächlich erreichte hohe Messgenauigkeit in der archäologischen Anwendung gar nicht benutzt werden kann“, erklärt ÖAW-Archäologe Ste-

Österreich, Europa und die Welt

fanos Gimatzidis. Diese statistische Schwankungsbreite ist das – zunächst unvermeidbare – Resultat von realen Schwankungen des atmosphärischen C14-Gehalts: „So hat man in der Archäologie regelmäßig zwar viele sehr präzise C14-Messungen zur Hand, die aber nach Korrektur der Schwankungen des atmosphärischen C14-Gehalts leider allesamt nur eine oft lange Liste von möglichen Datierungen bieten, typischerweise mit einer Streuung im Rahmen von 100 bis 300 Jahren.“

Doppelter Glückstreffer

Die aktuelle Studie profitiert nun von einer ganz ungewöhnlichen Situation, gewissermaßen einem doppelten Glückstreffer: Zum einen bietet die C14-Kalibrationskurve bei der Auswertung der C14-Daten von Sindos von vornherein eine ungewöhnlich hohe chronologische Genauigkeit, die zweitens

durch die zielgerichtete Entnahme von gut datierbaren Tierknochenproben aus einem ungewöhnlich langen Profil mit Siedlungsschichten der frühen Eisenzeit noch verstärkt werden konnte. „So ergänzen sich die Vorteile der Methode in diesem Fall zugunsten einer für diese Periode bislang unerreichten Datierungspräzision“, sagt der ÖAW-Forscher. Anhand der Kombination von Radiokarbonaten und Keramik können Datierungsfehler wesentlich verkleinert werden.

„Oft werden Natur- und Geisteswissenschaften als Gegensätze gesehen. In unserer Arbeit ergänzen sie sich“, ist Gimatzidis überzeugt. Für ihn steht fest: Die neuen Befunde bewirken nicht einfach die Umdatierung einzelner Ereignisse oder Funde, sie legen eine neue Lektüre der antiken Geschichte nahe. Die Verbreitung des Alphabets oder des Symposiums in Griechenland und Italien kann man sich jetzt als einen län-



Foto: ÖAW / Stefanos Gimatzidis

Attische Amphora des Frühprotogeometrisch aus Athen. Gefäße wie diese bilden die Grundlage für die Konstruktion des griechischen geschichtswissenschaftlichen Zeitrasters, das jetzt aufgrund neuer Befunde in Frage gestellt wird.

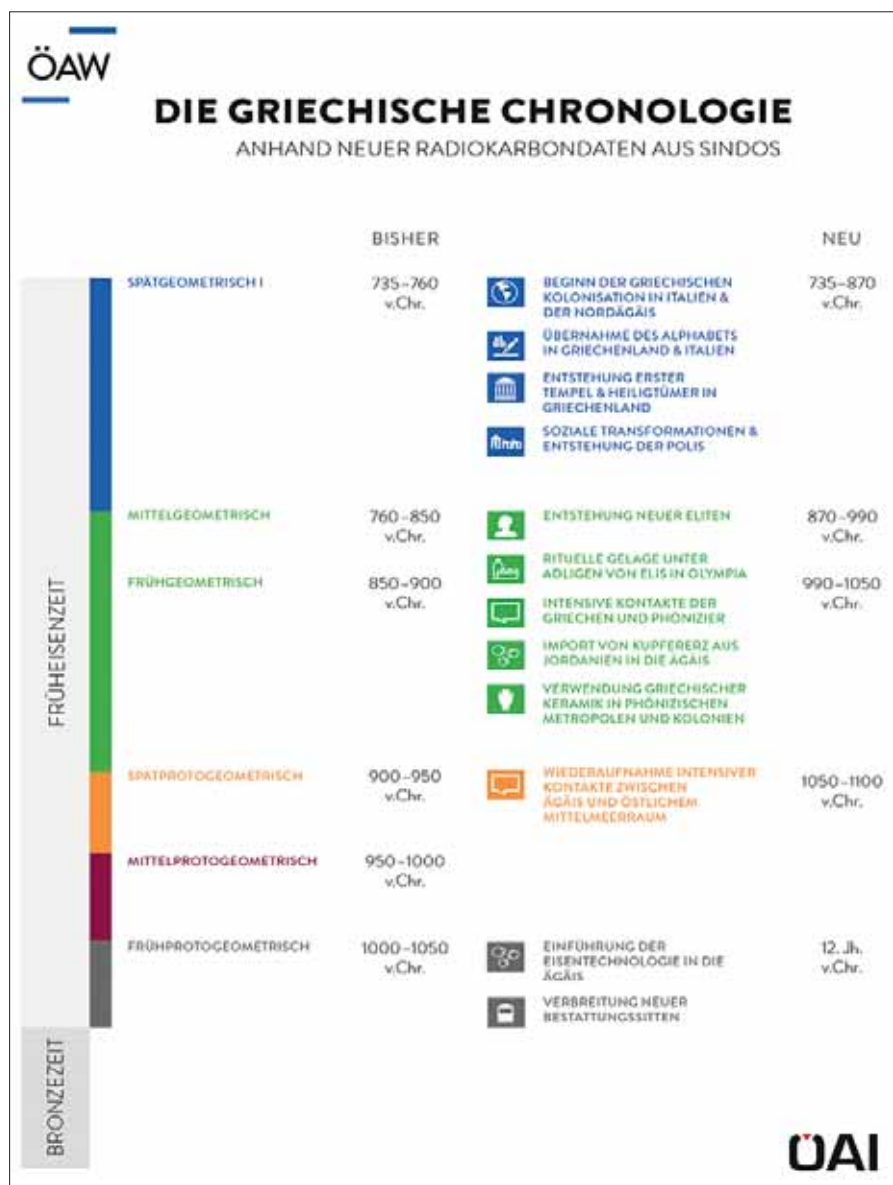
geren Prozeß vorstellen, der im 9. Jahrhundert v. Chr. begann. „In dieselbe Zeit könnte jetzt auch die Konzeption der homerischen Epen datiert werden, worauf einige Verse auf einem Trinkgefäß in Pithekoussai auf Ischia hindeuten, sowie auch der Beginn der griechischen Kolonisation, die zur gleichen Zeit gemeinsam mit der phönizischen Expansion die Globalisierung des Mittelmeers verstärkte“, so der Archäologe.

<https://www.oeaw.ac.at/>



Foto: ÖAW / Stefanos Gimatzidis

Attischer Krug des Spätgeometrisch I aus dem Gebiet von Dipylon in Athen mit einer der frühesten griechischen Inschriften auf der Schulter. Das Gefäß steht exemplarisch für die charakteristischen Funde der attischen geometrischen Zeit.



Digitales Grenzmanagementsystem in Lille

Die französische Region Hauts-de-France beauftragte das AIT Austrian Institute of Technology Center for Digital Safety & Security mit der Konzeption und Evaluierung einer automatisierten Grenzkontrolle für Fahrzeuge in Calais und Dunkerque

Die innovative französische Région Hauts-de-France vertraute bei der Umsetzung eines innovativen E-Gate-Systems zur automatisierten Ein- und Ausreise-Kontrolle von Fahrzeugen an den Fährhäfen Calais und Dunkerque am Ärmelkanal auf das Know-how führender Spezialisten und realisierte ein Pilotprojekt (FastPass Hauts-de-France) für eine moderne automatisierte und rasche Grenzkontrolle.

„Zu einer Zeit, in der die EU und Großbritannien ihre zukünftigen Beziehungen gestalten, hat das FastPass-Experiment mit der Nutzung von e-Gates für Fahrzeuge interessante Perspektiven und Möglichkeiten eröffnet. Der Regionalrat von Hauts-de-France arbeitete intensiv mit den Verantwortlichen des „ursprünglichen“ FastPass-EU-Projekts und anderen Stakeholdern und Behörden zusammen, um eine intelligente Grenze zu entwerfen, die die Sicherheit und eine reibungslose Abfertigung von Personen und Waren beim Grenzübertritt garantiert“, erläutert Xavier Bertrand, Präsident der Region Hauts-de-France, die Motivlage für die Entwicklung eines experimentellen E-Gate-Systems zur Kontrolle des Grenzverkehrs mit Fahrzeugen.

Umfassendes Technologie- und Prozeßverständnis

Das AIT brachte als Auftragnehmer sein in vielen Europäischen Forschungsprojekten aufgebautes, umfassendes Technologie- und Prozeßverständnis für die Integration von digitalen Grenzkontrolltechnologien sowie zur Harmonisierung europäischer Grenzschutzkonzepte in das Projekt ein und führte das Konsortium zur Umsetzung der Pilotierung in Frankreich an.

„Als europäisches Kompetenzzentrum rund um die automatisierte Grenzkontrolle haben wir beim jetzt erfolgreich umgesetzten Projekt „FastPass Hauts-de-France“ unsere technische Expertise und langjährige Erfahrung erfolgreich eingebracht, um Sicherheitsanforderungen mit gesellschaftlichen Zielen zu vereinbaren. Durch die am AIT



Foto: AIT

Die Region Hauts-de-France beauftragte das AIT Austrian Institute of Technology mit der Konzeption und Evaluierung einer automatisierten Grenzkontrolle für Fahrzeuge in Calais und Dunkerque.

etablierte Technologiekompetenz im Bereich biometrischer und höchst sicherer digitaler Systeme haben wir uns international zu einem Schlüsselakteur entwickelt“, erläutert Helmut Leopold, Head of Center for Digital Safety & Security am AIT, als verantwortlicher Generalunternehmer die strategische Projektausrichtung im Zusammenspiel mit führenden Industriepartnern.

Biometrische Identifikationsverfahren bei Grenzabfertigungen mit Fahrzeugen

Im EU-Projekt „FastPass“ wurde eine modulare europäische Referenzarchitektur entwickelt, die unterschiedlicher Anforderungen von Grenzkontrollstellen im Luft-, See- und Landverkehr adressieren sollte. Parallel dazu erfolgte eine starke Fokussierung auf beste Usability der entwickelten Techno-

Österreich, Europa und die Welt

logien bei den Endbenutzern (GrenzpolizistInnen und Reisende) der Systeme. Diese Erkenntnisse machten es beim Projekt „FastPass Hauts-de-France“ möglich, die ursprünglich für automatisierte Passagierkontrollen an Flughäfen konzipierten E-Gates und die dabei eingesetzten biometrischen Identifikationsverfahren auch auf Grenzabfertigungen mit Fahrzeugen zu adaptieren.

Das „FastPass Hauts-de-France“ Projekt beweist damit eindrucksvoll, wie High-Tech made in Europe funktionieren kann. So trugen auch die renommierten Industriepartner Veridos und Magnetic mit ihrem spezifischen Design-, Entwicklungs- und Fertigungs-Know-how wesentlich zum Gelingen des französischen Pilotprojektes bei. Von Veridos stammten dabei die automatisierten, biometrischen Identifikationssysteme sowie die fachlichen Steuerungsprozesse für die gesamte Installation. Magnetic lieferte die wesentlichen Voraussetzungen für die Automatisierung des Identifikationsprozesses der Insassen im Fahrzeug. Die Spezialisten für Zufahrts- und Zutrittskontrolle waren, so wie auch Veridos, von Anfang an Mitglied des FastPass-Projekts und haben mit TerraPass® die weltweit einzige sensorgesteuerte Fahrzeugschleuse im Sortiment. Das Herz des Magnetic-Systems sind Terminals, die schnell und punktgenau an die Fenster des Fahrzeugs heranfahren und den Insassen die Identifikation anhand von Identitätsdokumenten und biometrischen Merkmalen ermöglichen. Auf diese Weise kann die Personenkontrolle ohne zusätzliches Personal systematisiert und erheblich beschleunigt werden.

Intensive Zusammenarbeit aller europäischen Stakeholder

Im EU-Projekt „FastPass“ wurde umfassendes Expertenwissen über die gesamte Technologie-Wertschöpfungskette von ABC (Automated Border Control) Lösungen mit den Anforderungen aller notwendigen Stakeholder verschränkt: System- und Komponentenhersteller, Forschungsinstitutionen, Behörden mit Verantwortung für das Grenz- und Einreisemangement, Betreiber neuralgischer internationaler Verkehrsknoten wie Flug- und Seehäfen, Fährschiffbetreiber und Cruise-Anbieter. Ebenso war die Klärung von Akzeptanzfragen für die Reisenden inhärenter Bestandteil, sowie auch Datenschutz- und Inklusionsvorgaben im europäischen Rechtsraum. Dadurch konnten alle für eine effiziente Grenzsicherung erforderlichen Anforderungen evaluiert und getestet sowie das Grenzkontrollmanagement insgesamt auf



Foto: AIT

AIT Austrian Institute of Technology GmbH-Hauptstandort im 21. Wiener Gemeindebezirk

eine neue und harmonisierte Entwicklungstiefe gehoben werden.

Zusammenarbeit aller europäischen Stakeholder

Genau diese intensive Zusammenarbeit aller europäischen Stakeholder bei der Entwicklung moderner digitaler Grenzübergangs- und Kontrolltechnologien lieferte das erforderliche Know-how, um in einem konkreten Auftragsprojekt, wie jetzt mit der Region Hauts-de-France, sehr schnell Evaluierungen von biometrischen Identifikationstechnologien für Personen-/Fahrzeugkontrollen in simulierten Echt-Grenzzenarien, wie sie bei Einreisen in Fährhäfen vorkommen, durchführen zu können.

Die Region Hauts-de-France wird den im Projekt entwickelten Demonstrator der biometrischen Personenidentifizierung und der sensorgesteuerten Fahrzeugüberprüfung in automatisierten Grenzübergangsschleusen jetzt für den Roll-out eines Smart Border-Konzeptes zur gemeinsamen Grenzkontrolle und -abfertigung durch französische und britische Grenzbeamte in den Fährhäfen am Ärmelkanal weiter spezifizieren. Mit dem Projekt hat die Region Hauts-de-France eine Vorreiterrolle bei der automatisierten Ab-

wicklung des Grenzmanagements der EU übernommen.

Besonderer Hinweis zum Umgang mit Datenschutz und Privacy am AIT

Der Schutz von Daten und die Wahrung der Privatsphäre sind essentiell für eine moderne Gesellschaft. Sie bilden die grundlegende Vertrauensbasis für eine kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Die damit einhergehende Schaffung von „Sicherheit“ ist damit eine maßgebliche Kernaufgabe am AIT Austrian Institute of Technology. Vor dem Hintergrund vielfältiger, sich in stetem Wandel befindlicher Bedrohungslagen für unsere Gesellschaft gilt es, innovative Ansätze für die Begegnung dieser Bedrohungen zu entwickeln. So liegt ein besonderer Fokus der Forschungsaktivitäten am AIT auf Methoden, Architekturen, und Technologien, um durch Privacy by Design Ansätze einen höchstmöglichen Schutz von Daten in jedweder technischen Lösung grundlegend zu berücksichtigen und einzubauen. Datenschutz und Privatsphäre stellen ein sensibles und schützenswertes Gut dar, das in sämtlichen am AIT geführten Forschungsaktivitäten als oberste Prämisse berücksichtigt wird. ■

<http://www.ait.ac.at/>

JKU Informatikerin wird ab 1. Juli ACM vorstehen

Prof. Gabriele Kotsis zur Präsidentin des weltweiten Computerverbands ACM gewählt

Die Association for Computing Machinery (ACM) ist die weltgrößte wissenschaftlichen Computergesellschaft und vernetzt rund um den Globus InformatikerInnen aus Praxis, Wissenschaft und dem Bildungssektor. Gegenkandidatin von Prof. Gabriele Kotsis war Google-Vizepräsidentin Elisabeth Churchill. „Ich empfand bereits die Nominierung als große Ehre, mit der ich nicht gerechnet hatte. Die Prominenz meiner Gegenkandidatin von Google haben in mir ehrlicherweise nicht so große Erwartungen auf eine erfolgreiche Wahl aufkommen lassen. Umso mehr freue ich mich nun, daß ich als JKU-Wissenschaftlerin und Österreicherin die erste, nicht-anglo-amerikanische Präsidentin sein werde“, sagt Kotsis, die ihre Wahl auch als internationale Anerkennung für die Informatik an der Johannes Kepler Universität Linz betrachtet.

Auch Meinhard Lukas, Rektor der Johannes Kepler Universität Linz, sieht den Weg der JKU bestätigt. „Den bequemen und bekannten Pfad zu verlassen und Neues zu schaffen, zeichnet PionierInnen aus. An der JKU fördern wir den Mut und die Bereitschaft, über den Tellerrand zu schauen und so Innovation hervorzubringen. Dieses Umfeld, diese ständige Bereitschaft zur Erneuerung bringt Personen wie Professorin Gabriele Kotsis hervor, die dann auch über die Grenzen unseres Landes prägend wirken. Ich gratuliere ihr zu dieser Wahl und wünsche ihr alles Gute für ihre Amtsperiode.“

Für die Zeit ihrer Präsidentschaft möchte Kotsis das Know-how und die Expertise der ACM-Mitglieder stärker in den Fokus rücken. „Kein anderer Bereich hat mehr Einfluss auf die Gestaltung der Zukunft und der künftigen Technologien“, betont die JKU Forscherin. „Globale Probleme müssen auch global und unabhängig von Einzelinteressen in Angriff genommen werden. Egal ob Klimawandel, medizinische Forschung oder die Bewahrung der Demokratie: ACM hat das Potential, ethischer Vorreiter für alle Bereiche der Informatik zu sein.“

Ebenfalls für zwei Jahre gewählt wurden Vizepräsident Joan Feigenbaum, Grace Mur-



Foto: JKU

Prof. Gabriele Kotsis ist die neue Präsidentin der Association for Computing Machinery (ACM)

ray Hopper Professor für Informatik an der Yale University und ein Amazon Scholar; und Sekretärin/Schatzmeisterin Elisa Bertino, Samuel Conte Professor für Informatik an der Purdue University und Dozentin der ACM Athena 2019-2020.

Darüber hinaus wurden Nancy M. Amato, Abel Bliss-Professorin und Abteilungsleiterin für Informatik an der Universität von Illinois in Urbana-Champaign, für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Tom Crick, Professor für digitale Bildung und Politik an der Swansea University; Susan Dumais, technische Mitarbeiterin und Direktorin, Microsoft Research Labs; Mehran Sahami, Professor (Lehre) und Associate Chair for Education, Stanford University; und Alejandro Saucedo, technischer Direktor (Maschinelles Lernen), Seldon Technologies und

Chefwissenschaftler, Institut für ethische KI und maschinelles Lernen. Ihre Amtszeit dauert über vier Jahre vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2024.

Zur Person

Gabriele Kotsis wurde 1967 geboren. Sie studierte Wirtschaftsinformatik in Wien, wo sie auch ihr Doktorat mit Auszeichnung erwarb. 2002 kam sie an die JKU, wo sie das Institut für Telekooperation leitet und von 2007 bis 2015 als Vizerektorin für Forschung tätig war. Sie war Gründungsmitglied von ACM Europe und wurde für ihre Forschung vielfach ausgezeichnet, u.a. als „femtech Expert/Researcher of the Month“ und dem Heinz Zemanek Award. ■

<https://www.jku.at/>

<https://www.acm.org/>

Bundesbudget 2020

Nationalrat beschließt im zweiten Anlauf ersten Haushaltsentwurf der türkis-grünen Koalition – Defizit steigt auf 20,6 Mrd. €



Foto: Parlamentsdirektion / Thomas Topf

32. Sitzung des Nationalrates / Budgetdebatte – ein Blick in das Plenum im Ausweichquartier des Parlaments in der Hofburg

Die parlamentarischen Beratungen über das Budget 2020 sind abgeschlossen. Mit halbtägiger Verzögerung gab der Nationalrat am Vormittag des 29. Mai grünes Licht für den ersten Haushaltsentwurf der türkis-grünen Regierung. Der Beschluß fiel mit den Stimmen von ÖVP und Grünen, lediglich das Parlamentsbudget sowie das Budget der Präsidentschaftskanzlei hatten davor in Zweiter Lesung breitere Unterstützung erhalten. Begleitende Änderungen im Bundesfinanzrahmen haben das Hohe Haus schon tags zuvor passiert.

Um die erwarteten Auswirkungen der Corona-Krise im Bundesfinanzgesetz 2020 zumindest grob abzubilden, nahmen ÖVP und Grüne im letzten Augenblick noch einige Nachbesserungen bei den Budgetzahlen vor. Demnach sind im Budget 2020 nun Ausgaben in der Höhe von 102,39 Mrd. € ver-

schlagt, das sind um genau 20 Mrd. € mehr als im ursprünglichen Regierungsentwurf vorgesehen waren. Um diese Summe steigt auch das Defizit, da die budgetierten Einnahmen von 81,79 Mrd. € nicht nach unten korrigiert wurden. Es liegt nun bei 20,6 Mrd. €. Im Gegenzug haben die Abgeordneten die Überschreitungsermächtigung für Finanzminister Gernot Blümel von 28 Mrd. € auf 8 Mrd. € reduziert. Die neu budgetierten 20 Mrd. € sind dem Krisenbewältigungsfonds (COVID-19-Fonds) zugeordnet, der in der Untergliederung 45 (Bundesvermögen) verbucht wird.

Mit dem Abänderungsantrag wurde darüber hinaus gesetzlich normiert, wie hoch die Budgetüberschreitungen in einzelnen Bereichen ausfallen dürfen. In der Rubrik Recht und Sicherheit sind es bis zu 1 Mrd. €, in der Rubrik Arbeit, Soziales, Gesundheit und Fa-

milie 11,5 Mrd. €, in der Rubrik Bildung, Forschung, Kunst und Kultur 1,2 Mrd. € und in der Rubrik Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt 14,3 Mrd. €. Beim Bundesfinanzrahmengesetz 2020 bis 2023 wurden im Plenum keine Änderungen mehr vorgenommen, der Ausgabendeckel für das heurige Jahr wurde bereits im Budgetausschuß um 28 Mrd. € auf 110,27 Mrd. € erhöht.

Verzögerter Beschluß durch Zahlenpanne

Verzögert hat sich der Beschluß des Budgets 2020 durch eine Zahlenpanne. Da im Abänderungsantrag – anders als im Regierungsentwurf – der Hinweis fehlte, daß es sich bei den angeführten Einnahmen und Ausgaben um Millionenbeträge handelt, hätte die Regierung heuer nur 102.389 € statt 102,39 Mrd. € ausgeben dürfen. Nach einem

Innenpolitik

entsprechenden Hinweis von SPÖ-Budgetsprecher Kai Jan Krainer zwischen der Zweiten und Dritten Lesung wurde die Sitzung am Vorabend unterbrochen und der letzte Abstimmungsdurchgang auf den 29. Mai verschoben, um ÖVP und Grünen die Möglichkeit zu geben, den Fehler zu korrigieren.

Opposition fordert neuerliche Beratungen im Budgetausschuß und Ablöse von Finanzminister Blümel

Mit der Anpassung der Budgeteckdaten reagierten die Koalitionsparteien nicht zuletzt auf die anhaltende Kritik der Opposition an falschen Budgetzahlen. Besänftigen ließen sich SPÖ, FPÖ und NEOS durch den Abänderungsantrag allerdings nicht. Er sei viel zu spät eingebracht worden und nicht ausreichend, monierten sie und beharrten auf eine Rückverweisung des Bundesfinanzgesetzes 2020 und des Bundesfinanzrahmengesetzes an den Budgetausschuß zur weiteren Beratung.

Entsprechende Anträge der NEOS und der SPÖ wurden von ÖVP und Grünen allerdings ebenso abgelehnt wie ein von der FPÖ eingebrachter Mißtrauensantrag gegen Finanzminister Gernot Blümel.

Blümel habe wissentlich ein falsches Budget vorgelegt und damit unter anderem die Grundsätze der Budgetwahrheit und der Budgettransparenz verletzt, hatten FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl und seine FraktionskollegInnen die Forderung nach einer Abberufung des Finanzministers nach nicht einmal fünfmonatiger Amtszeit begründet. Auch der geschäftsführende SPÖ-Klubobmann Jörg Leichtfried kritisierte das „Fake-Budget“ und sieht den Finanzminister „heillos überfordert“. Blümel mache „einen tollen Job“, hielt dem ÖVP-Klubobmann August Wöginger entgegen und zeigte wenig Verständnis für den Mißtrauensantrag.

Corona-Krise als Auslöser für außergewöhnliches Krisen-Budget

Begründet wird das explodierende Budgetdefizit von ÖVP und Grünen mit der Schwere der Corona-Krise, die gezielte staatliche Eingriffe und Unterstützungsmaßnahmen unerlässlich mache. Die Regierung habe schnell reagiert und einen Schutzschirm von bis zu 38 Mrd. € aufgestellt, heißt es unter anderem in den Erläuterungen zum Abänderungsantrag. Es gehe darum, die Gesundheit und den Wohlstand der Bevölkerung zu schützen und zu bewahren, die UnternehmerInnen bestmöglich durch die Krise zu geleiten und die

negativen Folgen auf die Gesamtwirtschaft so gut wie möglich abzufedern.

Daß die Auswirkungen der Corona-Krise im Budget nicht deutlicher abgebildet werden, begründen die Koalitionsparteien damit, daß nach wie vor vieles in Schwebelage sei. So sei immer noch ungewiss, wie stark die Konjunktur heuer tatsächlich einbrechen wird. Die Bandbreite der Prognosen liege zwischen einem Minus von 3,2 und 9 Prozent. Damit könne auch nicht valide abgeschätzt werden, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln. Auch die tatsächlichen Kosten für die Kurzarbeit und andere Ausgabenbereiche seien noch offen.

In Kraft treten soll der neue gesetzliche Rahmen für die Haushaltsführung des Bundes am 1. Juni 2020. Bis dahin wird noch das gesetzliche Budgetprovisorium gelten.

Debatte über Widerspruchs-Behebung

Eine letzte Gelegenheit für den Austausch von Argumenten bot eine von den NEOS verlangte Debatte über die von ÖVP und Grünen beantragte Widerspruchs-Behebung, wobei die Diskussion schaumgebremster ausfiel als jene der letzten Tage.

Es sei gut, daß der Zahlenfehler korrigiert wurde, sagte Kai Jan Krainer (SPÖ). Es brauche ein ordentliches Budget, um die staatlichen Corona-Hilfen sicherzustellen. Der Staat müsse in einer Krisensituation funktionieren. Daß die Panne überhaupt passiert ist, führt Krainer darauf zurück, daß das Budget erst in letzter Minute repariert wurde, obwohl die Opposition bereits seit April realistische Budgetzahlen eingemahnt habe. Krainer hält das Budget trotz des Abänderungsantrags allerdings weiter für verfassungswidrig, da die Einnahmenseite nicht korrigiert wurde.

Dieses Manko kritisierte auch Hubert Fuchs (FPÖ). Es sei des Parlaments unwürdig, daß nun ein Budget beschlossen werde, das inhaltlich falsch sei, sagte er. Zudem bekräftigte der FPÖ-Finanzsprecher die Forderung der Opposition nach Einrichtung eines COVID-19-Unterausschusses zur parlamentarischen Kontrolle der Hilfszahlungen. Finanzminister Blümel liefere dem Parlament unzureichende Informationen, beklagte er.

NEOS-Chefin Beate Meinel-Reisinger hob hervor, daß es sich bei der Zahlenpanne um mehr als einen Formalfehler handle. Schließlich hätte diese massive inhaltliche Auswirkungen gehabt. Aus ihrer Sicht reiht sich diese „Schlampigkeit“ in eine Reihe von Schlampigkeiten bei Gesetzen und Verordnungen in den letzten Jahren ein. Als einen

Grund für diese Entwicklung sieht Meinel-Reisinger, daß es in den Ministerien häufig zu parteipolitischen Postenbesetzungen komme, wobei sie hier insbesondere die ÖVP in die Ziehung nahm. Es brauche versierte LegistInnen, „wir müssen die besten Gesetze schaffen und nicht die schnellsten“.

Was das Budget betrifft, hält es auch Meinel-Reisinger für empörend, daß die Zahlen auf der Einnahmenseite nicht korrigiert wurden. Sie erachtet das als Mißachtung des Parlaments, zumal Finanzminister Blümel schon Ende April korrigierte Zahlen an die EU gemeldet habe.

Seitens der Koalitionsparteien bedankten sich Andreas Hanger (ÖVP) und Sigrid Maurer (Grüne) bei SPÖ-Budgetsprecher Krainer ausdrücklich für die Aufdeckung des Fehlers, wobei die Panne eigentlich nicht von Krainer selbst, sondern von einem Klubmitarbeiter entdeckt wurde, wie der SPÖ-Abgeordnete gestand. Es sei wichtig, daß Österreich ein ordentliches Budget habe, unterstrich Hanger. Schließlich bringe dieses, unabhängig von der Corona-Krise, auch mehr Geld für die Justiz für die Sicherheit in Österreich und für die ländlichen Regionen. Gleichzeitig schaffe das Bundesfinanzgesetz den technischen Rahmen zur Bewältigung der Krise und sichere Hilfsprogramme wie den COVID-19-Fonds, den Härtefallfonds, das Wirtepaket und das Künstlerpaket ab. „Es ist ein gutes Budget für Österreich“, ist Hanger überzeugt.

Relativ entspannt sah Grünen-Klubobfrau Maurer die Panne: Es könne immer mal passieren, daß eine Zeile versehentlich gelöscht werde, meinte sie.

Beseitigung sozialrechtlicher Nachteile von MilizsoldatInnen

Neben dem Mißtrauensantrag haben die Abgeordneten an den beiden Plenartagen auch über 68 weitere Entschließungsanträge abgestimmt, wobei nur zwei davon eine Mehrheit fanden. Zum einen geht es dem Nationalrat um eine Stärkung der Autarkie von Kasernen – diese sollen auch in Katastrophen- und Krisenfällen selbstversorgungsfähig sein. Zum anderen drängt er auf die Beseitigung sozialrechtlicher Nachteile für einberufene MilizsoldatInnen. Beide Anträge waren von den Koalitionsparteien eingebracht worden und wurden einstimmig angenommen.

In der Minderheit blieben hingegen – bei unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen – die Initiativen der Oppositionsparteien. Die Palette der Anliegen reichte dabei von

Innenpolitik

einer Erhöhung der Budgetmittel für die Höchstgerichte über die rasche Wiederaufnahme des Turnunterrichts in Schulen bis hin zur weitgehenden Abschaffung der Maskenpflicht und effektiven Maßnahmen gegen häusliche Gewalt.

Opposition fordert höheres Heeresbudget und mehr Sprachförderung im Kindergarten

Ein gemeinsames Anliegen ist den drei Oppositionsparteien eine Ausweitung der Sprachförderung in den Kindergärten. Zwar werde die Sprachkompetenz von Kindern seit Jahren mit viel Aufwand erhoben, die Feststellung eines Förderbedarfs führe aufgrund mangelnder Ressourcen und fehlendem Know-how jedoch nicht immer dazu, daß die betroffenen Kinder auch die notwendige Sprachförderung erhalten, monieren SPÖ, FPÖ und NEOS und fordern die Bundesregierung zum Handeln auf. Auch ihre Forderung nach einer Erhöhung des Bundesheer-Budgets haben die drei Oppositionsfractionen mit einem gemeinsamen Entschliessungsantrag unterstrichen.

Unverzügliche Hilfszahlungen an Familien aus dem Härtefallfonds und mehr Budget für Familienberatungsstellen haben SPÖ und NEOS zusammen beantragt.

SPÖ drängt auf Investitionsprogramm für Kultur- und Kreativwirtschaft

Weitere Forderungen der SPÖ betreffen die Bereitstellung einer Bildungsmilliarde, eine umfassende finanzielle Unterstützung der Gemeinden, eine jährliche Valorisierung der Bundesjugendförderung, die finanzielle Absicherung der Schuldnerberatung und die Erhöhung der Mittel für internationale humanitäre Hilfe inklusive der Einrichtung eines mit 100 Mio. € dotierten Soforthilfefonds. Auch das Frauenbudget soll angehoben, das Repräsentationsbudget des Bundeskanzleramts hingegen gekürzt werden. Zudem drängt SPÖ-Kultursprecher Thomas Drozda auf ein langfristiges Investitionsprogramm für die Kultur- und Kreativwirtschaft, für das er eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt sehen will.

Im Bereich der Sozialpolitik tritt die SPÖ unter anderem für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, arbeitsmarktpolitische Sofortmaßnahmen zur Beschäftigungsförderung und verpflichtende Barrierefreiheit als Voraussetzung für die Gewährung von Bundesförderungen ein. Ebenso gehören eine Deckelung der Zinsen bei Kontoüberziehungen, effektive Maßnahmen gegen häusliche

Gewalt, die Beauftragung einer Zeitverwendungsstudie, eine Ausfallhaftung des Bundes für die Krankenversicherung, die Abdeckung der Fusionskosten der Krankenkassen durch den Bund, der Schutz intergeschlechtlicher Personen in Ungarn sowie die Unterstützung von Gnadenhöfen zu ihrem Forderungskatalog.

FPÖ macht gegen Maskenpflicht und Geschwindigkeitsbeschränkungen mobil

Gleich 33 Entschliessungsanträge hat die FPÖ eingebracht. Unter anderem geht es ihr darum, die Maskenpflicht in vielen Bereichen wie etwa im Handel und in der Gastronomie aufzuheben. Diese sei für den vielfach schwachen Umsatz mitverantwortlich, glauben Erwin Angerer und seine FraktionskollegInnen. Auch in der Schule und bei Kulturveranstaltungen soll „der Maskenzwang“ fallen.

Wichtig ist der FPÖ außerdem eine raschere Öffnung von Sportstätten, die umgehende Rückkehr zum Turnunterricht an Schulen, finanzielle Soforthilfe für den Sport und eine Insolvenzabsicherung für jene Gutscheine, die KonsumentInnen für abgesagte Kultur- und Sportveranstaltungen erhalten. Es brauche zudem eine rasche Einigung auf einen Kollektivvertrag für ArbeitnehmerInnen der Bundesmuseen und der Österreichischen Nationalbibliothek, sind sich die freizeithilflichen MandatarInnen einig.

Zu den sicherheitspolitischen Anliegen der FPÖ gehört unter anderem eine Anhebung des Grundbezugs für PolizistInnen, eine Ballungsraumzulage für die Exekutive, eine bessere budgetäre und personelle Ausstattung der Justizwache und die Wiedereinführung der achtmonatigen Grundwehrdienstes nach dem Modell 6 plus 2. Zudem verlangt sie ein Aussetzen des Asylrechts, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Statistik Austria, die Bekanntgabe der Kosten von COVID-19-Medienkampagnen, eine Ausweitung der Prüfkompetenzen des Rechnungshofs und Haftungsobergrenzen für Gemeinden.

Neuerlich bekräftigt wurde von der FPÖ auch die Forderung, Unternehmen, die ihren Betrieb schließen mußten, vollständig zu entschädigen. Zudem plädiert sie für die Auflösung von Rücklagen der Wirtschaftskammern zur Unterstützung heimischer Unternehmen, die Miteinbeziehung von privaten Vermietern von Ferienwohnungen in den Härtefallfonds, das Aussetzen der Agrarmarketingbeiträge zur Entlastung der heimischen

Landwirte, die Reduktion bzw. den Erlaß von Sozialversicherungsbeiträgen für kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe und einen sofortigen Importstopp von Billigholz.

Auch für die Verdoppelung der Familienbeihilfe in Monaten coronabedingter Schulschließungen, ein Maßnahmenpaket gegen die hohe Arbeitslosigkeit in bestimmten Sektoren, ein umfassendes Preismonitoring inklusive Inflationsstopp, Maßnahmen zum Abbau des Behandlungsrückstaus in Krankenanstalten und bei ÄrztInnen, die Weiterentwicklung des Aktionsplans Frauengesundheit und die Adaptierung des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes sprach sich die FPÖ in Form von Entschliessungsanträgen aus.

Weitere Initiativen haben den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs durch die umgehende Bereitstellung einer Nahverkehrsmilliarde, die Erhöhung der Fördersätze für Fachhochschulen, die Einführung eines Pfandsystems für Einweggetränkverpackungen und die Erhöhung der Forschungsförderung zum Inhalt. Eine flächendeckende Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen, Freilandstraßen und Ortsgebieten auf 100, 80 bzw. 30 km/h kommt für die FPÖ hingegen nicht in Frage.

NEOS mahnen zusätzliche Budgetmittel für Höchstgerichte ein

Für eine rasche Wiederaufnahme des Sportunterrichts für Kinder und Jugendliche machen sich auch die NEOS stark. Zudem braucht es ihrer Meinung nach eine maßgeschneiderte Lösung für kleine Yoga-, Fitness- und Tanzstudios sowie ähnliche Klein- und Einpersonenernehmen im Breitensport.

Auch zusätzliche Budgetmittel für den Verfassungsgerichtshof und den Verwaltungsgerichtshof, eine Erhöhung des Budgets des Wissenschaftsfonds und eine umgehende Abberufung jener Zivildienstler, deren Zivildienst infolge der Corona-Krise zwangsverlängert wurde, sind ihnen ein Anliegen.

Weitere Anträge betreffen Maßnahmen zur langfristigen Finanzierbarkeit des Pensionssystems, die Rücknahme von "Pensions-Wahlgeschenken", die sichtbare Anerkennung der LGBTIQ-Community, einen Abrechnungskatalog für die Primärversorgungspflege mit der Sozialversicherung, staatliche Garantieübernahmen zur Absicherung des Warenverkehrs in der Krise und die Veröffentlichung von Qualitätsindikatoren von Krankenhäusern. ■

<https://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Weitere Erleichterungen ab 15. Juni

Bundeskanzler Sebastian Kurz: Appell für mehr Eigenverantwortung

Wir dürfen heute wieder gute Nachrichten verkünden“, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz am 29. Mai bei einer Pressekonferenz im Bundeskanzleramt gemeinsam mit Vizekanzler Werner Kogler, Gesundheitsminister Rudi Anschober und Innenminister Karl Nehammer. „Wir haben in Österreich weiterhin sehr niedrige Ansteckungszahlen und sind auf einem guten Weg. Daher können wir in die nächste Phase eintreten, die da lautet: weniger Regeln, mehr Eigenverantwortung. Der nächste Schritt in Richtung Normalität kann gesetzt werden. Gerade was den Mund-Nasen-Schutz betrifft, ist uns vollkommen bewußt, daß dieser für Österreich ein Kulturwandel war und ist. Wir können aber noch nicht gänzlich darauf verzichten. Durch die guten Zahlen ist es aber möglich, daß wir Schritt für Schritt Lockerungen vornehmen können“, so Kurz.

Eigenverantwortung wird wichtiger

„Nach den Lockerungsschritten, die wir bereits in den letzten Wochen setzen konnten, ist es aus heutiger Sicht möglich, daß wir ab 15. Juni den Mund-Nasen-Schutz verpflichtend nur mehr in drei Bereichen tragen müssen: zum Ersten in den öffentlichen Verkehrsmitteln, zum Zweiten im Gesundheitsbereich sowie den Apotheken und zum Dritten bei Dienstleistungen, bei denen der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, wie etwa bei Friseuren und den Angestellten in der Gastronomie“, informierte der Kanzler. Das bedeute, daß der Mund-Nasen-Schutz im Handel, der Schule oder für Gäste in der Gastronomie nicht mehr verpflichtend zu tragen sei. Der Bundeskanzler empfahl jedoch, da die Eigenverantwortung derzeit wichtiger werde, „dringend den Mund-Nasen-Schutz, weiterhin überall dort zu tragen, wo es Menschenansammlungen gibt, es eng ist und der Mindestabstand mit anderen Menschen nicht eingehalten werden kann“.

Darüber hinaus habe die Bundesregierung ab 15. Juni auch weitere Lockerungsschritte für die Gastronomie beschlossen. „Die Sperrstunde soll dann auf 1:00 Uhr ausgeweitet und die Vier-Personen-Regel pro Tisch aufgehoben werden“, so Kurz. Der Ein-Meter-Abstand der Tische zwischen Gruppen, die nichts miteinander zu tun haben, bleibe jedoch aufrecht.



Foto: BKA / Dragan Tatic

Pressstatement zu den neuen Maßnahmen (v.l.): Innenminister Karl Nehammer, Vizekanzler Werner Kogler, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Gesundheitsminister Rudolf Anschober.

Die Regierung sehe es zudem positiv, daß viele Unternehmen und Institutionen in Österreich sich selbst Sicherheitskonzepte überlegt haben und so einen Beitrag dazu leisten, daß man die Ansteckungszahlen weiterhin niedrig halten könne.

Regionale Maßnahmen bei Anstieg der Infektionszahlen

Abschließend betonte der Bundeskanzler, daß man keinem Irrtum unterliegen solle: „Das Virus ist nicht ausgelöscht. Wir haben es geschafft, daß die Infektionszahlen in Österreich schnell gesunken sind, aber genauso schnell können die Zahlen wieder ansteigen. Wir sollten daher alle gemeinsam nicht leichtsinnig werden. Die Grundregeln gelten nach wie vor und sind das Allerwichtigste.“ Die Bundesregierung werde die Maßnahmen anhand der Entwicklung der Ansteckungszahlen anpassen. „Wenn sich die Situation verschlechtert, wird es notwendig sein, regional wieder vermehrt Maßnahmen setzen. Wir stehen dabei in engem Dialog mit den Landeshauptleuten. Wenn ein Anstieg der Zahlen über Regionen hinausgeht, dann wird es notwendig sein, national zu handeln. Das ist unsere Verantwortung als Regierung.“

Der Kanzler appellierte noch einmal an die Eigenverantwortung zum Schutz jeder und jedes Einzelnen und bat darum, die Grundregeln weiterhin einzuhalten.

Vizekanzler Werner Kogler betonte, daß gemeinsam und durch Mitwirken der Bevölkerung bereits vieles gelungen sei. „Die Eigenverantwortung und Freiwilligkeit wird nun zunehmend eine große Bedeutung spielen. Diese Säule wird noch wichtiger werden. Mit der wiedergewonnenen Freiheit und dem schrittweisen Ablegen des Mund-Nasen-Schutzes können wir uns umso stärker um Wirtschaft und Beschäftigung kümmern.“ Der Regierung sei vollkommen bewußt, daß man hier rasch vorwärtskommen müsse, so der Vizekanzler.

Anschober: Risiko asymptomatischer Erkrankung nicht außer Acht lassen

„Die weltweite Pandemie ist nicht beendet und nicht unter Kontrolle, sie entwickelt sich nach wie vor besorgniserregend. Wir sind mittlerweile weltweit bei 5,8 Millionen bestätigten Erkrankungen, 360.000 Menschen sind davon bisher gestorben. In Europa gibt es 2,1 Millionen Erkrankungsfälle und 76.000 Todesfälle“, zeigte sich Gesundheits-

Innenpolitik

minister Rudolf Anschober besorgt über die derzeitige weltweite Situation. Was Österreich betreffe, habe man Mitte März mit der 1. Phase sehr offensive Maßnahmen gesetzt mit dem Ziel, von der exponentiellen Steigerungskurve wegzukommen. Diese 1. Phase habe man sehr gut bewältigt.

Die 2. Phase hätte ein Experiment bedeutet, da man keine Vorbilder gehabt hätte. Der Gesundheitsminister erinnerte an die vier bisherigen großen Schritte, die mit 14tägigem Abstand Lockerungen unter ständiger Beobachtung der Erkrankungszahlen zugelassen hätten. Bisher seien keinerlei negative Auswirkungen dieser Öffnungsschritte zu verzeichnen. „Wir haben alle gemeinsam in

diesem Land, sehr Vieles sehr richtig gemacht in dieser Phase und sind derzeit auf einem guten Weg. Wir haben uns die Lockerungsmaßnahmen, die am 15. Juni möglich werden, gemeinsam erarbeitet“, zeigte sich der Gesundheitsminister über die Situation in Österreich erfreut.

Noch könne jedoch keine Entwarnung gegeben werden, das Virus sei nach wie vor da. Besorgniserregend seien die asymptomatischen Fälle, das heißt, Menschen, die keine Symptome hätten: „Das ist das Risiko, das ist das Gefährliche an diesem Virus. Ein Nachlassen bei den positiven Testergebnissen bedeutet nicht automatisch, daß es in einem Bezirk oder einem Land nicht mehr

vorhanden ist“, so Anschober. Das Hauptziel sei daher, eine für Österreich verheerende zweite Welle zu vermeiden: „Die wollen wir mit allen demokratischen Möglichkeiten gemeinsam verhindern und unterbinden“, sagte der Gesundheitsminister, der jedoch überzeugt ist, daß dies zu bewerkstelligen sei, „wenn wir alle konsequent weiter so handeln, wie in den vergangenen Wochen. Verhindern können man eine zweite Welle auch damit, daß bei einer Verschlechterung der Situation, bei einer negativen Trendumkehr wieder konsequent eingegriffen werde“, hielt der Gesundheitsminister abschließend fest. ■

<https://www.bundeskanzleramt.gv.at/>

<https://www.sozialministerium.at/>

Andrea Mayer ist die neue Kulturstaatssekretärin

Sie wolle eine mutige und zielgerichtete Kulturpolitik betreiben und zu einer spürbaren Verbesserung der Rahmenbedingungen beitragen, erklärte die neue Staatssekretärin Andrea Mayer am 29. Mai bei ihrer Vorstellung im Nationalrat. Mit dem vor kurzem präsentierten Überbrückungsfonds für KünstlerInnen in der Höhe von 90 Mio. € oder dem Hilfspaket für die Filmbranche wolle man dafür sorgen, daß alle im Kulturbereich Tätigen besser durch die Corona-Krise kommen. Es werde aber auch wieder eine Zeit kommen, wo wichtige Vorhaben angegangen werden können. Im Fokus stünden für sie dabei Fragen der fairen Bezahlung und Absicherung der Kulturschaffenden, die Gestaltung eines modernen Urheberrechts, die Schaffung von Anreizmodellen für privates Engagement oder die Förderung der Regionalkultur. Ein besonderes Augenmerk möchte sie auch der Gedenkkultur und einer gut aufgestellten Provenienzforschung schenken.

Sowohl Bundeskanzler Sebastian Kurz, der Mayer als „herausragend geeignet“ bezeichnete, als auch Vizekanzler Kogler, der von einer äußerst kompetenten Frau mit Engagement und Herzblut sprach, streuten dem neuen Regierungsmitglied Rosen. Lob gab es großteils auch von Seiten der OppositionsrednerInnen, die allerdings das späte Handeln der Regierung in Sachen Kunst und Kultur bemängelten.

Angelobung durch den Bundespräsidenten

„Ich habe Sie, Frau Mayer, in unserer ausgezeichneten Zusammenarbeit, als jemand kennengelernt, die bestens vertraut ist mit Abläufen der Verwaltung und in den Ministerien bzw. in der Politik und die einen



Foto: HBF / Carina Karlovits, Peter Lechner

Bei der Angelobung in der Hofburg (v.l.): Bundeskanzler Sebastian Kurz, Staatssekretärin Andrea Mayer, Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Vizekanzler Werner Kogler

hohen juristischen Sachverstand hat“, sagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen am 20. Mai bei der Angelobung von Andrea Mayer in der Präsidentschaftskanzlei, deren Leiterin bis dato tätig war. „Vor allem aber, und das ist für Ihre künftige Aufgabe wesentlich: Sie sind als langjährige Sektionschefin für Kunst und Kultur eine ausgewiesene Expertin. Sie kennen die Kunst- und Kulturszene wie kaum jemand sonst. Sei es die kleine unabhängige Kulturinitiative, sei es eine der großen Festspielbühnen. Und in den Mai-Tagen letztes Jahr haben Sie noch etwas bewiesen: Ihre Krisenfestigkeit. Wir sehen also, Sie bringen die besten Voraussetzungen für Ihre neue Aufgabe mit. Sie werden dazu beitragen können, die Kunst- und Kulturszene aus dieser schwierigen Zeit in

die Hochblüte zurückzuführen. Mein Team und ich, wir alle lassen Sie nur schweren Herzens gehen. Aber wir werden einander ja nicht aus den Augen verlieren“, so der Bundespräsident. Die Kultur dürfe sich jedenfalls freuen auf eine „kompetente Krisenmanagerin, die diesem Bereich mit heißem Herzen zugetan ist. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich zu dieser hohen und verantwortungsvollen Aufgabe. Ich wünsche Ihnen dafür alles Gute.“

Andrea Mayers Berufung zur Kulturstaatssekretärin war der Rücktritt ihrer Vorgängerin Ulrike Lunacek vorangegangen, der man vor allem in der Kunst- und Kulturszene vorgeworfen hatte, mit ihrer Funktion massiv überfordert gewesen zu sein. ■

Quellen: Präsidentschaftskanzlei, Parlamentskorrespondenz

Neue Landesverfassung

Kontroll- und Oppositionsrechte gestärkt – SPÖ, ÖVP und Grüne einigten sich auf Änderung bei Klubstärke ab zwei Mandate, Etablierung der Untersuchungsausschußregelungen des Bundes und novellierte Fragestunde



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: ÖVP-Klubobmann Markus Ulram, Grünen-Landessprecherin Regina Petrik, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil präsentierte am 25. Mai gemeinsam mit SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich, ÖVP-Klubobmann Markus Ulram und Grünen-Landessprecherin Regina Petrik das Ergebnis der Verhandlungen zum Thema Verfassungsreform bzw. zukünftiger Landtagsarbeit. Mit der Novelle der Geschäftsordnung wird die Klubstärke künftig ab zwei Mandate sichergestellt sein. „Für mich ist ganz wichtig, daß man auch als absolute Mehrheitspartei, wie es sich jetzt für die Sozialdemokratie im Burgenland darstellt, trotzdem einen Schritt in Richtung Zusammenarbeit im Landtag geht – der Zusammenarbeit mit der Opposition“, so Doskozil. Weiters einigten sich die Parteien SPÖ, ÖVP und Grüne auf die Etablierung der Verfahrensordnung des Nationalrates beim Untersuchungsausschuß, eine novellierte Fragestunde und auf mehr Kontrollrechte für die Opposition.

Doskozil hob neben der Änderung betreffend Klubstärke zwei weitere Punkte hervor: Einerseits werden die Regelungen beim Untersuchungsausschuß noch minderheiten-

freundlicher gestaltet. „Das Ziel ist es, die Untersuchungsausschußregelungen des Bundes, des Nationalrates auch im Land zu etablieren und damit auch die Minderheitsrechte klar zu definieren und natürlich zu stärken.“ Auch die Änderung des Instruments der Fragestunde sei ihm ein persönliches Anliegen gewesen, betonte der Landeshauptmann. Die Befragung der Regierungsmitglieder münde vielfach darin, daß man sich politisch präsentiere und vorgefertigte Fragen gestellt bekomme. Das würde den „parlamentarischen Prozeß, die Belebung des Landtages“ aus seiner Sicht bis zu einem „gewissen Grad“ hindern, so Doskozil. Daher werde in der Fragestunde künftig ein Regierungsmitglied eine Stunde zu seinem Zuständigkeitsbereich Rede und Antwort stehen.

Für die Grünen bedeutet Klubstärke nun mehr Personal, mehr finanzielle Mittel und auch mehr Möglichkeiten in der parlamentarischen Arbeit. Petrik bedankte sich für „die Offenheit, in diese Gespräche hineinzugehen“. Gerade in Zeiten einer Alleinregierung sei es „besonders wichtig, daß eine gute, fun-

dierte, sachliche Kontrollarbeit durch die Oppositionsparteien im Landtag möglich ist. Insofern ist das auch ein sehr guter Tag für die Demokratie“, sagte Petrik.

Auch ÖVP-Klubobmann Ulram bedankte sich für die „konstruktive Zusammenarbeit“. „Da alle Kontrollrechte oder sehr viele Kontrollrechte gestärkt wurden, damit wir auch als Oppositionspartei die Instrumente entsprechend ausüben können, wie wir uns das vorstellen, ist das Verhandlungsergebnis so weit in Ordnung, daß wir dem auch zustimmen können“, so Ulram.

Laut SPÖ-Klubobmann Hergovich werden Landtagssitzungen künftig moderner: „Wir haben erreicht, daß es eine moderne, transparente und faire Landesverfassung und Geschäftsordnung gibt. Wir haben die Oppositionsrechte deutlich gestärkt. Dazu stehen wir auch. Denn eine absolute Mandatsmehrheit im Landtag bringt eine absolute Verantwortung mit sich und die muß auch kontrolliert werden, die muß auch transparent gestaltet werden. Das stärkt das Vertrauen in die Politik insgesamt“, sagte Hergovich. ■

Investitionen in Infrastruktur als Turbo für regionale Wirtschaft

Landesrat Dorner: 190 Mio. Euro werden 2020 in mehr als 500 Straßenbau- und Infrastrukturprojekte sowie in Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit investiert



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Baudirektor Wolfgang Heckenast, Landesrat Heinrich Dorner und Josef Wagner, Vorstand der Gruppe 4 im Amt der Bgld. Landesregierung

Ein mehr als 500 Projekte umfassendes Bauprogramm für 2020 präsentierten Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner und Baudirektor Wolfgang Heckenast gemeinsam mit Gruppenvorstand Josef Wagner am 26. Mai. Rund 190 Mio. Euro, um 29 Mio. mehr als 2019, werden 2020 in Straßenbau-, Infrastrukturprojekte und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit investiert. Davon entfallen 10,2 Mio. Euro auf Landesstraßen, 11,1 Mio. auf ländliche Struktur, 125 Mio. auf Bundesstraßen und 42,2 Mio. Euro auf Wasser- und Umweltwirtschaft.

„Die Coronakrise hat insbesondere auch auf die Bauwirtschaft enorme Auswirkungen. Um negative Folgen möglichst gering zu halten, wollen wir seitens des Landes aktiv entgegensteuern und Anreize schaffen“, so Dorner. Insgesamt fließen heuer rund 190 Mio. Euro in Infrastrukturprojekte, das sind fast 30 Millionen Euro mehr als 2019. „Die Bautätigkeiten des Landes haben einen mehrfachen Nutzen: Die regionale Wirtschaft wird angekurbelt, lokale Betriebe profitieren, Arbeitsplätze werden abgesichert und geschaffen, es wird für mehr Sicherheit gesorgt und die Lebensqualität der Burgenländerinnen und Burgenländer wird erhöht.“ Die Baustellen sind nach Ostern wieder hochgefahren worden. „Die Baumaßnahmen werden wie vor dem Ausbruch der Coronakrise geplant umgesetzt. Es hat kaum Verzögerungen gegeben“, so Heckenast.

Landesstraßen: Lebensadern der Regionen

Insgesamt 10,2 Mio. Euro fließen in Baumaßnahmen auf den Landesstraßen. Mehr Sicherheit und besseren Verkehrsfluss wird beispielsweise der Bau einer 1,6 km langen Kriechspur auf der B50 im Abschnitt Güns-eck-Bernstein bringen. Die Gesamtkosten betragen 2,1 Mio. Euro. Von den insgesamt 45 Projekten der Landesstraßenverwaltung werden 10 im Nord-, 8 im Mittel- und 17 im Südburgenland umgesetzt.

Stärkung des Wirtschaftsstandortes

Die größten Bauprojekte sind der von der ASFINAG umgesetzte Neubau der S7 (Investitionen 2020: 86,4 Mio. Euro) sowie der Sicherheitsausbau der S31 (2020: 38,4 Mio. Euro). Der Bau der S7 bedeute „eine massive Stärkung des Wirtschaftsstandortes und des Arbeitsmarkts in der südlichen Region unseres Bundeslandes – kurzfristig durch die Bautätigkeiten, langfristig im Hinblick auf die Ansiedlung neuer Betriebe“, betont Dorner. Und auch das Mittelburgenland werde durch eine modernere, leistungsfähigere und vor allem sichere S31 einen zusätzlichen Impuls bekommen. Aufatmen können die BewohnerInnen der Gemeinden Grobhfleien und Müllendorf; noch in diesem Herbst wird mit den vorbereitenden Baumaßnahmen betreffend den Bau der Lärmschutzwand auf der A3 begonnen.

„Diese Maßnahme wird die Anrainer deutlich entlasten und für höhere Lebensqualität sorgen“, verspricht Dorner.

16 Mio. Euro für Hochwasserschutz

Rund 16 Mio. Euro werden 2020 in Bauvorhaben und Instandhaltungsmaßnahmen für den Hochwasserschutz investiert. 20 Vorhaben befinden sich in der aktiven Umsetzung, darunter jene in Wolfau, Neuheiligenkreuz und Grafenschachen. Ein weiteres ist das Hochwasserschutz-Projekt in der Gemeinde Mannersdorf an der Rabnitz mit einer Gesamtinvestition von 6,75 Mio. Euro. „Der Schutz vor Naturgefahren, insbesondere vor Hochwasser, stellt eine ganz wichtige Maßnahme dar, um Infrastruktur und Hab und Gut der Bevölkerung zu schützen. Grundsätzlich gilt es, vor einem hundertjährigen Hochwasserereignis zu schützen“, erklärt Wagner.

Für das mehr als 4000 km lange Güterwegenetz im Burgenland stehen 10,3 Mio. Euro für den Neu-, Ausbau und programmierte Instandhaltung zur Verfügung.

„Gerade in dieser Phase ist es wichtig, Geld in die Hand zu nehmen, um aus der Krise herauszuinvestieren. Dieses Geld ist gut investiertes Geld, weil es positive Effekte auf mehrere Bereiche hat und in schwierigen Zeiten ein Turbo für die regionale Wirtschaft und für die burgenländischen Unternehmen ist“, so Dorner. ■

Spatenstich für größtes Bauprojekt des Burgenlandes

LH Hans Peter Doskozil: »Neues Spital in Oberwart ist ein Meilenstein beim Ausbau der Gesundheitsversorgung«



Foto: Ederer + Haghirian Architekten

Der Neubau – hier in einem Rendering der Ederer Haghirian Architekten ZT-GmbH – ist für ca. 330 Betten konzipiert.

Den Spatenstich für den Neubau des Krankenhaus Oberwart nahmen KRAGES-Aufsichtsratsvorsitzender Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und KRAGES-Geschäftsführer Hans Peter Rucker gemeinsam mit Oberwarts Bürgermeister Georg Rosner, Architekt Franz Ederer sowie dem Projektverantwortlichen Heinz Fellner (BELIG) am 19. Mai vor. Die Gesamtinvestition wird maximal 235 Mio. Euro betragen, die Fertigstellung soll bis Ende 2023, die Inbetriebnahme 2024 erfolgen.

Klares Signal der Landespolitik

Die Coronakrise habe deutlich vor Augen geführt, daß die medizinische Versorgung für die Bevölkerung ein ganz wesentliches Gut ist, erklärte Doskozil. „Ich bin mehr denn je davon überzeugt, daß es die richtige Entscheidung ist, hier in Oberwart und auch in Gols zu investieren. Es ist ein klares Signal der Landespolitik, daß die größte Investition in der Geschichte des Landes im Gesund-

heitsbereich realisiert wird. Wir bekennen uns damit zu einer hochwertigen Spitalsversorgung für unsere Bevölkerung – und stärken das in der Coronavirus-Krise erprobte Gesundheitssystem des Burgenlandes weiter. Der Baustart in Oberwart ist ein weiterer Meilenstein“, so der Landeshauptmann.

Inbetriebnahme Herbst 2024 geplant

Das neue Krankenhaus wird auf einer Grundfläche von 44.800 m², bei einer verbauten Fläche von 16.000 m² als neues Schwerpunktspital im Südburgenland errichtet.

Die vorbereitenden Baumaßnahmen haben im Mai begonnen, im Juni startet der Erdbau. Die Ausschreibungen für den Bau-Generalunternehmer sind in der Endphase, dieser soll seine Tätigkeit im Herbst 2020 aufnehmen. Die Bauarbeiten sollen bis zum vierten Quartal 2023 abgeschlossen sein, nach dem Umzug ist die Inbetriebnahme des neuen Spitals für das dritte Quartal 2024 vorgesehen.

Erweitertes Leistungsangebot

Das Leistungsangebot wird im neuen Haus im Vergleich zum alten Spital umfassend modernisiert und erweitert: Dazu zählen vor allem erstmals eine Herzkatheterstation für das Südburgenland, die neueste Ausstattung in der Radiologie oder in der Dialyse sowie sieben OP-Säle. Angesichts der Corona-Welle wichtig: Die Behandlung von Pandemien (mit möglichen Isolierbereichen, mehr Isolierbetten, einer besseren Bettenaufteilung in den Zimmern) war bereits vor Ausbrechen dieser Krise Bestandteil der Planung.

Leitspital für die Region

„Wir garantieren im Regierungsprogramm nicht nur die Aufrechterhaltung von fünf Spitälern, sondern bekennen uns mit dem Masterplan auch ganz klar zu den Neubauten in Oberwart und Gols sowie zu Investitionen in die anderen Standorte. Die Coronavirus-Pandemie bestätigt das burgenländi-

Foto: LandesmedienService Burgenland



Spatenstich für das neue Schwerpunktkrankenhaus Oberwart (v.l.): Projektverantwortlicher Heinz Fellner (BELIG), Architekt Franz Ederer, LH Hans Peter Doskozil, Bgm. Georg Rosner und KRAGES-Geschäftsführer Hans Peter Rucker

sche Engagement für eine leistungsfähige, wohnortnahe Spitalsstruktur. Da wird es mit mir auch keine Abstriche geben“, so Doskozil. Beim neuen Schwerpunktspital Oberwart werde eine Gesamtinvestitionssumme von maximal 235 Millionen Euro nicht überschritten werden, so der Landeshauptmann. Beim neuen Schwerpunktspital Oberwart werde eine Gesamtinvestitionssumme von maximal 235 Millionen Euro nicht überschritten werden, so der Landeshauptmann. „Dieses Krankenhaus wird nicht nur für den Bezirk, sondern auch für die gesamte Region das Leitspital“. Er rechne dabei neben dem Südburgenland auch die Steiermark mit ein.

Zeitplan bleibt aufrecht

KRAGES-Geschäftsführer Hans Peter Rucker: „Es hat sich erneut gezeigt: Unser Team in Oberwart ist bestens aufgestellt und hat bereits seit der Planungs- und Ausschreibungsphase dieses für das Burgenland so

wichtige Großprojekt professionell im Griff. Trotz Corona bleibt unser Zeitplan selbstverständlich aufrecht.“

Factsheet KH Oberwart neu

Die Gesamtinvestitionssumme beträgt maximal 235 Mio. €

Zeitplan bis zu Umzug und Inbetriebnahme:

- Beginn vorbereitende Baumaßnahmen (HTL Bau, Jennersdorf): Mai 2020
- Beginn Erdbau, Tiefengründung (ARGE Strabag/Granit, Wr. Neustadt/Graz): ab Juni 2020
- Laufende Ausschreibungen: Generalunternehmer, Installationen plus insgesamt rund 50 weitere Vergabepakete (zB Aufzüge, Rohrpost etc)
- Baustart Generalunternehmer: ab Q4/2020
- Baufertigstellung: bis Q4/2023
- Übersiedelung aus dem Altbau, Inbetriebnahme des Neubaus: bis Q3/2024

Kennzahlen des neuen Spitals:

- Grundfläche des Grundstücks: 44.800 m²
- Überbaute Fläche: 16.000 m²
- Bruttogeschossflächen: ca. 50.000 m², umbauter Raum: 230.000 m³
- Betten insgesamt: 319 (+/- 3%)
- Patientenzimmer: 42 Vierbett, 1 Dreibett, 53 Zweibett, 42 Einbett

Beispiele für modernisierte Spitalsinfrastruktur:

- 7 Operationssäle
- Moderner Ambulanzbereich, kürzere Wartezeiten
- Herzkatheter für das Südburgenland
- neueste Radiologieausstattung
- Tagesklinik mit Eingriffsräumen
- onkologische Tagesklinik
- neue Dialyse-Einheit

Wo welche Funktionen zu finden sein werden:

- Erdgeschoss: Haupteingang, Zentrale Aufnahme und Erstversorgung (ZAE), Rettungsvorfahrt, Ambulanzen, Dialyse, Tagesklinik, Technik, Lager, Verwaltung, Spitalsapotheke, Gastro & Service, Seelsorge, Veranstaltungssaal
- Kellergeschoss: Küche, Technik, Umkleiden, Pathologie und Labor, Lager
- Obergeschoss 1: Operationssäle, Überwachungsstation, Geburtshilfe und Kreißsäle, Kinderstation, Verwaltung, Speisesaal
- Obergeschoss 2: Bettenstationen (z.B. Orthopädie, Chirurgie, Urologie, HNO)
- Obergeschoss 3: Bettenstationen (z.B. Innere Medizin, Neurologie, Onkologie, Palliativmedizin, Kardiologie, Intensivstation)

<http://www.krages.at/>

Foto: Ederer + Haghirian Architekten



120 Arbeitsplätze gerettet

Betriebsstandort abgesichert – Übernahme durch Landesbeteiligung sichert ehemals insolvente Sanochemia in Neufeld

Eine Auffanglösung für den Standort und die MitarbeiterInnen der Firma Sanochemia in Neufeld steht fest: Die Wirtschaft Burgenland GmbH (WiBuG) hat gemeinsam mit einem privaten Konsortium die GmbH neugegründet. Dieses hat ein Angebot zum Ankauf der gesamten Vermögenswerte der ehemaligen insolventen Sanochemia AG gelegt. Ursprünglich war eine Sanierung des Unternehmens geplant. Aufgrund der Schließung der Produktion – ausgelöst durch die aktuelle Corona-Krise – mußte das Management den vorgelegten Sanierungsplan zurückziehen und der Masseverwalter die Verwertung der Firmenliegenschaften sowie aller Vermögenswerte in die Wege leiten. „Besonders in Zeiten wie diesen ist es sehr erfreulich, daß – dank des schnellen Agierens des Landes und der professionellen Sanierungscoordination – das Unternehmen gesichert und 120 Arbeitsplätze gerettet werden konnten. Nach der Krise kann die Tätigkeit wieder aufgenommen werden“, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landesrat Christian Illedits am 15. April unisono.

Am 14. April wurde seitens des Handelsgerichts Wien der Verkauf an das neue Konsortium – an die neugegründete GmbH – bestätigt. Im Wesentlichen wurden die Liegenschaften der Sanochemia in Neufeld, der Maschinenpark, das Lager sowie sämtliche Patente, Lizenzen und Markenrechte erworben. „Ich bin sehr glücklich, daß wir den Fortbestand einer hochtechnologieorientierten Pharmazieproduktion im Burgenland absichern können. Vor allem halten wir mit unserer Beteiligung 120 sehr hochwertige Arbeitsplätze im Land. Ich bin davon überzeugt, daß Europa – auch aufgrund der jüngsten Entwicklungen – ein großes Potential für medizinische Produktionsstätten hat und daher auch der Standort in Neufeld in seiner neuen Eigentümerstruktur und Ausrichtung wachsen wird. Für den Wirtschaftsstandort Burgenland ist das in der aktuellen Ausnahmesituation ein äußerst wichtiges Signal“, resümierte der Landeshauptmann. „Jene 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bis dato in der insolventen Sanochemia AG angestellt waren, werden in der neuen Gesellschaft in einem Stufenplan bis Sommer 2020



© Sanochemia Werk Neufeld / Foto Pflügl

Ein Blick in die hochtechnologieorientierte Pharmazieproduktion von Sanochemia

eingestellt und die Produktion wieder voll hochgefahren. Ebenso wandert die Firmenzentrale von Wien nach Neufeld ins Burgenland“, so Christian Illedits, Landesrat für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Sein Dank gilt auch der Wirtschaft Burgenland (WiBuG), die in einer äußerst schwierigen Phase ihre Kompetenz als Sanierungsstelle unter Beweis stellen konnte. Dies zeige, daß sie mehr als eine Förderstelle und Betriebsansiedlungsagentur sei. Durch Beteiligungen des Landes Burgenland kann der Betrieb von in Notlage geratenen Unternehmen weitergeführt werden, was zur Sicherung zahlreicher Arbeitsplätze beiträgt. Dies entspricht dem Ziel einer möglichst hohen Beschäftigung beziehungsweise einer möglichst niedrigen Arbeitslosigkeit im Land. Diese Zielsetzung trägt zur Weiterentwicklung der Lebensstandards bei. Ihr Stellenwert wird derzeit durch die Folgen der Corona-Krise in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt in hohem Maße erkennbar. WiBuG-Geschäftsführer Harald Zagiczek wies darauf hin, daß es seit Weihnachten eine sehr intensive Zeit und unter widrigsten Umständen eine Blitzsanierung war, sich die Mühen aber gelohnt ha-

ben: „Das Unternehmen kann nunmehr neu und sehr effizient aufgestellt werden und ich bin davon überzeugt, daß man mit den hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Standort einen wichtigen burgenländischen Leitbetrieb wieder am internationalen Pharmaziesektor plazieren wird können.“

Die Anteilsverhältnisse an dem neu geschaffenen Unternehmen gliedern sich nunmehr wie folgt: 49,90 Prozent werden durch die EOSS Technology GmbH, 35,81 Prozent durch die b.e.imagine GmbH und 14,29 Prozent durch die WiBuG gehalten. Das Land Burgenland sichert durch die Übernahme einer Landeshaftung in der Höhe von 3,0 Mio. Euro das für das Wachstum notwendige Working Capital ab. Timo Bender, geschäftsführender Gesellschafter der neu gegründeten GmbH: „Die b.e.imaging GmbH als größter Abnehmer von Produkten der Sanochemia ist sehr froh darüber, daß es mit drei neuen Eigentümern – EOSS, WiBuG und b.e.imaging – nunmehr eine langfristige und stabile Perspektive für die Sanochemia gibt. Als Teil der Geschäftsführung der Sanochemia wird b.e.imaging weiterhin alles unterneh-

men, um nachhaltigen Erfolg zu ermöglichen.“

Für das steirische Technologieunternehmen EOSS, mit 49,9 Prozent nunmehr größter Teilhaber der Sanochemia, gilt die Beteiligung als wichtige strategische Erweiterung seiner Health-Tech-Sparte. EOSS-CEO Thomas Erking: „Wir gehen hier bei einem renommierten Betrieb an Bord, der in einen Sturm geraten ist. Unser Ziel ist ruhiges Fahrwasser – und die Entwicklung zu einem innovativen, technologisch führenden österreichischen Leitbetrieb.“

Hintergrund des Sanierungsplans

Im Jahr 2018 kam es zu einem massiven Umsatzeinbruch geschuldet einer temporären Schließung und eines Produktionsstopps. Eine Überschuldung des Unternehmens, drohende Schadenersatzforderungen und Managementfehler der Vergangenheit hatten das Unternehmen in die Insolvenz geführt.

Am 16. Dezember 2019 wurde vom Handelsgericht Wien das Sanierungsverfahren bekanntgegeben. Ab diesem Zeitpunkt hat das neue, seit Februar 2019 agierende Management unter Zeitdruck versucht das Unternehmen mit neuen Kapitalgebern zu sanieren. Eine Einigung mit den Gläubigern konnte erzielt werden und auch die gesellschaftsrechtlich notwendigen Beschlüsse zum Einstieg neuer Investoren wurde in einer außerordentlichen Hauptversammlung der AG am 13. März 2020 gefaßt. Mit den Gläubigern konnte eine 20 Prozent-Quote vereinbart werden, welche nunmehr aufgrund des durch den Corona-Virus ausgelösten Produktionsstopps nicht bedient werden kann.

Das Management mußte den vorgelegten Sanierungsplan zurückziehen und der Masseverwalter die Verwertung der Firmenliegenschaften sowie der Firmen Assets in die Wege leiten.

Sanochemia: Flexibler pharmazeutischer Wirkstoff-Hersteller in Europa

Die Auswirkungen der Corona-Krise machen deutlich, daß von Drittländern abhängige Lieferketten bei Arzneimitteln zu kritischen Lieferengpässen oder gar Lieferausfällen führen. Insbesondere bei pharmazeutischen Rohstoffen, sogenannten Active Pharmaceutical Ingredients (APIs), ist die Industrie stark von China und Indien abhängig. Daraus ergibt sich die Forderung, wichtige Produktionskapazitäten nachhaltig nach Europa zurückzuholen. Sanochemia hat die entsprechenden Voraussetzungen, um die Kompetenz in diesem Bereich innerhalb Ös-



© Sanochemia Werk Neufeld / Foto Pflügl

Neben der Wirkstoff-Kompetenz verfügt Sanochemia in seinem größten Geschäftsfeld über langjährige Erfahrung als Hersteller von Kontrastmitteln für die diagnostische Bildgebung.

terreichs weiter auszubauen. Künftig will Sanochemia eine wesentliche Rolle in der kritischen Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln spielen.

Sanochemia ist ein lokaler Hersteller von Arzneimittel-Spezialitäten

Gerade im Bereich der Auftragsherstellung von Spezialitäten plant das Unternehmen sich großen Pharmaunternehmen gegenüber als europäische ‚Second Source‘ für die Herstellung von Spezialwirkstoffen anzubieten. So wird am Standort im burgenländischen Neufeld etwa ein Wirkstoff für ein Muskelrelaxans hergestellt. Viele andere könnten folgen, da Sanochemia über eine Allzweckproduktionsanlage verfügt, von de-

nen es in Österreich mittlerweile nur noch eine Handvoll gibt.

Neben der Wirkstoff-Kompetenz verfügt Sanochemia in seinem größten Geschäftsfeld über langjährige Erfahrung als Hersteller von Kontrastmitteln für die diagnostische Bildgebung. Sanochemia tritt in diesem Bereich sowohl als Vertragshersteller (CMO) als auch als Anbieter einiger der etabliertesten generischen CT/XRT- und MRT-Produkte auf dem Markt auf. Ein starkes Distributionsnetzwerk mit lokalen B2B-Partnern sichert einen adäquaten Marktzugang in über 35 Ländern. In den nächsten Jahren sollen zahlreiche neue Zielmärkte erschlossen werden. ■

<http://sanochemia.at/>

75 Euro für BurgenländerInnen ab drei Tagen Buchung

LH Doskozil: »Comeback-Programm« für den burgenländischen Tourismus – Land fördert mit Burgenland-Bonusticket den Urlaub daheim

Um das „Hochfahren“ des burgenländischen Tourismus wirkungsvoll zu unterstützen, präsentierte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil am 27. Mai gemeinsam mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Burgenland Tourismus GmbH, Dir. KR Gerhard Gucher, und dem Präsidenten der Wein Burgenland, Andreas Liegenfeld, eine neue Förderaktion: Alle burgenländischen Haushalte bekommen noch im Juni dieses Jahres ein „Burgenland-Bonusticket“ zugesandt, das einen Urlaub im eigenen Bundesland mit 75 Euro pro Vollzahler fördert. „Österreich ist durch die Covid-19-Pandemie in die größte Tourismuskrisis der Nachkriegszeit geschlittert. Gerade das Burgenland, in dem der Tourismus durch zahlreiche Fördermaßnahmen in den letzten Jahren einen wachsenden Stellenwert bekommen hat, ist davon massiv betroffen. Wir wollen durch einen gezielten Förderanreiz für den ‚Urlaub daheim‘ ein starkes Comeback unserer Tourismuswirtschaft unterstützen. Die Burgenländerinnen und Burgenländer sollen mit dieser Aktion dazu animiert und motiviert werden, unser tolles Land noch besser kennen und genießen zu lernen. Gleichzeitig wollen wir mit diesem Bonusticket den Burgenländerinnen und Burgenländern unter die Arme greifen, die derzeit vielfach ohnehin jeden Euro zweimal umdrehen müssen“, betonte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil bei der Präsentation. Mit dieser Bonusticket-Aktion demonstrierte das Land auch, „daß wir um jeden Anbieter und jeden Arbeitsplatz im burgenländischen Tourismus kämpfen“, so Doskozil.

Getreu dem Motto „Das Gute liegt so nah“ kann jeder Erwachsene und Jugendliche, der im Beherbergungsbetrieb altersbedingt den Vollpreis bezahlt (meist ab dem 14. Lebensjahr) und einen Wohnsitz im Burgenland hat, das Burgenland-Bonusticket geltend machen. Dieses Ticket hat einen Wert von 75 Euro und kann in allen teilnehmenden gewerblichen Beherbergungsbetrieben vom 1. Juli bis einschließlich 30. September 2020 eingelöst werden. Die Abwicklung erfolgt über den Burgenland Tourismus. Grundvoraussetzung ist, daß der Urlaubsaufenthalt



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Aufsichtsratsvorsitzender Dir. KR Gerhard Gucher, Burgenland Tourismus, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Präsident Andreas Liegenfeld, Burgenländischer Weinbauverband

für mindestens drei Nächte durchgehend gebucht wird.

Es sei, so der Landeshauptmann, davon auszugehen, daß diese Aktion auch eine nachhaltig positive Wirkung für die heimische Tourismuswirtschaft mit sich bringen wird: „Etliche Burgenländerinnen und Burgenländer werden auf diese Weise zum ersten Mal Bekanntschaft mit dem professionellen Angebot in unseren Hotels und Pensionen machen. Für einen Teil von ihnen wird der Urlaub im Burgenland dann vielleicht zu einem fixen Bestandteil ihres Urlaubsverhaltens. Das Burgenland kann vor allem mit seinen fünf pannonischen Säulen – Wein, Natur, Kulinarik, Kultur sowie Sport – punkten. Mit diesem Angebot liegen wir ganz klar am Puls der Zeit. Es wäre deshalb auch der Bund gefordert, landesweit eine ähnliche Aktion zu konzipieren und damit einen wichtigen Impuls für ganz Österreich zu setzen“, so Doskozil.

Gucher hob den regionalwirtschaftlichen Nutzen der Förderaktion hervor: „Diese ganz besondere Tourismus-Initiative ist eine beispielhafte Aktion und ein Meilenstein in der Geschichte des Burgenland Tourismus. Hier geht es um jeden Arbeitsplatz im Burgenland. Alle profitieren von mehr Frequenz, denn

dadurch werden nicht nur die Tourismusbetriebe und die burgenländischen Gäste, sondern auch die regionalen Zulieferer und Dienstleister wirkungsvoll unterstützt und gefördert“, so Gucher.

Unter dem Motto „Das Burgenland öffnet seine Türen“ präsentierte Weinbaupräsident Andreas Liegenfeld eine weitere Initiative zur Unterstützung des burgenländischen Tourismus. Über die Sommermonate sollen hunderte kleine Hoffeste, verteilt über das ganze Burgenland, veranstaltet werden. Wein Burgenland, Genuss Burgenland und Kultur Burgenland haben sich schon bereit erklärt, diese Idee in der Umsetzung zu unterstützen. Auch das Land wird sich mit Bewerbung, Koordination und einer finanziellen Starthilfe daran beteiligen. „Besondere Zeiten erfordern besondere Ideen. Unser Ziel ist es deshalb, durch diese Aktion, durch diesen genußreichen Zug, der durch das Burgenland tingeln soll, die heimischen Winzer, Gastwirte, Bauern und Veranstalter zu unterstützen und gleichzeitig auf die Bedürfnisse der Gäste einzugehen“, so Liegenfeld. ■

<https://www.burgenland.info/>
<http://www.weinburgenland.at/>
<https://www.genussburgenland.at/>
<https://kultur-burgenland.at/>

Land startet Wissensdatenbank GemWIKI

LH-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf: »GemWIKI soll Gemeindeverwaltung in ihrer täglichen Arbeit unterstützen«

Die Corona-Krise stellt auch die Gemeinden vor große organisatorische Herausforderungen und hat gezeigt, daß Digitalisierung in vielen Bereichen weiter forciert werden muß. Um Land und Gemeinden auch in Zeiten von Corona stärker zu vernetzen und besser servieren zu können, startet das Land Burgenland mit der Wissensdatenbank GemWIKI eine Digitalisierungsoffensive, welche die Gemeindeverwaltung in ihrer täglichen Arbeit unterstützen soll. Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf präsentierte am 14. Mai gemeinsam mit Bernhard Ozlsberger, Referatsleiter Gemeindeaufsicht, in einer Pressekonferenz die Umsetzung und die Vorteile einer digitalisierten Gemeindeverwaltung.

Gemeinden entlasten und Verfahren beschleunigen

„GemWIKI ist eine moderne Kommunikationsplattform für Gemeinden, welche die Verwaltung entlasten und Verfahren beschleunigen soll. Die Vernetzung und der Austausch zwischen den Gemeinden ist in Zeiten wie diesen unumgänglich und für eine erfolgreiche Entwicklung essentiell. Mit GemWIKI wollen wir den ständig neu wachsenden Herausforderungen in den Gemeinden entgegenwirken. Das Ziel ist eine effiziente Verwaltung, von der alle Burgenländerinnen und Burgenländer, die Wirtschaft und vor allem auch die Gemeinden profitieren sollen“, betonte Eisenkopf.

50 beantwortete Anfragen eingepflegt

Zum Start stehen verschiedene Informationen und Serviceleistungen zur Verfügung, dazu zählen etwa Empfehlungen und Hinweise zur Umsetzung der VRV 2015. Fachliche Auskünfte, die einzelnen Gemeinden gegeben wurden, werden anonymisiert, aufgearbeitet und nach Themenbereichen zusammengefaßt und nun allen Gemeinden zur Verfügung gestellt. So wurden schon rund 50 beantwortete Anfragen an die Gemeindevservice-Hotline im GemWIKI eingepflegt.

Auf GemWIKI sind weiters wichtige Gesetze zu finden, mit denen die Gemeindever-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf und Bernhard Ozlsberger, Referatsleiter Gemeindeaufsicht, bei der Präsentation der neuen Wissensdatenbank GemWIKI

waltung häufig arbeiten muß, diese werden mit Erläuterungen, FAQs und Kommentaren ergänzt sowie systematisch und umfassend dargestellt. Aufgearbeitet sind schon die Burgenländische Gemeindeordnung 2003 und die Gemeindehaushaltsordnung 2019. Zusätzlich werden Erlässe und Infoschreiben für die Gemeinden über GemWIKI abrufbar sein.

Schrittweise werden auch Musterbescheide und Musterverordnungen zu den wesentlichen und für die Gemeinden relevanten Themenfeldern erarbeitet und den Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Eigener COVID-19-Bereich

„In einem eigenen COVID-19-Bereich werden aktuelle Informationen und Unterlagen den Gemeinden zur Verfügung gestellt. In den nächsten Wochen wird das Kanalabgabengesetz im GemWIKI freigeschaltet.

GemWIKI ist interaktiv, somit können von den UserInnen Kommentare gepostet werden, die von allen Zugriffsberechtigten eingesehen werden können. GemWIKI wird laufend aktualisiert und mit neuen Informationen befüllt. Dabei werden von Gemeinden häufig nachgefragte Themenbereiche berücksichtigt“, hob Referatsleiter Ozlsberger hervor.

Partner für die burgenländischen Gemeinden

„Die Gemeindeabteilung ist ein starker Partner für die burgenländischen Gemeinden. Auch jetzt, wenn es darum geht, die Gemeindeverwaltung modern und digital zu gestalten. Ich denke, wir haben ein attraktives Angebot geschaffen, das dabei unterstützt, sich auch in Zukunft den modernen Herausforderungen der Gemeindearbeit zu stellen“, sagte Eisenkopf abschließend. ■

95 Jahre Landeshauptstadt

Am 30. April 1925 fiel der Beschluß im Landtag

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt



Bürgermeister Thomas Steiner (Mitte), 1. Vizebürgermeister Istvan Deli und 2. Vizebürgermeisterin Lisa Vogl mit dem Jubiläums-Banner

Vor 95 Jahren fiel der Beschluß im Burgenländischen Landtag, daß Eisenstadt Sitz der Landesregierung und des Landtages ist. Damit wurde Eisenstadt am 30. April 1925 Landeshauptstadt des Burgenlandes, auch wenn dies formal zu diesem Zeitpunkt nicht ausgesprochen wurde – hoffte man ja nach wie vor, daß Sopron doch noch Teil des Landes werden könnte.

Für Eisenstadt war die Entscheidung des Landtages der Beginn des Aufstiegs zur Nummer Eins im Burgenland. Bürgermeister Thomas Steiner: „Heute ist Eisenstadt in allen Bereichen an der Spitze des Landes. Wirtschaftskraft, Arbeitsplätze, Kaufkraft, Bildungsangebot, Kultur und Sport, in allen Bereichen sind wir Schrittmacher. Ich danke allen Eisenstädterinnen und Eisenstädter, die in diesen 95 Jahren für den unvergleichlichen Aufstieg der Stadt gesorgt haben. Eisenstadt ist aber natürlich auch die Landeshauptstadt für alle Burgenländerinnen und Burgenländer.“

1. Vizebürgermeister Istvan Deli führte aus: „Eisenstadt hat sich in den letzten 95 Jahren großartig entwickelt. Dank der fleißigen und engagierten Menschen sind wir eine aufstrebende, lebenswerte und nachhaltige Landeshauptstadt – in vielen Bereichen sogar Vorreiter im Burgenland. Darauf können wir gemeinsam stolz sein. Zusammen werden wir weiter an unserer schönen Stadt arbeiten und Eisenstadt auf Erfolgskurs halten.“



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

EisenstädterInnen forderten beim einem langen Aufmarsch mit Nachdruck „Eisenstadt muß Landeshauptstadt werden“.

2. Vizebürgermeisterin Lisa Vogl sagte, „auch wenn Eisenstadt als Landeshauptstadt nur eine Zwischenlösung sein sollte, sind wir als Eisenstädterinnen und Eisenstädter nun nach 95 Jahren doch sehr froh, daß dem Land Burgenland Eisenstadt als Landeshauptstadt letzten Endes auch formell zugeschrieben wurde. Die hohe Lebensqualität und das Miteinander haben sich in den letzten 95 Jahren vor allem durch die Kulturanbieter, Vereine, Organisationen und Institutionen unserer Stadt sehr gut entwickelt.“

Dieses Bewußtsein will Eisenstadt in den nächsten fünf Jahren schärfen, um dann im Jahr 2025 gebührend das 100. Jubiläum der Landeshauptstadt feiern zu können.

„Gerade in der derzeitigen Corona-Krise zeigt sich ein großer Zusammenhalt in der Stadt, der viel Zuversicht gibt, daß unsere Stadt gestärkt aus der Krise hervorgehen wird und weiter der wirtschaftliche und kulturelle Schrittmacher im Burgenland bleibt“, so Bürgermeister Steiner abschließend. ■

<https://www.eisenstadt.at/>

»Nachbarschaftshilfe Plus« in Eisenstadt gestartet

Das Büro im Eisenstädter Rathaus wurde offiziell eröffnet

In der Landeshauptstadt Eisenstadt gibt es schon vieles, was das Leben in der „kleinsten Großstadt der Welt“ schöner macht. Nachbarschaftshilfe Plus ist ein zusätzlicher Puzzlestein des Stadtentwicklungsplans, der besonders die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung im Blick hat. Im letzten Jahr stellte die Stadt Eisenstadt das Projekt vor. Mit 26. Mai bezog das Projekt mit der Standortkoordinatorin Anika Reismüller-Kaupe die Räumlichkeiten im Eisenstädter Rathaus. „Diese Art der gemeindenahen Versorgung erleichtert nicht nur das Alltagsleben der Betroffenen, sondern belebt auch das generationsübergreifende Miteinander in der Stadt. Es war für mich klar, daß wir das den Eisenstädtern anbieten wollen“, so Bürgermeister Thomas Steiner im Rahmen der Eröffnung.

Älteren wird durch kleine Unterstützungsdienste ermöglicht, daß sie lange eigenständig im vertrauten Zuhause leben und dabei eine hohe Lebensqualität genießen können.

Dadurch entstehen nicht nur neue Beziehungen – oft über Generationengrenzen hinweg – sondern es wird auch ganz konkret im Alltag geholfen. „Hier wird ein altes und bewährtes Prinzip neu belebt und auf professionelle Beine gestellt. Das nennt sich vollkommen zu Recht ‚Nachbarschaftshilfe Plus‘, denn meist braucht es nur wenige Handgriffe um ältere oder kranke Menschen zu unterstützen“, so Steiner.

So werden Angehörige immer wieder entlastet, die entweder weiter weg wohnen oder aus beruflichen Gründen unter der Woche nur schwer greifbar sind. Ehrenamtliche schenken einen Teil ihrer Freizeit, in dem sie sich aktiv einbringen und das schöne Gefühl verspüren, gebraucht zu werden. Sie sind das Herz des Projekts. Sie können flexibel entscheiden, welche Dienste sie gerne übernehmen möchten, sind versichert und werden von der Büro-Mitarbeiterin gut betreut, die die sozialen Dienste koordiniert. „Gesicht“ und Ansprechpartner ist Anika Reismüller Kaupe: „Es freut mich sehr, daß ich in der kurzen Zeit in der die NH+ in Eisenstadt aktiv ist, bereits spüre, wie positiv sowohl die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen als auch die ältere Generation auf die NH+ reagieren. Unsere bisher eingeschränkten sozialen Dien-



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

v.l.: René Wisak (Vereinsmitglied) und Waltraud Bachmaier (Vereinsvorstand) mit Bürgermeister Thomas Steiner, Astrid Rainer (Projektleiterin Nachbarschaftshilfe Plus Burgenland) und Standortkoordinatorin Anika Reismüller Kaupe

ste wurden bereits dankbar und zahlreich in Anspruch genommen.“

Wie funktioniert es konkret?

BürgerInnen, die Unterstützung brauchen, melden sich im Büro von Nachbarschaftshilfe Plus und deponieren Ihren Bedarf, die Büro-Mitarbeiterin übernimmt dann die Koordination und sucht den/die geeignete/n Ehrenamtliche/n für den sozialen Dienst.

Das Angebot an sozialen Diensten

- Einkaufsservice (Dinge des täglichen Bedarfs und Medikamente werden besorgt und nach Hause gebracht)
- (Telefon)Besuchsdienste (plaudern, austauschen, in Kontakt kommen oder bleiben)
- Spaziergehdiens (in Begleitung durch die Stadt und seine Ortsteile spazieren, zum „Lieblingsbankerl“, ins Kaffee)
- Fahr- und Begleitdienste (in Begleitung zur medizinischen Versorgung, zum Einkauf, zu Behörden)

„Um die Fahr- und Begleitdienste auch entsprechend umsetzen zu können, stellen wir den Ehrenamtlichen aufgeladene Taxikarten und Fahrscheine für den Stadtbus zur Verfügung. So können wir gleichzeitig auch einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz leisten“, erklärt Gemeinderätin Waltraud Bachmaier, die sich federführend um die Betreuung des Projektes kümmert. Aktuell werden die sozialen Dienste natürlich unter Einhal-

tung der Abstandsregel und mit NMS-Masken durchgeführt. Nachdem es in Eisenstadt ein attraktives Mobilitätsangebot gibt, können auch die Stadtbusse und das City Taxi Angebot im Rahmen der Dienste genutzt werden. Nicht Teil des Angebots sind Pflegedienste und hauswirtschaftliche Dienste – dafür gibt es gut etablierte Partnerorganisationen in Eisenstadt. Alle Dienste sind für die Bevölkerung gratis, die Kosten trägt die Stadt, das Land stellt eine Co-Finanzierung zur Verfügung.

Generelles zu Nachbarschaftshilfe Plus

Aktuell gibt es das Projekt in 21 Gemeinden, davon in zwei Städten im Burgenland. Im Zeitraum 2014-2019 wurden bereits über 25.000 soziale Dienste in den Partnergemeinden koordiniert, das Projekt ist mehrfach ausgezeichnet und gilt mittlerweile als kleines Erfolgsmodell zur Stärkung des Sozialkapitals und der Unterstützung überparteilicher Gemeindekooperationen. Im Rahmen eines überparteilichen Kooperationsprojektes werden ab 2020 in dann 21 Partnergemeinden/-städten soziale Dienste angeboten, von Teilzeitangestellten koordiniert und von Ehrenamtlichen ausgeführt. Projektträger ist ein gemeinnütziger Verein, finanziert wird das Projekt von den Gemeinden, und das Land Burgenland stellt eine Co-Finanzierung zur Verfügung. ■

<https://www.eisenstadt.at/>

<https://www.nachbarschaftshilfeplus.at/>

»KlimaEntLaster« in Mattersburg

LR Dorner: »Radfahren beste Wahl für Umwelt und Gesundheit« –
Bürgermeisterin Salamon: »Wichtiger Beitrag zur CO₂-Reduktion«



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Verkehrslandesrat Heinrich Dorner (2. v.l.) und Bürgermeisterin Ingrid Salamon (Mitte sitzend) gaben vor dem Rathaus mit der Übergabe der Räder an die neuen RadlgeberInnen den Startschuß für die Frühjahrsaison

Bereits seit September des Vorjahres gibt es in Mattersburg das erste Transportrad-Sharing des Burgenlandes. Nach einem gut besuchten Start-Event im Herbst 2019 und einem gründlichen Winterservice sowie der Corona-bedingten Verschiebung wurden die drei Transporträder am 15. Mai wieder in Mattersburg präsentiert. Verkehrslandesrat Heinrich Dorner und Bürgermeisterin Ingrid Salamon gaben vor dem Rathaus mit der Übergabe der Räder an die neuen „RadlgeberInnen“ den Startschuß für die Frühjahrsaison. „Es freut mich, daß das Projekt ‚KlimaEntLaster‘ so gut ankommt und bereits ins zweite Jahr geht. Jede Initiative, mit der das Radfahren attraktiver wird, ist zu begrüßen und stärkt den Klimaschutzgedanken“, so Verkehrslandesrat Heinrich Dorner.

Die Rahmenbedingungen der Corona-Maßnahmen und die wiederkehrende Normalität des Alltags lassen mittlerweile zu, daß Geschäfte offenhalten und dadurch Besorgungsfahrten zunehmen. Dafür ist der teilweise Einsatz von Transporträdern gut geeignet: Der Verleih der Räder wird bei neuen „RadlgeberInnen“ stattfinden und weiterhin kostenlos sein. So können die StadtbewohnerInnen mit Abstand und ohne CO₂-Emissionen mit den drei KlimaEntLastern Marie, Martha und Max wieder Einkaufen fahren.

Zu Bürgermeisterin Ingrid Salamon: „Neben dem Mattersburger Stadtbus, der im Juni dieses Jahres startet, und unseren Baumpflanzungen ist das ein weiterer wichtiger Beitrag zur CO₂-Reduktion“.

Verleih online möglich

Das Ausleihen der Räder wird – wie gewohnt – auf der Web-Plattform stattfinden. Einfach den gewünschten Tag eingeben, nach den verfügbaren Rädern suchen und reservieren! Dann kann es – mit 50 Euro Kautions und einer umfassenden Versicherung gegen Diebstahl und Beschädigung – auch schon losgehen. Weiterhin können sich Betriebe, die in den kommenden Monaten ein Transportrad für ihren Fuhrpark kostenlos testen möchten, bewerben:

<http://www.klimaentlaster.at/Fahrradleihe>

Burgenland radelt – jeder geradelte Kilometer zählt!

Auf Grund der Maßnahmen gegen die Ausbreitung der COVID-Pandemie mußte der für 20. März geplante Beginn der Mitmach-Aktion „Burgenland radelt“ verschoben werden.

Seit 1. Mai ist aber die Kilometer-Eintragung geöffnet und die Gewinnspiele beginnen – als Dankeschön an alle, die sich im Alltag und in der Freizeit für das Rad entscheiden! „Gerade auf den kurzen Wegen beim Einkaufen oder zur Arbeit ist Radfahren die beste Wahl für Umwelt und Gesundheit: Es werden keine Schadstoffe ausgestoßen, Kreislauf und Lunge werden gestärkt und die Möglichkeit für sicheren Abstand ist auch geboten“, betonte der Verkehrslandesrat.

„Burgenland radelt“ bietet die Gelegenheit, Radelkilometer und Radtage im freundschaftlichen Wettbewerb mit anderen zu vergleichen und dabei viele spannende Preise zu gewinnen. Bundesweit wurden zum Start unter dem Motto #anradeln im Mai 300 Preise vom Fahrradschloß über Sonnenbrillen bis hin zur Pumpe unter allen registrierten TeilnehmerInnen, die bis 31. Mai 2020 mindestens 50 Kilometer zurückgelegt haben, verlost. Die Aktion „Burgenland radelt“ wird im Auftrag des Landes Burgenland durch die Mobilitätszentrale Burgenland betreut. ■

<https://www.mattersburg.gv.at/>
<https://burgenland.radelt.at>
<https://www.b-mobil.info>

»Vertical Farming«

Die erste »Pflanzenfabrik« geht in Eisenstadt in Betrieb



Foto: Forschung Burgenland GmbH

Am Campus in Eisenstadt ist eine Indoor-Pflanzenfabrik in Betrieb gegangen, in der Salate und andere Lebensmittel produziert werden – wobei Computer-Algorithmen für ideale Bedingungen sorgen.

Experten der Forschung Burgenland beschäftigen sich im Rahmen des Forschungsprojektes Agri-Tec 4.0 mit der Entwicklung von smarten und sicheren Lösungen für die Landwirtschaft der Zukunft. Nun geht eine erste Fabrik und Versuchsanlage in Betrieb, um diesen Ansatz weiterzuentwickeln.

Wie kann bei voranschreitendem Klimawandel, ständig wachsender Bevölkerung und gleichzeitig knapper werdender Anbaufläche die Ernährung sichergestellt werden? Pflanzenfabriken könnten die Lösung sein. Darin werden Lebensmittel produziert und Computer-Algorithmen sorgen für die idealen Bedingungen. Vertical Farming ermöglicht bedarfsgesteuert – mit optimiertem CO₂ Fußabdruck – Pflanzen zu produzieren. Dazu müssen verschiedene Parameter wie Temperatur, Nährstoffe, Bewässerung, Licht und auch Wind laufend koordiniert und optimiert werden.

„Dies kann nur durch künstliche Intelligenz gemeistert werden“, erklärt Markus Tauber Leiter des Forschungszentrums Cloud und CPS Security und Studiengangsleiter des Masters Cloud Computing Engineering der FH Burgenland. „Bei der Produktion von Lebensmitteln ist Safety & Security ein wichtiges Thema. Damit ist es eine ideale Pro-

blemstellung für die Forschung im Center für Cloud & CPS Security und ein spannendes Thema für die Studierenden des Masterstudiengangs Cloud Computing Engineering und der Bachelorstudiengänge „IT Infrastruktur – Management“ und „Software Engineering und vernetzte Systeme“, so Tauber über das Projekt.

Der »Hightech-Gemüsegarten« am Campus Eisenstadt

Ein eigens angefertigter Cubus mit den Maßen 2,5 x 3 x 2,5m dient seit kurzem als Versuchsfabrik und ermöglicht vor Ort verschiedene Ausprägungen von Vertical Farming zu testen und Experimente durchzuführen. „Damit können wir unsere Arbeiten mit realistischen Daten und Messungen unterstützen und müssen nicht auf Simulationen zurückgreifen. Das schafft für uns Möglichkeiten vorne mit dabei zu forschen“, erklärt Tauber.

Gemeinsam für eine bessere Welt

Die Firma PhytonIQ bringt wesentliche Industrieaspekte aus dem Bereich Indoor-Farming in das Projekt ein. Ziel ist die Entwicklung einer privaten Cloud Infrastruktur, welche eine Implementierung einer Vielzahl von Sensoren ermöglicht. Zusätzlich sollen

Algorithmen entwickelt werden, die das Gesamtsystem automatisiert steuern und Prozesse aufgrund von Änderungen der Umgebungsvariablen adaptiv anpassen – selbstverständlich unter Berücksichtigung von Security und Safety Standards.

Die HelferInnen

Das Projekt wird unter der Leitung der Forschung Burgenland, bzw. dem Center für Cloud & CPS Security durchgeführt. Mit der Forschung Burgenland (FB), einer 100prozentigen Tochter der FH Burgenland (FHB), und dem Austrian Institute of Technology (AIT) nehmen zwei etablierte Forschungspartner am Projekt teil. Die Firma PhytonIQ (PHY) mit Sitz in Oberwart, bringt wesentliche Industrieaspekte aus dem Bereich Indoor-Farming in das Projekt ein. Ziel ist die Entwicklung einer privaten Cloud Infrastruktur, welche eine Implementierung einer Vielzahl von Sensoren ermöglicht. Zusätzlich sollen Algorithmen entwickelt werden, die das Gesamtsystem automatisiert steuern und Prozesse aufgrund von Änderungen der Umgebungsvariablen adaptiv anpassen, unter Berücksichtigung von Security und Safety Standards. ■

<https://www.forschung-burgenland.at/>

<https://www.fh-burgenland.at/>

Eisenstadt: Feierliche Orgelweihe

Die von Grund auf renovierte Haydn-Orgel wurde ihrer Bestimmung übergeben

Die Bänke des Martinsdomes waren am 22. Mai zum ersten Mal seit zwei Monaten wieder von Menschen besetzt. Generalvikar Martin Korpitsch strahlte vor Freude als er den Gottesdienst eröffnete, denn es war ein mehrfach besonderer Tag. Die erste durch Joseph Haydns künstlerische Begleitung erbaute Orgel wurde nach fast dreimonatigen Renovierungsarbeiten und verschobenem Termin geweiht. Eigentlich hätte Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics die Feier als Hauptzelebrant gehalten, er war jedoch kurzfristig verhindert gewesen. Durch den Generalvikar übermittelte er allen „seine herzlichen Segenswünsche“.

Von Kleinem und Großem

Generalvikar Korpitsch sprach in seiner Predigt über die gravierenden Veränderungen, die passierten, die alle in den letzten Monaten erlebten und die akzeptiert wurden aufgrund der Bedrohung durch etwas mikroskopisch Kleines. „Wir sehen etwas nicht, weil es so klein ist wie das Virus. Und wir sehen etwas nicht, weil es so groß ist, etwas, das die gesamte Schöpfung durchdringt, eine unsichtbare Lebensquelle, der Geist der Wahrheit. Gott. Er ist in all jenen die in Liebe mit ihm verbunden sind. Er ist Beistand, Tröster, Lebenskraft, macht Mut zu leben, zeigt wie das Leben gelingen kann und wie das Leben neu Gestalt annimmt.“ Wie das Leben neu Gestalt annehmen kann, das zeigte sich kurz darauf eindrucksvoll anhand der komplett renovierten Haydn-Orgel.

Weihe in ausgebuchter Kirche

Den überleitenden Worten von Dom- und Diözesanmusikdirektor Thomas Dolezal, der amüsiert die Besonderheit feststellte, daß aufgrund der sicherheitsbedingt reduzierten Teilnehmerzahl ausnahmsweise 95 Prozent der Anwesenden Noten lesen könnten, folgte der Weiheakt des eindrucksvollen Instrumentes: „In dieser festlichen Stunde bitten wir dich: Segne diese Orgel, damit sie zu deiner Ehre ertöne und unsere Herzen emporhebe zu dir (...).“ Nach diesen Worten von Generalvikar Martin Korpitsch erklang die von Grund auf renovierte Haydn-Orgel des Martinsdomes zum ersten Mal wieder. Organist Peter Tiefengraber spielte den 4. Satz, Allegro maestoso e vivace, aus der Orgelsonate Nr. IV in B-Dur von Felix Men-



Foto: ZVG

v.l.: Orgelkurator Gottfried Almer, Pfarrvikar Pater Achim Bayer COp, Organist Peter Tiefengraber und Dom- und Diözesanmusikdirektor Thomas Dolezal

delssohn Bartholdy, und von der Musik getragen kamen die zuvor gesprochene Worte von Generalvikar Martin Korpitsch zurück: „Lebendiger sein werden wir wieder. Durch die Stimmen und Instrumente, die gespielt werden.“

Aufgrund der großen Nachfrage waren die freien Plätze zu diesem besonderen Gottesdienst ausgebucht. Um dennoch alle Interessierten zu erreichen und teilhaben zu lassen, wurde die Feier auch über den Live-Stream der Diözese-Homepage den Menschen zuhause zugänglich gemacht.

Die Haydn-Orgel im Martinsdom

Eisenstadt gilt als herausragendes Gebiet der burgenländischen Orgellandschaft. Hier gibt es auf relativ kleinem Raum eine beträchtliche Zahl an Orgeln, überwiegend historische Instrumente. Und nirgendwo sonst in Mitteleuropa sind so viele Instrumente erhalten, die direkt oder indirekt mit einer Musikgröße wie Joseph Haydn in Verbindung stehen.

Die Orgel im heutigen Martinsdom wurde 1778 in künstlerischer Begleitung von Joseph Haydn als erstes und größtes mit ihm persönlich verbundenem Instrument vom Wiener Orgelbauer Mallek errichtet.

In den Jahren 1851 und 1889 erfuhr die Orgel ersten größeren Reparaturen. Während des 2. Weltkrieges, im Jahr 1943, wurde sie

trotz schwieriger Bedingungen von der Berliner Orgelbaufirma Schuke instandgesetzt. 1974 wurde das Instrument von derselben Firma neuerlich renoviert. Zuletzt wurde die Orgel 1992, vor bald 30 Jahren, einer Generalüberholung unterzogen.

In den letzten Jahren hatte sich der Zustand des Instruments zunehmend verschlechtert, sodaß letztlich entschieden wurde, die Orgel von Grund auf zu renovieren. Ein vor etwas mehr als zwei Jahren ins Leben gerufenes Komitee entschied sich gegen den Rückbau auf den historischen Urzustand. Denn damit wäre die Haydn-Orgel, ein kulturelles Juwel ohnegleichen, in ihrem ursprünglichen Zustand zwar wiederhergestellt gewesen, doch „in diesem Fall wäre der Bau einer ‚Liturgie-Orgel‘, die den gottesdienstlichen Ansprüchen Rechnung tragen kann, unumgänglich geworden“, so Klaus Meglitsch.

Die Arbeiten begannen nach dem Dreikönigstag und waren bereits Ende März abgeschlossen. Im Zuge der Orgelrenovierung gab es einige Nebenarbeiten (Restaurierung der Emporenbrüstung, neuer Emporenboden, neues Geländer, Video- und Audioanlage im vorderen und hinteren Emporenbereich, Beheizmöglichkeit des hinteren Emporenbereichs), die mittlerweile ebenfalls fertiggestellt bzw. in gutem Fortschritt sind. ■

<https://www.martinus.at/>

Kunst und Kultur – Rund um die Uhr

Mit 1. Mai starteten die Kultur-Betriebe Burgenland eine neue Online-Plattform



Foto: KBB – Kultur-Betriebe Burgenland

In einer Zeit, in der Zusammenhalt besonders wichtig ist, sind auch die Festivals, Museen und Kulturzentren der Kultur-Betriebe Burgenland (KBB) noch näher zusammengedrückt und haben gemeinsam eine neue Onlineplattform ins Leben gerufen.

Auf der Website #zeitfuerkultur – HomeSpecial können seit 1. Mai einzigartige Gustostücke des großen Kulturangebots der KBB genossen werden.

Von Einblicken hinter die Kulissen, über Konzertaufnahmen bis hin zu Vorlesungen oder Basteltipps für Kinder wurde eine große Vielfalt an Beiträgen zusammengestellt. Dabei wurde nicht nur auf das Archivmaterial der KBB zugegriffen, auch IntendantInnen, KünstlerInnen und KooperationspartnerInnen stellten für die Plattform einzigartige Aufnahmen zur Verfügung.

Für die Museen stellt die neue Online-Plattform eine einzigartige Möglichkeit dar, deren umfangreiches Angebot an einem Ort zu bündeln. Dem interessierten Publikum werden die Häuser bzw. deren Ausstellungsprogramme zeitgemäß und barrierefrei präsentiert und Lust auf einen späteren Museumsbesuch gemacht.

Die Sammlung wird laufend erweitert und mit Ausblicken auf das künftige Programm abgerundet. Je Rubrik wird wöchentlich ein neues Video auf die Plattform hoch-

geladen. Im ersten Video der Woche können Gäste einen virtuellen Rundgang durch das Liszt-Haus in Raiding erleben.

So wird die Wartezeit auf ein Wiederse-

hen in den Häusern der KBB möglichst kurz gehalten und ein kleines Stück Kultur zu den Gästen nach Hause gebracht.

<https://kulturbetriebe.at/zeit-fuer-kultur-homespecial/>

<p>Unsere Festivals</p> <p>© Jerry Bin</p> <p>Seefestspiele Mörbisch, Liszt Festival Raiding, Schloss-Spiele Kobersdorf, JOPERA, Kultursommer Güssing</p> <p>Mehr Infos</p>	<p>Unsere Museen</p> <p>© Nicola Heiling</p> <p>Haydn-Haus Eisenstadt, Liszt-Haus Raiding, Landesmuseum und Landesgalerie Burgenland</p> <p>Mehr Infos</p>	<p>Unsere Kulturzentren</p> <p>© adobe stock</p> <p>Eisenstadt, Mattersburg, Oberschützen, Güssing Lisztzentrum Raiding</p> <p>Mehr Infos</p>
<p>Unsere Kinderkultur</p> <p>© Schuller</p> <p>Lilli, Pauli und Freunde</p> <p>Mehr Infos</p>	<p>Unser Kulturmagazin</p> <p>© adobe stock</p> <p>Unterhaltsame Interviews & Geschichten</p> <p>Mehr Infos</p>	<p>Dance Identity</p> <p>© Dance Identity</p> <p>Choreografisches Zentrum Eisenstadt</p> <p>Mehr Infos</p>

Screenshot: KBB – Kultur-Betriebe Burgenland GmbH

Zum 100. Geburtstag von Fürstin Melinda Esterházy

Foto: Esterhazy Betriebe GmbH



Die Geschichte von Eisenstadt ist seit 300 Jahren mit der der Familie Esterházy verbunden. Melinda Esterházy hat dabei eine neue Ära in der Beziehung zwischen der Stadt und der Domäne Esterházy eingeleitet und wertvolle Akzente vor allem auch im Stadtbild gesetzt“, so Bürgermeister Thomas Steiner. „Sie erhielt deswegen 1998 auch die Ehrenbürgerschaft der Landeshauptstadt. Der Beschluß wurde am 29. Juni 1998 unter Bürgermeister Alois Schwarz und Vizebürgermeister Heinz Kittelmann gefällt. Heute jährt sich ihr Geburtstag zum 100. Mal“, so der Bürgermeister am 24. Mai. Die Entwicklung der Stadt wurde in materieller und in geistiger Hinsicht von diesem Fürstengeschlecht mitgestaltet und in vielen Bereichen nachhaltig geprägt.

Am 24. Mai 1920 in Budapest geboren, absolvierte sie nach Ablegung der Matura am Opernhaus Budapest eine Ausbildung zur Primaballerina assoluta. Im Jahr 1946 ehelichte sie Fürst Paul Esterházy de Galantha und beendete in der Folge ihre künstlerische Laufbahn. Nach sehr schwierigen und leidvollen Jahren in Ungarn kam sie im Jahr 1956 anlässlich des ungarischen Freiheitskampfes nach Österreich und in weiterer Folge nach Zürich, wo sie ihren ständigen Wohnsitz hatte. Sie leitete nach dem Tod ihres

Ehegatten (1989) die Domäne und führte sie gemeinsam mit ihrem Neffen Stefan Ottrubay in die Esterházy Betriebe um. Melinda Esterházy verstarb am 27. August 2014 in Eisenstadt.

Ausstellung im Schloß Esterhazy

Die Ausstellung über Fürstin Melinda Esterházy zeigt die Stationen des Lebens einer außergewöhnlichen Frau. Als Besucher erleben Sie Melinda Esterházy unmittelbar und authentisch nicht nur an der Oper, sondern auch von ihrer privaten Seite. Es bieten sich Einblicke in ein Leben voller Höhen und Tiefen, in eine ehrgeizige Karriere und in ein privates Leben abseits der Bühne. Jenseits der Inszenierung einer „Märchenfigur“ lernen Sie eine starke Persönlichkeit kennen, die mit ihren Aufgaben wächst.

- Der 1. Akt (Die Annäherung) entführt in die unterschiedlichen Welten des Fürstenhauses Esterházy und der bürgerlichen Familie Ottrubay. Nach und nach entwickelt sich ein romantisches Märchen, dessen Hauptdarsteller ein junges, talentiertes Mädchen und ein charismatischer Hochadeliger der damaligen Zeit sind
- Im 2. Akt (Die Tanzkarriere) finden sich die Besucher im Zuschauerraum eines Opernhauses wieder. Sie werden Zeugen,

wie sich Melinda Ottrubay in die Herzen des Publikums tanzt und zur ersten Primaballerina Assoluta des Königlich-Ungarischen Opernhauses in Budapest aufsteigt.

- Der 3. Akt (Dunkle Zeiten) wird auf der politischen Bühne ausgetragen, in Szene gesetzt in einem nachgestellten Budapester Verhörraum der 1940er-Jahre. Der Haft folgt die Flucht von Budapest in die Schweiz.
- Der 4. Akt (Das Exil) zeigt das Fürstenpaar von seiner privaten Seite und erlaubt einen Blick in ein verhältnismäßig einfaches und fast bürgerliches Leben.
- Der 5. Akt (Das Vermächtnis) würdigt die Leistungen von Melinda Esterházy für die großen historischen Werte und Denkmäler der Esterházy und für das ganze Burgenland – dann fällt der Vorhang endgültig.

Originalobjekte und Originalton

Lebendige Szenenbilder schaffen eine starke persönliche Identifikation mit den Lebensabschnitten von Melinda Esterházy. Starke Ton- und Videodokumente faszinieren. Der 360° Film „Rhythmus und Tanz. ■ <https://www.eisenstadt.at/> <https://esterhazy.at/>

Wirtschaft

BIP-Rückgang im I. Quartal 2020 um 2,9% gegenüber 2019

Gemäß der aktuellen Quartalsrechnung des WIFO sank die österreichische Wirtschaftsleistung im I. Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahr um 2,9 %, saisonbereinigt um 2,6 % zum Vorquartal.

Die aktuelle Situation bedarf Änderungen sowohl in der Erstellung als auch der Publikation von wirtschaftlichen Daten. Obwohl es sich bereits um die zweite WIFO-Rechnung für das I. Quartal 2020 handelt, sind die Daten weiterhin als vorläufig zu betrachten und mit Unsicherheiten verbunden. Die Daten werden in weiterer Folge vermutlich einem größeren Revisionsbedarf als üblich unterliegen. Dies betrifft vor allem die Abbildung der wirtschaftlichen Tätigkeit im März, wo den aktuellen Berechnungen in einigen Wirtschaftsbereichen nur ein eingeschränktes Indikatorenset zugrunde liegt und ergänzende Schätzungen notwendig waren.

Weiters verzichtet das WIFO bis auf Weiteres auf die Publikation der Trend-Konjunktur-Komponente, da die übliche Aussagekraft dieser Komponente aufgrund des starken Einbruchs am aktuellen Rand nicht ge-

geben ist. Stattdessen wird in der Darstellung und Beschreibung auf die unbereinigten Jahresveränderungsraten sowie auf die saison- und arbeitstagsbereinigte Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal (Kennzahl laut Eurostat-Vorgabe) fokussiert. Beide Kenngrößen bilden den wirtschaftlichen Einbruch – zumindest in der rezenten Betrachtung – am besten ab.

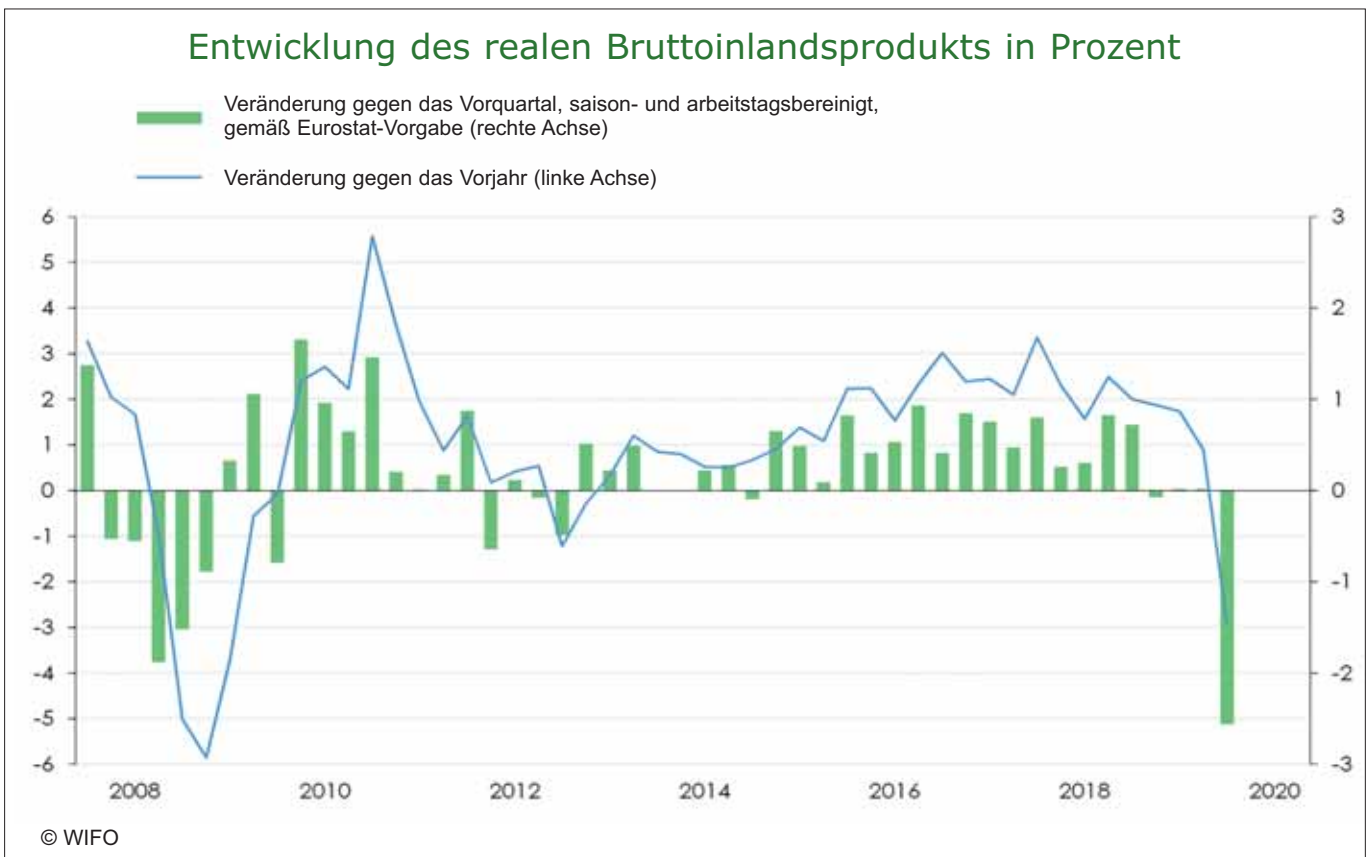
Im I. Quartal 2020 lag die heimische Wirtschaftsleistung nach den aktuellen Berechnungen um 2,9 % unter dem Niveau des Vorjahres. Gegenüber der Vorperiode sank das BIP um 2,6 % (Kennzahl laut Eurostat-Vorgabe). Damit wurde das Ergebnis der Schnellschätzung (-2,7 % im Vorjahresvergleich bzw. -2,5 % im Vorquartalsvergleich) von Ende April leicht nach unten revidiert.

Im Vergleich zum Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Spätherbst

2008 stellt sich der Wachstumseinbruch in der gegenwärtigen Krise deutlich kräftiger dar. Ein BIP-Rückgang dieser Größenordnung ist zu Beginn einer Krise in Friedenszeiten außergewöhnlich. Das rasante Tempo des Einbruchs zeigt sich besonders deutlich in den saisonbereinigten Werten im Vorquartalsvergleich.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der einhergehenden Maßnahmen zeigten sich auch im Euro-Raum und der EU. Gemäß den Eurostat-Berechnungen von Mitte Mai sank das saisonbereinigte BIP im I. Quartal im Euro-Raum um 3,8 % im Vergleich zum Vorquartal, in der EU um 3,3 %.

In Österreich wurden die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie ab Mitte März gesetzt. Diese zogen einen wirtschaftlichen Einbruch in der zweiten März-



Wirtschaft

hälfte nach sich, welcher den gesamtwirtschaftlichen Verlauf im I. Quartal 2020 maßgeblich bestimmte. Das in der Schnellschätzung Ende April gezeichnete Bild der sektoralen Betroffenheit der heimischen Wirtschaft wurde in der aktuellen Rechnung bestätigt.

Die konsumnahen Handels- und Dienstleistungsbereiche verzeichneten massive Einbußen. Im Tourismus führten das vorzeitige Ende der Wintersaison und die Betriebs-schließungen zu Umsatzausfällen. Im Einzelhandel kam es zwar in Bereichen für die Grundversorgung (z. B. Lebensmittelhandel) zu erhöhter Geschäftstätigkeit, diese konnte die Ausfälle in anderen Bereichen (z. B. Bekleidung, Schuhe) jedoch nicht kompensieren. Insgesamt sank in den Bereichen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie die Wertschöpfung gegenüber dem Vorjahr um 7,3 % und zeigte sich mit -1,5 Prozentpunkten für mehr als die Hälfte des BIP-Rückganges im I. Quartal verantwortlich.

In den Bereichen Sport-, Kultur- und Unterhaltungseinrichtungen sowie persönliche

Dienstleistungen (z. B. Frisöre), sank die Wertschöpfung um 8,1 %. Stabilisierend wirkte hingegen die wirtschaftliche Dynamik der Bereiche Information und Kommunikation, Kredit- und Versicherungswesen, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie die öffentliche Verwaltung.

Nachdem die Industrie bereits im Laufe des Jahres 2019 in eine Rezession geraten war, verstärkten die Produktionsausfälle im März diese Entwicklung weiter. Die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung sank im I. Quartal um 6,6 % gegenüber dem Vorjahr. In der Bauwirtschaft verlief die Konjunktur hingegen bis zum Ausbruch der Krise sehr gut, sodaß im I. Quartal insgesamt nur ein moderater Rückgang verzeichnet wurde (-0,7 %).

Auf der BIP-Nachfrageseite wurde der Konsum, welcher für gewöhnlich eine über den Konjunkturzyklus hinweg stabilisierende Rolle hat, durch die gesundheitspolitischen Maßnahmen und die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte massiv eingeschränkt. Die privaten Konsumausgaben (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbs-

zweck) sanken im I. Quartal stärker als noch in der Schnellschätzung Ende April angenommen (-4,3 %; Revision: -0,7 Prozentpunkte). Mit einem negativen Wachstumsbeitrag von 2,1 Prozentpunkten zeichneten sie für gut zwei Drittel des BIP-Rückganges verantwortlich. Die öffentlichen Konsumausgaben nahmen kräftig zu.

Mit der gestiegenen Unsicherheit wurde die Investitionstätigkeit im I. Quartal zurückgenommen, wobei hier die Ausrüstungsinvestitionen (-6,1 %) stärker reagierten als die Bauinvestitionen (-1,0 %). Insgesamt sanken die Bruttoanlageinvestitionen um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr.

Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Betroffenheit durch die COVID-19-Pandemie wurden auch die Exporte im I. Quartal eingeschränkt (-4,2 % gegenüber dem Vorjahr). Das betrifft sowohl die Waren (-5,1 %) als auch die Dienstleistungen (-2,3 %).

Die Importe sanken um 4,9 %, sodaß der Außenhandel einen minimal positiven Beitrag zur BIP-Veränderung erzielte. ■

<https://www.wifo.ac.at>

WIFO-Ergebnisse der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	Veränderung gegen das Vorquartal in %, real	I. Quartal 2020 Wachstumsbeitrag in % ¹⁾	Veränderungen gegen das Vorquartal in % ²⁾
Bruttoinlandsprodukt	- 2,9	- 2,9	- 2,6
<i>Verwendung des Bruttoinlandsproduktes</i>			
Konsumausgaben			
Private Haushalte ³⁾	- 4,3	- 2,1	- 3,3
Staat	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,6
Bruttoinvestitionen	- 6,0	- 1,3	- 4,7
Bruttoanlageinvestitionen	- 2,5	- 0,6	- 1,1
Exporte	- 4,2	- 2,5	- 1,9
Importe	- 4,9	- 2,5	- 2,5
<i>Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen</i>			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 1,9	- 0,0	- 4,0
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	- 6,0	- 1,2	- 2,3
Bauwesen	- 0,7	- 0,0	- 0,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie	- 7,3	- 1,5	- 7,4
Information und Kommunikation, Kredit- und Versicherungswesen, Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 2,0	+ 0,3	- 0,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ⁴⁾	- 2,2	- 0,2	- 2,8
Öffentliche Verwaltung ⁵⁾	+ 0,5	+ 0,1	- 0,0
Sonstige Dienstleistungen ⁶⁾	- 8,1	- 0,2	- 8,6

Quelle: WIFO-Berechnungen ¹⁾ Bruttoinvestitionen einschließlich Statistischer Differenz. – ²⁾ Gemäß Eurostat-Vorgabe, saison- und arbeitstagsbereinigt. – ³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ⁴⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ⁵⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ⁶⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U).

Leichte konjunkturelle Verbesserung zu erwarten

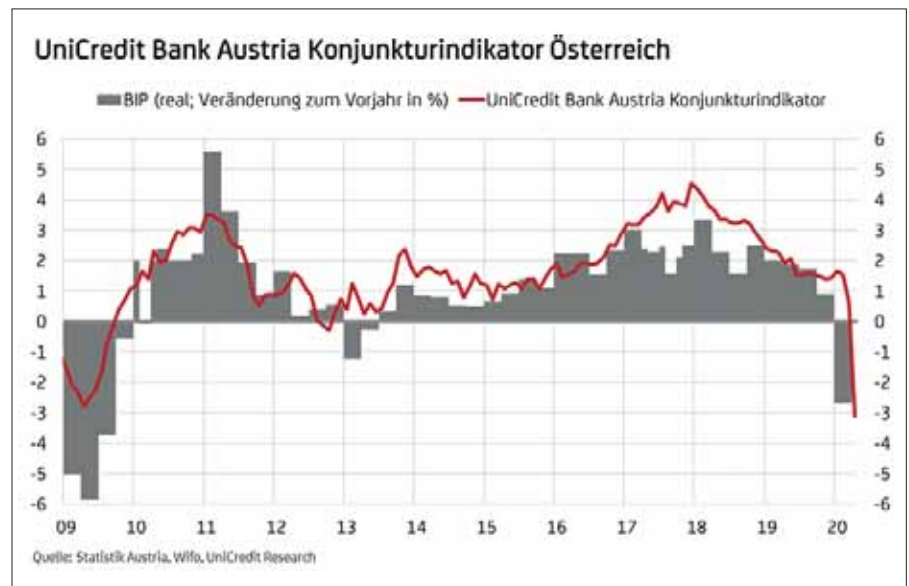
Die Lockerung des Lockdowns ermöglicht eine schrittweise Erholung aus dem Konjunkturtal im April, dennoch ist ein zweistelliger Einbruch der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal zu erwarten.

Nach dem deutlichen Rückgang im März hat sich die Konjunkturstimmung in Österreich im April infolge des Lockdowns noch stärker eingetrübt. „Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator verringerte sich von 0,6 Punkten im April auf minus 3,1 Punkte. Das ist der mit großem Abstand stärkste Rückgang in der knapp 30jährigen Geschichte der Indikatorberechnung innerhalb eines Monats auf den niedrigsten jemals gemessenen Wert. Damit ist die Konjunkturstimmung in Österreich infolge des Lockdowns auch spürbar schlechter als während der Finanzkrise 2009“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Im März war die Verschlechterung der Konjunkturstimmung noch auf vom Export abhängigen Wirtschaftsbereiche konzentriert, da diese unter der Unterbrechung der globalen Wertschöpfungsketten durch Quarantänemaßnahmen in China litten. Im April zeigten durch die Maßnahmen zur Vermeidung der Ausbreitung des Coronavirus in Österreich selbst alle Wirtschaftssektoren eine starke Betroffenheit. „Alle Komponenten haben sich im April verschlechtert und den UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator weiter nach unten gezogen. Den stärksten Einfluß hatte der drastische Einbruch der Stimmung im Dienstleistungssektor. Fast 50 Prozent des Rückgangs war diesem Bereich geschuldet“, so Bruckbauer.

Besonders starke Betroffenheit im Dienstleistungssektor

Die Stimmung im Dienstleistungssektor sackte aufgrund der notwendigen Geschäftsschließungen auf den niedrigsten Wert seit der Berechnung des Indikators ab. Im Gegensatz zu üblichen Konjunkturschwankungen war somit nicht die Entwicklung der Nachfrage für den raschen Stimmungsumschwung der Dienstleister ausschlaggebend. Daher läuft auch die Stimmung der Verbraucher dem Trend im Dienstleistungssektor nicht wie im Normalfall voraus, sondern aktuell etwas hinterher. Noch im März waren die österreichischen Konsumenten optimistisch. Erst



mit den spürbaren Auswirkungen des Lockdown auf den Arbeitsmarkt schlug die Stimmung um. Das Verbrauchervertrauen liegt jedoch noch klar über den Rekordtiefstständen während der Finanzkrise.

Auch am Bau hat die gute Stimmung erst im April durch die verordnete Schließung von Baustellen abrupt gedreht. Angesichts voller Auftragsbücher und der bereits begonnenen Lockerung der Beschränkungen unterschreitet die Stimmung am Bau nur geringfügig den langjährigen Durchschnitt.

Weniger stark als während der Finanzkrise ist auch die Stimmung in der heimischen Industrie gesunken. Die schwachen optimistischen Signale zu Jahresbeginn sind mittlerweile einer starken Verunsicherung gewichen, da neben den Schwierigkeiten am Heimmarkt auch die massive Verschlechterung des Exportumfelds die Geschäftsaussichten belastet. Der mit den österreichischen Handelsanteilen gewichtete Indikator für die internationale Industriestimmung ist auf den bisher niedrigsten errechneten Wert gesunken, was auf die schwerwiegenden Folgen der Wirtschaftsbeschränkungen infolge der Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus in Europa und den USA zurückzuführen ist.

„Gemessen an den Stimmungsindikatoren spürt der Dienstleistungsbereich die Folgen der Corona-Krise am stärksten. Die stark exportorientierte Industrie leidet, wenn auch etwas weniger stark als die Dienstleister, unter der Doppelbelastung des heimischen und der internationalen Lockdowns. Die Bauwirtschaft ist dank der bereits im April erfolgten ersten Lockerungen und der weiter gut gefüllten Auftragsbücher relativ am geringsten belastet“, meint Bruckbauer.

Erstes Halbjahr 2020 mit BIP-Rückgang über 10 Prozent im Jahresvergleich erwartet

Nach einem guten Start ins Jahr 2020 kam es durch den Lockdown ab Mitte März zu einem abrupten und massiven Einbruch der österreichischen Wirtschaft. In diesen beiden Märzwochen sank die Wirtschaftsleistung auf rund 75 Prozent des Normalniveaus und löste damit einen Rückgang des BIP im ersten Quartal 2020 um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal aus. Durch den Lockdown, der im Verlauf des Aprils nicht nennenswert gelockert wurde, ist die Wirtschaftsleistung in diesem Monat ebenfalls auf dem tiefen Niveau der letzten beiden März-Wochen gelegen. „Die allmähliche

Wirtschaft

Lockerung der Maßnahmen mit der schrittweisen Öffnung einiger Bereiche der Wirtschaft läßt nach dem Tiefpunkt im April für Mai und Juni eine leichte konjunkturelle Verbesserung erwarten. Im zweiten Quartal wird allerdings insgesamt die Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Jahresbeginn zweistellig sinken. Im ersten Halbjahr 2020 wird sich daher voraussichtlich ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um etwas mehr als 10 Prozent im Jahresvergleich ergeben“, erwartet UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Erholung im zweiten Halbjahr 2020 in Sicht

Für das zweite Halbjahr 2020 ist eine Erholung in Sicht. Die hohen Wachstumszahlen von über 7 Prozent gegenüber den jeweiligen Vorquartalen sind jedoch unter dem Eindruck des scharfen Einbruchs davor zu sehen. Weiterhin werden wirtschaftliche Beschränkungen und Abstandregelungen in Österreich bestehen und auch der Außenhandel wird durch unterschiedliche Sicherheitsmaßnahmen auf den Exportmärkten noch nicht voll auf Touren kommen. „Die Wirtschaftsleistung wird zum Jahresende 2020 angesichts eines Rückgangs des BIP im Jahresdurchschnitt von rund 9 Prozent daher nur rund 95 Prozent des realen Niveaus vor Ausbruch der Corona-Krise Ende des Vorjahres erreichen. Pro Einwohner wird damit das BIP um rund 4.000 Euro geringer sein als 2019“, so Pudschedl.

2021: Wirtschaftswachstum von knapp 8 Prozent erwartet

Die Ökonomen der UniCredit Bank Austria erwarten für das kommende Jahr ein Wirtschaftswachstum von knapp 8 Prozent unter der Annahme, daß es zu keiner zweiten Infektionswelle kommt. Damit wird die österreichische Wirtschaftsleistung Ende 2021 noch unter dem Vorkrisenniveau liegen, da die Erholung auch ohne Wiederaufleben der Pandemie nicht mit Höchstgeschwindigkeit erfolgen dürfte.

Nur langsame Aufschluß zum Vorkrisenniveau

Trotz der Lockerung der Sicherungsmaßnahmen und der Öffnung der Geschäfte mit der Möglichkeit, alle Dienstleistungen wieder anbieten zu können, wird die hohe Verunsicherung sowie die durch Abstandhaltung und Maskenpflicht gekennzeichneten Rahmenbedingungen die Nachfragedynamik anhaltend bremsen. Nach kurzfristigen posi-

ven Nachholeffekten wird vor allem der private Konsum bedingt durch die angespannte Lage am Arbeitsmarkt nur langsam zum Vorkrisenniveau aufschließen können.

Erweiterungsinvestitionen werden vorerst nur auf Sicht erfolgen

Ähnliches, wenn auch etwas weniger stark, gilt auch für die Investitionsbereitschaft der heimischen Unternehmen. Zwar werden unausweichliche Ersatzinvestitionen getätigt werden, aber Erweiterungsinvestitionen werden in diesem unsicheren und verhaltenen Nachfrageumfeld, dem voraussichtlich auch die starken Impulse aus dem Ausland fehlen werden, vorerst nur auf Sicht erfolgen. Damit nimmt das Risiko zu, daß statt eines optimistischen V-förmigen Erholungsszenarios – sowieso nur mit einem deutlich flacher verlaufenden zweiten (Aufwärts-)Teil – eine U-förmige Konjunktorentwicklung der österreichischen Wirtschaft wahrscheinlicher wird, selbst bei gutem Verlauf der Infektionszahlen.

Konzentration auf ein umfangreiches und kluges staatliches Konjunkturprogramm

„Neben der Fortsetzung der expansiven Geldpolitik durch die EZB ist nun die Zeit gekommen, volle Konzentration auf ein umfangreiches und kluges staatliches Konjunkturprogramm zu legen, idealerweise koordiniert im europäischen Verbund. Der direkten Ankurbelung der Nachfrage muß in dieser Phase Priorität vor liquiditäts- und ertragssichernden Maßnahmen für Unternehmen eingeräumt werden“, meint Bruckbauer zum erwarteten Nachfragerestau beim Hochfahren der österreichischen Wirtschaft und ergänzt: „Diskussionen über Defizithöhen müssen aktuell in den Hintergrund treten, zumal die kluge Kanalisierung von öffentlichen Investitionen in innovative und klimafreundliche Bereiche durch eine nachhaltige Steigerung des Potentialwachstums der österreichischen Wirtschaft einen zwischenzeitlichen Anstieg der Verschuldung von alleine lösen würde.“

Arbeitslosenquote 2020 mit durchschnittlich fast 11 Prozent erwartet

Nach einem guten Start ins Jahr ist mit dem wirtschaftlichen Stillstand schlagartig ab März die Arbeitslosigkeit in Österreich massiv gestiegen. Im April hat die Arbeitslosenquote mit 12,8 Prozent ein Allzeithoch erreicht. Mit der schrittweisen Lockerung der Maßnahmen sowie der Wiederaufnahme der Tätigkeit auf den Baustellen und der Öff-

nung von Geschäften dürfte der Höhepunkt mittlerweile bereits überschritten worden sein.

Allmähliche Verreinerung der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten

„Wir erwarten nach dem Höhepunkt der Belastung durch die Corona-Krise am Arbeitsmarkt im April infolge der schrittweisen Lockerung des Lockdowns eine allmähliche Verringerung der Arbeitslosigkeit in Österreich in den kommenden Monaten. Allerdings ist angesichts des nachfragebedingten unvollkommenen Erholungstempos keine rasche Rückkehr auf das Vorkrisenniveau zu erwarten. Nach durchschnittlich fast 11 Prozent im Jahr 2020 gehen wir für 2021 von einer Arbeitslosenquote von rund 8 Prozent aus“, so Pudschedl. Um einen ununterbrochenen Rückgang der Arbeitslosenquote in Österreich zu gewährleisten, könnte sich angesichts von über 1,2 Millionen Menschen in Kurzarbeit nach Einschätzung der Ökonomen der UniCredit Bank Austria eine Verlängerung der Kurzarbeitsregelung über die derzeitige Anspruchsdauer von zwei mal drei Monaten hinaus als sinnvoll und bei Auftreten einer zweiten Infektionswelle ab Herbst 2020 als unumgänglich erweisen.

Inflation im Sinkflug

Im ersten Quartal 2020 hat die durchschnittliche Teuerung in Österreich 1,9 Prozent betragen, wobei insbesondere der Preisverfall von Rohöl für eine sinkende Tendenz sorgte. Der Abwärtstrend sollte sich in den kommenden Monaten weiter fortsetzen. Neben dem niedrigen Ölpreis, der sich unter anderem auf die Treibstoffpreise niederschlägt, wird die zurückhaltende Entwicklung der Nachfrage für eine mäßige Preisdynamik in Österreich unter der 1 Prozent-Marke voraussichtlich im gesamten Jahresverlauf 2020 sorgen. „Wir erwarten nach der Teuerung von 1,5 Prozent im Vorjahr bedingt durch die Auswirkungen der Corona-Krise auf Rohstoffpreise und Nachfrage einen Rückgang der Teuerung auf 0,9 Prozent im Jahresvergleich im Jahresdurchschnitt 2020. Mit der wieder etwas stärkeren Nachfragedynamik dürfte sich die Inflation 2021 auf 1,9 Prozent beschleunigen“, meint Pudschedl.

Damit wird die Inflation in Österreich erneut spürbar höher als im europäischen Durchschnitt sein. Die Ökonomen der UniCredit Bank Austria prognostizieren eine Teuerung von 0,3 bzw. 1,2 Prozent für den Euroraum. ■

<https://www.bankaustria.at/>

Spitzenforschung in Österreich

Motor für Innovation und Konjunktur

Die aktuellen Leistungszahlen des Wissenschaftsfonds FWF verdeutlichen die stimulierende Kraft der heimischen Spitzenforschung für Wirtschaft und Gesellschaft. 2019 investierte der FWF 237 Mio. Euro in über 700 neue Forschungsprojekte aus allen Disziplinen. Insgesamt bringen mehr als 4000 Forschende in 2400 laufenden Projekten mit Mitteln des FWF an Österreichs Universitäten und Forschungsstätten neues Wissen hervor und liefern Impulse für die Konjunktur. Für 2020 zeichnet sich aufgrund der Corona-Krise ein Höchststand an Forschungsanträgen ab.

In schwierigen Zeiten zeigt sich, worauf es ankommt: Spitzenforschung gehört dazu. Eine lebendige Forschungslandschaft bringt Wissen und Werkzeuge hervor, die das Leben vieler Menschen verbessern und die Konjunktur beleben. Das Investitionsvolumen des Wissenschaftsfonds FWF von zuletzt 237 Mio. Euro im Jahr 2019 macht die Grundlagenforschung zu einer der Säulen für Österreichs Innovationskraft. Im letzten Jahr konnten über 700 neue Projekte beim Wissenschaftsfonds FWF reüssieren. Insgesamt arbeiten aktuell in 2400 FWF-Projekten rund 4200 Forschende, darunter knapp 2000 DoktorandInnen sowie 1400 Postdocs.

Die Grundlagenforschung sorgt für kommende Herausforderungen vor

„Planbarkeit, Vertrauen in den Standort und ein hohes Qualitätsniveau machen es Forschenden möglich, Wissen von Weltformat hervorzubringen und für künftige gesellschaftliche Herausforderungen vorzuzorgen“, so FWF-Präsident Klement Tockner, der den Wert der Grundlagenforschung besonders in Krisenzeiten betont. „Forschende mußten bei der Corona-Pandemie nicht bei Null beginnen, die Grundlagenforschung hat vorgebaut. Die Geschwindigkeit der COVID-19-Forschung wäre noch vor 20 Jahren undenkbar gewesen“, so Tockner, und weiter: „Investitionen in die Wissenschaft sind Investitionen in eine bessere Zukunft.“

Bundesminister Heinz Faßmann: Auf die Grundlagenforschung ist Verlaß

Diese Einschätzung bestätigt auch Wissenschaftsminister Heinz Faßmann, der den Stellenwert der Grundlagenforschung im



Foto: FWF / Luiza Puiu

Klement Tockner, Präsident des Wissenschaftsfonds FWF: „Investitionen in die Wissenschaft sind Investitionen in eine bessere Zukunft.“

Allgemeinen und die qualitätsorientierte Förderungsvergabe des Wissenschaftsfonds FWF im Speziellen hervorhebt: „Die Krise zeigt, wie wichtig es ist, daß sich die Menschen auf die Grundlagenforschung verlassen können. Forschende tragen mit ihren Erkenntnissen dazu bei, Wege aus der Krise zu finden und künftige Bedrohungen abzuwenden. Der FWF ist mit seiner themenoffenen und ausschließlich an Qualität orientierten Herangehensweise der Schlüssel für zukunftsweisende Spitzenforschung, die auch die Wirtschaft stimuliert. Österreich wird auch künftig mit voller Kraft in seine Forscherinnen und Forscher investieren.“

237,4 Mio. Euro in exzellente Grundlagenforschung investiert

Insgesamt lag die von Forschenden beantragte Summe im letzten Jahr bei 908 Mio. Euro. Davon konnten nach dem internationalen Peer-Review-Verfahren exzellente Forschungsprojekte im Umfang von 237 Mio. bewilligt werden. Den größten Anteil nehmen Forschende aus Naturwissenschaften und Technik (95,5 Mio. Euro) ein, gefolgt von Kolleginnen und Kollegen aus Biologie und Medizin (86,6 Mio. Euro) und den Geistes- und Sozialwissenschaften (55,4 Mio. Euro).

Investition in die Zukunft: Zwei Drittel aller Forschenden jünger als 35 Jahre

Bei einer Gesamtbetrachtung der Altersverteilung aller laufenden, FWF-geförderten Projekte zeigt sich das große Zukunftspotenzial der heimischen Spitzenforschung: Zwei Drittel, knapp 3.000 Forscherinnen und Forscher, die sich im Qualitätswettbewerb durchsetzen konnten, sind jünger als 35 Jahre. „Diese aufstrebende Generation zeigt das Potenzial Österreichs. Allesamt wissenschaftliche Zukunftshoffnungen, die in aller Welt begehrt sind und um die wir uns besonders bemühen“, so Klement Tockner.

Bundesweites Drittmittel-Ranking: Universität Wien an der Spitze

FWF-geförderte Spitzenforschung findet österreichweit statt und erstreckt sich von großen universitären und außeruniversitären Standorten bis hin zu kleineren Forschungsstätten. Spitzenreiter ist die Universität Wien mit 53 Mio. Euro an eingeworbenen FWF-Investitionen, gefolgt von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und der Universität Innsbruck mit jeweils 24 Mio. Euro, der Medizinischen Universität Wien (22 Mio. Euro), der Technischen Universität Wien (21) sowie der Universität Graz (16).

Wirtschaft

Kleinere Institutionen wie das St. Anna Kinderspital oder die Ars Electronica beweisen, daß sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler überall dort im Wettbewerb durchsetzen können, wo exzellente Spitzenforschung betrieben wird.

Internationale Kooperationen: Israel und Südtirol an Bord geholt

Ein besonderes Augenmerk liegt in der Spitzenforschung auf der Internationalität: Rund drei Viertel aller 2019 geförderten Projekte arbeiten mit internationalen Partnern. Darüber hinaus investierte der FWF 30 Mio. Euro im Bereich der internationalen Kooperationsprogramme – mit dem positiven Effekt, aus den Kooperationsländern zusätzliche Förderungsmittel im Umfang von zusätzlich 30 Mio. Euro an Investitionen auszulösen. Die häufigsten Kooperationsländer 2019 waren Deutschland, die USA und Großbritannien. Mit Israel und Südtirol konnten 2019 zwei weitere Länder als Kooperationspartner gewonnen werden.

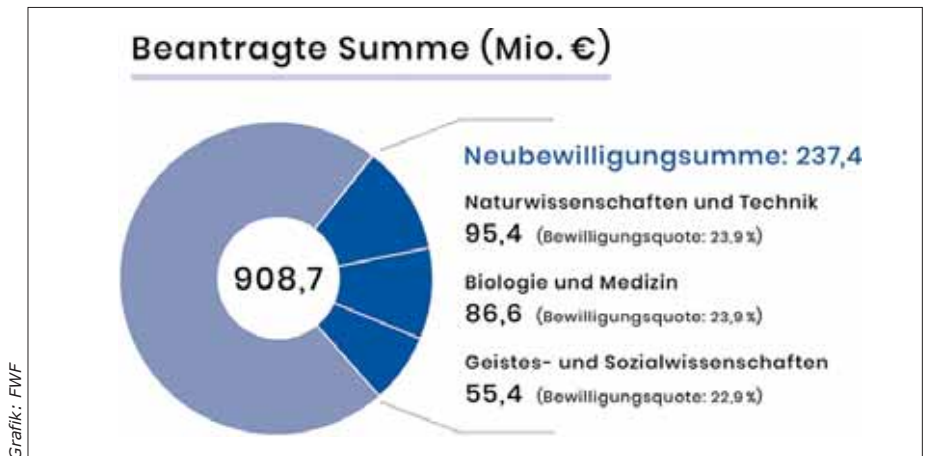
Internationale Qualitätsmaßstäbe bestimmen auch die Förderungsvergabe, einziges Entscheidungskriterium für eine Förderung durch den FWF ist wissenschaftliche Exzellenz. Im Jahr 2019 wurden zur Beurteilung dieser rund 4500 internationale Gutachten aus 64 Ländern eingeholt, zum Großteil von Forschenden aus den USA, Deutschland und Großbritannien.

IHS-Chef Kocher: Bei Konjunkturmaßnahmen auf Wissenschaft und Forschung setzen

Die Corona-Pandemie hat erneut gezeigt: Eine themenoffene Grundlagenforschung sorgt für zukünftige Herausforderungen vor, egal wie, wann und wo sie auftreten werden. Darüber hinaus stärken die Innovationen aus Wissenschaft und Forschung die Konjunktur.

„Wichtig ist, daß bei den anstehenden Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft das Ziel eines höheren Wachstums durch mehr Innovation verfolgt wird. Dabei dürfen Wissenschaft und Forschung, insbesondere auch die Grundlagenforschung nicht vergessen werden. Ihnen kommt in den nächsten Jahren enorme Bedeutung für den Standort Österreich zu“, erklärt Martin Kocher, Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS), anlässlich der Präsentation der FWF-Förderstatistik.

„Die im Regierungsprogramm geplanten Investitionen wie Exzellenzinitiative, Forschungsfinanzierungsgesetz mit Wachstumspfad sowie eine solide Ausstattung des FWF-Förderungsbudgets würden die kon-



junkturelle Entwicklung Österreichs stärken“, so Klement Tockner. Aktuell schöpft Österreich sein wissenschaftliches Potenzial nur zum Teil aus, 2019 mußten exzellente Forschungsprojekte im Umfang von 60 Mio. Euro ausschließlich mangels Budget abgelehnt werden. Für 2020 zeichnet sich aufgrund der Corona-Krise ein Rekord an Forschungsanträgen ab. „Der internationale Wettbewerb um Ideen, Talente und Kooperationen wird nach der Krise noch intensiver geführt werden“, zeigt sich Klement Tockner überzeugt.

Neue Akzente in der Forschungsförderung 2019/2020

- Rund 400 Forscherinnen und Forscher österreichischer Forschungseinrichtungen reichten bei der ersten Auflage des 1000-Ideen-Programms Anträge ein. Mit dem Programm bringt der FWF besonders risikofreudige und innovative Forschungsideen ins Rollen. Die ersten Projekte starten im Juni 2020.
- Mit dem zweiten neuen Programm #ConnectingMinds ermutigt der FWF Forschende dazu, wissenschaftsferne Akteurinnen und Akteure einzubinden. Gefördert werden Teams, die gezielt wissenschaftliches und gesellschaftliches Wissen verbinden. Die ersten Projekte starten im Herbst 2020.
- Als erste Förderungsagentur in Europa gründete der FWF eine gemeinnützige Bundesstiftung als Brücke zu privaten Partnern. Ziel ist es, den Kulturwandel hin zu mehr Philanthropie in der Spitzenforschung zu unterstützen: www.alpha-plusstiftung.at
- 2019 startete eine neue Förderungsinitiative für Kooperationsprojekte in Zentraleuropa: Im Rahmen von „CEUS – Central European Science Partnership“ können Wissenschaftlerinnen und Wissen-

schaftler aus Österreich, Polen, Slowenien und Tschechien bilaterale und erstmals auch trilaterale Forschungsprojekte beantragen.

- Als Antwort auf die Corona-Pandemie initiierte der FWF eine SARS-CoV-2 Akutförderung – ein Fast-Track-Verfahren für Forschungsanträge, die sich mit der Prävention, Früherkennung, Eindämmung sowie der Erforschung von SARS-CoV-2 beschäftigen und besonders auf internationale Kooperation setzen. Angesprochen sind Projekte, die ihr Forschungsinteresse auf technische, ökologische, ökonomische, politische, rechtliche, medizinische, kulturelle, psychologische oder ethische Implikationen von SARS-CoV-2 richten. Erste Projekte werden ab Mai 2020 starten.

Alle FWF-Leistungszahlen ab sofort online

Einen Jahresrückblick sowie die gesamten Leistungszahlen finden Sie im aktuellen FWF-Jahresbericht ([Link ganz unten](#)). Lernen Sie im Jahresbericht darüber hinaus auch zehn illustrierte Meisterwerke kennen. Jedes Bild ein Unikat, das Ihnen eine künstlerisch-kreative Perspektive auf 2019 erfolgreich abgeschlossene Forschungsprojekte gibt – online als Wallpaper zum Download.

FWF Der Wissenschaftsfonds

Der FWF ist Österreichs zentrale Einrichtung zur Förderung der Grundlagenforschung sowie der künstlerisch-wissenschaftlichen Forschung. Er unterstützt – nach internationalen Qualitätsmaßstäben – herausragende Forschungsprojekte sowie exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich der Gewinnung, Erweiterung und Vertiefung wissenschaftlicher Erkenntnisse widmen. ■

<https://www.fwf.ac.at/>

Österreich plant Sommerurlaub

36 Prozent haben bereits fixe Urlaubspläne, 31 Prozent warten noch ab – Kärnten, Salzburg und Steiermark als Favoriten – Jeder Vierte spürt die Corona – Krise im Budget

Die Corona-Krise wirkt sich auf die Urlaubsplanung der ÖsterreicherInnen aus: Fernreisen fallen aus, Erreichbarkeit und Sicherheit des Urlaubsziels treten in den Vordergrund. Angesichts der unsicheren Corona-Lage erlebt der Österreich-Urlaub eine Renaissance. Das ist das Ergebnis der jüngsten Gallup-Erhebung zu den Urlaubsplänen der österreichischen Haushalte.*)

„Die ÖsterreicherInnen lassen sich vom Virus die Lust auf ihren jährlichen Sommerurlaub nicht nehmen“, sagt die Geschäftsführerin des Österreichischen Gallup Instituts, Andrea Fronaschütz. „Zwei Drittel der ÖsterreicherInnen haben entweder bereits konkrete Urlaubspläne oder tragen sich zumindest mit dem Gedanken, im Sommer Urlaub zu machen.“

Für 36 Prozent der Befragten sind die Urlaubspläne bereits fix, 31 Prozent machen ihre endgültige Entscheidung vom weiteren Verlauf der Krise abhängig.

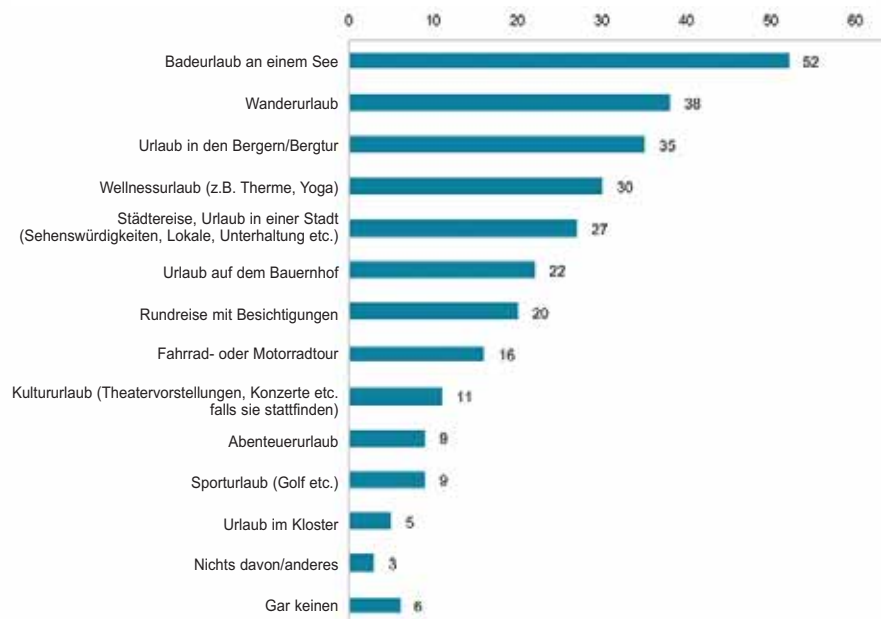
Das Urlaubsbudget bleibt heuer für zwei Drittel der Sommerurlauber unverändert, jeder Vierte muß sich einschränken – vor allem Familien mit Kindern, Kurzarbeitende und Arbeitslose bekommen den Ausnahmezustand zu spüren.

Fronaschütz: „Aufgrund der Situation planen 57 Prozent ihren Aufenthalt in Österreich, am stärksten ist dieser Trend bei Familien mit Kindern. Das hat mit dem Infektionsrisiko zu tun: Für vier von zehn ÖsterreicherInnen ist ein geringeres Ansteckungsrisiko in Österreich ein wesentlicher Grund, ihren Urlaub heuer in der Heimat zu verbringen. Auch das Motiv, heimische Betriebe zu unterstützen, spielt eine Rolle. Sollten die Reisebeschränkungen nicht aufgehoben werden, wird auch die Hälfte der Auslandsurlauber stattdessen im Inland buchen.“

Urlaub am See ist für mehr als die Hälfte der Befragten die in Österreich attraktivste Urlaubsform. Danach folgen Wander- bzw. Bergurlaub sowie Städtereisen, Wellness und Urlaub am Bauernhof. Bei der Auswahl

Vorstellbare Art des Sommerurlaubs in Österreich

Welche Art von Sommerurlaub in Österreich können Sie sich im Moment am ehesten vorstellen?



© Österreichisches Gallup Institut
%-Werte, n=1000



Foto: Österreich Werbung / Fotograf: Andreas Hofer

Auf der Liste ganz oben: Badeurlaub an einem See – hier am Faaker See in Kärnten

des Urlaubsquartiers spielen familiäre Atmosphäre und die Möglichkeit zum Aktivurlaub eine Rolle. Fronaschütz: „Für den Sommerurlaub wünschen sich die Menschen, was sie in den vergangenen Wochen vermißt haben: Zeit mit Familie, Freunden, Verwandten. Natur, Gesundheit und Regionalität treten in den Vordergrund. Shoppen, Party und Ausgehen haben an Bedeutung verloren.“

Die als Urlaubsziele beliebtesten Bundesländer sind Kärnten (59 Prozent), die Steiermark (55 Prozent) und Salzburg (48 Prozent). Es folgen Tirol (37 Prozent), Oberösterreich (28 Prozent), das Burgenland (26 Prozent), Vorarlberg (20 Prozent) und Niederösterreich (19 Prozent). Wien (17 Prozent) zieht insbesondere Urlauber aus den westlichen Bundesländern an.

Neben diesen Ergebnissen umfaßt die Umfrage Kriterien für die Auswahl des Urlaubsortes, die Dauer des Urlaubs und die daran geknüpften Erwartungen.

<https://www.gallup.at/>
<https://www.austria.info/>

*) Bevölkerungsrepräsentative Umfrage des Österreichischen Gallup Instituts (Methode: Computer Assisted Web Interviewing im Gallup Onlinepanel, repr. für die webaktive Bevölkerung 16+, durchgeführt vom 14. bis 18. Mai 2020, 1000 Befragte)

Durchstich am Großglockner

Die Räumtruppe der Großglockner Hochalpenstraßen AG von Salzburger und Kärntner Seite haben sich am 25. Mai zum Durchstich am Hochtorn getroffen.



Foto: grossglockner.at / Franz Neumayr

Mehr als 400.000 Kubikmeter Schnee mußten historischen von den „Walloack-Fräsen“ heuer bewegt werden.

Nachdem am 7. Mai die Eigentümer der GROHAG (Großglockner Hochalpenstraßen AG) trotz der schwierigen COVID-19-Situation und prognostizierter Verluste den Beschluß zur Öffnung der Hochalpenstraße gefaßt hatten, starteten knapp 20 fachkundige und hochgebirgserefarne Mitarbeiter umgehend ihre Arbeiten von Norden in Fusch an der Großglocknerstraße/Ferleiten und von Süden in Heiligenblut am Großglockner aus. Im Rahmen der Schneeräumung waren dazu auch Felsabsicherungen, Lawinensprengungen, das Beseitigen der Vermurungen vom Herbst 2019, die Auswinterung von 130 Hoch- und Kunstbauten sowie die Errichtung von kilometerlangen Weidezäunen und das Montieren der Leitschienen auf knapp 50 km, nötig.

Bereits am 11. Mai erreichte man auf der Nordseite die Kehre 7. Auf der Südseite frästen sich die erfahrenen Arbeiter ebenso sehr rasch bis zum Wallackhaus auf über 2300m

Seehöhe durch. Der Grund für das schnelle Vorankommen in diesem Jahr: In den niedrigeren Regionen hatte heuer die Sonne bereits einen guten Teil der „Räumarbeiten“ geleistet, jedoch hat der Schneedruck und die teilweise Schmelze auch zu sehr schwerem und nassem Schnee geführt. Peter Embacher, Chef-Schneeräumer, berichtet außerdem mit einem Schmunzeln: „Weil wir heuer ein Monat später mit der Räumung begonnen haben, hatten wir bei unserer Arbeit sehr putzige Begleiter: Immer wieder haben uns die Murmeltiere neugierig bei der Arbeit beobachtet. Ich glaube, sie vermissen schon die Besucher.“

Erstmals seit 1935 »höchste Weißen« für Verkehrsfreigabe und Durchstich

Am Mittag des 25. Mai war es dann so weit: Der traditionelle Durchstich am Hochtorn – der Paßhöhe und Grenzlinie der beiden Bundesländer Kärnten und Salzburg in

2.504 m Seehöhe – konnte vor dem Hintergrund der allgemein bekannten schweren Bedingungen erfolgreich absolviert werden. Außergewöhnlich war auch, daß der Erzbischof von Salzburg, Franz Lackner und der Kärntner Diözesanbischof Josef Marketz, Diözese Gurk-Klagenfurt, bei anwesend waren und den „GROHAGlern“ sowie allen, die in diesem Sommer die Großglockner Hochalpenstraße besuchen werden, ihren Segen spendeten.

Für die Bischöfe von Salzburg und Kärnten stand der Durchstich am Großglockner gerade in diesem Jahr auch unter einem besonders positiven Licht der guten Verbindung von Salzburg und Kärnten: Nach der Ernennung von Josef Marketz zum 66. Bischof von Gurk-Klagenfurt durch Papst Franziskus erfolgte nämlich am 2. Februar 2020 im Dom zu Klagenfurt die Bischofsweihe just durch Franz Lackner, Metropolit der Salzburger Kirchenprovinz.

Chronik

Der Salzburger Erzbischof Franz Lackner freut sich, bei diesem Ereignis dabei zu sein: „Was hier Jahr für Jahr durch den Glauben und den Einsatz vieler Menschen geleistet wird, kommt dem Jesus-Wort nahe: ‚Euer Glaube vermag Berge zu versetzen.‘ Den Großglockner, der hier so herrlich emporragt, sicher befahren zu können, verdanken wir den vielen, die die Straßen und Pfade räumen und sichern. Ein herzliches Vergelt's Gott.“ Der Kärntner Bischof Josef Marketz ergänzt: „Im Namen aller, die in den nächsten Wochen und Monaten diese wundervolle Berglandschaft mit dem höchsten Berg Österreichs, die herrliche Natur mit den vielfältigen Wundern der Schöpfung erleben dürfen, danke ich denjenigen, die mit so grossem Einsatz zusammengearbeitet und den heutigen Durchstich möglich gemacht haben.“

IN TE DOMINE SPERAVI

Zuletzt waren die zwei „zuständigen“ Bischöfe am 3. August 1935 im Rahmen der international beachteten Eröffnungsfeierlichkeiten der Großglockner Hochalpenstraße „am Großglockner“ mit dabei. Damals zelebrierten der Salzburger Fürsterzbischof Sigmund IV. von Waitz und der Kärntner Bischof von Gurk-Klagenfurt, Adam Hefter, gemäß dem an den Portalen des Hochtortunnels in Stein gemeißelten Glockner-Leitspruch „IN TE DOMINE SPERAVI“ („Auf Dich, oh Herr, habe ich vertraut!“) die Festmesse und oberhalb des Hochtors schoß eine Gebirgshaubenbatterie 101 Salut-Schüsse. Danach erfolgte die Glocknerfanfare und erklärte Bundespräsident Wilhelm Miklas die Straße für eröffnet.

Wallack-Rotationspflüge – eine Klasse für sich

In den höheren Lagen gab es für die vier Wallack-Rotationspflüge mit den Namen Jörgen, Oskar, Ander und Eisbändiger wieder viel zu tun. Insgesamt wurden 400.000 Kubikmeter Schnee und Eis geräumt, was der Länge eines mit Schnee befüllten Güterzuges mit knapp 200 km – also der Strecke Linz bis Wien! – entspricht. Die GROHAGler mit ihren mächtigen 15-Tonnen-Rotationspflügen, die von Erbauer Franz Wallack vor 70 Jahren konstruiert wurden, hatten es heuer aufgrund der verspäteten Räumung nicht immer leicht, denn es mußte auf der Strecke von 48 Kilometern durch die starke Sonneneinstrahlung vor allem auch sehr schwerer und feuchter Schnee Meter für Meter abgetragen werden.



Foto: grossglockner.at / Franz Neumayr

v.l.: Johannes Hörl (GROHAG-Vorstand), Bischof Josef Marketz (Kärnten), Erzbischof Franz Lackner (Salzburg) und Peter Embacher (Leiter der GROHAG-Schneeräumung)

GROHAG-Vorstand Johannes Hörl sagte im Zuge seiner Erklärung zur Verkehrsfreigabe: „Die Großglockner Hochalpenstraße ist das größte Denkmal der Republik und laut aktueller Studie auch beliebtestes Ausflugsziel der Österreicher. Als international anerkannter Monumentalbau österreichischer Ingenieurskunst war die Großglockner Hochalpenstraße schon in der Gründungsphase Symbol für die außerordentliche Leistungsfähigkeit Österreichs in ‚schwierigen Zeiten‘ – ich denke dieser Status ist uns gerade im heurigen Jahr wieder sehr bewußt geworden. Ich danke den Bischöfen aus Salzburg und Kärnten, die uns heute auf den letzten Metern begleitet und uns mit Ihren Worten Kraft und Zuversicht gegeben haben. Wir vertrauen seit der fulminanten Eröffnung der Großglocknerstraße im Jahr 1935 immer – im Sinne unseres Leitspruchs ‚IN TE DOMINE SPERAVI‘ – auf den Segen von Oben und freuen uns jetzt umso mehr, daß wir auch heuer wieder vor allem auch für die Österreicherinnen und Österreicher da sein dürfen – es war immerhin ihre Leistung und es ist ihre Großglocknerstraße – mehr denn je!“

Freie Fahrt auf der Großglockner Hochalpenstraße seit 27. Mai

Teilweise waren immer noch bis zu acht Meter hohe Schneewände zu sehen. Ein einzigartiges Gefühl, mit dem Auto oder dem Motorrad mächtige Schluchten aus Schnee und sensationelle winterliche Hochgebirgs-

ausblicke zu „erfahren“. Mit 27. Mai 2020 war das wieder für alle Verkehrsteilnehmer möglich. Die Gletscherstraße zur Kaiser-Franz-Josefs-Höhe wurde am 29. Mai für den Verkehr freigegeben.

Neue Trabi-Ausstellung ab 26. Juni 2020

Im Besucherzentrum auf der Kaiser-Franz-Josefs-Höhe erwartet ab 26. Juni 2020 alle Automobil-Fans eine neue Sonderausstellung mit hohem Nostalgie-Faktor: „Im Trabi-Takt auf den Großglockner“ lautet der Titel der neuen Sonderschau, in der zahlreiche Trabis, filmische Dokumente und Augenzeugenberichte Erinnerungen an den Sommer 1990 zum Leben erwecken. Denn als damals die Mauer fiel und damit die Reisefreiheit kam, machten sich zahlreiche Gäste aus Ostdeutschland in ihren Trabanten und Wartburg auf den Weg nach Österreich. Das Ziel vieler wagemutiger Zweitakter-Piloten: Die Großglockner Hochalpenstraße und die Eroberung des Großglockners! Und so erzählt die Ausstellung die Geschichte und die Geschichten, die sich im Sommer des Jahres 1990 rund um tausende Trabis auf der Großglockner Hochalpenstraße und ihre Insassen zugetragen haben.

Auch die bewirtschafteten Hütten, Shops und Gasthäuser öffneten nun mit Corona-bedingter Verspätung wieder ihre Türen – unter Einhaltung aller geltenden Sicherheits- und Hygienebestimmungen. ■

<https://www.grossglockner.at/>

Neueste Innovation aus dem Genussland OÖ

Präsentation und Verkostung der mit regionalen Zutaten gefertigten Sauwald-Bratwurst aus dem Hause Feichtinger



Foto: Land OÖ / Lisa Schaffner

v.l.: Sauwald-Erdäpfel Geschäftsführer Martin Paminger, Feichtinger-Geschäftsführer Gerhard Schmid, Johann und Julian Feichtinger, Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger und Stefan Schneiderbauer von Schneiderbauer Gewürze

Kulinarische Spezialitäten sind ein wichtiger Ausdruck der regionalen Identität. Die Verwendung der vor Ort hergestellten Lebensmittel betont die enge Verbindung zur Landwirtschaft. Die Fleischerei Feichtinger präsentierte mit der Sauwald-Bratwurst aus 100 Prozent regionalem Schweinefleisch und Erdäpfeln eine neue, fest in der Region verwurzelte Spezialität.

Corona-Krise zeigt Wert regionaler Versorgungs-Strukturen auf

Die Corona-Krise hat den Wert unserer aufrechten Selbstversorgung mit Lebensmitteln stark in den Fokus gerückt. Das schon lange beschworene Konzept der Regionalität hat aufgrund geschlossener Grenzen und dem Erliegen des internationalen Handels eine ungeahnte Dringlichkeit erhalten. Eine starke, produktive Landwirtschaft in Kooperation mit regional verankerten Lebensmittel-Verarbeitern ist der Schlüssel für eine krisensichere Versorgung. „Um diese krisensicheren Strukturen langfristig zu erhalten, muß auch in Nicht-Krisenzeiten der Griff zum heimischen, regionalen Produkt selbstverständlich sein. Der Preis darf nicht mehr das einzige Entscheidungskriterium sein, da sonst Produktion und Verarbeitung immer in Richtung billigster Standort verschoben werden. Wer in Krisenzeiten eine heimische Landwirtschaft fordert, muß sie auch außerhalb

der Krisenzeiten fördern“, so Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger.

Unter dem gemeinsamen Markendach des Genussland OÖ ziehen landwirtschaftliche Direktvermarkter und gewerbliche Manufakturen an einem Strang, um das Bewußtsein für und den Absatz von regionalen Lebensmitteln zu stärken. Innovative Kooperationsprojekte sind die Folge und fördern den Lebensmittelproduktionsstandort Oberösterreich. „Die Sauwald-Bratwurst zeigt auf, was in unserer regionalen Vielfalt alles möglich ist. Die Genussland-Fleischerei Feichtinger hat in Kooperation mit ihren bäuerlichen Partnern eine tolle Produkt-Innovation kreiert, welche die kulinarische Identität der Sauwald-Region bereichern wird. Alle Zutaten aus maximal 20 Kilometern zu beschaffen, das zeugt vom großen Engagement für die Region und einer guten Dosis Einfallsreichtum“, so der Agrar-Landesrat.

Weil's ned wurscht is, was in da Wurst is!

Die Voraussetzung für die einzigartige Sauwald-Bratwurst ist eine hervorragende Fleischqualität sowie handwerkliches Können. Besonderes Kennzeichen der neuen Bratwurst ist die Zumischung von Erdäpfeln im Wurst-Brät. Die wohlschmeckenden Sauwald Erdäpfel dafür stammen von Martin Paminger aus St. Aegidi, die Gewürzmischung wiederum kommt von Schneiderbauer

er Gewürze aus Lambrechten. Beide Betriebe sind langjährige Genussland-Produzenten. Gemeinsam sorgen die drei Genusslandhandwerker für den unvergleichlichen Geschmack der Spezialität aus dem Sauwald, Geschmacksverstärker haben hier nichts verloren.

„Der Grundgedanke war, ein wirklich neues Produkt mit regionalen Zutaten zu kreieren. Regionales Schweinefleisch, Sauwalderdäpfel und Gewürze von Schneiderbauer sind die Grundzutaten. Die beteiligten Betriebe befinden sich in einem Umkreis von rund 20 Kilometer! Auch unser Betriebsstandort gehört topographisch noch zum Sauwald und die meisten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen aus der Region. Bei der Sauwald-Bratwurst ist also klar, daß die ganze Wertschöpfung in der Region bleibt, mehr Regionalität geht kaum“, erläutert Gerhard Schmid, Geschäftsführer der Fleischerei Feichtinger.

Vorstellung des Unternehmens

Fleisch, Wurst und Feinkost aus der Barockstadt Schärding am Inn. Getreu dem Firmenslogan „Weil's ned wurscht is, was in da Wurst is“ kommt in Feichtinger Produkte ausschließlich bestes Fleisch aus Österreich, vorwiegend aus der Region Innviertel. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.genussland.at/>
<https://feichtinger-wurst.at/>

Wachau ist DAC-Gebiet

Was sich bereits länger abzeichnete, ist nun offiziell: Die Wachau ist Österreichs neuestes und damit fünfzehntes DAC-Weinbaugebiet

Nach eingehenden Überlegungen und Konsensfindung innerhalb des Gebiets legte die Wachau einen DAC-Verordnungsentwurf im Ministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus vor, der von der zuständigen Bundesministerin Elisabeth Köstinger unterschrieben wurde. Damit ist die geschützte Herkunftsbezeichnung „Wachau DAC“ die bereits fünfzehnte ihrer Art in Österreich.

„Mit der Wachau haben wir nun ein weiteres wichtiges Mitglied in der österreichischen DAC-Familie“, zeigt sich Chris Yorke, Geschäftsführer der Österreich Wein Marketing GmbH (ÖWM), erfreut. „Damit setzt Österreichs Weinwirtschaft den nächsten Schritt auf dem Weg des Herkunftsmarketing. Dieser bewährt sich nun bereits seit 17 Jahren und erfreut sich auch international großer Anerkennung.“

Herkunft zugespitzt

Wachau DAC-Weine werden in drei Stufen unterteilt: Gebietswein, Ortswein, Riedenwein. Eine Besonderheit: Auf allen Ebenen verpflichten sich die Winzer zur Handlese.

Auf der Ebene der Gebietsweine bleibt die traditionelle Rebsortenvielfalt erhalten, denn zulässig sind 17 weiße und auch rote Rebsorten von Grünem Veltliner und Riesling über Muskateller und Sauvignon Blanc bis zu Pinot Noir und St. Laurent. Auch Gemischter Satz und Cuvées sind möglich. Diese Weine tragen den Namen des Gebiets in Verbindung mit „DAC“ auf dem Etikett. Die Trauben dürfen aus dem ganzen Weinbaugebiet Wachau stammen.

Ortsweine gewinnen in der heimischen Herkunftslandschaft generell an Bedeutung, auch die Wachau sieht in ihrer DAC-Verordnung 22 geschützte Ortsangaben vor. Die Anzahl der zugelassenen Rebsorten verdichtet sich dabei auf neun: Grüner Veltliner, Riesling, Weißburgunder, Grauburgunder, Chardonnay, Neuburger, Muskateller, Sauvignon Blanc und Traminer. Diese müssen reinsortig angebaut werden.

Die Spitze der Herkunftspyramide bilden die Riedenweine. Dafür erlaubt sind die renommiertesten Wachauer Rebsorten Grüner Veltliner und Riesling aus 157 definierten Lagen. Wachau DAC-Weine mit der Angabe



Foto: ÖWM / Robert Herbst

Typisch Wachau: Donau, Steinterrassen – und nun auch Wachau DAC.

einer Ried am Etikett dürfen in keiner Weise angereichert werden und – ebenso wie Ortsweine – keinen oder einen kaum merkbaren Holzton aufweisen.

Durch das lückenlose Herkunftskonzept profitiert der Konsument von mehr Transparenz und Herkunftswahrheit. „Es rückt die Herkunft vollends in den Mittelpunkt. Wachau DAC ist geographischer Herkunftsschutz bis in die kleinste Einheit: die Riede“, sagt DI Anton Bodenstern, Obmann des Regionalen Weinkomitees Wachau.

Steinfeder, Federspiel und Smaragd bleiben erhalten

Bereits in den 1980er-Jahren etablierte der Gebietsschutzverband „Vinea Wachau“ die Stufen „Steinfeder“, „Federspiel“ und „Smaragd“, unterschieden nach dem natürlichen Alkoholgehalt der Weiß- und in seltenen Fällen auch Rosé-Weine seiner Mitglieder. Innerhalb des neuen DAC-Systems bleibt diese weithin bekannte und geschätzte Einteilung erhalten.

Was bedeutet DAC?

Districtus Austriae Controllatus (DAC) ist eine gesetzliche Herkunftsbezeichnung

für gebietstypische Qualitätsweine aus Österreich. Wenn also auf einem Weinetikett der Namen eines Weinbaugebiets in Kombination mit „DAC“ steht, hat man einen für das Gebiet typischen Qualitätswein vor sich, dessen Trauben ausschließlich im Gebiet geerntet wurden. Ein DAC-Wein darf nur aus den für dieses DAC-Gebiet festgelegten Rebsorten erzeugt werden und muß allen Vorgaben der vom jeweiligen Gebiet festgelegten Verordnung entsprechen.

In Österreich gibt es derzeit 15 DAC-Weinbaugebiete. Weine, die den DAC-Anforderungen nicht entsprechen, tragen die Herkunft des jeweiligen Bundeslandes und sind Teil der Weinvielfalt auf dieser Herkunftsebene.

Wachau DAC

Stufen & zugelassene Rebsorten

- Gebietswein: Grüner Veltliner, Riesling, Weißburgunder, Grauburgunder, Chardonnay, Neuburger, Muskateller, Sauvignon Blanc, Traminer, Frühroter Veltliner, Müller-Thurgau, Muskat Ottonel, Roter Veltliner, Gemischter Satz, Pinot Noir, St. Laurent, Zweigelt oder Cuvées daraus
- Ortswein: Grüner Veltliner, Riesling, Weißburgunder, Grauburgunder, Chardonnay, Neuburger, Muskateller, Sauvignon Blanc oder Traminer
- Riedenwein: Grüner Veltliner, Riesling
Klassifikationen „Steinfeder“, „Federspiel“ und „Smaragd“ bleiben erhalten.

Produktion & Geschmacksprofil

- Handlese verpflichtend auf allen Ebenen
- Ortswein: kein oder kaum merkbarer Holzeinsatz
- Riedenwein: Anreicherung verboten, kein oder kaum merkbarer Holzeinsatz

Gültigkeit

Die Regelung zu Wachau DAC ist ab dem Jahrgang 2020 verpflichtend, für Weine des Jahrgangs 2019 gibt es die Wahlmöglichkeit. Sie dürfen auch unter der Bezeichnung „Wachau“ unter Einhaltung der bis zum Inkrafttreten der DAC-Verordnung geltenden bezeichnungsrechtlichen Vorschriften in Verkehr gebracht werden. ■

<https://www.oesterreichwein.at/>

Steiermark eröffnete Weinsaison

Nach dem Motto »Yes, we are open!« laden Weinbaubetriebe und Buschenschänken ein, den fruchtbetonten 2019er-Jahrgang zu verkosten

Mit 15. Mai wurde die lang ersehnte Weinsaison in der Steiermark eröffnet. Der DAC-Jahrgang 2019 ist gefüllt: nach den Gebietsweinen sind mit dem Stichtag 1. Mai auch Orts- und Riedenweine erhältlich. Zwar konnten die äußerst fruchtbetonten Weine diesen Frühling nicht im Zuge der jährlichen Präsentationen verkostet werden, umso mehr freuen sich die Steirischen Weinbaubetriebe nun ab Hof und in den Buschenschänken ihre Weine zu kredenzen.

DAC Herkunftssystem Steiermark

Das DAC Herkunftssystem steht für „Wein mit geschützter Herkunft“ und bietet herausragende Weine mit Ursprungsgarantie. Die Steirischen DAC-Gebiete Südsteiermark DAC, Vulkanland Steiermark DAC und Weststeiermark DAC waren die ersten Gebiete Österreichs, in denen die Handlese der Trauben verpflichtend vorgeschrieben wurde. Um Reife- und Entwicklungszeit zu garantieren, kommen Gebietsweine ab 1. März, Orts- und Riedenweine ab 1. Mai nach der Ernte auf den Markt. Steirische Weine werden oft in Hanglagen mit extremer Neigung geerntet.

Geerntet wurde 2019 ein klassisch Steirischer Jahrgang mit frischer Säure und moderatem Alkoholgehalt – einfach ein typischer Steirer. Die Menge der Steirischen Weinern 2019 wurde von der Statistik Austria mit 240.257 Hektolitern verlautbart, nur unwesentlich geringer als die Vorjahresmenge.

Weine ab Hof – online erhältlich

Steirische Weine wurden von Weinliebhabern in den letzten Wochen zu Hause in den eigenen vier Wänden verkostet und getrunken. Verstärkt haben die Betriebe auf Online-Aktivitäten gesetzt, um Genießern den Zugang zum Steirischen Wein zu ermöglichen. Mit kreativen Angeboten, Packages und innovativen Ideen werden Steirische Weine auch künftig digital angeboten und verkauft werden.

Tolle Neuigkeiten für alle Schaumweinproduzenten

Zur Entlastung der heimischen Winzer und Gastronomiebetriebe wird im Rahmen des Corona-Maßnahmenpakets die Schaum-



Foto: Wein Steiermark / Flora P.

Die Südsteiermark liegt in der illyrischen Klimazone im klimatischen Einfluß des Mittelmeers, was den Weinbau wesentlich begünstigt.



Foto: Wein Steiermark / Flora P.

Winzer und Gastronomiebetriebe freuen sich über die Abschaffung der Schaumweinsteuer.

weinsteuer abgeschafft. Die Steuer wurde seit der Wiedereinführung im Jahr 2014 aufgrund der wettbewerbsverzerrenden und diskriminierenden Charakters kritisiert. ■

Eine Liste aller Weinbaubetriebe und jener mit Online-Bestellmöglichkeit finden Sie hier:

<https://www.steiermark.wine/de/news/onlinekaufen>

Erstes Online Wein-Experiment

Seit zwei Monaten punktet die FH Burgenland mit Kreativität und Einsatz, um alle Lehrveranstaltungen auch online zu einem einzigartigen Erlebnis werden zu lassen

Im Bachelorstudiengang Internationale Wirtschaftsbeziehungen werden im Distance Learning gerade Pionierleistungen erbracht. Um Forschung und Lehre auch in Covid-19 Zeiten spannend zu gestalten, geht man an der FH Burgenland erfolgreich neue Wege.

Hochschullehrende Bettina König freut sich über die gelungene Umsetzung eines Online Weinlabors in ihrer Lehrveranstaltung: „Um herauszufinden, ob Rotweine mit Schraub- und Korkverschlüssen im Geschmack unterschiedlich beurteilt werden, haben wir im Rahmen unseres Marktforschungsprojekts die Weine ganz einfach direkt an unsere 23 Probanden verschickt.“

Weinlabor nach Hause verlegt

In einem online-Experiment verkosteten die TeilnehmerInnen den gleichen Wein in einer neutralen Flasche ohne Etikett einmal mit Kork und einmal mit Schraubverschluss und beurteilten den Geschmack danach anhand eines Fragebogens. „Wir haben auf die aktuelle Situation reagiert und einen burgenländischen Winzer gebeten, 24 Flaschen ein- und desselben Rotweines extra für uns abzufüllen – eine Hälfte mit Kork und die andere mit Schraubverschluss. Wir bedanken uns sehr für die Unterstützung durch das Weingut“, erklärt Marcus Wieschhoff, Studiengangsleiter für Internationales Weinmarketing.

Die Weine wurden in ganz Österreich und auch nach Deutschland verschickt und zu einem vereinbarten Zeitpunkt im Rahmen eines online-Weinlabors verkostet. „Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus diesem online Experiment versprechen sehr aufschlussreich zu werden“, befindet Christian Pfeiffer von der Forschung Burgenland, der die wissenschaftliche Auswertung dieses einzigartigen Online-Weinlabors betreut.

Finanziert wurde diese außergewöhnliche Premiere von der FH Burgenland. Einen bleibenden Eindruck hat die Lehrveranstaltung auch bei Studentin Julia Gremel hinterlassen: „Ich finde es großartig, daß ich mein Studium trotz der Corona Pandemie ungehindert weiterführen kann, und so ein Online-Weinlabor umzusetzen, war eine zusätzliche spannende und interessante Erfahrung!“



Foto: Fachhochschule Burgenland GmbH

Das erste Online Wein-Experiment an der FH Burgenland war ein großer Erfolg.

Eine Anmeldung für den Bachelorstudiengang Internationale Wirtschaftsbeziehungen ist online noch möglich.

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Eine grundlegende betriebswirtschaftliche Ausbildung mit Spezialisierungsmöglichkeiten, Sprachunterricht und der Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen eröffnet Karrierechancen im internationalen Kontext. AbsolventInnen arbeiten in allen Branchen von Finanz über Industrie oder Tourismus in den Bereichen Controlling, Product Management, Key Account Management, Supply Chain Management, Projektmanagement uvm.

In diesem Studiengang sind Sie richtig, wenn Sie sich für Wirtschaft und Sprachen interessieren und eine Berufstätigkeit in einem internationalen Umfeld anstreben.

Der Studiengang Internationale Wirtschaftsbeziehungen kann in Vollzeit und in berufsbegleitender Form studiert werden. Berufsbegleitend Studierende bringen bereits berufliche Erfahrungen ins Studium ein. Vollzeitstudierende hingegen haben wenig berufliche Verpflichtungen, sie sammeln internationale Erfahrungen im Sommerkolleg und Berufspraktikum in Zentral- und Osteuropa. Manche absolvieren zusätzlich noch

ein Auslandssemester an einer Partnerhochschule – alles im Rahmen des Curriculums ohne Semesterverlust.

„In der Arbeitswelt ist es wichtig, auch mit Menschen anderer Kulturen zusammenzuarbeiten. Daher geht es im Bachelorstudiengang Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der FH Burgenland nicht nur um Wirtschaft und Sprache, sondern auch um die Entwicklung von interkulturellen Kompetenzen“, so Studiengangsleiterin Tonka Semmler-Matošić.

Studiengang Bachelorstudium

- 6 Semester Wirtschaftsstudium mit zentral-osteuropäischer Dimension
 - Akademischer Grad: Bachelor of Arts in Business - BA
 - Organisationsform: Vollzeit oder berufsbegleitend (in der Regel Freitag Nachmittag und Samstag ganztags)
 - Studienplätze: 130
 - Studienort: 7000 Eisenstadt, Campus 1
 - Unterrichtssprache: Deutsch (einzelne Lehrveranstaltungen können in englischer Sprache abgehalten werden)
 - Fremdsprachen: Englisch und optional eine Sprache aus CEE
 - Studiengebühren: keine
- <https://www.fh-burgenland.at/>

Kirche in Österreich trauert um Bischof Johann Weber

Der emeritierte Grazer Bischof ist in der Nacht auf den 23. Mai im 94. Lebensjahr verstorben. Er leitete von 1969 bis 2001 die Diözese Graz-Seckau und war von 1995 bis 1998 Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz.

Voll Trauer gibt die Katholische Kirche Steiermark bekannt, daß Altbischof Johann Weber, der 56. Bischof der Diözese Graz-Seckau, am 23. Mai friedlich verstorben ist, nachdem er zuletzt noch gemeint hat, er blicke voll Dankbarkeit auf sein Leben zurück und sei bereit, über die letzte Brücke zu gehen. Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl zeigte sich tief betroffen vom Tod von Bischof Johann. „Das hat mich schwer getroffen, auch wenn wir uns ob seines hohen Alters und seines eigenen, offenen Umganges mit dem Tod seelisch vorbereiten konnten. Seine Herzlichkeit, seine Offenheit und sein tiefer Glaube waren über Jahrzehnte das Rückgrat unserer Diözese. Er hat Generationen von Menschen und unsere Steiermark geprägt. Ich bin dankbar für dieses Gottesgeschenk an geistlichem Leben. Ich bitte um das Gebet für unseren verstorbenen Bischof.“ Krautwaschl hat seinerzeit mit Bischof Johann, dessen Wahlspruch „den Armen das Evangelium verkünden“ war, als dessen Zeremoniär viel Zeit verbracht. „Ich erinnere mich noch gut an eine Begebenheit in Bischof Webers Amtsräumen. Einer der Kollegen fragte ihn, wieso denn sein Schreibtisch so leer sei, ob er denn keine Arbeit hätte. Bischof Johann meinte darauf: ‚Ich habe bei einem Kurs im Vatikan gelernt: Der volle Schreibtisch eines Bischofs ist nur ein Hinweis darauf, daß er seinen Mitarbeitern nicht traut.‘“

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

„Mit dem Tod des Altbischofs der Diözese Graz-Seckau, Johann Weber, verliert die Katholische Kirche in der Steiermark einen weit über die Diözesangrenze hinaus geschätzten Oberhirten. Seine Volksnähe und Bescheidenheit werden vielen Menschen, die dem Bischof begegnet sind, in Erinnerung bleiben. Höhepunkt seiner Amtszeit war zweifellos der Besuch von Papst Johannes Paul II. im steirischen Wallfahrtsort Maria Zell im Jahr 1983 sowie die Übernahme des Vorsizes in der österreichischen Bischofs-



Foto: Gerd Neuhold / Sonntagsblatt

Altbischof Johann Weber ist am 23. Mai im 94. Lebensjahr friedlich verstorben.

konferenz“, würdigte Bundespräsident Alexander Van der Bellen den verstorbenen Altbischof.

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer

Auch Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer ist tief betroffen vom Ableben des Altbischofs: „Bischof Johann hat in den Herzen der Steirerinnen und Steirer einen ganz besonderen Platz. Er war über Jahrzehnte das geistliche Herz einer aufblühenden Steiermark. Sein aufbrechender offener Geist verpflichtet dem 2. Vatikanischen Konzil geprägt als Bischof der kleinen Leut Generationen von SteirerInnen. Ich konnte ihm im April noch zu seinem Geburtstag gratulieren und war sehr berührt von seiner Antwort.“

Der Landeshauptmann erinnert sich an die Fähigkeit von Bischof Johann, auf die Menschen zuzugehen. Sein Gespür für die Leute werde unvergessen bleiben. Er sei ein Bischof gewesen, der mit offenem Herzen auf die Menschen zuging, um mit ihnen gemeinsam den Weg des Glaubens zu gehen. „Er war ein Steirer, den die Steiermark als Land von Offenheit und Herzlichkeit betrauert, weil Johann Weber uns mit seinem Geist

in das Herz geschrieben hat“, so der Landeshauptmann.

Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl

Auch der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl ist vom Tod des Altbischofs ergriffen: „Der Ehrenbürger der Stadt Graz Bischof Weber war ein selbstbewußter Religionsverbinder, der in Demut seine Glaubensbotschaft mit allen in der Bevölkerung teilte. Mit seiner Gabe, Menschen für den Glauben und die Stille des Gebets zu begeistern, wird er uns immer in Erinnerung bleiben. Sein religiöses Wirken und seine Verbindenrolle in der Ökumene in Graz und darüber hinaus bleiben uns immer ein Vorbild. Der Tod von Bischof Weber geht mir nahe, da auch Bischof Weber immer den Menschen nahe war.“

Erzbischof Pedro López Quintana, Apostolischer Nuntius in Österreich

„Ich verbinde mich mit Ihnen, den Priestern und den Gläubigen der Diözese Graz-Seckau im fürbittenden Gebet um die ewige Ruhe für den so beliebten Bischof Johann Weber. Er bleibt uns allen als eifriger Hirte in Erinnerung, der sich dem Dienst an der Kirche verschrieben hatte und der den ihm anver-

Personalia

trauten Gläubigen uneingeschränkt in einer beispielhaften Nähe und in einem Geist der Demut und Sympathie stets nahestand.“

Erzbischof Franz Lackner

„Tief bewegt habe ich heute frühmorgens vom Tod Bischof Webers erfahren. Große Dankbarkeit stillt die Trauer. Ein gutes Stück Kirchen- wie Glaubensgeschichte hat in Bischof Weber einen ehrlichen wie begeisterten Zeugen verloren. Sein Glaube war geprägt von Hoffnung und Menschenfreundlichkeit. Die Sorge um den Menschen begleitete ihn bis in die letzten Stunden seines Lebens. Nun ist er, wie er gestern einigen Weggefährten angekündigt hatte, heimgegangen. Lieber Bischof Johann, ein herzliches Vergelt's Gott!“

Evangelische Kirche Steiermark

Die Nachricht vom Ableben von Altbischof Johann Weber bewegt die Evangelische Kirche in der Steiermark: Superintendent Wolfgang Rehner und Superintendentialkurator Michael Axmann zeigten sich tief betroffen. Rehner: „Als Bruder in Christus war der nun Heimgegangene den Superintendenten unserer Kirche in seiner zugewandten Art brüderlich nahe; in seinem theologischen Denken und kirchenleitenden Handeln ein Wegbegleiter unserer Kirche, der Geschwisterlichkeit glaubhaft gelebt hat. Dankbar für sein Wirken und in der Zuversicht des Lebens in Gottes Licht sprechen wir unserer Schwesterkirche unserer Beileid aus.“ Axmann bezeichnet Bischof Weber als „großen Mann der Ökumene.“ Und weiter: „Ich verneige mich vor einem mutigen Vorreiter. Er hat mit seiner Offenheit und Dialogbereitschaft entscheidend beigetragen die Basis für das vorbildliche ökumenische Klima in der Steiermark zu legen.“

Caritas-Direktor Herbert Beiglböck

Mit dem Wahlspruch „den Armen das Evangelium verkünden“ habe sich Bischof Weber von Anfang das Handeln der Caritas zu einer wesentlichen Dimension seines seelsorgerischen Wirkens gemacht, sagte Caritas-Direktor Herbert Beiglböck: „Ganz nahe bei den Menschen und bei Gott, aufmerksam und interessiert für unsere Arbeit war er der Caritas bis zuletzt verbunden. Persönlich war er mir Weggefährte – ein Wort, das er gerne gebrauchte – der mich entscheidend geprägt und behutsam begleitet hat.“

Katholischen Aktion: Er war ein liebenswürdiger Kirchenbotschafter

Andrea Ederer, die Präsidentin der Katholischen Aktion, die dem verstorbenen Prie-

ster und Bischof stets ein Anliegen war, sagte: „Er war ein liebenswürdiger Kirchenbotschafter und sah seinen Platz ‚bei den Leuten‘. Im Geiste des II. Vatikanums forderte und förderte er die Mitgestaltung der Laien in Kirche und Welt. Das Prinzip von Joseph Kardinal Cardajn ‚Sehen – urteilen – handeln‘ leitete das Wirken von Bischof Johann. Geprägt von seiner Zeit in der Katholischen Arbeiterjugend war er der Katholischen Aktion stets verbunden. So wie diese hatte er den kirchlichen Auftrag, die Gesellschaft menschenfreundlich zu gestalten, für seinen Hirtendienst im Blick.“

Der Seelsorger der Arbeiter

Am 26. April 1927 kommt Johann Weber in Graz-St. Veit zur Welt. Bis zur Schließung des Bischöflichen Seminars 1938 ist Johann Weber dort Schüler, anschließend besucht er das Akademische Gymnasium in Graz. Ein Studienjahr widmete der Student Weber der Germanistik, der Geschichte und der Geografie, danach steigt er auf das Studium der Theologie um, welches er 1950 abschließt. Am 2. Juli 1950 wird Johann Weber im Grazer Dom zum Priester geweiht. Nach jeweils drei Jahren als Kaplan zuerst in Kapfenberg und dann in Köflach wird er Diözesanseelsorger der Katholischen Arbeiterjugend. Noch viele Menschen erinnern sich gern an ihre Begegnung mit Johann Weber, dem Seelsorger der Arbeiter, aus dieser Zeit.

Von 1962 bis 1969 war Johann Weber Pfarrer der Stadtpfarre Graz-St. Andrä. Sein Einsatz für die Armen und Bedürftigen zeichnet sein Wirken in diesen Jahren aus. Beispielhaft dafür war die Errichtung des „Heimes der offenen Tür“, eines Hauses für Schwangere, die in Not geraten sind. Am 10. Juni 1969 ernennt Papst Paul VI. ihn zum Nachfolger von Bischof Josef Schoiswohl, der am 1. Jänner 1969 zurückgetreten war. Er reiht sich damit als 56. Bischof der Diözese Graz-Seckau ein.

Diözesaner Aufbruch

Der 28. September 1969, der Tag der Bischofsweihe von Johann Weber, wurde auch zu einem Aufbruchsfest für die Diözese Graz-Seckau. Historisches Detail am Rande: Zur gleichen Zeit, als Johann Weber vom Salzburger Erzbischof Andreas Rohrer und seinem Vorgänger Bischof Josef Schoiswohl geweiht wurde, zeigte der ORF die ersten Bilder von der Mondlandung der US-Amerikanischen Apollomission gezeit.

Die Aufgaben, denen sich Bischof Johann Weber stellen mußte, waren nicht leicht. Es

galt, die Polarisierung im Klerus über die Ausrichtung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil in der Diözese zu überwinden und gleichzeitig das Konzil umzusetzen. Die Einrichtung des Diözesanrates und der Pfarrgemeinderäte, aber auch die Bestellung von Laien zu PastoralassistentInnen und in Aufgabenfelder, die bislang Priestern vorbehalten waren, sind Teile davon. Unter seine Ära fällt auch die Errichtung des Kulturzentrums bei den Minoriten und des Welthauses.

»Herzbischof« Weber

Über 30 Jahre prägte Bischof Johann Weber als Hirte die Diözese Graz-Seckau und auch die ganze Kirche in Österreich mit. Einige große Ereignisse zeugen davon: Die Österreich-Synode 1973/74, der „Tag der Steiermark“ 1993, die „Wallfahrt der Vielfalt“ 1996, die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung 1997 in Graz und der „Dialog für Österreich“ 1998. Zu den Höhepunkten seiner Amtszeit zählt auch der Besuch von Papst Johannes Paul II. im Jahr 1983 in Mariazell und der Katholikentag 1981 in Graz, zu dem 70.000 Gläubige in den Stadtpark gekommen waren. Sie feierten das „Fest der Brüderlichkeit“ gemeinsam mit Bischof Johann Weber, der – passend zum Logo des Katholikentages – zum „Herzbischof“ ernannt wurde.

2001 legt Bischof Johann Weber sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zurück. Der Papst ernannte Bischof Egon Kapellari zum Nachfolger und 57. Bischof in der Steiermark. Bischof Johann Weber schreibt zum Abschied im Sonntagsblatt: „Beinahe 32 Jahre war ich nun Bischof unserer Diözese Graz-Seckau. Da ist es an der Zeit, für einen neuen Bischof Platz zu machen. Ich hab mir das gut und lange überlegt, und ich glaube, daß nun der richtige Zeitpunkt gekommen ist. [...] Es gibt einem viel Freude, in der Steiermark Bischof zu sein, das ist meine Erfahrung. Danke!“ Danach war Bischof Weber als Seelsorger im Pfarrverband Graz-St. Leonhard, Graz-Ragnitz und Graz-Kroisbach tätig.

Zuletzt lebte Bischof Johann Weber im Alten- und Pflegeheim der Dienerinnen Christi in Graz-Andritz, jenem Teil der steirischen Landeshauptstadt, wo er vor 93 Jahren das Licht der Welt erblickt hatte. ■

Sie können hier Möglichkeit wahrnehmen, sich im Kondolenzbuch für Bischof Weber einzutragen:

<https://www.katholische-kirche-steiermark.at/portal/home/aktuellesneu/article/16247.html>

<https://www.katholische-kirche-steiermark.at/>

Quelle: Katholische Kirche Steiermark

Interreligiöses Treffen

VertreterInnen von acht Glaubensgemeinschaften kamen bei der Friedensglocke im Tiroler Mösern zusammen, um über die Bewältigung der Coronakrise zu beraten.

Die Bewältigung der Coronakrise, die Stärkung im Miteinander und der Aufbau einer Kultur des Friedens waren zentrale Anliegen eines Treffens von Tiroler ReligionsvertreterInnen am 14. Mai bei der Friedensglocke in Mösern. Zu der Begegnung hatte der römisch-katholische Innsbrucker Diözesanbischof Hermann Glettler im Rahmen eines internationalen Gebetstages aller Religionen angesichts der Corona-Pandemie aufgerufen, wie die Diözese in einer Aussendung bekanntgab. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – darunter auch der evangelische Superintendent der Diözese Salzburg und Tirol, Olivier Dantine – sprachen dabei Gebete und Gedanken.

Bischof Glettler: Wir ermutigen zu einem Weg des Miteinanders

„Wir wollen in der aktuellen Phase der Krisenbewältigung zu einer Kultur des Dialogs und des Friedens beitragen“, so Bischof Glettler. Gott möge den Menschen Kraft und Ausdauer für die anstehenden Herausforderungen schenken und die von der Krise schwer Betroffenen trösten. Das Treffen der Religionsvertreter solle „über unsere Landesgrenzen hinaus eine Verbundenheit mit allen Gläubigen und allen Menschen guten Willens ausdrücken“, sagte Glettler. Als römisch-katholischer Bischof bitte er, daß die Zusammenkunft ein starkes Zeichen von Einheit sei: „Wir wollen dem Geist der Spaltung und Gehässigkeit keinen Raum geben. Wir ermutigen alle, den Weg des Miteinanders zu gehen und füreinander da zu sein.“

Dantine: Erinnerung an jene, die in Sorge um eigene Gesundheit vergessen werden

Olivier Dantine dankte Gott für die vielen Zeichen der Solidarität in den vergangenen Monaten und die Menschen, die Nachbarschaftshilfe anbieten. Der evangelische Superintendent erinnerte an jene, die „in der Sorge um unsere eigene Gesundheit aus unserem Blickfeld gedrängt wurden: Menschen in Flüchtlingslagern, für die Abstandhalten und Hygiene nicht möglich sind. Menschen in Ländern mit schwachem Gesundheitssystem. Obdachlose in unserem Land.“ Er bat Gott, in uns das Bewußtsein zu stärken, „daß



Foto: Diözese Innsbruck

Vertreter der Religionsgemeinschaften versammelten sich bei der Friedensglocke (v. l.) Magdalena Modler-EI Abdaoui (Diözesanreferentin für interreligiösen Dialog), Olivier Dantine, Gabriele Doppler, Gerhard Egger, Hermann Glettler, Günter Lieder, Reiner Lipschütz, Dursun Bulut Dede, Samir Redzepovic und Max Valtingoer.

diese Pandemie und die Folgen ihrer Eindämmung Menschen in sehr unterschiedlicher Weise treffen und manche an den Rand ihrer Existenz treiben“.

Acht Religionsgemeinschaften in Mösern

Der Einladung von Bischof Glettler gefolgt waren Superintendent Olivier Dantine (Evangelische Kirche in Salzburg und Tirol), Gabriele Doppler (Österreichische Buddhistische Religionsgesellschaft), Samir Redzepovic (Islamische Religionsgemeinschaft Tirol), Günter Lieder und Thomas Lipschütz (Israelitische Kultusgemeinde für Tirol und Vorarlberg), Dursun Bulut Dede (Alevitische

Glaubensgemeinschaft Tirol), Max Valtingoer (Neuapostolische Kirche) und Gerhard Egger (Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage). Vertreter der griechisch-orthodoxen und serbisch-orthodoxen Gemeinden in Tirol konnten aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen. ■

<https://www.dibk.at/>
<https://evang.at/>
<http://www.buddhismus-austria.at/>
<http://www.islam-tirol.at/>
<http://www.ikg-innsbruck.at/>
<http://www.aleviten.at/>
<https://nak.at/>
<http://www.orthodoxe-kirche.at/>
<http://www.crkva.at/de/>

Quantentechnologien Made in Austria

AIT ist Österreichs Kompetenzzentrum für Quantentechnologie, treibt wesentliche Umsetzungsinitiativen für ein sicheres vernetztes Europa und koordiniert Pilotprojekt der Europäischen Quantum Communication Initiative QCI

Für Österreich unterzeichnete Magnus Brunner, Staatssekretär im Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) Ende Februar 2020 in Brüssel die „EuroQCI Declaration“. Mit der Unterzeichnung dieser Europäischen Quantum Communication Infrastructure Initiative bekräftigten mittlerweile 24 Mitgliedsländer der EU die Absicht, in den nächsten 10 Jahren einen europäischen Cyber-Schutzschild auf Basis einer Quantenkommunikations-Infrastruktur zu errichten. Unter dem Titel „Open European Quantum Key Distribution Testbed“ (OPENQKD) leitet das AIT Austrian Institute of Technology, Österreichs größte Forschungsorganisation für angewandte Forschung, bereits seit September 2019 das erste europäische Pilotprojekt im Rahmen der EuroQCI-Initiative, das sich mit der Realisierung eines sicheren vernetzten Europas durch Quantenverschlüsselung beschäftigt.

Das in langjähriger Forschung am AIT gesammelte Know-How fließt in diesem Kontext auch zentral in die im Februar 2020 gestartete erste europäische Studie „QCI4EU“ ein. Ziel dieser Studie ist es, die Benutzeranforderungen und Anwendungsfälle, die die Entwicklung der EuroQCI vorantreiben werden, in enger Zusammenarbeit mit den teilnehmenden Mitgliedsstaaten zu spezifizieren. Darauf aufbauend wird eine übergreifende Systemarchitektur für EuroQCI ausgearbeitet, die sich aus weltraumgestützten und terrestrischen Lösungen zusammensetzt, die „secure by design“ sind und die gesamte Europäische Union abdecken. Das Ziel von EuroQCI ist es, die Übertragung und Speicherung von Informationen und Daten auf ultra-sichere Weise zu ermöglichen und kritische öffentliche Kommunikationsmittel in der gesamten Union miteinander zu verbinden.

Über das vergangene Jahrzehnt hat sich das AIT international einen hervorragenden Ruf als Spezialist für Quantentechnologien und als Koordinator großer europäischer Projekte erworben. Dies wurde beispielsweise



Europäisches Telekommunikationsnetz über Europa, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Konzept über Internet und globale Kommunikationstechnologie für Finanzen, Blockchain oder IoT, Elemente der NASA

auch im konkurrenzstarken europäischen Programm „Quantum Flagship“ unter Beweis gestellt, das die Entwicklung von Quantentechnologien für den Massenmarkt zum Ziel hat.

OPENQKD: Sicheres vernetztes Europa durch Quantenverschlüsselung

Im September 2019 startete die EU das für 3 Jahre anberaumte und mit 15 Millionen Euro geförderte Horizon 2020-Projekt „OPENQKD“, deren Ergebnisse in die EuroQCI Initiative einfließen. Das vom AIT geführte Konsortium umfaßt 38 Partner aus 9 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, UK, Schweiz, Bosnien und Herzegowina und Israel und deckt mit seiner Zusammensetzung aus Herstellern, Netzbetreibern, Systemintegratoren, KMUs, Forschungseinrichtungen, Universitäten, Zertifizierungs- und Standardisierungsstellen sowie Endanwendern ein sehr breites Kompetenzfeld ab. Mit dem Ziel, ein sicheres Netzwerk für Quantenkommunikation in Europa aufzubauen und damit ein europäisches Ökosystem für Quantentechnologie-Anbieter und Appli-

kationsentwickler auf den Weg bringen, wird die Entwicklung verschiedener Demonstratoren und künftiger Anwendungen vorangetrieben. Das umfaßt z.B. gesicherten Datenverkehr über Telekommunikationsnetze sowie eine entsprechende Speicherung in Cloud-Infrastrukturen, den Schutz sensibler medizinischer Informationen oder Daten der Behördenkommunikation sowie eine gesicherte Übertragung von Kontroll- und Steuerungssignalen beim Betrieb von kritischer Infrastruktur (Telekommunikationsnetzwerke, Energieversorgung). Auf diese Weise soll die digitale europäische Datenwirtschaft gegenüber heutigen und künftigen Bedrohungsszenarien (z.B. durch Quantencomputer) und somit die strategische Autonomie Europas im digitalen Zeitalter sichergestellt werden.

<https://www.openqkd.eu/>

»Quantum Flagship« Projekte UNIQORN und CiVIQ

Das „Quantum Flagship“-Programm gehört zu den größten Initiativen der Europäischen Kommission und wurde 2018 mit einem Zeitrahmen von 10 Jahren und einem

Fördervolumen von 1 Milliarde Euro gestartet. Zu den Zielen gehört u.a. die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen europäischen Quantentechnologie-Industrie und die Etablierung Europas als dynamische und attraktive Region für Quantenforschung.

Mit dem Projekt UNIQUORN (Affordable Quantum Communication for Everyone: Revolutionizing the Quantum Ecosystem from Fabrication to Application) leitet das AIT mit 17 Partnern aus Europa eine innovative benutzerorientierte Pionierforschung, um über den Einsatz photonischer Technologien eine Miniaturisierung von Quantenapplikationen in Richtung System-on-Chip-Lösungen einzuläuten. Dadurch soll Quantentechnologie kostenoptimiert für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Insbesondere für die Generierung echter Zufallszahlen (und damit eine hochsichere Schlüsselverteilung) wird das Projekt mit der Realisierung von spezialisierten quantenoptischen Quellen, miniaturisierten QKD-Sendeinheiten und -Detektortechnologien auf massentauglichen Fertigungsplattformen wichtige Impulse und Durchbrüche liefern.

<https://quantum-uniqorn.eu/aktuelle-news/>

Im Rahmen des Projekts CiVIQ steht die kosteneffiziente Integration von Technologien der Quantenkommunikation in aufkommende optische Telekommunikationsnetze im Mittelpunkt der Forschung. Insgesamt 21 Partner, darunter führende Telecoms, Integratoren und Entwickler von QKD, arbeiten an modernsten flexiblen und kostengünstigen Systemen zur Quantenschlüsselverteilung (QKD) sowie an neuen quantenkryptographischen Systemen und Protokollen. KonsumentInnen, Industrie und Institutionen sollen in Zukunft innovative Dienstleistungen angeboten werden können, welche den Bedürfnissen eines sicheren Telekommunikationsmarktes gerecht werden. Das AIT entwickelt in diesem Projekt QKD-Prototypen und spezialisierte Software für den Feldeinsatz.

<https://civiquantum.eu/>

QUARTZ: Quantenverschlüsselung über Satelliten

Seit 2018 ist das AIT auch maßgeblich an dem von SES, dem weltweit führenden Satellitenbetreiber, koordinierten Konsortium zur Entwicklung eines satellitengestützten Cybersecurity-Systems auf Basis von Quantenverschlüsselung beteiligt. Das Projekt QUARTZ (Quantum Cryptography Telecommunication System) wird von der Europäischen Weltraumorganisation ESA unter-



Foto: AIT / Michael Mürling

Empfangsgerät für Daten, die mit Quantentechnologie verschlüsselt werden.

stützt. Dem QUARTZ-Konsortium gehören neben dem AIT und dem Projektkoordinator SES auch acht weitere renommierte Forschungseinrichtungen, Universitäten und Firmen an. Gemeinsam wird bis 2021 daran gearbeitet, die Verteilung sicherer Schlüssel zwischen optischen terrestrischen Bodenstationen, die alle über Quantenverbindungen mit einem Quantensatelliten verbunden sind, zu konzipieren und erste Soft- und Hard-

ware-Komponenten zu entwickeln. Denn mit der unbegrenzten Abdeckung durch Satelliten können die heute bestehenden Beschränkungen glasfaserbasierter QKD-Systeme mit Übertragungreichweiten von wenigen hundert Kilometern überwunden und ein global verfügbares Cybersecurity-System auch für Netze in entlegenen Regionen verfügbar gemacht werden.

<https://www.ait.ac.at/quartz>

Die Entwicklung wird von der ESA unterstützt



Foto: ESA / Grimault

Anlässlich der QUARTZ-Unterzeichnung: Magali Vaissiere, ESA-Direktorin für Telekommunikation und integrierte Anwendungen; Nicole Robinson, SVP Global Government bei SES Networks

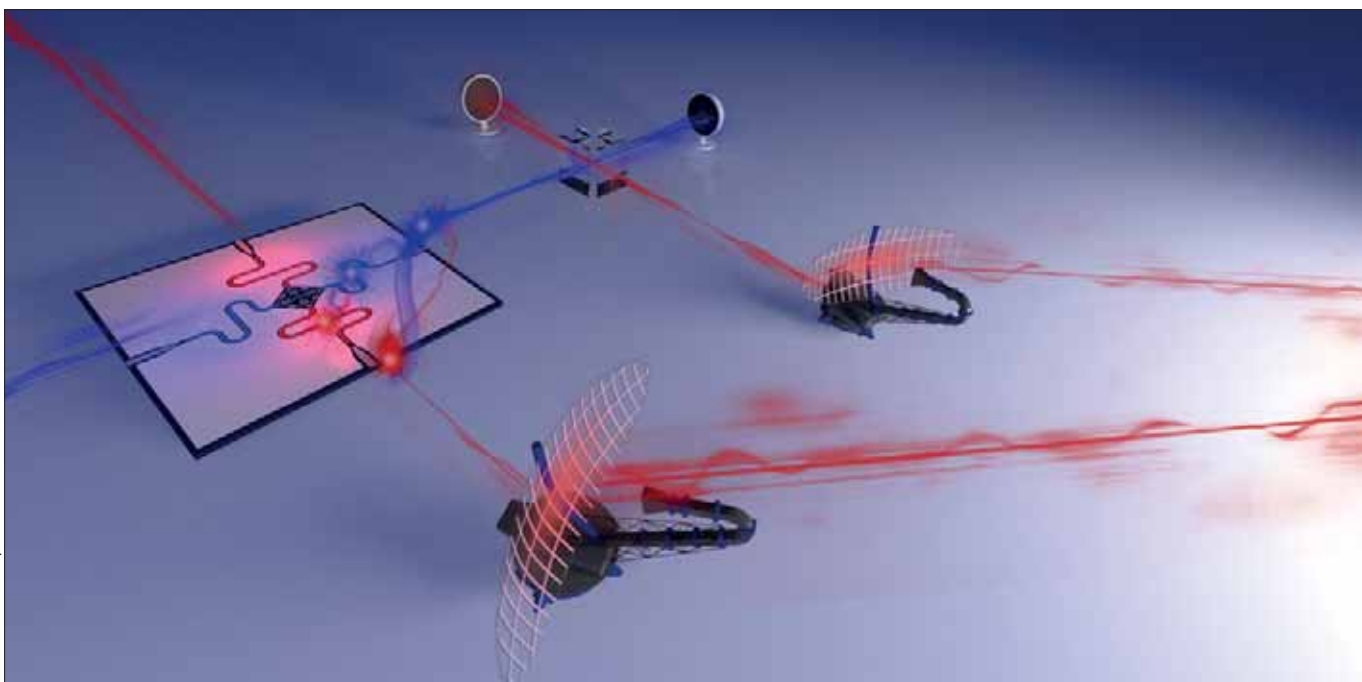
Die Europäische Weltraumorganisation ESA widmet sich der friedlichen Erforschung und Nutzung des Weltraums zum Wohle der Menschheit widmet. Sie hat 22 Mitgliedsstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland,

Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, Schweden, Schweiz Tschechische Republik, Ungarn und das Vereinigte Königreich.

<https://www.esa.int/>

IST Austria Wissenschaftler zeigen Quantenradar-Prototyp

Physiker des Institute of Science and Technology Austria (IST Austria) gelang es, einen Radarprototypen zu entwickeln, der sich zur Objekterkennung des Phänomens der Quantenverschränkung bedient.



© IST Austria/Philip Krantz

Illustration eines Quantenradar-Prototyps

Quantenverschränkung ist ein physikalisches Phänomen, bei dem zwei Teilchen miteinander verbunden bleiben und physikalische Eigenschaften teilen, unabhängig davon, wie weit sie voneinander entfernt sind. Nun haben Wissenschaftler der Forschungsgruppe um Professor Johannes Fink am Institute of Science and Technology Austria (IST Austria) in Klosterneuburg gemeinsam mit Stefano Pirandola vom Massachusetts Institute of Technology (MIT), USA und der University of York, Großbritannien, sowie David Vitali von der Universität Camerino, Italien, eine neuartige Detektionstechnologie namens Mikrowellen-Quantenillumination entwickelt. Der Prototyp, ein sogenanntes Quantenradar, ist in der Lage, Objekte in verrauschten thermischen Umgebungen zu erkennen, in denen klassische Radarsysteme oft versagen. Die neue Technologie, die auf der Verwendung verschränkter Mikrowellenphotonen basiert, könnte potentiell in biomedizinischen Niedrigenergie-Bildgebungsverfahren und Sicherheitsscannern zur Anwendung kommen.

Quantenverschränkung als neue Detektionsmethode

Im Prinzip ist die Funktionsweise des Systems relativ einfach: Anstatt konventionelle Mikrowellen zu verwenden, verschränken die Forscher zwei Gruppen von Photonen, die als „Signal“ und „Idler“ bezeichnet werden. Die Signal-Photonen werden in Richtung des zu detektierenden Objekts ausgesandt, während die Idler-Photonen relativ isoliert, frei von Störungen und Rauschen gemessen werden. Wird das Signal zurückreflektiert, geht die Verschränkung zwischen Signal- und Idler-Photonen zum Großteil verloren, nur einige wenige Korrelationen bleiben bestehen. Diese erzeugen aber eine Signatur oder ein Muster bei der Rekombination der beiden Signale, das die Existenz oder Abwesenheit des Zielobjekts beschreibt – unabhängig vom Rauschen in der Umgebung.

„Was wir gezeigt haben, ist der praktische Nachweis eines theoretischen Konzepts für Mikrowellen-Quantenradare“, so Erstauteur und zum Zeitpunkt der Forschungen

Postdoc in der Fink-Gruppe Shabir Barzanjeh, dessen bisherige Forschung dazu beigetragen hat, den theoretischen Rahmen um quantenbasierte Radartechnologie zu entwickeln. „Mithilfe von Quantenverschränkung, die bei einigen Tausendstel Grad über dem absoluten Nullpunkt (-273,14 °C) erzeugt wurde, konnten wir Objekte mit sehr geringer Reflektivität bei Raumtemperatur detektieren.“

Quantenradar klassischen Radaren bei niedriger Leistung überlegen

Obwohl die Verschränkung von Quantenteilchen prinzipiell sehr instabil ist, hat das neu entwickelte Gerät gegenüber herkömmlichen Radaren einige grundlegende Vorteile. So haben klassische Radarsysteme bei sehr kleinen Signalleistungen typischerweise eine geringe Empfindlichkeit, da sie Schwierigkeiten haben, die vom Objekt reflektierte Strahlung von natürlich auftretendem Hintergrundstrahlungsrauschen zu unterscheiden. Mit der Quantenillumination kann dieses Problem umgangen werden, da die Ähn-

lichkeiten zwischen den Signal- und Idler-Photonen die Unterscheidung der Signal-Photonen (die vom Zielobjekt empfangen werden) vom Umgebungsrauschen erleichtern.

Barzanjeh, der mittlerweile Assistenzprofessor an der University of Calgary ist: „Die zentrale Aussage unserer Forschung ist, daß Quantenradare und Mikrowellen Quantenillumination nicht nur in der Theorie existieren, sondern auch in der Praxis möglich sind. Im Vergleich zu klassischen kohärenten Detektoren sehen wir unter denselben Bedingungen und bei sehr geringer Signalstärke, daß die quantenverstärkte Detektion überlegen sein kann.“

Wichtiger Meilenstein zur Weiterentwicklung 80jähriger Radartechnologie

Grundlagenforschung war stets einer der wichtigsten Treiber für Innovation, Paradigmenwechsel und technologischen Durchbruch. Die neuesten Forschungsergebnisse der Fink-Gruppe gelten zwar lediglich als „Proof of Concept“, also als praktischer Nachweis eines theoretischen Konzepts, jedoch konnten Barzanjeh et al. eine neue Detektionsmethode demonstrieren, die in einigen Fällen dem klassischen Radar überlegen sein kann.

„Im Laufe der Geschichte waren Proofs of Concept wie unseres oft wichtige Meilensteine auf dem Weg zu zukünftigen technologischen Entwicklungen. Wir sind gespannt auf die Auswirkungen unserer Forschung, insbesondere für Mikrowellensensoren mit kurzer Reichweite“, so Barzanjeh.

Letztautor und Gruppenleiter Johannes Fink ergänzt: „Dieses wissenschaftliche Ergebnis war nur möglich durch die enge Zusammenarbeit von theoretischen und experimentelle Physikern die neugierig sind wie man Quantenmechanik nutzen kann um klassische Schranken in der Sensorik zu durchbrechen. Um einen Nutzen aus unserer Forschung zu ziehen, brauchen wir darüber hinaus aber auch die Unterstützung erfahrener Elektroingenieure denn es gibt noch viel zu tun bevor das Konzept in der Praxis angewendet werden kann.“

Über die Fink-Gruppe am IST Austria

Professor Johannes Fink leitet am IST Austria eine Forschungsgruppe an der Schnittstelle zwischen Quantenoptik und mesoskopischer Festkörperphysik. Das Team untersucht Quantenphysik in elektrischen, mechanischen und optischen chip-basierten Bauteilen mit dem Ziel, die Quantentechno-



Foto: IST Austria / Anna Stöcher

Die IST Austria Physiker Shabir Barzanjeh (Erstautor) und Johannes Fink (Gruppenleiter and Co-Autor) an ihrem Arbeitsplatz

logie für Simulation, Kommunikation, Metrologie und Sensorik weiterzuentwickeln

und zu integrieren.

<https://ist.ac.at/de/forschung/fink-gruppe/>

Thomas Henzinger in zwei renommierte amerikanische Akademien gewählt

Der Informatiker und Präsident des Institute of Science and Technology Austria (IST Austria), Thomas Henzinger, wird Mitglied in der 1780 gegründeten US National Academy of Sciences und in der American Academy of Arts and Sciences. Diese honoriert herausragende Wissenschaftler, Führungspersonlichkeiten, Künstler und Innovatoren und engagiert sich für den Wissensaustausch und die Bewältigung weltweiter Herausforderungen. Zu ihren Mitgliedern zählen Ikonen der amerikanischen Geschichte, Kunst und Wissenschaft von Benjamin Franklin bis Albert Einstein und Bob Dylan.

Thomas Henzinger bedankt sich für die Ehre, diesen ausgewählten Kreisen beitreten zu dürfen: „Ich fühle mich geehrt, daß meine Kollegen mich ausgewählt haben, Mitglied dieser renommierten Akademien zu werden. Spitzenforschung ist immer eine gemeinschaftliche Anstrengung. Deshalb möchte ich auch allen meinen Studenten und Mitarbeitern im Laufe der Jahre danken.“

Wissenschaftliche Karriere und Errungenschaften

Thomas Henzinger wurde in Linz geboren. Er erhielt sein Diplom in Informatik von der Johannes-Kepler-Universität in Linz und sein Doktorat in Computer Science von der Stanford University (1991). Er war Direktor am Max-Planck-Institut für Informatik in



Foto: IST Austria / Johannes Zimmer

Prof. Thomas Henzinger

Saarbrücken, sowie Professor an der EPFL in Lausanne und an der University of California in Berkeley.

Im Jahr 2009 wurde Thomas Henzinger zum ersten Präsidenten des IST Austria ernannt und hat das Institut in den letzten zehn Jahren zum weltweiten Erfolg geführt: Während Henzingers dritter Amtszeit belegte das IST Austria im Juni 2019 den dritten Platz der weltweit führenden Forschungseinrichtungen auf dem Nature Index (normalisiertes Ranking). Mit seiner Berufung wird er neben Herbert Edelsbrunner das zweite Mitglied des IST Austria in der American Academy of Arts and Sciences.

<https://ist.ac.at/>

Hinweise auf steinzeitliches Bierbrauen in Mitteleuropa

Ein internationales Forschungsteam rund um die Österreichische Akademie der Wissenschaften hat eine Methode entwickelt, mit der sich malzbasierte Lebensmittel auch anhand verbrannter archäologischer Speisereste belegen lassen

Es zählt zu den ältesten und weitest verbreiteten Nahrungsmitteln der Menschheit: das Bier. Als Getränk mit Wurzeln, die bis zur Entstehung der Landwirtschaft in der Jungsteinzeit zurückreichen, spielte es quer durch die Kulturen eine große rituelle und soziale Rolle – und nicht zuletzt auch als wichtiges Lebensmittel. Bierherstellung und -konsum in archäologischen Befunden zu finden ist jedoch schwierig, ein Nachweis ist oft nur eingeschränkt möglich. Für die Erforschung „alten Biers“ wird deshalb ständig nach besseren Methoden gesucht.

Im Rahmen des vom Europäischen Forschungsrat (European Research Council, ERC) geförderten Projekts PlantCult hat nun ein internationales Forschungsteam unter der Leitung des Archäobotanikers Andreas G. Heiss vom Österreichischen Archäologischen Institut der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) eine neue Methode entwickelt, um archäologische Belege von stark verarbeitetem Getreidemalz eindeutig zu identifizieren, und damit auch einen der wichtigsten Schritte der Bierbereitung nachzuweisen. Die Ergebnisse wurden nun in der Fachzeitschrift „PLOS ONE“ veröffentlicht.

Experimentelles Malz

Ein entscheidender Schritt beim Bierbrauen ist das Mälzen, bei dem Getreide – heute meist Gerste – zum Keimen gebracht und dann getrocknet oder geröstet wird. Bei diesem Keimungsvorgang wird die im Mehlkörper enthaltene Stärke verzuckert, ebenso wird die Zellulose der Zellwände abgebaut und dem Keimling als Energie für das Wachstum zur Verfügung gestellt. Mikroskopische Strukturveränderungen dieses „Aussaugens“ des Kornes sind unter anderem die immer dünner werdenden Zellwände des Mehlkörpers und der sogenannten Aleuronschicht. Die vorliegende Studie konnte das Merkmal dünner Aleuron-Zellwände nun erstmals zum Nachweis von Malz in verkohlten archäologischen Resten nutzen, also selbst dann, wenn die Körner bis zur Unkenntlichkeit zermahlen wurden und anschließend verbrannten.



Foto: ÖAW / Niki Gail

Ohne Mikroskop sind die meisten archäologischen Lebensmittelreste äußerst unscheinbare Funde.



Foto: ÖAW-ÖAI / Niki Gail

Der vielleicht älteste Braurest Mitteleuropas: Ein napfförmiger Speiserest aus der Seeufersiedlung Hornstaad-Hörnle IA (Deutschland)



Foto: ÖAW / Niki Gail

Bei Vergrößerungen ab 200-fach lassen sich Zellstrukturen zumindest schon erahnen.

Für ihre Studie verwendeten Andreas G. Heiss und seine KollegInnen unterschiedlich lang gekeimtes Gerstenmalz und simulierten dessen archäologische Konservierung durch Verkohlung: Es zeigte sich, daß die mikroskopisch kleinen Spuren des Mälzens auch dann noch klar zu erkennen waren. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil der Großteil archäologischer Pflanzenfunde nur in diesem verkohlten Zustand erhalten sind.

Gemeinsamkeiten mit archäologischen Funden

In einem weiteren Schritt verglichen die ForscherInnen das Ergebnis ihres Experiments mit Funden verkohlter Getreideerzeugnisse aus archäologischen Stätten: In den bekannten altägyptischen Brauereien von Hierakonpolis und Tell el-Farcha aus dem 4. Jahrtausend v. Chr. waren schwarz verbrannte Krusten in tönernen Braukesseln gefunden worden. Diese zeigten unter dem Rasterelektronenmikroskop dieselben Strukturen wie das experimentell verkohlte Malz.

Auch an verkohltem Material aus jungsteinzeitlichen Seeufersiedlungen in Mitteleuropa, die ebenfalls ins 4. vorchristliche Jahrtausend datieren, entdeckten die WissenschaftlerInnen die dünnen Aleuron-Zellwände: amorphe Speisekrusten aus der Grabung Parkhaus Opéra am Schweizer Zürichsee erwiesen sich als malzhaltig, ebenso zwei bislang als „brotartige Objekte“ angesprochene Funde aus Sipplingen-Osthafen und Hornstaad-Hörnle, beides am Bodensee gelegene Siedlungen in Deutschland.

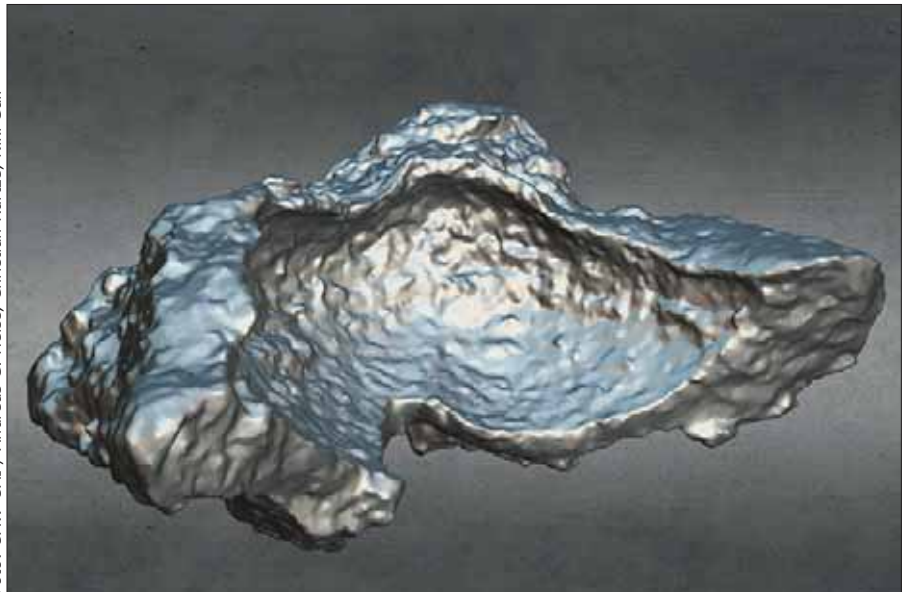


Foto: ÖAW-ÖAT / Andreas G. Heiss, Christian Kurtze, Niki Gail

Der verkohlte Speiserest aus Hornstaad-Hörnle als photogrammetrisches 3D-Modell.

Hinweise auf steinzeitliche Bierproduktion

Der Fund aus Hornstaad-Hörnle zeigte zudem: Stark zerkleinertes Gerstenmalz war hier zu einer Flüssigkeit aufgegossen worden, die in der Hitze eines abbrennenden Gebäudes schließlich eindickte und verkohlte. Ob hier ein alkoholfreier Malztrunk hätte zubereitet werden sollen, oder ob das Ziel doch das Vergären zu einem steinzeitlichen „Bodenseebrau“ gewesen war, läßt sich heute nicht mehr eindeutig ermitteln.

„Über ein Jahr lang haben wir unser neues Bestimmungsmerkmal immer wieder überprüft, bis wir – und auch die Gutach-

terInnen – mit dem Resultat zufrieden waren. Daß wir damit en passant auch die bislang ältesten Belege für malzbasierte Lebensmittel, und damit möglicherweise auch für Bier, im jungsteinzeitlichen Mitteleuropa geliefert hatten, fiel uns erst später auf“, erzählt der Archäobotaniker.

Demnach stellen die Funde aus den neolithischen Seeufersiedlungen (etwa 3900 bis 3100 v. Chr.) derzeit die ältesten Malzspuren in Mitteleuropa dar, während das Hornstaader Objekt möglicherweise sogar auf eine frühe Bierproduktion in Mitteleuropa hinweist. ■

<https://www.oeaw.ac.at/>

Musik: Eine Behandlungsmethode, die Freude bereitet

Der renommierte Schmerzforscher Professor Günther Bernatzky untersucht gemeinsam mit der Musikwissenschaftlerin Katarzyna Grebosz-Haring von der Universität Mozarteum (Kooperationsschwerpunkt Wissenschaft und Kunst) die vorbeugende und heilende Wirkung von Musik, Gesang und Bewegung auf Parkinson-PatientInnen. Ziel der Wissenschaftler ist es, daß ihre Methode als Ergänzung in die therapeutische Behandlung integriert und gleichzeitig die Medikation reduziert wird.

„Es ist von alters her bekannt, daß Musik unsere Stimmung verändern kann“, sagt Professor Günther Bernatzky vom Fachbereich Ökologie und Evolution der Universität Salzburg. Dabei hänge es aber von verschiedenen Faktoren ab, ob und in welchem Ausmaß Musik auf den einzelnen wirkt. So spielen psychologische Faktoren wie etwa die musikalische Kompetenz, physiologische Faktoren wie Empfindlichkeit und Reaktionsvermögen, aber auch soziale Aspekte eine Rolle.

„Welche Art von Musik eine positive Rolle spielen kann ist individuell sehr unterschiedlich“, so Bernatzky. So habe beispielsweise der Radetzky-Marsch auf viele Parkinson-PatientInnen eine aktivierende, belebende Wirkung. Die Wissenschaftler stellten dabei eine erhöhte Produktion des Glückshormons Dopamin bei den PatientInnen fest. Dennoch wirkt auf jeden Menschen die Musik anders: „Unser Musikgeschmack ist von unserer sozial-kulturellen Umgebung beeinflusst.“ Auf der von Bernatzky und Kollegen (u.a. der Psychologe Franz Wendtner) zusammengestellten Musik-CD für Parkinson-Kranke finden sich neben dem Radetzky-Marsch auch Tango-Klänge oder aktivierende Musik von Vivaldi. „Wichtig ist, daß man die Musik mit Kopfhörer“ hört, weil die Lautstärke eine wesentliche Rolle spielt. Was für den einen angenehm ist, verursacht bei dem anderen Streß. „Wenn Musik zu einer Streß-situation führt, würde sich die Krankheit noch verschlimmern“, sagt Bernatzky. Die Menschen fangen zu zittern an.

Die Wirksamkeit von Musik als Therapie ist heute in zahlreichen Anwendungsgebieten gesichert: Musik hilft Streß zu reduzieren, Stimmung und körperliche Leistungsfähigkeit verbessern, lindert Schmerzen, senkt

bei PatientInnen mit koronarer Herzkrankheit Blutdruck und Herzfrequenz, bessert Verhaltensstörungen und psychische Probleme wie etwa Ängste und Depressionen. „Musik die uns wirklich gefällt, aktiviert im Gehirn, wie wir aus neuen Forschungen wissen, das sogenannte Belohnungssystem“, so Bernatzky.



Foto: Universität Salzburg / Kolarik

Katarzyna Grebosz-Haring und Professor Günther Bernatzky

Dieses „Lust-Zentrum“ könne auch auf andere Weise stimuliert werden, z.B. durch gutes Essen, Schokolade, Sex oder auch Kokain, also immer dann, wenn wir uns momentan besonders wohl fühlen. In solchen Situationen komme es zu einer Ausschüttung von Endorphinen. Das sind körpereigene Opiate, die Wohlgefühl bewirken und Schmerzen lindern. Daneben werden auch körpereigene Cannabinoide produziert und ausgeschüttet. „Dadurch wird unsere Stimmung verbessert. Ärger und Schmerzen werden erträglicher“, so Bernatzky.

Professor Günther Bernatzky und Katarzyna Grebosz-Haring haben nun vor, eine Studie mit 90 Parkinson-PatientInnen durchzuführen. Die PatientInnen werden in drei Gruppen zu je 30 Personen unterteilt. Eine Gruppe hört eine therapeutische Musik CD, mit der zweiten Gruppe wird ein Chor gebildet, der drei Monate lang gemeinsam jeden Montag singt und die dritte Gruppe stellt die sogenannte Kontrollgruppe dar und nimmt an keinen Aktivitäten teil. Die Kontrollgruppe und die Musikhör-Gruppe darf im Anschluß auf Wunsch in den Chorgesang gehen. Das Neue und bislang noch unerforschte ist

die Chorgruppe, die nicht nur singt, sondern sich dabei auch bewegt. „Wir sind überzeugt, daß die rhythmische Bewegung verbunden mit Gesang und gezielter Atmung positiv auf die PatientInnen wirkt“ so Grebosz-Haring. Ein wichtiger Faktor sei dabei zusätzlich der soziale Kontakt. „Das gemeinsame Singen im Chor ist daher von besonderer Bedeutung.“ Denn viele Parkinson-PatientInnen entwickeln früher oder später eine Depression. Auch dieser Gefahr kann mit gemeinsamen Singen und Bewegung frühzeitig entgegengewirkt werden.

Die größte Hürde bei der Studie ist, die PatientInnen zu motivieren daran teilzunehmen. Gerade die Depression treibe die Menschen in die Einsamkeit, so Bernatzky. Und es sei oftmals schwer, sie aus der Isolation herauszulocken. „Wir wollen zeigen, wie es den PatientInnen geht, wenn sie tatsächlich drei Monate lang jede Woche im Chor singen. Unser großes Ziel ist es, durch diese Musiktherapie die Medikation zu verringern. Außerdem wollen wir Richtlinien und Empfehlungen ausarbeiten, die etwa bei Kurwendungen Berücksichtigung finden können. Unsere Behandlungsmethode soll eine nicht-medikamentöse, Freude bringende Ergänzung sein.“ Nur müssen das die PatientInnen selber sehen und wollen.

Gemessen wird die Wirkung der Musik und des Gesangs an Speichelproben der PatientInnen. Grebosz-Haring entnimmt die Proben und läßt den Cortisol-, und Alpha-Amylasespiegel bestimmen und füllt darüber hinaus für alle PatientInnen einen entsprechenden Fragebogen aus. Das Verfahren ist angenehm und einfach durchzuführen und wesentlich unkomplizierter als eine Blutabnahme. Die ärztliche Begleitung übernehmen Klaus-Dieter Kieslinger von der Privatklinik Wehrle-Diakonissen und Prof. Klaus Jahn von der Schön Klinik in Bad Aibling. Die biologischen Analysen werden vom Professor Urs Nater von der Universität Wien übernommen.

„Wir wissen, daß wir die Menschen mit Musik nicht heilen können“, sagt Bernatzky. Als ergänzende Behandlungsmethode kann sie aber die Lebensqualität und das Wohlbefinden deutlich verbessern. ■

<http://www.kieslinger-neurologie.at/>
<https://www.uni-salzburg.at/>

Die frühe Radierung

Von Dürer bis Bruegel – Ausstellung in der Albertina Wien bis 1. November 2020



Daniel Hopfer, *Tod und Teufel überraschen zwei Frauen*, ca. 1510–1515, Radierung

Die Entwicklung druckgrafischer Techniken gehört zu den größten künstlerischen Errungenschaften des ausgehenden Mittelalters. Mit dem Aufkommen des Holzschnitts im frühen 15. Jahrhundert, des Kupferstichs zur Mitte des Jahrhunderts und schließlich der Radierung kurz vor 1500 wird die Druckgrafik zu einer eigenständigen Kunstgattung. Die Ausstellung in der Albertina widmet sich der Radierung von ihren Anfängen in der Dürerzeit bis in die Epoche Bruegels, als in Deutschland, den Niederlanden, Italien und Frankreich mit dieser Technik experimentiert wurde.

Von der Waffe zum Kunstwerk

Die Grundlagen der Technik entwickeln sich in den Werkstätten von Waffenätzern, die ihre Erzeugnisse mit Hilfe von Säuren dekorierten. In den 1490er-Jahren beginnt der deutsche Druckgrafiker Daniel Hopfer von geätzten, also „radierten“ Metallplatten, Ab-

züge auf Papier herzustellen. Im Gegensatz zur Herstellung eines Kupferstichs oder eines Holzschnitts, die große technische Erfahrung und Meisterschaft voraussetzt, läßt sich das Radieren so einfach bewerkstelligen, daß es von nahezu jedem ausgeführt werden kann. Sowohl Künstler als auch professionelle Druckgrafiker und Architekten bedienten sich der neuen Technik. Unter den Pionieren des neuen Mediums sind einige der größten Künstler der Renaissance wie Albrecht Dürer, Parmigianino und Pieter Bruegel der Ältere.

Kreative Experimente

Bei den in einem rein mechanischen Verfahren hergestellten Matrizen für Holzschnitt und Kupferstich sind die technischen und ästhetischen Möglichkeiten bald ausgeschöpft. Dagegen bietet die Radierung grossen Spielraum für das kreative Experiment. Die Technik mit dem so eigenartigen Namen

zählt zu den Tiefdruckverfahren, bei denen die zu druckenden Linien in die Druckform eingegraben werden. Für den Kupferstich werden die Linien mit scharfen Stacheln in das Metall graviert. Die Radiertechnik dagegen nutzt die Säureanfälligkeit unedler Metalle, um auf chemischem Weg die zum Abdruck gewünschten Konturen und Schraffuren zu erzeugen. Vom oft spontanen Duktus des Strichbildes her steht die Radierung der Zeichnung näher als alle anderen Druckverfahren.

Linienätzung, Kaltnadelarbeit, Flächenätzung und das direkte Arbeiten mit dem in das Ätzwasser getauchten Pinsel ermöglichen weitere zeichnerische Differenzierungen und selbst malerische Tonigkeiten.

Medienrevolution und Kulturtransfer

Durch die neuen Reproduktionstechniken wandelt sich die Kunst zu einem regelrechten Massenmedium. Die Bilder lernten lau-



© Albertina, Wien

Albrecht Dürer, Landschaft mit Kanone (Die große Kanone), 1518, Radierung

fen, wurden in gewisser Weise zeit- und ortlos, und endlich war es einer großen Zahl von Menschen möglich geworden, an Kunstwerke zu gelangen. Bilder wurden damit – erstmals in der Geschichte – auch zur weit gestreuten Handelsware. So hatte man mittels der, die Kunst mobilisierenden, Druckgrafik endlich jederzeit vor Augen, was andernorts gemacht wurde und hielt den fruchtbaren Austausch zwischen lokaler Tradition und fernen Kunstzentren in ständigem Fluß.

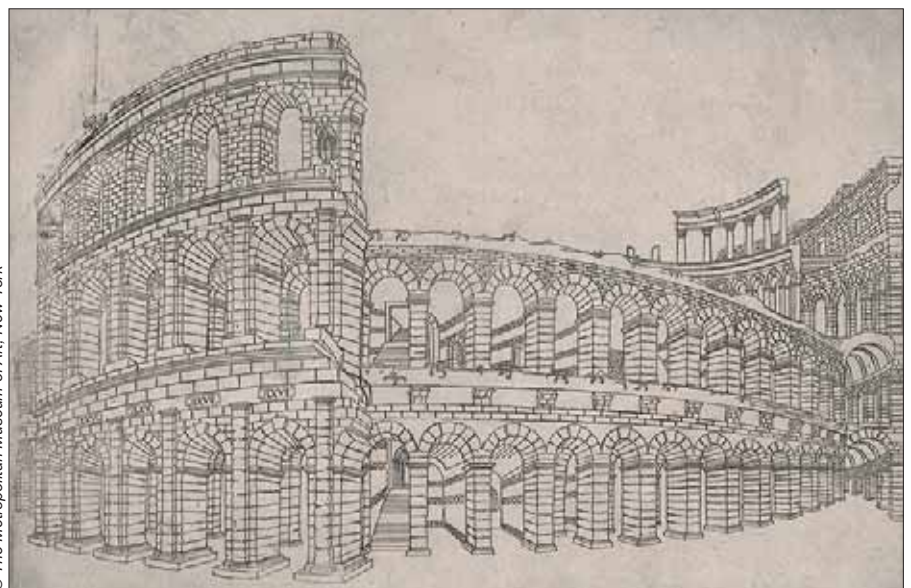
Mit über 100 Exponaten gibt die Ausstellung der Albertina einen Einblick in die Frühzeit dieser so faszinierenden Technik. Neben vielen berühmten Hauptwerken der in der Radierung arbeitenden Künstler können in der Ausstellung auch überraschende Entdeckungen gemacht werden, die die ganze Bandbreite der Radierung und die Experimentierfreudigkeit seiner Meister demonstrieren. Geätzte Rüstungsobjekte, Zeichnungen und Druckplatten machen die Raffinesse dieses Druckverfahrens anschaulich. So bietet diese Ausstellung der Albertina einen einmaligen Einblick in die Frühzeit dieses Mediums, das die gesamte Kunstwelt revolutionierte.

Was ist eine Radierung?

Die Radierung zählt zu den sogenannten Tiefdruckverfahren, bei denen die zu druckenden Linien in eine metallene Druckplatte eingegraben werden. Für den Kupferstich, der seit dem mittleren 15. Jahrhundert Anwendung findet, wird das Metall mit scharfen Stacheln graviert. Die Radiertechnik da-

gegen nutzt die Säureanfälligkeit unedler Metalle, um auf chemischem Weg die zum Abdruck gewünschten Konturen und Schraffuren zu erzeugen.

Die technische Grundlage der Radierung bildet die meist für die Verzierung von Waffen angewandte Eisenätzung. Als druckgrafisches Verfahren wird sie – zunächst in



© The Metropolitan Museum of Art, New York

Jacques Androuet du Cerceau, Das Kolosseum, ca. 1545–1549, Radierung



**Daniel Hopper:
Die Erfindung der Radierung**

Der Erste, der um 1495 eine geätzte Metallplatte auf Papier druckte, war der in Augsburg tätige Daniel Hopper (1471–1536). Zum Maler geschult und offenbar auch in der Metallveredelung versiert, hatte sich Hopper früh auf die Anfertigung von Druckgrafiken spezialisiert. Die Rüstungsmetropole Augsburg galt seit dem ausgehenden Mittelalter als Hochburg der Eisenätzung.

Hopper gelangte zu erstaunlicher technischer Finesse, die kein anderer Radierer seiner Zeit auch nur im Ansatz erreichte. Höchste Meisterschaft entwickelte er darin, Linien- und Flächenätzung auf einer Platte zu kombinieren. Ein weiteres Spezialverfahren war das mehrfache Ätzen, durch das er im Druckbild Abstufungen von Schwarz bis Mittelgrau erzielte. Den technischen Höhepunkt von Hopfers Kunst markiert ein viertes Verfahren, bei dem Ätzgrund und Ätzwasser mit dem Pinsel aufgetragen wurden, was im Abdruck einen an Aquatinta-Radierungen erinnernden flächigen Grauwert erzeugt.

In Augsburg war zur Zeit Hopfers lediglich noch Hans Burgkmair d. Ä. (1473–1531) als Radierer aktiv. Seine einzige Leistung auf diesem Gebiet ist das Blatt Venus, Merkur und Amor.

Albrecht Dürer: Experimente mit Licht und Schatten

Albrecht Dürer (1471–1528) begann Mitte der 1490er-Jahre etwa gleichzeitig mit den ersten Erfolgen im Holzschnitt in der Kupferstichtechnik zu arbeiten. Die Kupferplatten gravierte er als gelernter Metallarbei-

oben: Parmigianino, Die Grablegung Christi, ca. 1529–1530, Radierung

rechts: Angiolo Falconetto, Meergötter, ca. 1550–1565, Radierung und Kaltnadel

Eisen, erst später in Kupfer – seit den mittleren 1490er-Jahren genutzt. Das Prinzip der Ätzung besteht darin, das Metall zunächst mit einem säureresistenten Ätzgrund zu bedecken. Der Ätzgrund wird anschließend mittels einer Nadel angeritzt – radiert –, so daß entlang dieser Linien die Metalloberfläche wieder freiliegt. In einem abschließenden Säurebad werden die nun offenliegenden Linien vom sogenannten Ätzwasser angegriffen, während die abgedeckten Bereiche intakt bleiben.

Das Endergebnis ist eine Metallplatte mit eingetieften Linien, die, mit Druckschwärze eingefärbt, auf Papier abgezogen werden können.



© The Metropolitan Museum of Art, New York

ter sicherlich selbst. Im kurzen Zeitraum von 1515 bis 1518 experimentierte er auch mit dem Verfahren der Eisenradierung. Dürer faszinierte die freie zeichnerische Beweglichkeit der Radirnadel, die ein dem Duktus der Federzeichnung nahekommendes Arbeiten erlaubt. Doch dürfte ihn die Unmöglichkeit subtiler Abstufungen im meist sehr kräftigen Strichbild weniger befriedigt haben. Solche Beschränkungen versucht Dürer durch kühne Lichtregie und regelrechte Chiaroscuroeffekte wettzumachen. Durch eine höchst disziplinierte Schraffenstruktur gelingen ihm auch noch in den dunkelsten Partien die Differenzierung und Abstufung von Details.

Unter den Meistern des Dürer-Kreises war Sebald Beham (1500–1550) als Einziger für die Technik zu gewinnen. Wegen seiner künstlerischen Nähe zu Albrecht Dürer wird vermutet, er habe in dessen Werkstatt seine Ausbildung erhalten und dort auch Erfahrungen in allen grafischen Techniken sammeln können. In seinem gewaltigen Gesamtwerk nehmen die 18 Radierungen aber eher eine Sonderstellung ein.

Albrecht Altdorfers Vermächtnis

Um 1520, als Albrecht Dürer die Technik bereits wieder aufgegeben hatte, begann mit Albrecht Altdorfer (um 1485–1538) eine neue Generation von Künstlern in der Radierung zu arbeiten. Obwohl zu diesem Zeitpunkt in den Niederlanden bereits zu Kupferplatten gegriffen wurde, hielten die deutschen Radierer an der Verwendung von Eisenplatten fest. Es gelang ihnen jedoch, die Möglichkeiten der Radierung motivisch, stilistisch und technisch noch intensiver auszu-



© Albertina, Wien

oben: *Juste de Juste, Menschenpyramide, ca. 1545, Radierung*

links: *Pieter Bruegel d. Ä., Die Hasenjagd, 1560, Radierung und Kupferstich*



© Albertina, Wien

schöpfen. So führte Altdorfer etwa mit der Landschaftsdarstellung ein neues Thema in die Druckgrafik ein – eine Gattung, die in ganz Europa eine enorme Nachfolge fand.

Altdorfer inspirierte mit seinen Landschaftsradiierungen insbesondere die beiden Nürnberger Künstler Augustin Hirschvogel (1503–1553) und Hans Lautensack (um 1520 – um 1565). Neben mathematisch präzisen Landkarten und topografischen Ansichten schufen beide auch Serien idealer Landschaften. Sie ersetzen die Eisenplatten zunehmend durch das flexiblere und einfacher zu bearbeitende Kupfer, das es ihnen erlaubte, die radierten Linien mit gestochenen zu kombinieren. Durch die Zusammen-



© Albertina, Wien

Jan Cornelisz Vermeyen, *Muley Ahmed*, ca. 1536, Radierung (Ausschnitt)

arbeit mit professionellen Druckern und einen gut organisierten Vertrieb erreichten ihre Radierungen ein wesentlich breiteres Publikum.

Die Radierung in den Niederlanden 1520–1550

In den Niederlanden begann die Nutzung der Radiertechnik in den frühen 1520er-Jahren in den Residenz- und Hofstädten Mechelen und Wijk bij Duurstede, in Antwerpen und Leiden. Möglicherweise wurde das Interesse für das neue Druckverfahren durch Albrecht Dürer geweckt, der während seiner Reise durch die Niederlande (1520–1521) einen enormen Eindruck auf die ansässigen Künstler hinterließ und diese in ganz unterschiedlichen Bereichen inspirierte. Für einige, wie etwa Jan Gossaert (um 1478–1532), Lucas van Leyden (um 1494–1533) oder Dirck Vellert (um 1480 – um 1547), war die Beschäftigung mit der Radierung nur ein kurzes Intermezzo, das nach wenigen Versuchen wieder aufgegeben wurde. Andere, wie Jan Cornelisz Vermeyen (um 1504–1559), befaßten sich durchaus intensiv und über einen längeren Zeitraum hinweg mit dem Verfahren.

In den Niederlanden wurde erstmals Kupfer als Material für Radierplatten verwendet. Rezepturen für brauchbare Ätzflüssigkeiten zirkulierten nicht nur unter den Künstlern selbst, sondern wurden auch durch gelehrte Humanisten und Kunstförderer verbreitet,

die der neuen Technik großes Interesse entgegenbrachten. Der erste Künstler überhaupt, der in Kupfer radierte, war Lucas van Leyden. Kupfer ist für Rost und Korrosion weniger anfällig als Eisen. Darüber hinaus erlaubt das wesentlich weichere Material eine größere Flexibilität in der Bearbeitung und ermöglicht es dem Künstler, Radierung und Kupferstich in einer einzigen Platte zu kombinieren. Stilistisch äußert sich dies jedoch nicht in einer freieren zeichnerischen Gestaltung. Ganz im Gegenteil wurde das für Kup-



© The Metropolitan Museum of Art, New York

Hieronymus Cock, *Ruinen auf dem Palatin*, 1550, Radierung und Kupferstich

ferstiche typische enge Schraffursystem auch auf die Radierung übertragen.

Parmigianino und die frühe Radierung in Italien

Francesco Parmigianino (1503–1540) war der erste italienische Künstler, der die Möglichkeiten der Radierung zur Gänze ausschöpfte. Während seines kurzen Aufenthalts in Bologna zwischen 1527 und 1530 produzierte er Altartafeln, malte Porträts, zeichnete Entwürfe für Hell-Dunkel-Holzschnitte und schuf 18 Radierungen. Wo und bei wem er die Radiertechnik erlernte, ist nicht bekannt. Sein Umgang damit ist jedoch von einer großen Experimentierfreude gekennzeichnet. So probierte er die Wirkung von farbiger Druckertinte und Plattentönen aus, bearbeitete die geätzten Kupferplatten mit Stichel oder Kaltnadel und kombinierte erstmals Radierung und Holzschnitt.

Parmigianinos Radierungen wurden sowohl für ihre technische Ausführung als auch für ihre Kompositionen bewundert. Ihr eleganter Linienduktus sprach insbesondere Sammler von Zeichnungen an. Sein Einfluss auf nachfolgende Künstler, besonders in Venedig und Verona, ist nicht zu unterschätzen. Diese übernahmen nicht nur seinen zeichnerischen Stil und seine Kompositionen, sondern versuchten sich auch in der Technik der Radierung und übertrafen das Vorbild an zeichnerischer Freiheit und Virtuosität.

Die Radierung in Verona und Venedig

In den Jahren von 1530 bis 1560 erlebte die Radiertechnik im Norden Italiens, insbe-

sondere in Verona und Venedig, eine besondere Blütezeit. Ihre Nähe zur Handzeichnung und ihre vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten machten das Verfahren besonders für Zeichner und Maler interessant, die ihre Bildfindungen auf einfache Weise in einen Druck übersetzen und vielfach reproduzieren konnten.

Die radierten Motive umfaßten eine große thematische Bandbreite: Einerseits waren aufwendige Kopien nach Kompositionen führender Künstler der Zeit beliebt, andererseits wurden von Sammlern Landschaftsdarstellungen geschätzt, für die der lockere Linienduktus der Radierung besonders geeignet schien.

In den frühen 1560er-Jahren wurde die Radierung auch von professionellen Druckern und Verlegern entdeckt, die darin eine schnelle und damit finanzielle Vorteile versprechende Alternative zur arbeits- und zeitintensiven Produktion von Kupferstichen erkannten. In großem Umfang wurde von da an die Radierung in Venedig und Rom als Massenmedium für Bilddruck, Buchillustration und Landkartenproduktion genutzt.

Die Radierung in Frankreich

Erst in den 1540er-Jahren wurde die Radierung auch in Frankreich als Druckverfahren eingesetzt. Künstler, Handwerker und professionelle Druckgrafiker wandten die neue Technik an. Besonders intensiv gepflegt wurde sie in Paris von dem Zeichner und Architekten Jacques Androuet du Cerceau (um 1511–1585), der mit Ornamentblättern und Architekturdarstellungen das große Interesse der „amateurs d’antiquités“ an antiken Motiven bediente.

Zeitgleich wandte sich aber auch in Fontainebleau, unweit von Paris, eine Gruppe von Künstlern der Radiertechnik zu. Das Schloß, das König Franz I. nach italienischem Vorbild mit Fresken, Stuckdekorationen und Skulpturen ausstatten ließ, war seit den 1530er-Jahren zu einem Zentrum künstlerischer Aktivität geworden, wo insbesondere der Florentiner Künstler Rosso Fiorentino einen neuen ornamentalen Stil entwickelte. Innerhalb von nur fünf Jahren nutzten verschiedene Künstler die neue Drucktechnik in größerem Umfang und waren dadurch wesentlich an der schnellen Verbreitung des neuen höfischen Dekorationsstils beteiligt.

Ab den 1550ern wurde in Frankreich nur noch sporadisch und vereinzelt radiert. Erst um die Wende zum 17. Jahrhundert sollte die Technik ihre triumphale Rückkehr als künstlerisches Medium feiern.



© Albertina, Wien

Lucas van Leyden, Maximilian I., 1520, Radierung und Kupferstich

Professionalisierung der Radierung: Die Niederlande in den 1550er-Jahren

Nachdem im ersten Viertel des 16. Jahrhunderts in den Niederlanden nur wenige Künstler radiert hatten, entwickelte sich die Technik in den 1550ern zu einem wichtigen Bestandteil des wachsenden Marktes für gedruckte Bilder. Insbesondere die Hafenstadt Antwerpen, die seit dem späten 15. Jahrhundert ein Zentrum für Buchdruck und Druckgrafik war, zog sowohl geschäftstüchtige Verleger als auch Künstler und hochqualifizierte Druckgrafiker an. Die Radierung stellte gerade für gewinnorientierte Verleger wie Hieronymus Cock (1518–1570) eine interessante Alternative zum Kupferstich dar, da die Fertigung der Druckplatte wesentlich weniger Zeit in Anspruch nahm und von ihr rund 1000 gute Abzüge genommen werden

konnten. Produziert wurden bald große Bildserien in hohen Auflagen, die von Künstlern entworfen und von professionellen Handwerkern radiert wurden.

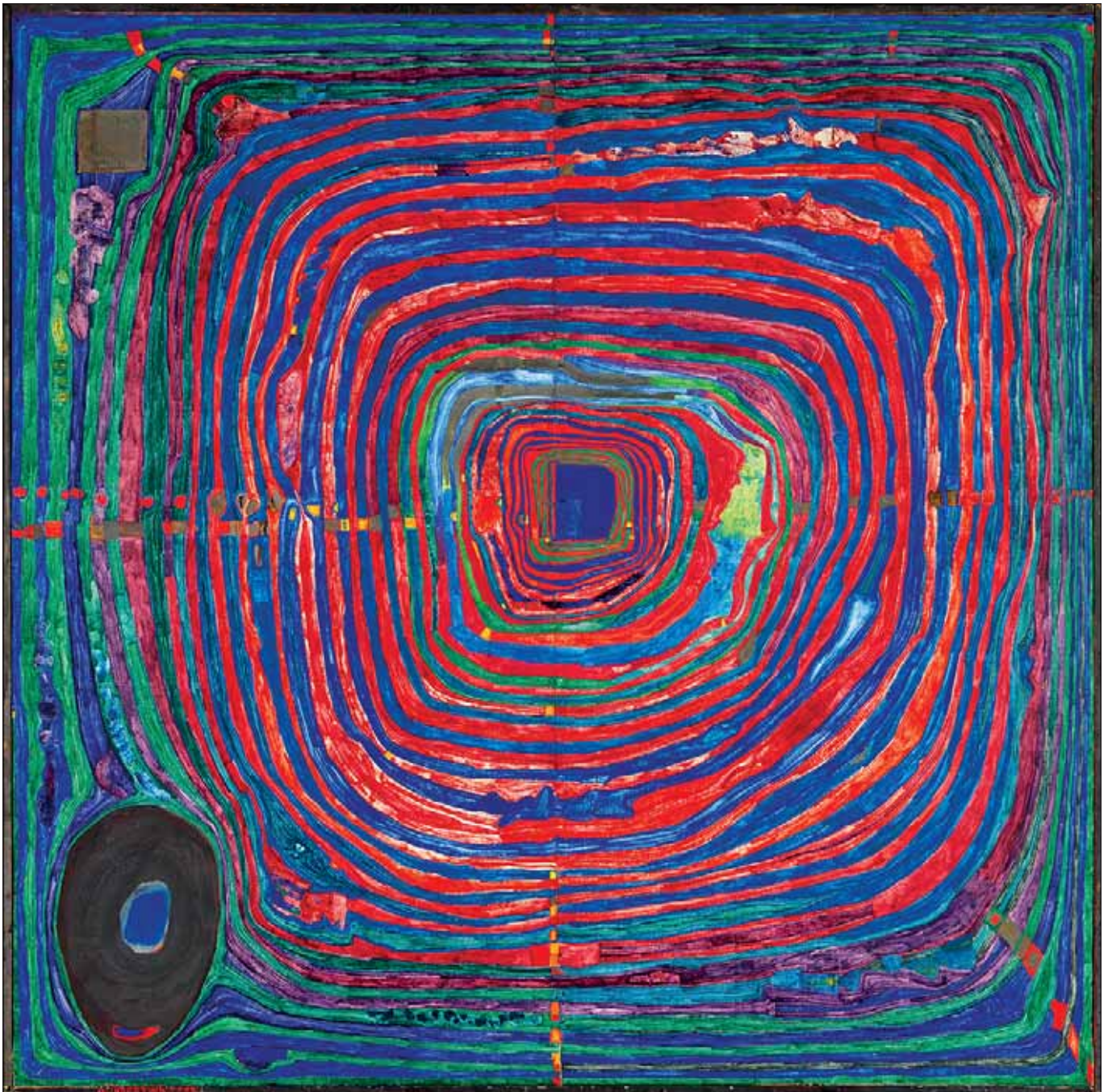
Neben Künstlern wie etwa Pieter Bruegel (1526/30–1569), der die Radierung als eine von mehreren Ausdrucksformen benutzte, taten sich auch professionelle Druckgrafiker wie die beiden im dritten Viertel des 16. Jahrhunderts tätigen Brüder Jan und Lucas van Doetecum oder Pieter van der Borcht (um 1535–1608) hervor, die reproduktive Blätter nach Vorlagen anderer Künstler schufen.

Die Ausstellung „Die frühe Radierung. Von Dürer bis Bruegel“ entstand in Kooperation mit dem Metropolitan Museum in New York

<https://www.albertina.at/>

Hundertwasser – Schiele IMAGINE TOMORROW

Am 19. Februar 2020 jährte sich der Todestag Friedensreich Hundertwassers (1928– 2000) zum 20. Mal – Ausstellung im Leopold Museum Wien bis zum Winter



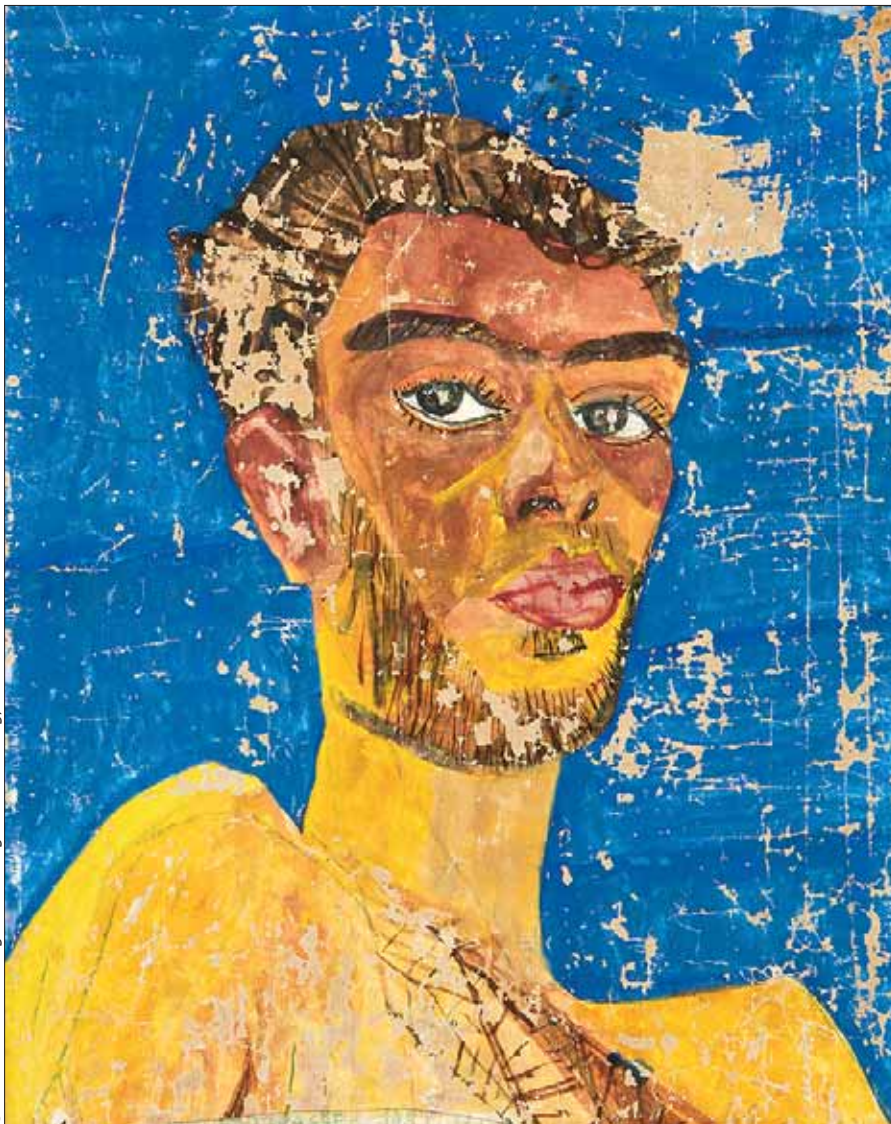
Friedensreich Hundertwasser, 224 Le grand chemin, St. Mandé/Seine, 1955

Als Maler, Vorkämpfer der Ökologiebewegung und Gestalter von Lebensräumen prägte Friedensreich Hundertwasser die Kunst des 20. Jahrhunderts über die Grenzen Österreichs hinaus. Wenig bekannt ist die in-

tensive Beschäftigung des Künstlers mit der Person und dem Werk Egon Schieles (1890–1918).

Der am 15. Dezember 1928 als Friedrich Stowasser in Wien geborene Künstler über-

lebte mit seiner jüdischen Mutter die Diktatur des Nationalsozialismus und die Shoah. 1943 wurden 69 Familienmitglieder deportiert und ermordet. Im gleichen Jahr schuf Friedrich Stowasser erste bewußte Zeichnun-



© Die Hundertwasser gemeinnützige Privatstiftung, Wien

oben: Friedensreich Hundertwasser, 107
Selbstbildnis, Marrakesch, 1951

rechts: Friedensreich Hundertwasser, 170
Le jardin des morts heureux

gen nach der Natur. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs entschied sich Stowasser für den Künstlerberuf und schrieb sich an der Akademie der bildenden Künste in Wien ein. Im Wintersemester 1948/49 studierte er drei Monate in der Klasse von Robin Christian Andersen, bevor er später in die Klasse des Schiele-Freundes Albert Paris Gütersloh wechseln wollte. Zeitgleich entdeckte Stowasser in Ausstellungen und in Büchern die Kunst der Wiener Moderne: Vor allem Egon Schiele sollte in den folgenden Jahren eine zentrale Bezugsfigur für den international agierenden Künstler werden. Schiele war schon bei seinen Zeitgenossen für seine charakteristische Strichführung, seine Flächengliederung und sein tonales Kolorit berühmt. Die Selbststilisierung Schieles zum Prophe-

© Privatstiftung © 2020 Namida AG, Glarus, Schweiz



ten fand in Hundertwasser ebenso Widerhall wie die Darstellung der beseelten Natur.

Der in der Ausstellung „Hundertwasser – Schiele. Imagine Tomorrow“ angelegte künstlerische Dialog mit Schiele führt von Hundertwassers Verschimmelungsmanifest zu Schieles Haus- und Städtebildern und von dessen Landschaften zur vegetabilen Abstraktion in Hundertwassers Werken. Erstmals beleuchtet das Leopold Museum diese beiden Ikonen österreichischer Kunst – zusammen 100 Jahre Kunstgeschichte umspannend – in einem neuen, überraschenden Licht und spürt der Verwandtschaft zweier Künstler nach, die einander nie persönlich kennenlernen konnten und doch so viel verbindet.

Hans-Peter Wipplinger, Direktor des Leopold Museums: „Unerwartete, aber überzeugende Korrespondenzen zwischen dem Schaffen Hundertwassers und Schieles ergeben sich in formalästhetischer wie auch in motivischer Hinsicht. Die Œuvres der beiden Künstler berühren sich in spezifischen Themenkomplexen, etwa der animistisch aufgefaßten Natur, der Rolle des Künstlers als Prophet bzw. Priester, dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft oder der anthropomorphisierenden Auffassung von gebauter Umwelt, die hier wie dort als natürlich gewachsener Organismus erscheint.“

Hundertwasser: Ich liebe Schiele

Auf Basis seiner Notizen und Tagebücher verfaßte Hundertwasser um 1950/51 den poetischen Text „Ich liebe Schiele“. Der Künstler war für den jungen Maler aus Wien

ein „Vater“ und Kunst eine „neue Religion“. Als er 1949 durch Italien und Nordafrika reiste und nach Paris übersiedelte, schrieb Hundertwasser unzählige Briefe an seine Mutter nach Wien. Diese lassen den Weg Hundertwassers vom suchenden und lernenden Kunststudenten zum selbstsicheren Künstler lebendig werden. In diesen Dokumenten legte er seine Überlegungen zur Kunst dar, schrieb Listen mit seinen Lieblingskünstlern und nannte immer wieder den Namen Egon Schiele. Als er in Paris angekommen war, mußte Hundertwasser entdecken, daß Schiele dort ein Unbekannter war. Daraufhin ließ er sich von seiner Mutter Publikationen über Schiele nachsenden, die er an seine Freunde verschenkte.

Hundertwassers Liebe zu Schiele währte ein Leben lang. Auch noch nach der Selbstfindung als Künstler 1950 sah er sich mit der Kunst Schieles verbunden und noch in seinen späten Lebensjahren hingen Reproduktionen von dessen Werken in Hundertwassers Wohn- und Arbeitsräumen – sowohl in Venedig als auch in Neuseeland.

Robert Fleck, Kurator der Ausstellung: „Die Wahlverwandschaft zwischen Friedensreich Hundertwasser und Egon Schiele bildet innerhalb der Kunst des 20. Jahrhunderts einen besonderen Sachverhalt. Sie beruht auf kunsthistorisch nachweisbaren Filiationen und Zusammenhängen im stil- und formgeschichtlichen sowie im geistes- und ideengeschichtlichen Bereich. Diese sind in vorliegendem Fall auch empirisch belegbar, bedenkt man die noch kaum aufgearbeiteten



Egon Schiele, „Waldandacht“ II, 1915

archivalischen Dokumente im Nachlass des jüngeren der beiden Künstler.“

Welchen Schiele lernte Hundertwasser kennen?

Friedrich Stowasser, der sich ab Mitte Mai 1950 Hundertwasser nannte, reagierte seit 1948 auf eine sich im Aufbruch befindliche Ausstellungspolitik, die auf die Wiederentdeckung der Wiener Moderne setzte. Bereits im September 1945 postulierte die Ge-

dächtnisausstellung Klimt, Schiele, Kokoschka, organisiert von der Österreichischen Kulturvereinigung in den Räumen der Neuen Galerie, sowie im Herbst 1946 die Großausstellung Österreichische Kunst vom Mittelalter bis zur Gegenwart, daß Schieles Werk der „vorläufige Endpunkt“ der österreichischen Kunst wäre. Daher präsentierte die wiedereröffnete Albertina im Frühjahr/Herbst 1948 erste monografische Ausstellungen mit Zeichnungen von Gustav Klimt und



Friedensreich Hundertwasser, 127 Almhütten auf grünem Platz, 1951

© Die Hundertwasser Gemeinnützige Privatstiftung, Wien Foto: Leopold Museum, Wien/Marlene Thumberger © 2020 Namida AG, Gärus, Schweiz

© Kunsthaus Zug, Stiftung Sammlung Kamm, Foto: Kunsthaus Zug, Alfred Frommenwiler

© Leopold Museum, Wien, Foto: Leopold Museum, Wien/Manfred



oben: Egon Schiele, *Der Häuserbogen II („Inselstadt“)*, 1915

rechts: Friedensreich Hundertwasser, *435 Casa che protegge*, 1960

Egon Schiele. Schiele war in diesem Sommer auch der Vertreter Österreichs auf der Biennale von Venedig, der ersten nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

Hundertwasser konnte als Jugendlicher an mehreren Stellen in Wien auf das Werk von Egon Schiele stoßen: Ausstellungen, Bücher, Grafikmappen und Zeitungsberichte würdigten die Leistungen des inzwischen zum Mythos stilisierten Malers und Grafikers.

Alexandra Matzner, Wissenschaftliche Beratung: „Ich liebe Schiele“, bekannte Hundertwasser bereits 1950/51! Zwei Jahre zuvor hatte er das Werk und das Leben des Wiener Expressionisten in Ausstellungen und Büchern entdeckt. Die Begeisterung für Schieles Gemälde und virtuose Strichführung begleitete Hundertwasser ein Leben lang. Doch für welche Konzepte und Werke Schieles begeisterte sich Hundertwasser? Beide nutzten Selbstdarstellungen, um sich als Künstler und seherisch begabte Persönlichkeiten zu inszenieren. Die Ausstellung im Leopold Museum zeigt erstmals, welche Verbindungen zwischen Hundertwassers Spiralen und Schieles ‚Tote Mutter‘ I, zwischen Stadt- und Naturvorstellungen beider Maler existieren.“

Reenactment. Die »Linie von Wien«

Von 18. bis 20. Februar 2020 widmeten sich im Leopold Museum Studierende der



© Peggy Guggenheim Collection, Venice Solomon R. Guggenheim Foundation, New York Foto: Peggy Guggenheim Collection, Venice © 2020 Namida AG, Glarus, Schweiz

Universität für angewandte Kunst unter der Ägide von Bazon Brock in einer 36 Stunden dauernden Reinszenierung der „Endlosen Linie“. Im Wintersemester 1959/60 nahm Hundertwasser eine Gastdozentur an der Hamburger Hochschule für bildende Künste an, wodurch seine Position in der Avantgardeszene – bereits zehn Jahre nach der ersten Ausstellungsbeteiligung – institutionell anerkannt wurde.

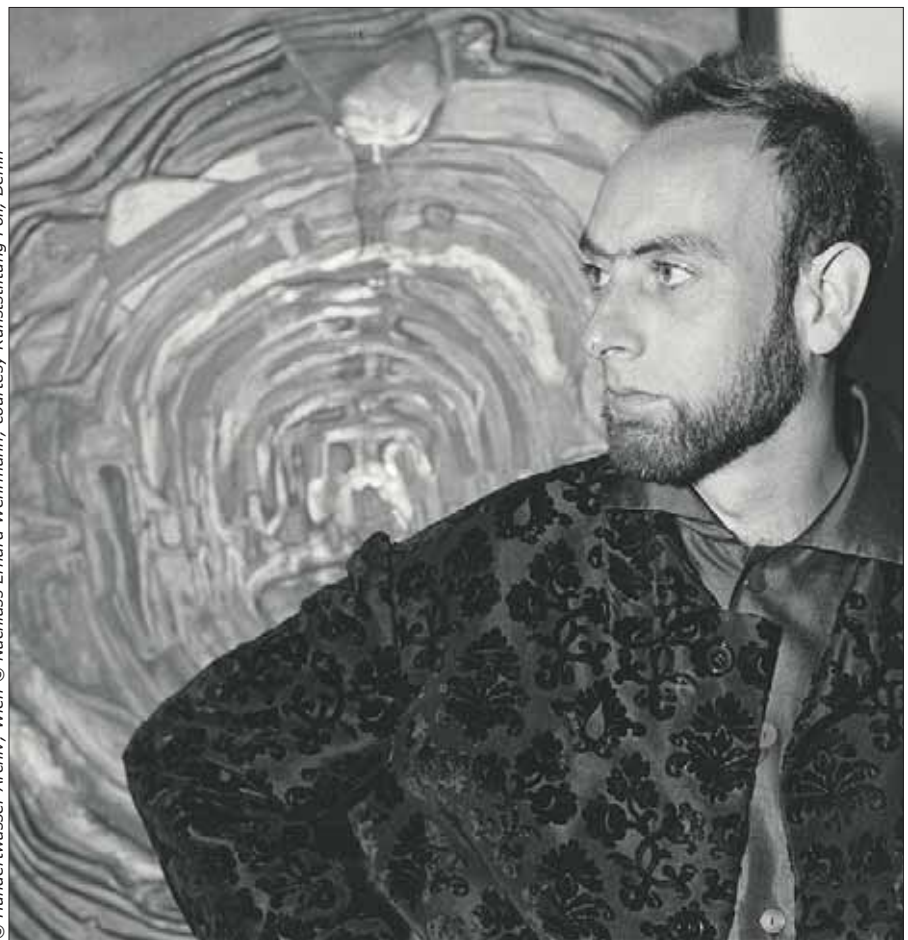
Gemeinsam mit den Dichtern Bazon Brock und Herbert Schuldt strebte Hundertwasser, beginnend am 18. Dezember 1959, in einem performativen Akt nach der Erschaffung einer „unendlichen Linie“, welche als die Linie von Hamburg in die Kunstgeschichte einging. Mit Pinsel und Farbe zogen die Teilnehmenden abwechselnd und Tag und Nacht hindurch eine ungleichmäßige Linie über Wände und Fenster. Ziel war es, die vegetative Spirale Hundertwassers im Lebensraum zu entfalten. Die nicht ge-

nehmigte Aktion schlug allerdings medial so hohe Wellen, daß die Hochschulleitung die Fortführung untersagte und Hundertwasser die Linienziehung am 20. Dezember vorzeitig beendete.

Friedensreich Hundertwasser

Friedensreich Hundertwasser wurde am 15. Dezember 1928 in Wien als Friedrich Stowasser geboren. Sein Vater starb bereits im folgenden Jahr, weshalb Hundertwasser bei seiner alleinerziehenden Mutter aufwuchs. Bereits 1934 schuf er erste Jugendzeichnungen und 1936 wurde ihm von der Montessori-Schule ein „außergewöhnlicher Farben- und Formensinn“ attestiert. Nach dem „Anschluß“ Österreichs an den NS-Staat 1938 waren Hundertwasser und seine jüdische Mutter gezwungen, zu Tante und Großmutter in die Obere Donaustraße im zweiten Wiener Gemeindebezirk zu übersiedeln. 69 Familienangehörige Hundertwassers wurden 1943 deportiert und ermordet; er selbst konnte als sogenannter Halbjude das Gymnasium nicht mehr besuchen und mußte auf eine Handelsschule wechseln.

Friedensreich Hundertwasser entdeckte im Frühjahr und Herbst 1948 in der gerade wiedereröffneten Albertina die Werke von Gustav Klimt (1862–1918), Walter Kampmann (1887–1945) und Egon Schiele (1890–1918). Tief beeindruckt von der Wiener Moderne studierte Hundertwasser 1948 drei Monate an der Akademie der bildenden Künste. Er besuchte die Klasse von Robin Christian Andersen (1890–1969) und überlegte später, in jene von Albert Paris Gütersloh (1887–



© Hundertwasser Archiv, Wien © Nachlass Erhard Wehrmann, courtesy Kunststiftung Poll, Berlin

Erhard Wehrmann, Friedensreich Hundertwasser vor einem seiner Werke, Venedig, 1962

1973) zu wechseln, weil dieser ein Freund von Egon Schiele gewesen war.

1949 bereiste Hundertwasser Italien. In Florenz traf er den Künstler René Brô (1930–1986), der ihn nach Paris einlud. Dort besuchte er kurz die École des Beaux-Arts.

Aus den Briefen an seine Mutter läßt sich die Kunstphilosophie des heranwachsenden Künstlers rekonstruieren. Vor allem seine Begeisterung für Egon Schiele ist in diesen Dokumenten evident. Hundertwasser bildete sich in Paris weitgehend als Autodidakt weiter, gleichzeitig entwickelte er früh sein ökologisches Bewußtsein. 1951 im Art Club Wien aufgenommen, stellte Hundertwasser gemeinsam mit der Wiener Avantgarde aus (1951 und 1952). Seine erste Einzelausstellung bekam Hundertwasser 1954 in der Galerie Paul Facchetti. 1953 findet er in der Spirale eines der zentralen Motive seiner Malerei. Die Teilnahme an der XXVII. Biennale von Venedig (1954) und Einzelausstellungen in Paris, Mailand und Wien brachten ihm den Durchbruch. 1957 erwarb der Künstler den Bauernhof La Picaudière in der Normandie.

Die Hinwendung Friedensreich Hundertwassers zur Architektur und zum städtischen Raum fand am 4. Juli 1958 mit der Lesung des Verschimmelungsmanifests gegen den Rationalismus in der Architektur einen ersten Höhepunkt. Mit der Linie von Hamburg, initiiert und ausgeführt von Bazon Brock (*1936) und Herbert Schuldt (*1941), entwickelte Hundertwasser seine Spirale zu

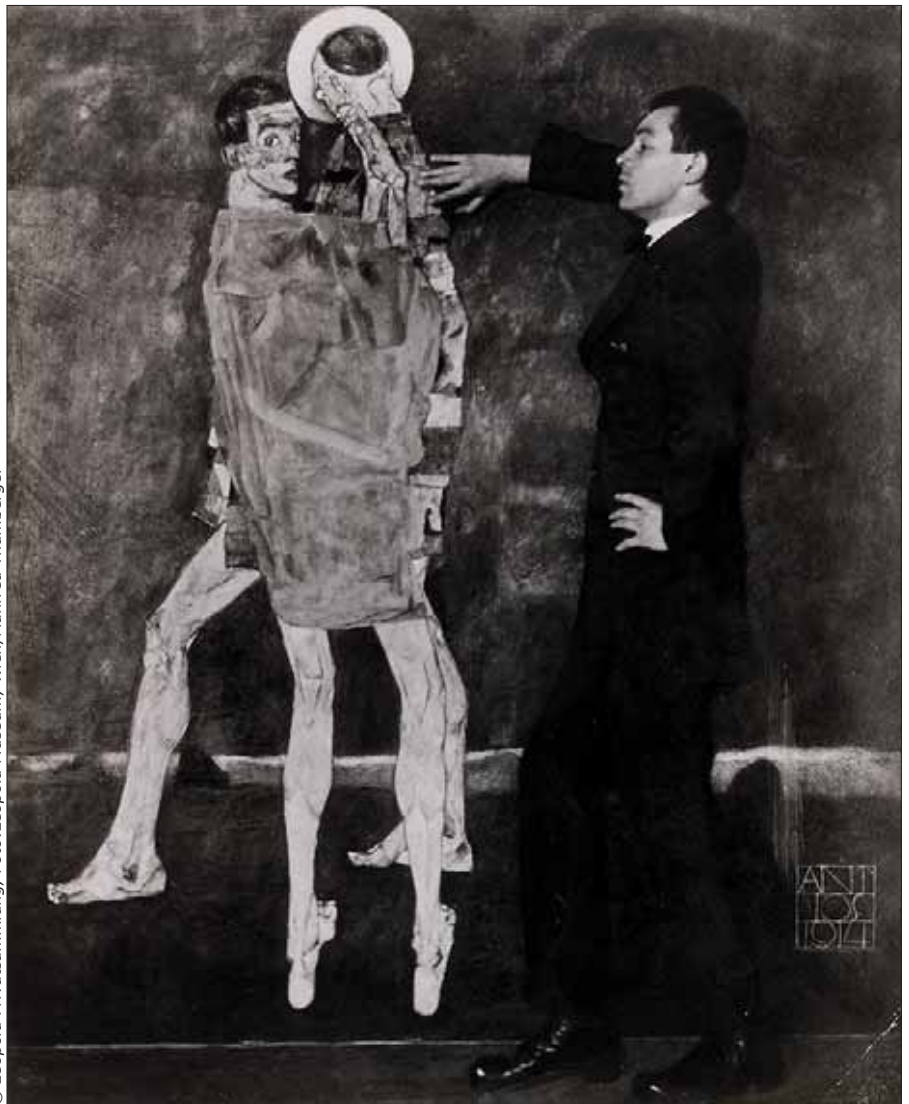


© Hundertwasser Archiv, Wien; Foto: Leopold Museum, Wien/Manfred Thumberger © fotografie stefan moeses

Stefan Moses, Friedensreich Hundertwasser in seinem Arbeitszimmer in der „Hahnsäge“

einem performativen Akt, dem das Streben nach einer „unendlichen Linie“ zu Grunde lag. 1961 hielt sich Hundertwasser in Japan auf und vertrat Österreich 1962 auf der XXXI. Biennale von Venedig. Wichtige Ausstellungen waren die Retrospektive in der Kestner-Gesellschaft, Hannover, mit weiteren Stationen in Stockholm und Amsterdam, seine Teilnahme an der documenta III in Kassel (1964) und die Museumswanderausstellung in den USA (1969). Seit 1967 trat Hundertwasser für das „Anrecht auf die Dritte Haut“ ein, demonstrierte gegen den Rationalismus in der modernen Architektur und baute sich ein altes Holzschiff zur Regentag um. Dachbewaldung, individuelle Fassadengestaltung und Baummieter wurden Anfang der 1970er-Jahre zu Hundertwassers wichtigsten Anliegen einer menschen- und umweltgerechten Architektur. In den Folgejahren stellte Friedensreich Hundertwasser international aus, realisierte Architekturprojekte in aller Welt und engagierte sich mit zahlreichen Interventionen für ökologische und gesellschaftspolitische Belange. Er schuf Originalgrafiken und entwarf Gegenstände des täglichen Lebens. Der österreichische Künstler starb am 19. Februar 2000 an Herzversagen an Bord der Queen Elizabeth 2. auf hoher See. Hundertwasser wurde auf seinem Land in der Bay of Islands nackt und ohne Sarg begraben. Über seiner Ruhestätte wurde ein Tulpenbaum gepflanzt.

© Leopold Privatsammlung, Foto: Leopold Museum, Wien/Manfred Thumberger



Anton Josef Trčka, Egon Schiele vor seinem 1913 vollendeten und heute verschollenen Gemälde Begegnung, 1914

Egon Schiele

Egon Schiele wurde am 12. Juni 1890 in Tulln als drittes Kind in die Familie eines Bahnhofsvorstehers geboren. Nach dem frühen, syphilitischen Tod des Vaters 1904 nahm er unter Vormundschaft seines Onkels Leopold Czihakczek 1906 das Malerestudium an der Wiener Akademie auf. Bereits 1907 kam er in Kontakt mit dem 28 Jahre älteren Gustav Klimt, der ihm Mentor wurde. 1909 verließ Schiele die Akademie und war federführend an der Gründung der Neukunstgruppe beteiligt, die im Salon des Kunsthändlers Gustav Pisko erstmals ausstellen sollte. Mit diesem Auftritt und den Präsentationen auf der Internationalen Kunstschau 1909 und der Ersten Internationalen Jagdausstellung 1910 festigte er seinen Ruf als „begabter Paladin“ des Malerfürsten Klimt.

Künstlerisch machte Schiele 1910 eine radikale Entwicklung weg vom secessionistischen Jugendstil hin zu seinem ausdrucksstarken, Empfindungen auf die Leinwand bannenden Expressionismus. Die Krise des

(männlichen) Individuums, Fragen zu Identität, Geschlecht und Leiblichkeit wurden in Schieles Werken der folgenden Jahre in beispielloser Radikalität behandelt. Sein Förderer, der Kritiker und Netzwerker Arthur Roessler, versorgte ihn in dieser künstlerisch produktiven Zeit mit positiven Rezensionen und Sammlerkontakten. 1911 erhielt er seine erste Einzelausstellung in der renommierten Wiener Galerie Miethke; im selben Jahr wurde er Mitglied in der Münchner Künstlergruppe Sema. Mit Wally Neuzil an seiner Seite, Muse und Partnerin gleichermaßen, zog er für mehrere Monate ins böhmische Krumau, dem Geburtsort seiner Mutter, und anschließend weiter nach Neulengbach. Dort wurde er unter dem Vorwurf des sexuellen Mißbrauchs einer Minderjährigen im Frühjahr 1912 inhaftiert und verbrachte 24 Tage im Gefängnis. Mit Klimts Unterstützung fastete er trotz dieses – ungeachtet des Freispruchs nie gänzlich getilgten – Makels wie-

der Fuß am Wiener Parkett und wurde 1913 in den Bund österreichischer Künstler aufgenommen.

Schließlich heiratete er 1915, kurz bevor er zum Kriegsdienst eingezogen wurde, die aus bürgerlichen Verhältnissen stammende Edith Harms. In den Kriegsjahren in seiner Produktivität eingebremst, brachte das Jahr 1918 schließlich den großen Durchbruch. Beflügelt durch den enormen Verkaufserfolg auf der XLIX. Ausstellung der Wiener Secession im Frühjahr 1918 gründete er die Neue Secession Wien. Nach einem Zerwürfnis kam es noch im September desselben Jahres zur Gründung des Sonderbundes mit ebenso ambitionierten Ausstellungsplänen. Doch nur wenige Wochen später sollte die grassierende Spanische Grippe alle Pläne zunichtemachen: Nur drei Tage nach seiner schwangeren Frau Edith starb Egon Schiele am 31. Oktober 1918. ■

<https://www.leopoldmuseum.org/>

Salzburger Festspiele 2020

Vom 1. August bis 30. August – allerdings wegen der Corona-Sicherheitsmaßnahmen in modifizierter und verkürzter Form

In Salzburg wird es heuer Festspiele im Sommer geben. Coronabedingt zwar in einer verkleinerten Form, aber dennoch sollen von 1. bis 30. August rund 90 Aufführungen über die Bühne gehen. Zentral dabei der „Jedermann“ auf dem Domplatz, mit dem am 22. August vor genau 100 Jahren alles begann. „Die heutige Entscheidung ist in ihrer Tragweite gar nicht hoch genug einzuschätzen. Es ist ein wichtiges Signal für die Kultur und ihr Bestreben, in dieser Stadt wieder ganz präsent zu sein. Der Weg dahin war nicht einfach“, betonte Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer am 25. Mai.

„Das Signal richtet sich in erster Linie an die Künstlerinnen und Künstler: es gibt wieder Möglichkeiten, auftreten. Es richtet sich aber auch an alle Kulturveranstalter, daß Festspiele wieder möglich sind sowie an die Hotellerie und Tourismuswirtschaft im Land. Es gibt aber glücklicherweise auch den vielen kleineren Initiativen eine Chance, die die kulturelle Vielfalt unseres Bundeslandes ausmachen“, führte Haslauer weiter aus: „Wie schon die Gründerväter sagten: ‚Von allem das Beste‘, das ist das Erfolgsgeheimnis der Salzburger Festspiele – und das wird auch für jene in modifizierter Form gelten.“

Kulturelles Zeichen und wirtschaftlicher Impuls

Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler ergänzte: „Unsere Stufenplanungen sind richtig gewesen. Ja, es wird Salzburger Festspiele geben, zeitlich kürzer, mit einem modifizierten Programm und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen.“ „Festspiele sind ein wirtschaftlicher Motor für Salzburg. Ich freue mich sehr, daß wir hier nicht nur kulturell ein Zeichen setzen, sondern auch einen wirtschaftlichen Impuls für Stadt und Land“, so Kuratoriumsvorsitzender Hans Scharfetter.

Große Sehnsucht der Menschen

Intendant Markus Hinterhäuser führte aus: „Sie können sich auf eine Festspielsaison freuen, die zwar anders sein wird als die geplante Jubiläumssaison, die aber großzügiger ausfallen werden, als bisherige Szenarien es vermuten ließen. Es wird jedes Genre angeboten werden. Dass wir zugewartet haben, war eine Mischung aus Hoffnung,



Foto: Land Salzburg / Neumayr – Leopold

v.l.: Kaufmännischer Direktor Lukas Crepez, Präsidentin Helga Rabl-Stadler, Intendant Markus Hinterhäuser und Landeshauptmann Wilfried Haslauer bei ihrer Pressekonferenz

Traum und vielleicht auch Intuition. Es hat sich gezeigt, daß die Sehnsucht der Menschen nach dieser Zusammenkunft riesig groß geworden ist.“

Das Konzept für modernisierte und verkürzte Festspiele wurde vom Kuratorium der Salzburger Festspiele am 25. Mai in seiner außerordentlichen Sitzung beschlossen. Das Festspieldirektorium Helga Rabl-Stadler, Markus Hinterhäuser und Lukas Crepez sowie Bettina Hering als Chefin des Schauspiels und Florian Wiegand als Verantwortlicher für die Konzerte präsentierten ein Programmraaster für die geplanten 30 Tage, sowie die Grundlinien eines Sicherheitskonzepts für alle Spielstätten.

Künstlerisch sinnvolles und wirtschaftlich vertretbares Programm

Es wird zwar 2020 nicht jenes Jubiläumprogramm verwirklicht werden, das vergangenen Herbst mit so viel Freude und Empathie in aller Welt angekündigt und vom Publikum auch aufgenommen wurde. Aber es soll gelingen, ein künstlerisch sinnvolles und wirtschaftlich vertretbares Programm zu realisieren.

Statt 200 Vorstellungen an 44 Tagen an 16 Spielstätten wird es etwa 90 Vorstellungen an 30 Tagen auf höchstens sechs Spielstätten geben. Statt ursprünglich 235.000 Karten wird es rund 70.000 geben.

100 Jahre »Jedermann« am 22. August – mehr Details Anfang Juni

Alle Produktionen des Jubiläumsprogramms, die 2020 nicht zur Aufführung kommen, sollen 2021 gezeigt werden. Das 100-Jahr-Programm soll quasi mit der Eröffnung der Landesausstellung Ende Juli 2020 beginnen und erst im Jahr darauf am 31. August 2021 enden. Das Jubiläum des Gründungstücks „Jedermann“ soll selbstverständlich am 22. August 2020 gefeiert werden. Das modifizierte Programm wird Intendant Markus Hinterhäuser Anfang Juni vorstellen.

Das modifizierte Programm mit völlig anderen Terminen und einer deutlich reduzierten Anzahl von Vorstellungen zwingt die Festspiele nun zur Rückabwicklung des gesamten Verkaufs. Bei der Vergabe der neuen Karten werden jene Vorrang haben, die ursprünglich bereits Karten besaßen. Über das konkrete Procedere werden die Kunden in demnächst nächsten Tagen persönlich informiert werden.

Markus Hinterhäuser: „Es schmerzt mich, so vielen Künstlerinnen und Künstlern für dieses Jahr absagen zu müssen, mit denen wir besondere Programmkonstellationen erdacht haben. Dennoch freue ich mich, daß wir doch die Möglichkeit bekommen, mit diesen Festspielen ein kraftvolles Zeichen für die Kunst zu setzen.“

■ <https://www.salzburgerfestspiele.at/>